C 21734 D





Arbeiterkampf

Jg.5 Nr.61 21.5.'75
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

VW-Konzern: 31.000 in der BRD entlassen – 10.000 in Brasilien neu eingestellt

Am 15. April hatte der Aufsichtsrat der VW – Werke seinen Entschluß bekannt gegeben: Bis 1976 sollen 25.000 Arbeiter entlassen werden, nachdem die Belegschaft bereits in den ersten drei Monaten d.J. um 4.500 und 1974 um 1.500 Kollegen verringert worden war (s. auch AK 60). – Im gleichen Zeitraum hat das Volkswagenwerk in Brasilien 10.000 Mann neu eingestellt! Warum Massenentlassungen in der BRD und Neueinstellungen in Brasilien?

Seit den europäischen Autoherstellern der Weg versperrt ist, über Massenproduktion und Kapazitätserweiterungen zu den höchstmögichen Profiten zu kommen, wollen sie dies jetzt auf andere Art erreichen. Es sollen weniger Autos hergestellt und die-

FORTSETZUNG SEITE 22

Portugal: Neuer Putschversuch rechtzeitig aufgedeckt

Wie nach den Wahlen zu erwarten war, haben reaktionäre und faschistische Kräfte zusammen mit dem CIA in Portugal erneut ein Komplott gegen die progressive Offiziersbewegung und die Arbeiterklasse
plott gegen die progressive Offiziersbewegung und die Arbeiterklasse
geschmiedet. Wie Rundfunkmeldungen vom 19. Mai zu entnehmen war, war jedoch das RAL 1 (Leichtes Artillerie-Regiment 1 – bekannt als die fortschrittlichste Einheit der portugiesischen Armee) schneller. Die Genossen vom RAL 1 verhafteten, offenbar in einer blitzschnellen Überraschungsaktion zwischen 20 und 50 (die Zahlenangaben sind je nach Quelle unterschiedlich) in dieses Komplott verwickelte „Persönlichkeiten", darunter auch einen hohen Richter. Auch Costa Gomes soll in die Sache mit verwickelt sein.

In der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF werden wir eine genaue Untersuchung über diesen erneuten Anschlag auf die portugiesische Demokratie bringen, die die Imperialisten – trotz scheinbar freundlicherer Töne (nach den Wah-
Imperialisten – trotz scheinbar freundlicherer Töne (nach den Wah-
len und dem „Sieg" der PSP) – weiterhin mit allen Mitteln zerschlagen wollen.

Die Solidarität mit der Demokratisierung in Portugal ist nach wie vor dringende Aufgabe aller Antifaschisten!

Ho Tschi Minhs Testament verwirklicht!

„Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewißheit aus dem Staube machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiß wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben... Mein letzter Wunsch ist, daß unsere ganze Partei, unser ganzes Volk, eng zusammengeschlossen im Kampf, ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes Vietnam erbaut und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leistet".

Ho Tschi Minh



Mit der siegreichen Einnahme von Phnom Penh und Saigon, den letzten Bastionen des US-Imperialismus und seiner Marionetten, befreiten am 17. und 30. April das kambodschanische und vietnamesische Volk ihre Länder völlig von der Herrschaft des Imperialismus. Diese Tage werden im Herzen der indochinesischen Völker, der noch um ihre nationale Befreiung ringenden Völker und aller fortschrittlichen Menschen der Welt weiterleben – als Tage des Sieges und Triumphes über den größten Feind der Menschheit, den US-Imperialismus, als der Beginn des Aufbaus einer neuen Gesellschaft in diesen Ländern. Für die noch vom Imperialismus unterdrückten Völker sind sie Ansporn, ihre Anstrengungen zur endgültigen Befreiung zu verstärken.

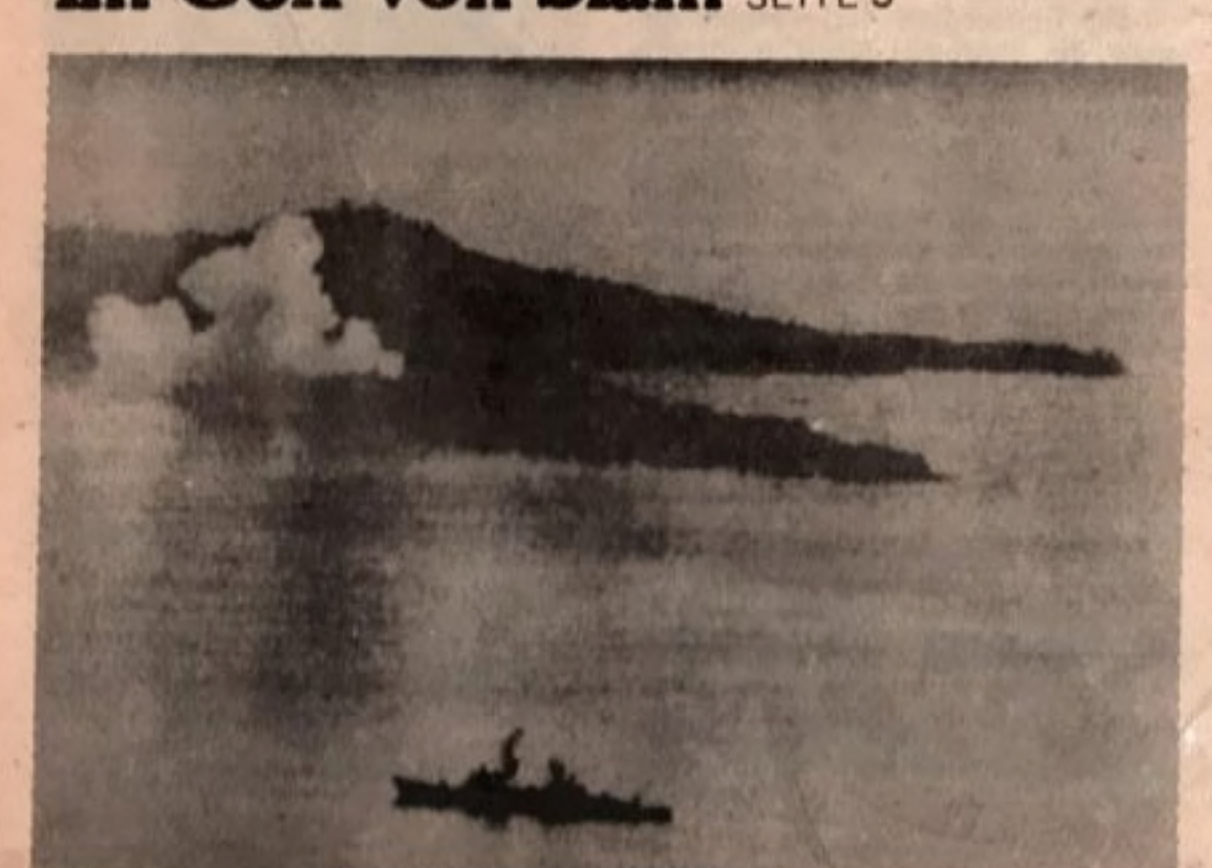
Sie werden aber auch Tage des Gedenkens für die unermeßlichen Opfer und Leiden sein, die der Imperialismus diesen Völkern in seinem wahnwitzigen Versuch, seinen Untergang zu verhindern und hinauszuzögern, zugefügt hat.

Feiern die Völker die Niederlagen des Imperialismus als den Anbruch eines neuen, glücklicheren Zeitalters, so kehren sie die Imperialisten in ihr Gegenteil. Umso wilder versuchen sie, den von ihnen beherrschten Völkern diese Niederlagen als das Ende der Freiheit und den Beginn von Elend, kommunistischer

FORTSETZUNG SEITE 2

Als Racheakt für ihre Niederlage begingen die US-Imperialisten eine offene Aggression gegen Kambodscha

Zum ‚Mayaguez'-Zwischenfall im Golf von Siam SEITE 3



Verteidiger-Ausschlüsse: Ersatz für fehlende Beweise

Vom Oberlandesgericht Stuttgart wurden in den letzten Wochen drei Wahlverteidiger von der Verteidigung der Angeklagten im BM-Prozeß ausgeschlossen, der am 21. Mai beginnen soll. Ein vierter Verteidiger wurde festgenommen, dann wieder entlassen und scheint nun „in den Untergrund" verschwunden zu sein, um einer neuen Festnahme und Verhaftung zu entgehen.

Diese Maßnahmen liquidieren praktisch die Verteidigung der Angeklagten. Denn kaum zwei Wochen vor Prozeß-Beginn ist natürlich kein Anwalt in der Lage, noch in die 60.000 (!) bisher vorliegenden Blatt Akten einzusteigen.

Und dabei stellen diese 60.000 Blatt erst ca. 10 % (!) der gesamten existierenden Unterlagen dar. Der „Rest" soll erst jetzt – also auch nur kurz vor Prozeß-Beginn – scheibchenweise den Anwälten (fragt sich jetzt bloß, w e l c h e n ?) zugänglich gemacht werden.

Die Verteidiger-Ausschlüsse sind offenbar eine Reaktion der Justiz auf die Tatsache, daß sie über B e w e i s e praktisch nicht verfügt, sondern mit schwachbrüstigen „Indizien", wackligen „Kronzeugen" und mit der These von einer „Kollektivschuld" der „Bande" arbeiten muß.

FORTSETZUNG SEITE 42

Berichtigung

Der AK 60 hatte auf der Titelseite die Überschrift „Stockholm: Die Bundesrepublik wollte ein Blutbad". Das ist natürlich ein Fehler, der bei der Erstellung der Zeitung passierte. Richtig sollte es heißen: „Die Bundes r e g i e r u n g wollte ein Blutbad".

AK-Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

lutionsregierung verfolgt eine „*Politik der Milde und Begnadigung gegenüber denjenigen, die mit den Amerikanern zusammengearbeitet und sich der Verbrechen gegen das Volk schuldig gemacht haben*" („Süddt. Ztg.", 9.5.75).

In diesen Worten spiegelt sich die Großzügigkeit und Milde, die die Revolution jedem entgegenbringt, der auf die amerikanische Propaganda hereingefallen ist und seine „Fehltritte" und Vergehen gegen die Interessen des Volkes ehrlich und aufrichtig bereut – und wie widerwärtig und jämmerlich ist in diesem Lichte die Lügenkampagne der gesamten bürgerlichen Presse vom angeblichen „roten Terror"!

Dem Aufruf zur Rückkehr sind unter anderem inzwischen mehrere hundert Kriegsschiffe der alten Saigoner Armee, die sich zum Zeitpunkt der Kapitulation des alten Regimes auf See geflüchtet hatten, gefolgt und haben ihre Waffen in einwandfreiem Zustand abgeliefert.

Ihr besonderes Gangstertum bewiesen die US-Imperialisten abermals, als auch eine Gruppe Soldaten des alten Regimes, die sich jetzt in einem „Flüchtlingslager" auf dem US-Stützpunkt Guam aufhalten, diesem Aufruf folgen wollten. Die US-Militärbehörden lehnten die Rückkehr der Soldaten in ihre Heimat ab und verweigerten ihnen kurzerhand die Rückreise („Süddt.Ztg.", 7.5.75)!



Die demokratische Diktatur des Volkes – ein entscheidender Schritt zur sozialistischen Revolution

Die Befreiung Südvietnams vom Imperialismus und seinen Marionetten ist von der Rolle und Stellung der in diesem Prozeß beteiligten Klassen und Schichten der Bevölkerung noch nicht mit der sozialistischen Revolution gleichzusetzen. Wenn es aber noch nicht die Errichtung der Diktatur des Proletariats unter der Führung seiner Kommunistischen Partei ist (was die bürgerliche Presse übrigens immer unterstellt), so ist es auch keine Umwälzung der Klassenkräfte, die die politische und wirtschaftliche Macht in Südvietnam in den Schoß der nationalen Bourgeoisie legt. In Südvietnam vollzieht sich der Aufbau der demokratischen Diktatur des Volkes, einer „Neuen Demokratie" (Mao Tse-Tung), oder, wie Lenin sagte, die Errichtung der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft", als dem ersten Stadium zur sozialistischen Revolution.

Die Errichtung dieser „Neuen Demokratie" wird durch das halbkoloniale Erbe, das der US-Imperialismus dem südvietnamesischen Volk hinterlassen hat, notwendig. Bei dem unterentwickelten Stand der südvietnamesischen Wirtschaft, dem rückständigen Charakter der Industrie, die sich, abgesehen von einigen wenigen Monopolen im Besitz ausländischer Finanzmagnaten, nicht entwickeln konnte, dem rückständigen Charakter der Landwirtschaft (in den Gebieten, die bis zur Befreiung nicht von der FNL kontrolliert wurden) und dem rückständigen und verrotteten Charakter aller politischen Einrichtungen der Gesellschaft, sind die Bedingungen für die sozialistische Revolution und die alleinige Machtergreifung der Arbeiterklasse noch nicht herangereift.

Vielmehr vollzieht sich die Revolution in Südvietnam, bedingt durch den halbkolonialen Charakter der Gesellschaft, in zwei Phasen. In der ersten Phase der neudemokratischen Revolution muß **„die koloniale, halbkoloniale und halbfeudale Form der Gesellschaft geändert und diese in eine unabhängige demokratische Gesellschaft umgewandelt werden. In der zweiten Phase ist die Revolution voranzutreiben und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten"** (Mao Tse-Tung, Bd.II, S.399).

Mao Tse-Tung hat in seiner 1940 erschienenen Schrift „Über die Neue Demokratie" darauf hingewiesen, daß diese „Übergangsstaatsform" für alle Revolutionen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, trotz ihrer vorhandenen unterschiedlichen Besonderheiten, allgemeingültigen Charakter hat und „*für eine gewisse Geschichtsperiode*" (S. 408) gilt.

Die „Neue Demokratie" ist ihrem Klasseninhalt nach ein Bündnis, „*in dem sich einige antiimperialistische Klassen zur gemeinsamen Diktatur verbünden*" (S. 409).

Die grundlegenden Kräfte dieses Bündnisses bilden das Proletariat, die Bauernschaft, die Intellektuellen und andere Schichten des Kleinbürgertums. Es schließt aber auch bestimmte Teile der nationalen Bourgeoisie ein, die sich nicht wankelmütig und kompromißlerisch aus Furcht vor dem erstarkenden Proletariat dem Imperialismus angeschlossen haben. Die nationale Bourgeoisie eines kolonialen oder halbkolonialen Landes wie Südvietnam bewahrt sich auch im Zeitalter des Imperialismus, weil sie von den ausländischen Monopolen in ihrer freien Entwicklung unterdrückt wird, zu bestimmten Zeiten und in einem gewissen Grade einen „revolutionären Charakter" im Kampf gegen den ausländischen Imperialismus und den mit ihm verbündeten einheimischen Marionetten. Auf dieser Grundlage ist ein begrenztes Zusammengehen der anderen revolutionären Klassen und Schichten des Volkes mit der nationalen Bourgeoisie im Kampf gegen den Imperialismus möglich. Zugleich bedingt aber die politische und wirtschaftliche Schwäche der nationalen Bourgeoisie in den vom Imperialismus beherrschten Ländern und ihre Klassenlage in der Gesellschaft ihre Inkonsequenz und Wankelmütigkeit, ihre Bereitschaft, sich mit den Feinden der Revolution zusammenzuschließen.

Die Bourgeoisie darf deshalb niemals die führende Kraft in diesem Bündnis und in der demokratischen Diktatur des Volkes sein. Die führende Kraft kann und darf nur die Arbeiterklasse und ihre politische Partei sein, ***„denn die Arbeiterklasse ist am weitsichtigsten und selbstlosesten, sie ist am konsequentesten revolutionär ... Im Zeitalter des Imperialismus kann in keinem einzigen Land eine andere Klasse eine wirkliche Revolution zum Sieg führen"*** (Mao Tse-Tung, Bd.IV, S. 449).

Die Demokratie für das Volk – die Diktatur für die Imperialisten!

Die „Neue Demokratie" übt die revolutionäre, auf bewaffnete Gewalt gestützte, Diktatur des Volkes über die Imperialisten und ihre offenen und versteckten Handlanger aus und verwirklicht innerhalb des Volkes die breiteste Demokratie. „*Sie* (die antiimperialistischen Klassen – d.Red.) *üben eine Diktatur, eine Alleinherrschaft über die Lakeien des Imperialismus aus ... unterdrücken diese Leute, gestatten ihnen nur sich gut aufzuführen und verbieten ihnen, sich in Wort und Tat ungehörig zu benehmen. Wenn sie sich in Wort und Tat ungehörig benehmen, werden diese Leute sofort in ihre Schranken gewiesen und bestraft werden. Innerhalb des Volkes wird jedoch die Demokratie verwirklicht. Das Volk genießt das Recht auf Rede-, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit und andere Freiheiten. Das Stimmrecht wird nur dem Volk, nicht aber den Reaktionären zugestanden. Diese beiden Seiten, die Demokratie für das Volk und die Diktatur über die Reaktionäre bilden zusammen die demokratische Diktatur des Volkes*" (Mao Tse-Tung, Bd.IV, S. 445).

Das spiegelt sich auch im Zehn-Punkte-Programm der Revolutionsregierung Südvietnams wieder, wo es unter anderem heißt: „*Vollständige Beseitigung des Regimes und seines Herrschaftsapparates, der Streitkräfte, Organisationen ... Beseitigung aller reaktionären politischen Organisationen, die sich zu Lakaien der US-Imperialisten und der Marionetten-Regierung gemacht haben*" (Punkt 1). „*Alle reaktionären und gedankenvergiftenden Organisationen und Aktivitäten der US-Imperialisten und der Marionetten-Verwaltung sind verboten*" (Punkt 8). Und unter Punkt 4 heißt es an die Adresse aller Feinde des Volkes gerichtet: „*Die revolutionäre Volksregierung wird alle feindlichen Pläne, Sabotageakte und Gegenangriffe resolut und direkt zerschlagen...*"



FORTSETZUNG SEITE 3

Wie es im befreiten Vietnam heute aussieht!

Der „Eiserne Vorhang", den insbesondere die tiefbraune Springer-Presse über Südvietnam herunterrasseln ließ (was sie allerdings nicht daran hinderte, täglich mit den „neuesten" Terrorschockern gegen die Befreiungstruppen aufzuwarten) hat sich jetzt endgültig als „Ente" erwiesen. Inzwischen gelangte ein weiterer Bericht des „Spiegel"-Korrespondenten Tiziano Terzani aus Ho-Chi-Minh-Stadt (dem ehemaligen Saigon) in die neueste Ausgabe des „Spiegel" (17.5.75).

Zugleich haben sich damit endgültig alle Presse„berichte" über angebliche Massenhinrichtungen und den „roten Terror" als das entlarvt, was sie schon immer waren: Als Hirngespinste der verlogenen reaktionären

sie schon immer waren: Als Hirngespinste der verlogenen reaktionären

bürgerlichen Presse, aufbereitet von braunen Schreibtischtätern, um den Befreiungskampf der Völker Indochinas zu verleumden.

Lassen wir dazu Terzani selbst, der sowohl die Befreiung Saigons als auch die ersten zwei Wochen des neuen Vietnams aus eigener Anschauung erlebte, zu Wort kommen: „*Inzwischen scheint festzustehen, daß tatsächlich kein* (!!!) *Gehilfe des Thieu-Regimes hingerichtet wurde. Lediglich frühere Generäle wurden von bewaffneten Patrouillen abgeholt, einige von ihnen wieder entlassen, wenige weiterhin gefangengehalten. Etliche Leute behaupten, mitangesehen zu haben, wie Polizisten des Thieu-Regimes von Soldaten der Befreiungsarmee gerettet wurden, als wütende Südvietnamesen sie lynchen wollten.*"

Dieselbe Großzügigkeit der Revolution gegenüber ihren Feinden, von denen sie noch wenige Tage zuvor auf das grausamste verfolgt und bekämpft wurde, zeigt sich auch in den Worten eines Politischen Kommissars der Befreiungsarmee: „*Wir verhaften niemanden hier. Allen Offizieren, die eine ehrliche Erklärung abgeben, wird verziehen* (!). *Wir haben den amerikanischen Piloten verziehen, die unsere Häuser zerbomt und unsere Kinder getötet haben. So müssen wir auch den Vietnamesen verzeihen.*"

So verhält sich die siegreiche südvietnamesische Revolution gegenüber den Schergen des Imperialismus, die zuvor auf jede Denunziation hin zigtausende von Menschen in die finstersten Kerker warf!

Aus dem Bericht Terzanis kann man nur erahnen, welch eine widerwärtige Hetz- und Greuelkampagne

man nur erahnen, welch eine widerwärtige Hetz- und Greuelkampagne

die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten gegen die Befreiungsfront inszeniert haben. So sagt z.B. ein katholischer Priester: „*Wir sind überrascht, daß die roten Soldaten und politischen Funktionäre derart menschlich* (!) *aussehen* (!). *Manche Katholiken hatten ernsthaft geglaubt, sie würden jetzt gezwungen, zu Fuß den Ho-Chi-Minh-Pfad nach Nordvietnam zurückzugehen ... Jetzt glauben sie, daß dies alles amerikanische Propaganda gewesen sei.*" Terzani berichtet, daß viele Menschen erleichter wären, „*daß die Mädchen von Saigon keinesfalls, wie befürchtet, nun nordvietnamesische Kriegsinvaliden heiraten müssen.*"

Und ein Saigoner Bürger berichtet erleichtert: „*Wir haben immer geglaubt, unsere ganze Schicht sei im Norden ausgemerzt* (!!) *worden. Jetzt aber weiß ich, daß es meiner Familie gut geht und meine Neffen sogar studiert haben.*" ●

Vietnam: Die Flüchtlinge aus der High Society

Inzwischen ist eindeutig erwiesen, daß ein Großteil der Flüchtlinge, die sich noch rechtzeitig von den Befreiungstruppen absetzen konnten, aus der Saigoner Unter- und Oberwelt stammen. Es sind in der Mehrheit Elemente, an die sich bestimmt nicht die Appelle der Provisorischen Revolutionsregierung, ins Land zurückzukehren, richten. Das südvietnamesische Volk kann froh sein und es zur wohl einzigen „befreienden" Tat der US-Imperialisten zählen, daß sie ihm dieses Pack vom Hals geschafft haben. Diesen feinen Damen und Herren der verrotteten und korrupten Saigoner Gesellschaft, die sich automatisch in jedem vom Imperialismus abhängigen Regime ansammeln, weil es was von der Arbeit und Mühsal des Volkes zu schmarotzen gibt, gilt der ganze Haß und Zorn des Volkes. Sie rekrutieren sich durchgängig aus den großen und kleineren Gaunern, den Kriegsgewinnlern, den Generälen, die sich an Plünderungen und Opiumhandel gesundgestoßen haben, den Folterknechten, die die politischen Gefangenen bis aufs Blut gepeinigt und Unzählige ermordet haben und den Edelnutten, die sich von amerikanischen und südvietnamesischen Offizieren haben „reichstoßen" lassen.



„Flüchtling" Thieu

Über diesen Abschaum berichtete selbst die bürgerliche Presse: „*Mit einer gewissen Pikiertheit haben die Amerikaner vermerkt, daß die meisten bisher in den USA eingetroffenen Flüchtlinge einen sehr wohlhabenden Eindruck machten. Berichte von Flüchtlingen, die Schmuck und mit Dollars vollgestopfte Koffer mit sich herumschleppen, bilden den Kontrast zu der Reaktion jener, die fürchten, die Vietnamesen nähmen ihnen Arbeitsplätze weg*" („Stuttgarter Zeitung", 2.5.1975).

Und die „Süddeutsche Zeitung" berichtet über diese Flüchtlinge, die von ihren Herren mehr wegen der Propaganda als aus Barmherzigkeit noch im letzten Augenblick mitgeschleppt wurden: „*Die Passagierlisten der Schiffe, die nun nach Guam und zu den Philippinen unterwegs sind, enthalten einen recht zufälligen Querschnitt der Saigoner Society: Vom Drei-Sterne-General mit dem Köfferchen voller Goldbarren bis zur glücklichen Edelnutte, deren sich ein amerikanischer Freund erbarmt hat*" (2.5.1975).

Angekommen in den Zeltlagern und mit einer Familie in bis zu vier Zelten untergebracht (so eine „komfortable" Unterkunft hat so manche Familie in Vietnam noch nie besessen!) – hatten sie denn auch nur eine Sorge: Sie „*beschweren sich in den Zeltlagern von Guam darüber, daß es keine Klimaanlage gibt*" („SZ", 2.5.1975). ●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Zum 'Mayaguez'-Zwischenfall im Golf von Siam

Am Montag, den 12. Mai, wurde von Booten der kambodschanischen Marine das US-„Handelsschiff" MAYAGUEZ aufgebracht, das „mehrere Tage vor der Küste gekreuzt" („Die Tat", 17. Mai) und dabei die Hoheitsgewässer Kambodschas verletzt hatte. Selbst von Regierungskreisen in Washington wird nicht mehr bestritten, *„daß sich die mit Waffen und anderen Gütern beladene MAYAGUEZ der Kambodscha vorgelagerten Insel Poulo Wei bis auf acht oder zehn Seemeilen genähert haben könne (!!)"* (lt. „FR", 15. Mai).

Es war also ein völlig legitimer Akt der Selbst v e r t e i d i g u n g, daß die kambodschanischen Küstenpatrouillen sich das US-„Handelsschiff" mal etwas näher ans Land herangeholt und dessen Ladung und Ausrüstung untersucht haben !

Die MAYAGUEZ hatte *„247 Container* (das sind Großraumbehälter, Anm. d. Red.) *mit kleinkalibrigen Schußwaffen (!!) geladen"* („FR", 14. Mai) und war *„nach Angaben des Weißen Hauses in Washington auf dem Weg von Hongkong nach Thailand"* („FR", ebenda).

Der Behauptung über das angebliche Ziel der Fracht widerspricht jedoch die Versicherung der thailändischen Regierung, *„keinerlei ausländische Waffen auf dem Seeweg zu erwarten (!)"* („Die Tat", 17. Mai).

Es dürfte deshalb nicht völlig aus der Luft gegriffen sein, wenn die kambodschanische Regierung der amerikanischen Schiffsbesatzung Spionageabsichten unterstellt (lt. „SZ", 17. Mai). Und es kann wohl auch nicht ausgeschlossen werden, daß die MAYAGUEZ den Auftrag hatte, ihre Feuerwaffen an konterrevolutionäre Elemente in Kambodscha oder Süd-Vietnam zu überbringen – sei es auf „hoher See" oder an wenig bewachten Küstenstreifen dieser befreiten Länder (in diesem Zusammenhang muß einfach daran erinnert werden, daß die Konterrevolution in Kambodscha und auch in Südvietnam noch nicht völlig liquidiert ist, sondern in einigen wenigen Landesteilen immer noch Widerstand gegen den revolutionären Prozeß leistet; (siehe u. a. „Die Welt", 15. Mai).

US-Imperialisten suchen neuen Tongking-Zwischenfall

Die amerikanische Regierung reagierte auf die legitimen Kontrollmaßnahmen der kambodschanischen Behörden mit gespielter Empörung und massiven militärischen Schlägen:

+ Unmittelbar nach Bekanntwerden des Zwischenfalls im Golf von Siam rief US-Präsident Ford den „Nationalen Sicherheitsrat" zusammen und kündigte anschließend die *„ernstesten Konsequenzen"* („FR", 14. Mai) an, falls das Schiff nicht freigegeben würde. **Er nannte allerdings kein Ultimatum !!!**
+ Gleichzeitig wurden Teile der Siebten US-Flotte in den Golf von Siam beordert (darunter der Flugzeugträger „Carol Sea") und es wurden Eliteeinheiten auf Okinawa alarmiert. Noch in der Nacht zum Dienstag erhielten 1000 „Ledernacken" Marschbefehl in Richtung Thailand (sie sollten zum US-Stützpunkt Utapao geflogen und von dort aus gegen Kambodscha eingesetzt werden).
+ Am Mittwoch (den 14. Mai) bombardierten amerikanische Kampfflugzeuge Patrouillenboote der Kambodschanischen Marine, die die MAYAGUEZ bewachten. Dabei wurden 3 Schiffe versenkt und mehrere beschädigt. Die US-Regierung hatte diesen Einsatz angeordnet, obwohl noch keinerlei Ergebnisse der angeblich angestrebten „Übergabeverhandlungen" vorlagen. Zynischerweise behaupteten die US-Imperialisten, sie wollten mit diesem Bombardement verhindern, daß die MAYAGUEZ-Besatzung an Land gebracht würde! Es wird auch in Washington *„zugegeben, daß die militärische Aktion ein berechenbares (?) Risiko darstellte. Es sei nicht bekannt gewesen (!), ob sich Besatzungsmitglieder des Schiffes auf den kambodschanischen Kanonenbooten befanden, die amerikanische Flugzeuge versenkten (!!)"* („FAZ", 17.5.). Oder noch deutlicher: ***„Krisenmanager im Weißen Haus geben zu, daß das Risiko einkalkuliert (!) worden war, einige Matrosen des Handelsschiffes könnten sich auf den versenkten Kriegsschiffen befunden haben."***
+ In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag (16./17. Mai) griffen US-Bombengeschwader Ziele auf dem kambodschanischen Festland an und „Marines" stürmten die Insel Koh-Tang, die zuvor von Zerstörern der US-Flotte beschossen und von Flugzeugen bombardiert worden war. Gleichzeitig wurden US-Soldaten mit Hubschraubern auf der MAYAGUEZ abgesetzt.

Diese flagrante Aggression gegen Kambodscha erfolgte mehr als eine halbe Stunde n a c h d e m die kambodschanische Regierung über Rundfunk die Freilassung der amerikanischen Seeleute bekanntgegeben hatte und n a c h d e m die Seeleute von einem kleinen kambodschanischen Fischerboot zum US-Zerstörer „Wilson" gebracht worden waren!!! („FR" vom 16. Mai).

Um 6 Uhr (Ortszeit) hatte sich der Informationsminister der kambodschanischen Regierung, Hu Nim, mit einer Erklärung an die US-Regierung und die amerikanischen Flottenkommandeure gewandt. Er sagte u.a.: *„Unsere Regierung wird der MAYAGUEZ den Befehl geben, kambodschanische Gewässer zu verlassen. Gleichzeitig ergeht eine Warnung an das Schiff, Spionage und andere Provokationen zu unterlassen."*

Hu Nim begründete die Freilassung der amerikanischen Seeleute damit, daß *„unser schwaches Land sich keine Konfrontation mit den USA leisten kann"* („FR", 16. Mai) und er bezeichnete das Entgegenkommen der revolutionären kambodschanischen Regierung als Ausdruck ***„des guten Willens und des Wunsches, in Frieden zu leben"*** („SZ", 17. Mai).

Der US-Regierung wurde diese Mitteilung unverzüglich zur Kenntnis gebracht und es hätte ohne weiteres die Möglichkeit bestanden, die Bombardierungen und das geplante Landeunternehmen zu stoppen. Ford persönlich richtete an die Regierung in Pnom Penh folgende Botschaft: *„Wir haben eine Radionachricht gehört, wonach Sie bereit sind, die MAYAGUEZ freizulassen (!). Falls dies zutrifft, begrüßen wir diese Entwicklung (!). Wie sie wissen, haben wir das Schiff in unsere Gewalt gebracht, und sobald sie eine Erklärung herausgeben, daß Sie die in Ihrer Gewalt befindliche Besatzung bedingungslos und sofort freilassen, werden wir unsere militärischen Aktionen einstellen (!!!)"* („FR", 16. Mai).

Trotz dieser heuchlerischen Erklärung begannen die US-Imperialisten ihre Aggression gegen kambodschanisches Territorium – und zwar ***„erst 39 Minuten nach (!) der Freilassung der Besatzung (!) der MAYAGUEZ (!!!)"*** („FR", 16. Mai). US-Phantom-Bomber griffen die Hafenstadt Sihanoukville und den Flughafen Ream an und zerstörten eine Erdölraffinerie (!) und mehrere kleinere Propellerflugzeuge. Nachträglich wurde dieser Angriff vom Pentagon *‚als Schutz der anderen Operationen bezeichnet"* („FAZ", 16. Mai) und das, *„obgleich feststeht, daß über 95 Prozent der ehemaligen Regierung Lon Nol unterstehenden kambodschanischen Luftwaffe kurz vor dem Fall Phnom Penhs nach Thailand ausgeflogen waren (!!!)"* (so kommentiert in diesem Fall völlig richtig die erzreaktionäre „FAZ" vom 16. Mai).



Das Entstehen und der gesamte Verlauf dieser schweren Aggression seitens des US-Imperialismus weist bemerkenswerte Parallelen zu dem „Zwischenfall" im Golf von Tongking (im Jahre 1964) auf. Damals provozierten US-Zerstörer im Hoheitsgewässer der Demokratischen Republik Vietnam ein kurzes Seegefecht mit Patrouillenbooten der DRV. Der seinerzeitige US-Präsident Johnson log vor dem amerikanischen Kongreß, daß die US-Flotte angegriffen worden sei – um auf dieser Grundlage ein Ermächtigungsgesetz zur Eröffnung des unbegrenzten Luftkrieges gegen dip DRV durchzubringen (dieser Sachverhalt wurde erst Jahre später in den sogenannten Pentagon-Papieren aufgedeckt).

Eine „brutale, grausame, geisteskranke, aggressive Aktion" (Hu Nim, kambodschanischer Informationsminister)

Während der „Zwischenfall" im Golf von Tonkin einen entscheidenden Wendepunkt in der Eskalation des US-Krieges gegen Vietnam markiert (nämlich den Beginn des totalen Luftkrieges gegen die DRV) hat die jüngste Provokation des US-Imperialismus gegen das kambodschanische Volk die Funktion eines Racheaktes. Die US-Imperialisten wollten blutige Rache nehmen für die schmähliche Niederlage, die ihnen die Völker Indochinas in einem langen Befreiungskrieg beigebracht haben – und sie wollten gleichzeitig vor aller Welt (und vor allem vor ihren „Verbündeten") ihr angekratztes Image als „Weltmacht" und „Weltgendarm" aufpolieren.

Während fortschrittliche Politiker und Persönlichkeiten in aller Welt die Militäraktion des US-Imperialismus gegen Kambodscha als *„äußerst ernste Kriegshandlung"* (Regierung der DRV), als *„offene Piraterie"* (Regierung der VR China), als *„unverzeihliche Attacke"* (Präsident Boumedienne, Algerien) und als *„Kanonenboot-Diplomatie"* (DDR-Vertreter bei der UNO) verurteilt haben, wurde der Aggressionsakt von allen Reaktionären und Faschisten mit größter Genugtuung und Beifall aufgenommen. Der Schah von Persien (den gewisse Diplomaten in mehr oder weniger launigen Tischreden bekanntlich als „entschiedener Kämpfer gegen die Supermächte" hochleben lassen!) *„beglückwünschte ... den Präsidenten* (der USA, Anm. d. Red.) *dazu, für die USA und alle Menschen, die in Freiheit leben wollen (!), ‚die richtige Entscheidung' getroffen zu haben (!!!)"* (lt. „SZ", 17. Mai).

Vor allem die westdeutschen Imperialisten waren voll des Lobes über die „Entschlossenheit" der US-Regierung. Für die „FAZ" (vom 16. Mai) hatte die Aktion *„etwas Befreiendes"*. Als positiv wird bewertet, daß der US-Imperialismus *„energisch (handelt) und nicht um Vermittlung und Tauschhandel (bittet) (!!!)"*.

Diese Demonstration der „Weltmacht" USA sei vor allem deshalb so *„lohnend"* („FAZ") gewesen, weil die Völker der Welt *„sich politisch an grobschlächtigen Zeichen (!) und deftigen Impulsen orientieren (!!!)"*. – Will heißen: Die Völker verstehen nur die Politik der Brachialgewalt, wie sie die US-Imperialisten ja seit Jahrzehnten vorexerzierten !!

Für Springers „Welt" war die Aggression des US-Imperialismus im Golf von Siam schlicht *„Washingtons Reaktion auf den schweren Schlag, den die Niederlage in Indochina dem amerikanische Ansehen ... zufügte"*. Hier wird also gar nicht mehr die alberne Begründung vorgebracht, die Besatzung und das Schiff freizubekommen, sondern es wird Rache gegen die Völker Indochinas gepredigt und Gewaltanwendung als völlig legitim bezeichnet. Der Kommentar der „Welt" findet, daß *„die Situation ... einfach reif (war) für eine befreiende Tat (!)"* und daß die Militäraktion *„ein Volltreffer (war), den die Vereinigten Staaten in ihrem jetzigen Zustand bitter nötig hatten (!)"* („Welt", 16. Mai).

Unruhe stiften – scheitern ...

Daß die von den US-Imperialisten provozierte militärische Konfrontation noch verhältnismäßig „begrenzt" blieb, ist allein der besonnenen Haltung der kambodschanischen Regierung zu danken.

Das gesamte Vorgehen der US-Imperialisten zielte darauf ab, noch einmal groß mit dem siegreichen kambodschanischen Volk „abzurechnen". Dazu diente u. a. die Bombardierung der kambodschanischen Patrouillenboote, die nicht etwa – wie die Imperialisten behaupten – der Rettung der amerikanischen Seeleute diente, sondern im Gegenteil deren Tötung bewußt einkalkulierte! Damit hätten sich die US-Imperialisten den Vorwand für noch größere Militäroperationen geschaffen !

Aber die Rechnung der US-Imperialisten, durch ihr verbrecherisches Vorgehen die Völker Indochichinas und der Welt einzuschüchtern und ihre kleineren Verbündeten „bei der Stange" zu halten, wird nicht aufgehen.

Die siegreichen indochinesischen Völker werden ihre Wachsamkeit gegen künftige Provokationen und flagrante Aggressionshandlungen des US-Imperialismus erhöhen und ihr Haß auf den Imperialismus wird noch gesteigert werden.

Die Regierungen der mit dem US-Imperialismus verbündeten Länder in dieser Region, werden sich nach dieser Aggression noch stärker als bisher mit der antiimperialistischen Bewegung auseinanderzusetzen hab und noch stärker auf deren Forderungen nach Abzug der US-Truppen und Auflösung aller amerikanischen Militärstützpunkte eingehen müssen. Beispielhaft und am weitesten getrieben ist diese Tendenz z. Zt. in Thailand, das seinen Botschafter aus Washington zurückrief und von der US-Regierung eine formelle „Entschuldigung" für die Verletzung der thailändischen Souveränität verlangte. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

FORTSETZUNG VON SEITE 2

hört. Ich bin zweimal an den Ort von angeblichen Exekutionen gefahren, habe aber weder Spuren noch Zeugen gefunden. Ein solches Vorgehen würde auch völlig (!) *dem von uns erfahrenen Stil der Roten Khmer widersprechen"*. Und ein Reporter der französischen Zeitung „Le Monde" berichtet: *„Weder in Phnom Penh noch auf unserer 450 Kilometer langen Fahrt zur thailändischen Grenze habe ich, trotz vieler Gerüchte, einen einzigen Beweis für Erschießungen oder Hinrichtungen finden können"* („Spiegel", 12.5.75).

Zuletzt noch eine Äußerung eines französischen Reporters des Senders Franc-Inter zu den angeblichen Hinrichtungen hunderter von Menschen, denen die Kehle durchschnitten worden sei: *„Niemand hat Massaker beobachtet. Franzosen haben den Marktplatz täglich überquert und keiner hat Leichen mit aufgeschlitzten Kehlen gefunden"* („FR", 12.5.75).

Nicht anders sieht es mit den „Exekutionen" in Südvietnam aus: *„Amerikaner in Saigon* (!!) *hatten noch vor ihrem Abzug von Massenexekutionen und Folterungen in den ‚befreiten' Gebieten zu berichten gewußt; Augenzeugen* (!) *gibt es freilich nicht"* („FR", 7.5.75).

Nun, diese „Amerikaner in Saigon" brauchen sicherlich aufgrund ihrer „nachrichtendienstlichen Qualifikation" und Tätigkeit keine Augenzeugen für ihre „Massaker".

Springer selbst bringt in seinen braunen Blättern einen weiteren Hinweis auf die zentrale Rolle des CIA in der laufenden Pressekampagne: Während nach „Bild" vom 5. Mai tausende von Offizieren samt Frauen hingerichtet wurden, wobei sich „Bild" angeblich auf die Roten Khmer selbst beruft, bringt die „Welt" am selben Tag die Story mit einer ganz anderen Quelle, nämlich aus „Informationen des amerikanischen Geheimdienstes".

Saigon ist frei !

Den offensichtlich von zentraler Stelle erfundenen und von der bürgerlichen Presse begierig aufgenommenen „Informationen" über den „Terror" der Befreiungsbewegungen zum Trotz, konnten selbst einige Zeitungen nicht den begeisterten Empfang verschweigen, der den Befreiungstruppen von der Bevölkerung bereitet wurde.

Am 2. Mai schrieb die „Süddeutsche Zeitung": ***„Auf den Strassen*** (von Saigon – d. Red.) ***herrscht eine Atmosphäre von seltsamer*** (?) ***überwältigender Freundlichkeit ... Die totale Ausgangssperre der bisherigen Regierung mißachtend, standen Hunderttausende*** (!) ***auf den Trottoirs, um die Eroberer*** (?) ***zu begrüßen. Menschen stürzten auf sie zu, um ihnen die Hände zu schütteln, und auch Bewohner Saigons, die einander nicht kannten, beglückwünschten sich gegenseitig".*** Wozu wohl?

Der „Spiegel"-Redakteur Terzani, der Augenzeuge der Befreiung der südvietnamesischen Hauptstadt wurde, berichtet: *„In den am dichtesten besiedelten Gebieten Saigons wurde die Befreiungsarmee begeistert empfangen. In der Van-Duyet-Straße ... geriet ich auf einem Panzer in die fast hysterische Menge, die alle Fahnen des alten Regimes herunterriß, auf die Panzer sprang oder neben den Lastwagen voller junger Soldaten herlief. Eine alte Frau mit einem Strohhut erdrückte fast einen Guerilla-Soldaten in ihren Armen ... Jetzt singen die Leute das Revolutionslied ‚Saigon erhebt sich'. Sie können den Text nur durch heimliches Abhören des Befreiungssenders oder von Radio Hanoi gelernt haben ... In ganz Saigon flattern nun die Fahnen der Provisorischen Regierung ... aus den Häusern, an jeder Tür, auf Autos, Fahrrädern und Dreirad-Rikschas ... Verändert ist auch die Stimmung in dieser Stadt: Die Gesichter der Menschen haben sich gewandelt ... Zum 1. Mai gibt es keine offizielle Parade, wohl aber spontane Freuden und Erleichterungskundgebungen des Volkes. Die ganze Bevölkerung der Stadt ist auf den Straßen. Nach den Küßen und Umarmungen der ersten Stunde drängen sich die Menschen um die Soldaten der Befreiungsarmee, stellen Fragen"* („Spiegel", 12.5.75).

Jubel und Begeisterung in Saigon

Dieser begeisterte und herzliche Empfang der Soldaten und Guerillas zeigt eindrucksvoll die Verankerung der Befreiungsbewegung und ihrer Armee in den Massen des südvietnamesischen Volkes, zeigt, wie stark dieser endgültige Sieg über die Marionetten-Regierung der Imperialisten von den Massen herbeigesehnt wurde. So kommt auch Terzani in seinem Bericht nicht umhin zu erkennen: **„Saigon wurde befreit, nicht erobert oder besetzt".**

Allein: Nur darin, daß die Befreiungsbewegung die Wünsche und Hoffnungen der breiten Massen zum Ausdruck brachte und in engster Verbundenheit mit dem Volk kämpfte, liegt ihre unbezwingbare Stärke, die in diesen Wochen zum endgültigen Sieg über den Imperialismus führte. *„Diese Armee ist dadurch stark, daß alle, die ihr beigetreten sind, bewußt Disziplin halten; sie haben sich vereinigt und kämpfen nicht um der Privatinteressen einer Minderzahl oder einer kleinen Gruppe willen, sondern für die Interessen der breiten Volksmassen und für die Interessen der gesamten Nation"* (Mao Tse-Tung).

Der Aufbau eines neuen Südvietnam beginnt

Unmittelbar nach der Befreiung von Saigon hat die Provisorische Revolutionsregierung die ersten Maßnahmen zur Verwirklichung ihres Zehn-Punkte-Programms (siehe letzten AK) in den zuletzt befreiten Gebieten Südvietnams getroffen. Geleitet wird dieses Programm von der „Durchführung einer Politik, die für die Einheit der gesamten Bevölkerung, für nationale Versöhnung und Eintracht eintritt und sich dem aggressiven Imperialismus widersetzt" (Punkt 3).

Im Geiste dieses Prinzips hat die Revolutionsregierung alle Menschen in Südvietnam zum gemeinsamen Wiederaufbau des zerstörten Landes aufgefordert. Auf einer Siegesfeier in Ho-Chi-Minh-Stadt (dem alten Saigon), an der insgesamt über eine Million Menschen teilnahmen, forderte die Militärverwaltung alle geflohenen Landsleute zur Rückkehr in das befreite Land auf. Die Revo-

FORTSETZUNG SEITE 4

FORTSETZUNG VON SEITE 3

„Terrorherrschaft" und erbarmungsloser Unterdrückung jeder Opposition, jeder Eigeninitiative usw. darzustellen.

Über die Hetzkampagne der westdeutschen bürgerlichen Presse mit ihren skrupellosen Verleumdungen und Lügen gegen das vietnamesische Volk, ihren erfundenen Greuelgeschichten über den „roten Terror" bis hin zur offenen Kriegstreiberei der westdeutschen Bourgeoisie haben wir uns schon im letzten AK auseinandergesetzt.

Diese Hetze setzt sich nach der endgültigen Befreiung Kambodschas und Vietnams in der bürgerlichen Berichterstattung fort.

Besonders in der Massenpresse, allen voran natürlich in der des Springer-Konzerns, tobt sich der bürgerliche Lumpenjournalismus gegen den Sieg der Befreiungsbewegungen aus und überschlägt sich in der Erfindung angeblicher Greueltaten und Grausamkeiten.

Unter der Überschrift *„Pnom Penh: Offiziere mit ihren Frauen hingerichtet"*, schrieb „Bild" am 5. Mai: *„Fürchterliche Greuel verüben die Kommunisten in Kambodscha. Tausende von Offizieren bis runter zum Leutnant sind mit ihren Frauen hingerichtet worden"*. Am 21.4. nach der Befreiung Phnom Penhs schrieb dasselbe Blatt: *„Über die Gebiete Kambodschas und Südvietnams, die von den Kommunisten erobert wurden, senkt sich ein Vorhang des Schweigens. Die wenigen Nachrichten* (!) *deuten auf eine Welle grausamer Massaker, mit denen die Kommunisten ihren Sieg zementieren"*.

Und Springers Renommierblatt „Die Welt", das bereits drei Tage nach dem Einmarsch der Roten Khmer in Phnom Penh, trotz „Eisernem Vorhang" im Detail über „Enthauptungen" (!) zu berichten wußte, schrieb am 5. Mai: *„Diese Hinrichtungen seien keine isolierte Aktion gewesen, sondern Teil einer allgemeinen ‚Säuberungskampagne'"*. Es werde mit der Hinrichtung „Zehntausender" gerechnet.

In einem geradezu hysterischen Anfall tobt sich ein „Bild"-Kommentator unter dem Titel *„Befreit durch Genickschuß"* gegen die Befreiungsbewegungen aus: *„Als ‚Befreier' lassen sie sich bejubeln, die Kommunisten in Kambodscha und Südvietnam. Und auch bei uns gibt es Leute, die sie dafür halten. Die Menschen in Südostasien erleben etwas anderes: Massenexekutionen, Genickschüsse, Enthauptungen. Die Sieger rächen sich grausam"* (21. 4.75.).

Wie der Räuber, der nach seinem Coup „haltet den Dieb" ausruft, kehren diese bürgerlichen Schreiberlinge die Tatsachen ins Gegenteil, um von den Kriegsverbrechen der Imperialisten gegen die Völker Indochinas abzulenken.

All das, was diese Völker in ihrem Befreiungskampf a l l e i n von Seiten der Imperialisten zu erleiden hatten, wird von der bürgerlichen Presse, im Bemühen, von den tatsächlichen Verantwortlichen abzulenken und den imperialistischen Terror zu rechtfertigen, den Befreiungskräften zugerechnet. Die brutalen Methoden der Konterrevolution, der tagtägliche Terror und Mord, bis hin zu der in Vietnam und Kambodscha praktizierten Massenvernichtung werden hier auf die Methoden und Kampfformen des revolutionären Volkskrieges übertragen. Im Bewußtsein der Leser der bürgerlichen Presse soll es keinen Terror der Imperialisten gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker geben – und wenn sich der imperialistische Terror schon nicht verschweigen läßt, so wird er als sogenannter „Gegenterror" umschrieben – während ihn die Befreiungsbewegungen zu einem „Bestandteil ihrer Kriegsführung" gemacht haben sollen.

Dennoch läßt sich nicht übersehen, daß die bürgerliche Presse nach der Befreiung der südvietnamesischen Hauptstadt offensichtlich einige Schwierigkeiten hat, mit weiteren Berichten über angebliche Massaker und Grausamkeiten aufzuwarten. Sogar die „FAZ" mußte nach dem Sieg der Befreiungsbewegung in Vietnam berichten: *„Die Lage in Saigon hat sich normalisiert. Über Repressionen des Vietcong ist bisher nichts bekannt geworden"* (9.5.75).

Nachdem die Presse zuvor in geradezu wahnwitzigen Visionen zu erwartende Grausamkeiten der Befreiungstruppen beschworen hatte (die „FAZ" erreichte wahrscheinlich noch vor Springer den Rekord: Sie phantasierte von „mehreren millionen" (!) Hinrichtungen, 19.4.) mangelt es ihr jetzt offensichtlich an „Informationsmaterial" über den „roten Terror". Stattdessen werden jetzt allerlei „Mutmaßungen" geäußert. So schrieb die „Welt", an die Umbenennung Saigons in Ho-Chi-Minh-Stadt erinnernd, über das dem vietnamesischen Volk angeblich bevorstehende Schicksal: *„Onkel Ho schuf, würdig der Tradition grausamster Diktaturen* (!) *der asiatischen Geschichte, einen der härtesten, skrupellosesten Staaten der kommu-*

schuf, würdig der Tradition grausamster Diktaturen (!) *der asiatischen Geschichte, einen der härtesten, skrupellosesten Staaten der kommu-*

nistischen Welt ... Von der Not und der Gewalt des Friedens, der jetzt diesem Volk und diesem Land diktiert (!!) *wird, kann es kaum mehr als Mutmaßungen geben ... Für die Welt ... rasselt mit dem Jubel ihrer ‚Befreier' und ihrer Gesinnungsgenossen aus Ost und West ein neuer Eiserner Vorhang herunter"* (2.5.75).

Der Lumpenjournalismus entlarvt sich

Verschiedene Umstände in der bürgerlichen Pressekampagne, vor allem zum befreiten Kambodscha, deuten daraufhin, daß die bluttriefenden „Informationen" von zentraler Stelle und zwar von niemand geringerem als dem amerikanischen Geheimdienst CIA selbst, in die Presse lanciert wurden.

Da sind zunächst einmal die sich widersprechenden Angaben über die Zahl der angeblichen Hinrichtungen in Kambodscha. Während die „Welt" und „Bild" noch die Geschichte von Tausenden und Zehntausenden Hinrichtungen spann, berichtete der „Spiegel" über *„80 bis 90 Hinrichtungen"*. Seine Quelle: der sicherlich in dieser Frage über jede Untertreibung erhabene US-Präsident Ford höchstpersönlich (Ausgabe vom 12.5. 75). Woher Ford nun wiederum seine „Informationen" bezog, wußte oder mochte der „Spiegel" nicht verkünden. Desweiteren stützt die bürgerliche Presse alle ihre Berichte über Hinrichtungen und Massaker auf „Augenzeugenberichte", obwohl sie gleichzeitig von einer totalen Nachrichtensperre durch die Roten Khmer spricht!

Diese „Augenzeugenberichte" sind von Reportern, die die Befreiung Phnom Penhs miterlebten und danach noch mehrere Tage in Kambodscha blieben, dementiert worden. So berichtet der westdeutsche ARD-Korrespondent Fröhder, der die Befreiung Phnom Penhs erlebte: *„Auch wir haben von den Gerüchten ge-*

FORTSETZUNG SEITE 18

Greuelpropaganda des CIA

Noch lange bevor die Befreiungsstreitkräfte in Kambodscha und Südvietnam ihre Völker vom Joch des Imperialismus befreit hatten, verbreiteten die US-Imperialisten in der gesamten Welt die irresten Meldungen über angeblich geplante „Rackeaktionen" der Befreier.

Es wurde behauptet, daß die südvietnamesische FNL vorhabe, hunderttausende von Leuten umzubringen, die mit den US-Imperialisten zusammengearbeitet haben. Auf der Grundlage dieser – vom amerikanischen Geheimdienst CIA gelieferten ‚Einschätzung' – entwickelte das US-Kriegsministerium PENTAGON seine „Evakuierungspläne", wonach bis zu einer Million Südvietnamesen ausser Landes gebracht werden sollten.

Für den Fall, daß die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh ‚fallen' sollte, hatten die US-Imperialisten ein ungeheures „Blutbad" vorhergesagt! Der amerikanische Präsident Ford hatte mit dieser „Argumentation" den Kongreß dazu bewegen wollen, weitere Finanzmittel (hunderte Millionen Dollar!) für den Fortbestand des korrupten Lon-Nol-Regimes zu bewilligen.

Ein gewisser Piquart (ehemals Chefchirurg am Calmette – Hospital in Phnom Penh) erlangte als Schauermärchen Erzähler in dieser Kampagne weltweite Berühmtheit. Er habe, so behauptete Piquart zunächst in einem Interview mit dem französischen Fernsehen, *„auf dem Marktplatz* (der kambodschanischen Hauptstadt, Anm. d.Red.) *dreihundert Leichen mit durchschnittenen Kehlen gesehen"* (lt. „FR", 13.5.). Umgebracht von den Roten Khmer, versteht sich! Ferner wußte er davon zu berichten, daß *„die Sieger... Französinnen vergewaltigt, ihnen anschließend Flaschen in die Vagina getrieben und diese dann zerschlagen (hätten). Solche furchtbar zugerichteten Frauen habe er operiert"* („FR", ebenda).

Der bürgerliche Propaganda-Apparat in der gesamten kapitalistischen Welt glaubte nun endlich den Kronzeugen für die bisherigen unbeweisbaren Behauptungen über die Brutalität der „Roten" gefunden zu haben – und formulierte die Aussagen Piquarts zu Schlagzeilen (siehe u.a. nebenstehenden Abdruck von „Bild").



Phnom Penh ist keineswegs eine „Geisterstadt". Die Bevölkerung demonstriert für die Ziele der Regierung der Nationalen Einheit.

So „behandelten" die US-Imperialisten und ihre Marionetten-Truppen in Südvietnam Gefangene der Befreiungsfront. Die Imperialisten wollen mit ihrer heutigen Hetzkampagne gegen die befreiten Völker von diesen Verbrechen ablenken.

Chirurg aus dem Krankenhaus von Phnom Penh enthüllt Greueltaten der Roten Khmer

● 300 Männern die Kehle durchschnitten –

● Frauen vergewaltigt und bestialisch gequält

„Bild" vom 10.5.1975: Die wildeste Hetze betrieb auch hier natürlich wieder die Springerpresse. Die Greuelpropaganda wurde auch dann nicht eingestellt, als die „Augenzeugen" als Lügner entlarvt waren. Eine Richtigstellung hat „Bild" bis heute nicht gebracht!

Phnom Penh ist keineswegs eine „Geisterstadt". Die Bevölkerung demonstriert für die Ziele der Regierung der Nationalen Einheit.

wieder die Springerpresse. Die Greuelpropaganda wurde auch dann nicht eingestellt, als die „Augenzeugen" als Lügner entlarvt waren. Eine Richtigstellung hat „Bild" bis heute nicht gebracht!

Nun – da die Völker Kambodschas und Vietnams frei und die Imperialisten und ihre Lakaien endgültig vertrieben sind – produziert die Propagandamaschinerie des amerikanischen Geheimdienstes CIA am laufenden Meter Greuelgeschichten, „Berichte von Augenzeugen" über angebliche Schandtaten der Befreiungsstreitkräfte.

Die ungeheuerlichsten Lügen wurden vom CIA über die Lage im befreiten Kambodscha in die Welt gesetzt und von der internationalen bürgerlichen Presse aufgegriffen und verbreitet:

- Die Bevölkerung Phnom Penhs sei von den Roten Khmer *„vertrieben"* worden. *„Selbst die Krankenhäuser wurden geräumt und viele Patienten rollten (!) in ihren Betten über die Straßen (!!!)"* („Welt", 9.5.).
- Die Befreiungsstreitkräfte seien beim Plündern gesehen worden („Welt", 9.5.). *„Aber im allgemeinen"*, so heißt es in der gleichen Ausgabe der „Welt", *„zerstörten sie* (die Roten Khmer, Anm. d.Red.) *das Eigentum der gutsituierten Einwohner wie Möbel, Telefone und Radios."*
- Die „Welt" und die „FAZ" berichteten mehrfach von *„Blutgerichten"*, von *„Massakern"* und *„Schauprozessen"*, die angeblich in Kambodscha stattgefunden hätten.

Daß fast ausnahmslos alle diese Meldungen auf gezielt ausgestreute Gerüchte des CIA zurückgehen, hat das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" (vom 2. Mai 75) unzweifelhaft nachgewiesen!

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die imperialistische Hetzkampagne, als ausländische Diplomaten, Journalisten etc., die sich nach der Befreiung Phnom Penhs in die französische Botschaft ‚geflüchtet' hatten, aus Kambodscha ausgereist waren.

Als die Schauergeschichten des Herrn Piquart von immer mehr Leuten, die ebenfalls in der französischen Botschaft in Phnom Penh gewesen waren und mit Piquart zusammen das Land verlassen hatten, als frei erfunden und erlogen bezeichnet wurden und diese Enthüllungen im französischen Fernsehen zu einer ernsthaften Krise zu führen drohten, hat Piquart öffentlich zugegeben, *„daß er all dies frei erfunden hat und daß er nur ‚aus zweiter Hand von einigen Kadavern' habe berichten hören"* („FR", 13. Mai). Piquart wörtlich: *„Ich habe zuviel geredet (?), ich habe nichts von all dem gesehen (!!!)."*

Was der phantasiereiche Arzt nicht erklärt hat, ist, wer oder was ihn dazu bewogen hat, derartig ungeheuerliche Anschuldigungen gegen die kambodschanischen Befreiungstruppen öffentlich vorzubringen!

Es liegt auf der Hand, daß nicht ungezügelte Wichtigtuerei und Redseligkeit das Motiv gewesen sind, sondern daß dieser Kerl seine unverschämten Lügen mit der Absicht verbreiten ließ, die kambodschanische Revolution zu diskreditieren. Fragt sich nur, ob das mit Wissen und im Auftrag des CIA geschah oder ob Piquart „persönlich" Rache nehmen wollte... ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Wie es in Wahrheit aussieht – Begeistert werden die kambodschanischen Befreiungsstreitkräfte von der Bevölkerung begrüßt

Japan:

Schwache Resultate und faule Kompromisse

Im ARBEITERKAMPF Nr. 57 hatten wir ausführlich über die Vorbereitungen, konkreten Aktionspläne und Forderungen der japanischen Gewerkschaften für die diesjährige „Frühjahrsoffensive" berichtet (unter „Frühjahrsoffensive" verstehen die Werktätigen Japans und ihre Gewerkschaften Kampfaktionen wie Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen, die alljährlich im Frühjahr zur Durchsetzung der dringendsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen unternommen werden). Bereits heute – wo die offiziell proklamierten Aktionstage noch nicht abgeschlossen sind und noch in zahlreichen Branchen über die neuen Tariflöhne verhandelt wird – kann gesagt werden, daß die zentralen Ziele der diesjährigen „Frühjahrsoffensive" (Sicherung der Reallöhne durch eine 30%ige Lohnerhöhung, Mindestlohn von 560 DM im Monat, Streikrecht für „öffentlich Bedienstete" und Verbesserung der Renten/Kranken-Versicherung) nicht erreicht werden – und daß auf dem Wege zu einer einheitlichen, nationalen Gewerkschaftsorganisation kaum Fortschritte gemacht wurden.

Der ursprünglich für den 27. März 1975 geplante allgemeine Verkehrsstreik wurde vom nationalen „Kampfkomitee" der Gewerkschaften abgeblasen, als Vertreter der japanischen Regierung zugesagt hatten, die *„Bestrafung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die an der vorjährigen Frühjahrsoffensive teilgenommen hatten"* zu v e r s c h i e b e n (laut „Horizont", 19/75).

Damit hängt natürlich weiterhin das Damoklesschwert politischer Entlassungen und noch schwererer Strafen über den Kollegen des Öffentlichen Dienstes, die im letzten Jahr an den Kampfaktionen teilgenommen hatten – und vor allem bedeutet die Zustimmung der Gewerkschaftsführer zu diesem faulen Kompromiß die Preisgabe der Forderung nach dem Streikrecht für die Werktätigen im Öffentlichen Dienst! Es kann nur als Hohn bezeichnet werden, wenn der Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit im Sohyo, Makoto Uchida, n a c h diesem schrägen Abkommen mit Regierungsvertretern erklärt: *„Wenn exemplarische Bestrafungen von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ... erfolgen sollten, ist ... ein Streik geplant"* (laut „Horizont", 1975).

Daß sich die Sohyo-Führer auf das Produzieren von starken Worten verstehen, zeigt u.a. auch die Erklärung von Sohyo-Generalrekretär Oki, daß er *„die Gewerkschaftsvertreter in der Stahlindustrie veranlassen* (werde)*, bei ihren Verhandlungen mit dem Management keine Übereinkunft über ein solches Angebot* (nämlich 15 %, die von Kapitalistenverbänden und Regierung als Lohnleitlinie für 1975 herausgegeben wurden, Anm. d. Red.) *zuzulassen"* (laut „Horizont", 19/75).



Immer mehr japanische Frauen beteiligen sich an den Aktionen der Werktätigen für politische und soziale Veränderungen – hier eine Kampfdemonstration Tokioter Frauen gegen Inflation und Teuerung, die im Rahmen der diesjährigen Frühjahrsoffensive stattfand.

Die Ende April von den Gewerkschaftsführern tatsächlich getätigten Abschlüsse in zentralen Bereichen der japanischen Industrie blieben u n t e r h a l b der offiziellen „Leitlinie" von 15 Prozent.

„Die Abschlüsse bei Eisen und Stahl, im Schiffbau, der Automobilindustrie, der Chemie und bei den Stromerzeugern liegen alle bei 14,5 Prozent, oder einer durchschnittlichen monatlichen Lohnerhöhung von 130 DM. Im Textilbereich sind sogar nur 2,2 bis 7 Prozent (!) *gewährt worden"* („FAZ", 10.5.75).

Verantwortlich für die Abschlüsse in diesem Bereich der japanischen Wirtschaft sind in der Regel die Führer der Domei-Gewerkschaften, die als „gemäßigt" gelten. Diese Elemente, die im nationalen „Kampfkomitee" vertreten sind, haben (wie schon im Vorjahr!) als erste die ursprünglichen Kampfziele preisgegeben und mit den Kapitalisten vorzeitig neue Tarife vereinbart – und sind damit praktisch aus der einheitlichen Kampffront der japanischen Werktätigen ausgeschieden!

Die Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst sind – wie gehabt – isoliert!

Sohyo, der stärkste und zugleich „radikalste" Gewerkschaftsverband kann von den staatlichen und privaten „Arbeitgebern" risikolos provoziert werden: *„Die Privateisenbahngesellschaften* (haben) *als Lohnführer ihren Gewerkschaften eine Nominallohnerhöhung von nur 8,3 Prozent* (!) *oder 80 DM je Monat angeboten"* („FAZ", 105.75).

Ein Abschluß auf dieser Marke würde – bei einer *„Inflationsrate von 14,2 Prozent Ende April"* („FAZ", ebenda) – einen ungeheuren weiteren Reallohnabbau bedeuten!

Die Sohyo-Führung hat jetzt erneut einen „Generalverkehrsstreik" für den 16. Mai angekündigt.

Jedoch: *„Der jetzt von den Sohyo-Gewerkschaften angeschlagene kämpferische Ton widerspricht auffallend dem ungewöhnlich zahmen Ablauf des bisherigen Frühjahrslohnkampfes"*, empfindet selbst die großbürgerliche „FAZ" (10.5.75).

Allenfalls werden für die Kollegen im Öffentlichen Dienst Japans aus der diesjährigen „Frühjahrsoffensive" 15%ige Lohnerhöhungen herauskommen, womit gerade die zu erwartenden Preissteigerungen gedeckt werden können (jedoch nicht einmal die Lohneinbußen des letzten Jahres ausgeglichen werden können).

In der diesjährigen „Frühjahrsoffensive" ist augenscheinlich an einen nennenswerten Schritt in Richtung einheitliche Kampffront der japanischen Arbeiterklasse ebensowenig zu denken wie an eine spürbare Verbesserung der schlechtest gestellten Schichten des japanischen Proletariats („Derzeit verdienen rund 10 Millionen japanische Arbeitnehmer weniger als 400 DM im Monat", „FAZ", 10.5.75).

Die Forderung nach einem Mindestlohn lautete 560 DM für jeden!

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Nach der Befreiung von Vietnam und Kambodscha: Jetzt Laos!

Es war und ist immer ein untrügliches Zeichen für das baldige Ende eines reaktionären Regimes, wenn die US-Regierung ihr Botschaftspersonal und die in allerlei Kostümierungen tätigen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes CIA auffordert, das „Gastland" auf dem schnellsten Wege zu verlassen. So war es in Kambodscha und dann in Südvietnam, als die US-Imperialisten „fünf Minuten vor Zwölf" (d.h. kurz vor der endgültigen Kapitulation ihrer Marionetten-Regimes) „rausflogen" – und das im doppelten Sinne des Wortes! In Laos bahnt sich jetzt die gleiche Entwicklung an. Dort haben sich – dem Vernehmen nach – bereits *„alle prominenten Repräsentanten der prowestlichen und zum Teil auch der neutralistischen Gruppe ins Ausland abgesetzt"* („FAZ", 17.5.).

Unter dem Druck einer breiten antiimperialistischen Massenmobilisierung, die vor allem auch in der proimperialistischen laotischen Armee zu Meutereien führte (siehe u.a. „SZ", 17.5.), mußten vier reaktionäre Minister (darunter der bisherige rechte Verteidigungsminister) und drei führende Generäle der rechtsgerichteten Streitkräfte ihren Rücktritt einreichen (lt. „FR", 12.5).

Verteidigungsminister in der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit ist heute der Revolutionär Kham Quan Boupha, Angehöriger des Pathet Lao!

Die rasche Veränderung des Kräfteverhältnisses in Laos zugunsten der revolutionären Befreiungsbewegung – die sich anders als in Südvietnam und Kambodscha bisher ohne größere militärische Konfrontationen entwickelte – erklärt sich leicht aus der bisherigen Geschichte des Befreiungskampfes und war mitbestimmt durch die endgültige Befreiung von Kambodscha und Südvietnam in den zurückliegenden Wochen.



Genossen des Pathet Lao – vor dem endgültigen Sieg

Als 1973 die US-Imperialisten und ihre laotischen Lakaien gezwungen waren ein „Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der Nationalen Einheit" zu unterzeichnen, kontrollierte der Pathet Lao vier Fünftel des Landes! Entsprechend diesem Abkommen wurde eine Koalitionsregierung aus Vertretern der Befreiungsbewegung und proimperialistischen Kräften – unter Vorsitz des „neutralistischen" Ministerpräsidenten Souvanna Phouma – gebildet. Das Abkommen verlangte ferner den unverzüglichen Abzug aller ausländischen Truppen und die sofortige Liquidierung der *„vom Ausland organisierten, bewaffneten, instruierten und befehligten ‚Sonderstreitkräfte'"* (Artikel 4). In den zwei „Hauptstädten" des Landes (Vientiane und Luang Prabang) wurden sowohl Streitkräfte der Befreiungsfront als auch des proimperialistischen Lagers stationiert.

Für das kommende Jahr (1976) sind nach dem Abkommen Wahlen zur Nationalversammlung vorgeschrieben. Es besteht selbst bei imperialistischen Politikern keine Illusion darüber, daß die überwältigende Mehrheit der laotischen Bevölkerung dem Pathet Lao ihre Stimme geben und den korrupten, verbrecherischen Elementen der „Partei von Vientiane" (wie sich die Marionetten des US-Imperialismus nennen) eine deutliche Abfuhr erteilen wird.

Um zu verhindern, daß das Abkommen *„korrekt, vollkommen und gewissenhaft"* verwirklicht wird, wie es der Text vorschreibt, haben die USA nach wie vor mehr als 1.000 CIA-Agenten in Laos „stationiert", die, als „Entwicklungshelfer" etc. getarnt, konterrevolutionäre Aktivitäten unterstützen und leiten. Noch heute treiben die vom CIA ausgerüsteten und gesteuerten „Sonderstreitkräfte" (mit laotischen und thailändischen Söldnern) ihr Unwesen und bedrohen die Verwirklichung der im 73er Abkommen formulierten Ziele. Daß die Gewährsleute des CIA darüberhinaus auch in den proimperialistischen Streitkräften von Laos am Wirken sind, zeigt der Fall des General Vang Pao: *„Dieser Mann, ein Regionalfürst ... hat über ein Jahrzehnt lang im Sold des US-Geheimdienstes CIA gestanden, mit CIA-Dollars einen Teil der Meo-Minderheit zu Vorstößen gegen die nordvietnamesischen Nachschubwege organisiert, am Opiumhandel nicht schlecht verdient und noch eigene Politik zu machen versucht"* („FR", 12.5.).



Vang Pao und ähnliche Elemente wurden in den letzten Wochen aus ihren Funktionen vertrieben und sind zumeist ins benachbarte Thailand geflohen.

Kambodscha, Laos, Vietnam – Sieg im Volkskrieg!

Der revolutionäre Pathet Lao hat in den zurückliegenden Wochen mehrere begrenzte militärische Aktionen durchgeführt, um das Treiben der konterrevolutionären „Sonderstreitkräfte" zu unterbinden und damit die Einhaltung des „Abkommens über die Wiederherstellung des Friedens und der Nationalen Eintracht" zu garantieren. Gleichzeitig haben Kräfte der Befreiung das laotische Volk gegen die Stützpunkte des US-Imperialismus in ihrem Land mobilisiert – und so insgesamt einen weiteren Schritt zur endgültigen Befreiung ihres Landes getan.

Der „neutralistische" Ministerpräsident von Laos, Souvanna Phouma, würdigte die jetzige Entwicklung in einer Rede anläßlich des „Verfassungstages" am 11.5.: *„Die Umwälzungen, die unser Land seit 20 Jahren erschüttert haben, haben deutlich zu einer neuen Situation geführt ... Es ist erforderlich, sich der Tatsachen bewußt zu werden, und sich darauf vorzubereiten, mit der Geschichte ins Reine zu kommen."*

An das laotische Volk appellierend, fuhr er fort: *„Liebe Landsleute, wichtige Veränderungen sind eingetreten. Von vielen sind sie nicht so schnell erwartet worden. Aber sie sind nun einmal da.*

Es bietet sich uns die große Chance, unserem Land weiteres Blutvergießen zu ersparen, zu dem es zweifellos kommen würde, wenn man den Gang der geschichtlichen Ereignisse mißachten würde ... Wir müssen den Kämpfen ein Ende bereiten. Der Krieg ist zu Ende."

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Zehn-Punkte-Verhaltenskodex der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams für Kader und Funktionäre in den neu befreiten Gebieten

1. „Die revolutionäre Verwaltung muß entschlossen verteidigt werden, die Wachsamkeit und Kampfbereitschaft muß weiter erhalten werden, um alle Sabotage- und Widerstandspläne des Feindes zu vereiteln.
2. Alle politischen Grundsätze der nationalen Befreiungsfront und Verordnungen der revolutionären Verwaltung sind strikt einzuhalten.

3. Die Einheit zwischen den Bevölkerungsschichten sowie zwischen Kadern, Kämpfern und der Bevölkerung muß gestärkt werden, die Propaganda und Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung intensiv betrieben werden, um sie für die gewissenhafte Erfüllung der Richtlinien und politischen Grundsätze der nationalen Befreiungsfront und der revolutionären Verwaltung zu mobilisieren, Vertrauen und Begeisterung in der Bevölkerung herzustellen, die Produktion und den Kampf zu intensivieren und die neu befreiten Gebiete allseitig zu festigen.

4. Das Leben und das Eigentum der Bevölkerung sind zu respektieren und zu schützen. Es ist untersagt, sich auch den kleinsten Besitz der Bürger, wie Nadel und Garnspule, anzueignen und das Eigentum der Bevölkerung eigenmächtig zu benutzen. Eigentum oder persönliche Gegenstände der Bürger, die von Kadern und Mitarbeitern beschädigt werden, sind von diesen wieder gutzumachen.
5. Die demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung sind zu gewährleisten, die Glaubensfreiheit, Sitten und Bräuche der Bürger sind zu respektieren.
6. Das öffentliche Eigentum, die historischen Gedenkstätten, Kultur- und Kunstwerke sowie wissenschaftliche Forschungsprojekte sind zu schützen.

7. Alle von dem Feind erbeuteten Materialien, Dokumente, Waffen, Eigentum, Geld und andere Gegenstände sind der revolutionären Verwaltung zu übergeben. Es ist untersagt, sie zu zerstören oder zum persönlichen Besitz zu machen oder an andere Personen zu verteilen.

8. Die öffentliche Ordnung ist beispielgebend zu bewahren, die Kader und Funktionäre haben aktiv an der Verhinderung und Vereitelung der Spionagetätigkeit und der Manöver der psychologischen Kriegsführung mitzuwirken. Die Bestimmungen hinsichtlich der Agentenabwehr und der Geheimhaltung sind in vollem Umfang zu erfüllen, die Geheimnisse der Revolution zu bewahren ... Die Mehrheit der Bevölkerung bei der Vorbeugung und restlosen Beseitigung aller Formen der dekadenten und reaktionären Kultur ist zu gewinnen.
9. Es ist nicht erlaubt, Personen eigenmächtig und ohne Befehl der zuständigen Organe festzuhalten oder zu untersuchen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Werden Elemente, die Handlungen gegen die revolutionäre Verwaltung und die Bevölkerung (wie Sabotageakte, Raub, Mord, Vergewaltigung und Störung der Ordnung und Sicherheit) unternehmen, auf frischer Tat ertappt, dann ist es erlaubt, diese Elemente zu verhaften und sie sofort an die für Rechtsprechung zuständigen Organe zu übergeben.
10.Die revolutionäre Moral ist zu bewahren: Fleiß, Sparsamkeit, Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit, Selbstlosigkeit und völlige Hingabe für die gemeinsame Sache; Einstellungen und Handlungen, die dem Ansehen der Revolution Schaden zufügen, sind streng verboten. Die Kader haben sich der Bevölkerung gegenüber höflich, freundlich und im Interesse der Eintracht zu verhalten. Anmaßungen und Repressalien sind untersagt.

Jeder Kader und Mitarbeiter in den neu befreiten Gebieten muß diese zehn Gebote strikt einhalten. Kader und Kämpfer der Streitkräfte haben sich an die zehn Gebote zu halten. Die, die diese Gebote verletzen, werden strengsten Disziplinarverfahren unterzogen. Die Bevölkerung soll den Kadern und Funktionären helfen, diese zehn Gebote korrekt zu erfüllen". ●

(Südvietnam, 1. April 1975; nach „Informations-Dienst" vom 27.4.75).

Ein Lied für den Vietkong

Am Mittwoch, 30. April, feierten rund 300 Studenten in Frankfurt den Sieg des vietnamesischen Volkes mit einer spontanen Demonstration, die von einer zuvor stattgefundenen Uni-Vollversammlung ausging. Die Freude über diesen in einem jahrzehntelangen bewaffneten Kampf errungenen Sieg drückte sich in begeisterten Ho-Tschi-Minh-Rufen aus und in Parolen wie: *„Von der Zeil bis Saigon – grüßen wir den Vietcong".*

(Die Zeil ist die Hauptgeschäftsstraße in Frankfurt). Wie ein solch großartiger Sieg über den Imperialismus auch weit von seinem Schauplatz entfernt den Enthusiasmus und die schöpferische Phantasie anregen kann, zeigte sich zudem darin, daß auf dieser Demo von mehreren Genossen spontan ein Lied zusammengedichtet wurde, das bald von allen Demonstrationsteilnehmern (und auch später auf der Mai-Demonstration von vielen Genossen) mitgesungen wurde. Melodie: Mecki-Messer-Song aus Brechts Dreigroschenoper.

Und an einem / schönen Mittwoch /
in den Straßen / von Saigon /
wehte nur noch / eine Fahne /
und die war vom / Vietcong!
Und die Amis / mußten abziehn /
und das tut uns / gar nicht leid /
denn an diesem / schönen Mittwoch /
wurde Ho-Tschi- / Minh-Stadt befreit!

●

Zum X-ten Mal: Solidaritätssammlung verboten

Vor etlichen Wochen beantragten wir bei der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde eine Sammlungsgenehmigung zugunsten des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes und der Wiederaufbauarbeit der Provisorischen Revolutionsregierung.

Der Antrag fand leider das sattsam bekannte Echo: Neben dem dummen Spruch, das Müttergenesungswerk sammele schon Anfang Mai, hielt man uns vor, die Parteinahme für den bewaffneten Befreiungskampf könne die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören, weil es zu „Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden" kommen könne, und dann müßten die Bullen ja wohl oder übel die genehmigte Sammlung schützen. (Aber die schützen ja lieber mit ihren „chemischen Keulen" die Demonstration der Jungen Union für das verbrecherische Thieu-Regime oder die sicherlich irgendwann demnächst stattfindende HIAG-Veranstaltung vor Antifaschisten.) Die Arbeits- und Sozialbehörde übt auf dem Gebiet des Sammlungsrechts praktisch eine Zensur aus! Sie lockt mit der Genehmigung für eine rein „humanitäre Sammlung", um so von der Propaganda für die um Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völker abzulenken. Nicht genug damit, daß die Imperialisten über Indochina etc. hergefallen sind!

Wir sollten wachsam sein, denn die Zensur von Sammlungen ist sicher nur ein Vorreiter der Zensur von Demonstrationen, Veranstaltungen usw.

Initiativkomitee ARBEITERHILFE, Hamburg ●

Konto des IKAH:
Nr. 37 43 31 - 206 PSchA HH
Spenden: Für Entlassene und aus politischen Gründen von der Justiz Verfolgte auf das Konto des IKAH BfG HH Nr. 1 244 365 3
Für Vietnamhilfe und die Genossen in Chile: Konto H. Theis Haspa 1205/481755

Leserbrief: –CUBA–

Im AK 54 habe ich einen Artikel zum Jahrestag der kubanischen Revolution geschrieben, der Gegenstand einer Antwort darauf im AK 57 wurde. Ein Hamburger Studentengenosse schrieb:

„Woher hat der Hamburger Chemiegenosse die Aussage: In der Emigration in Mexico sammelten sich die kubanischen Revolutionäre erneut. Sie eigneten sich die Erkenntnisse des revolutionären Marxismus, vor allem die Lehren der chinesischen Revolution an. ? ? Vergleicht man demgegenüber die Rede Fidels vom 21. Mai 1959 (also nach der Revolution!), so muß diese Aussage wohl relativ stark korrigiert werden: „Unsere Revolution ist weder kapitalistisch noch kommunistisch! (...) Die heutige Weltlage stellt uns vor die Wahl zwischen dem Kapitalismus, der die Menschen aushungert und dem Kommunismus, der ihre wirtschaftlichen Probleme löst, aber dafür Freiheiten *Menschen aushungert und dem Kommunismus, der ihre wirtschaftlichen Probleme löst, aber dafür Freiheiten* *unterdrückt...!"*

Es ist wohl so, daß ich die Rolle und Entwicklung Fidels ungenau dargelegt habe und er wohl zu den Guerilla-Führern gehörte, die erst nach der Revolution in allen Fragen auf die Position des Sozialismus überging. Aber es wäre genauso falsch, die kubanische Guerillabewegung als homogenen Block darzustellen. Was die Ablehnung des Imperialismus und seiner Marionette Battista anging, so bestand durchaus Einigkeit. Was aber die grundsätzlichen Auffassungen anging, so gab es eine Reihe von Unterschieden, die bis lange nach der Revolution 1959 noch ausgetragen wurden. So gab es Guerilleros, die aus der liberalen und kleinbürgerlich-bäuerlichen Opposition stammten, so gab es welche, die bald nach der Revolution sich politisch-ideologisch am revisionistischen Lager orientierten, so gab es welche, die mit der chinesischen und vietnamesischen Revolution sympathisierten. Che Guevara schrieb nach der Revolution:

„In der Emigration in Mexico studierten wir die Lehren des revolutionären Marxismus. Vor allem die Lehren des vietnamesischen Volkskrieges. Und die Lehren der vietnamesischen Revolution beseelten später die Guerilleros, als sie mit der Granma wieder in Kuba gelandet waren und den Kampf gegen Battista wieder aufnahmen... Der Kampf um die Richtigkeit des revolutionären Marxismus innerhalb der Guerilleros schaffte viele neue Impulse, obwohl einige ihn als theoretisch und praxisfern abtaten... Die Verbindung der Lehre des revolutionären Marxismus mit dem tagtäglichen Kampf gegen Battista, mit dem Kampf gegen Unterdrückung, mit dem Kampf für nationale Unabhängigkeit beschleunigte den Sturz Battistas. Ein Teil der Guerilleros erkannte das erst lange nach der Revolution 1959."

Im übrigen wäre es wohl recht ungewöhnlich, wenn es in Kuba eine Guerillabewegung gegeben hätte, die jahrelang nichts mit dem Marxismus zu tun gehabt hätte und dann – wie vom Donner gerührt – erkennt, daß der marxistische Weg der richtige ist. Richtige Erkenntnisse werden immer im Kampf zweier Linien entstehen, sie fallen nicht plötzlich vom Himmel.

Das ist aber noch nicht der Kern der Sache. Der Studentengenosse führt aus dem Programm, das zum Sturz Battistas führte, ein paar Stellen an, um damit der Guerillabewegung Kubas als liberale, also bürgerliche abzuwerten. Dazu zwei Dinge
1. wurde Battista nicht nur von den Guerilleros gestürzt, sondern von einem Bündnis, an dem auch Teile der nationalen Bourgeoisie teilnahmen. So ist zu erklären, daß das Programm, das den Sturz Battistas herbeiführen sollte, kein Programm war, in dem nur lupenreine ML-Forderungen enthalten waren.
2. Wenn man die Programme erfolgreich durchgeführter Revolutionen (z. B. China, Vietnam) anschaut, oder die Programme der vietnamesischen FNL oder der gegenwärtigen Bewegung in Kambodscha, dann wird man genauso feststellen, daß das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie sich in diesen Programmen wiederspiegelt.

Die Geschichte hat gezeigt, daß die Revolution in Kuba seit dem Überfall auf die Moncadakaserne systematisch in Richtung Sozialismus vorangetrieben worden ist und das vor allem Dank der Tatsache, daß marxistische Arbeiter und Bauern die Mehrheit in der Guerillaarmee bildeten.

Man könnte noch mehr zu diesem ganzen Problem sagen, ich möchte aber den kostbaren Platz unseres Arbeiterkampfes nicht strapazieren. Aber die bisherigen Artikel zu Kuba werden nicht die letzten sein. Eines muß ich aber noch zum Schluß sagen. Als Überschrift meines Artikels im AK 54 hatte ich eine andere gewählt (ohne Zahlen).

Die Redaktion hatte dann die falsche Überschrift „15 Jahre Sieg der Revolution in Kuba" genommen. Warum, weiß ich bisher nicht.

Ein Hamburger Chemiegenosse

Anmerkung: Die Kritik des Chemiegenossen wegen der peinlichen Überschrift „15 Jahre ...." ist zutreffend. Tatsächlich war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels bereits das 16. Jahr der kubanischen Revolution ins Land gegangen, was dem verantwortlichen Redakteur leider entgangen war. Die Jahreszahl 15 entnahm der verantwortliche Redakteur einem Satz im Artikel, der herausgekürzt wurde, ohne sie noch einmal nachzuprüfen. ●

– Redaktion –

Demonstration südkoreanischer Antifaschisten in Frankfurt

Rund 100 Südkoreaner demonstrierten am 27. April in Frankfurt gegen das faschistische Park-Chung-Hee-Regime ihres Landes. Aufgerufen dazu hatte das „Forum für Demokratie in Korea". Angesichts der Verfolgung und des Terrors, den der südkoreanische Geheimdienst KCIA auch in der BRD gegen die hier lebenden 14.000 Südkoreaner betreibt (mit offensichtlicher Billigung der Bundesregierung), war dies eine mutige Aktion. Zu erinnern ist an die Entführung von 17 Südkoreanern aus unserem Land durch den KCIA im Jahre 1967.



Auf der Kundgebung wurde genauer über die Situation in Südkorea und über die Praktiken des Park-Chung-Hee-Regime informiert: es herrscht eine totale Pressezensur in Südkorea, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sind völlig aufgehoben, die Universitäten sind von bewaffneten Militärs besetzt. Tausende von Oppositionellen werden wegen ihrer politischen, weltanschaulichen oder religiösen Einstellung verfolgt, in die Gefängnisse geworfen und zu Tode gefoltert oder hingerichtet. Der Geheimdienst KCIA hat im In- und Ausland ein Spitzelnetz von 300.000 Agenten aufgebaut. Zum Beispiel sind die meisten Dolmetscher in den firmeneigenen Bergarbeiterunterkünften des Ruhrgebiets Agenten des KCIA. Weiter wurde auf der Kundgebung gesagt:

„Mit dem Angebot spottbilliger Arbeitskräfte, Steuererlaß und Streikverbot werden profitgierige ausländische Unternehmen ins Land gelockt.

Mittelständische nationale Unternehmer werden dadurch immer mehr ruiniert. Die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung leidet unter akuter materieller Not. Fett wird dabei eine kleine Schicht von korrupten Bürokraten und Großunternehmern, die, eng verknüpft mit US-japanischem Kapital, sich schamlos bereichert."

Die Kundgebungsredner richteten abschließend einen Apell an die Bundesregierung, sich für eine Demokratisierung in Südkorea einzusetzen. Daß die Bundesregierung derartiges tatsächlich tut, ist allerdings nicht anzunehmen: Ihre Haltung ist genügend daran abzulesen, daß sie dem KCIA nach wie vor freie Hand bei der Bespitzelung und Verfolgung antifaschistischer Südkoreaner in der BRD läßt. Und nach Japan und den USA gehört die BRD zu den größten Handels„partnern" Südkoreas – und profitiert bei der Ausplünderung der südkoreanischen Bevölkerung von der faschistischen Terrorherrschaft, wie in Spanien, wie in Brasilien, wie in Chile, wie in Indonesien usw. ●

KB / Gruppe Frankfurt

Kampf der Arbeiter in Argentinien

– Seit über sieben Wochen Streik in Villa Constitucion –

Villa Constitucion ist eine kleine Stadt im Süden der Provinz Santa Fé, in der Nähe der größten Stadt der Provinz: Rosario. Villa Constitucion hat allerdings eine besondere Bedeutung. Dort befindet sich eine starke Konzentration der Metallindustrie. Die gesamte Automobilindustrie Argentiniens hängt von dieser kleinen Stadt ab.

Am 20. März dieses Jahres deckte die peronistische Regierung ein „subversives Komplott" auf. Der Innenminister Rocamora sprach von einem *„subversiven Plan, der die Lahmlegung aller wichtigen Betriebe in der Provinz zum Ziel hätte."* Drahtzieher der Verschwörung soll vor allem die Metallarbeitergewerkschaft der Stadt Villa Constitucion sein. Wenn man den Worten des Innenministers glauben schenkt, könnte man meinen, da wären teuflische Mächte am Werk. Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Vier Jahre lang war die Metallarbeitergewerkschaft UOM (Union Obrera Metalurgica) in Villa Constitucion von der Nationalen Leitung der UOM besetzt (d.h., die nationale Leitung der UOM besetzte die Führungsposten der Gewerkschaft in Villa Constitucion mit ihr genehmen Personen – gegen den Willen der Arbeiter).

Als am 30. November 1974 endlich wieder Wahlen zugelassen wurden, siegte die Liste der revolutionären marxistischen Linken über die Vertreter der nationalen Bürokraten. Die Arbeiter verlangten sofort Lohnerhöhungen und Verbesserung der katastrophalen Arbeitsbedingungen.

Die Regierung antwortete mit dem „subversiven Komplott". Mehr als 200 Personen wurden verhaftet, unter





Demonstration der streikenden Arbeiter am 22. April in Villa Constitucion

Demonstration der streikenden Arbeiter am 22. April in Villa Constitucion

anderen natürlich die neugewählte Leitung der UOM. Die Antwort der Arbeiter ließ nicht auf sich warten: Sie besetzten die Betriebe und streikten für die Freilassung ihrer gefangenen Kollegen. 6000 Arbeiter in den vier größten Betrieben der Region (Acindar, Metcon, Marathon, Villber) legten die Arbeit nieder.

Die kämpfenden Arbeiter waren jedoch zunächst etwas isoliert. Sie wurden von der Regierung massiv angegriffen und erhielten natürlich keinerlei Rückhalt vom argentinischen Gewerkschaftsbund, der von rechten Peronisten kontrollierten CGT (entspricht etwa dem DGB hier). Im Gegenteil nutzte die CGT jede Gelegenheit, um die Arbeiter von Villa Constitucion zu diffamieren.

Trotzdem hielten die Arbeiter durch und Villa Constitucion wurde zum Mittelpunkt der Kämpfe in Argentinien: Die Streikkasse wurde von Sammlungen im ganzen Land gefüllt, Solidaritätsstreiks in anderen Provinzen und in Santa Fé stärkten den Willen des neugegründeten „Kampfkomitees". Aber auch die Händler und Krämer des Gebiets solidarisierten sich. Einige Beispiele der Solidarität:

- Die Arbeiter der Zweigstelle von Acindar in Rosario verhinderten, daß Arbeitskräfte von Rosario nach Villa Constitucion geschickt wurden, um den Streik zu unterlaufen.
- In der nahegelegenen Fabrik Indiel führten die Arbeiter eine Solidaritätskundgebung durch. Die Polizei kam und 13 Arbeiter wurden festgenommen. Die Arbeiter von Indiel streikten 11 Tage lang, bis alle verhafteten Kollegen freigelassen wurden. Sie machten eine Sammlung und schickten einen Lastwagen voll Lebensmitteln nach Villa Constitucion.
- Aus Cordoba (wo auch mehrere Solidaritätsstreiks durchgeführt wurden), aus Tucuman, Buenos Aires, La Plata, von überall wurde Geld zur Unterstützung der Streikenden in Villa Constitucion geschickt.

Mit der Zeit wurde der Streik aber am meisten aus den Stadtteilen und den umliegenden Dörfern, in denen die Arbeiter wohnen, unterstützt. Jetzt waren es nicht mehr 6000, die streikten, sondern ganze Dörfer und Stadtteile. Vollversammlungen wurden überall abgehalten und die Mobilisierung wurde immer größer. (Die „Süddeutsche Zeitung" vom 26.3. schreibt, daß im Industriegebiet von Villa Constitucion über 20 000 Arbeiter ihre Fabriken besetzt halten, und daß die ERP zur Unterstützung der Forderungen eine Polizeistation in Villa Constitucion besetzt hat).

Um die Stimmung deutlicher zu machen, werden wir ein paar Einzelheiten schildern:

Die ersten Gelder von Sammlungen aus Buenos Aires sollten auf einer Stadtteilversammlung in Villa Constitucion verteilt werden: *„Genossen, es ist Geld eingetroffen. Diejenigen, die viele Kinder oder Kranke in der Familie haben, sollen sich melden."* Keiner rührte sich. Alle wollten, daß die Gelder an das Kampfkomitee gehen.

- Ein Kollege mit acht Kindern soll mit Geld aus den Sammlungen unterstützt werden. Seine Frau ist krank, er arbeitet in einem der bestreikten Betriebe. Der Kollege: *„Der Streik muß zu Ende geführt werden. Wenn wir jetzt wieder arbeiten gehen, werden sie uns weiter den Kopf zertrampeln. Deswegen gehen wir nur zurück, wenn wir gesiegt haben. Was mich angeht, wenn ich Geld kriege, ist es gut, wenn ich es aber nicht kriege, ist es auch gut. Der Streik muß bis zum Ende geführt werden, egal wie."*
- Eine Gruppe von Frauen machte einen Streikbrecher ausfindig, sie verfolgten ihn, er konnte vorerst entkommen. Daraufhin gingen die Genossinnen bei ihm zu Hause vorbei und warteten auf ihn. Als er kam, verprügelten sie ihn und seine Frau.

Trotz massiver Drohungen der Regierung wurde der Streik nicht abgebrochen. Für den 22. April beschloß das „Kampf-Komitee" eine Demonstration. Am 22. war die Stadt

brochen. Für den 22. April beschloß das „Kampf-Komitee" eine Demonstration. Am 22. war die Stadt

voll von Polizisten. Tausende kamen zur Demonstration, niemand arbeitete in der Stadt. Die Demonstration verlief friedlich, bis die Polizei anfing, auf die Demonstranten zu schießen und Gase einzusetzen. Aus einem Hubschrauber wurde auf die Demonstranten geschossen. Ein Genosse erhielt einen Bauchschuß und es gab mehrere Verletzte.

Diese Repression brachte die Arbeiter aber nicht dazu, ihren Kampf aufzugeben, im Gegenteil. Das Kampf-Komitee beschloß den Generalstreik für den 24. und 25. April und forderte alle Arbeiter Argentiniens auf, den 1. Mai zu einem Tag der Solidarität mit den Arbeitern von Villa Constitucion zu machen.

Der Kampf der Arbeiter dauerte bei Redaktionsschluß noch an. Über den augenblicklichen Stand der Kämpfe liegen uns leider noch keine Nachrichten vor.

Die Kämpfe in Villa Constitucion zeigen, daß zumindest wesentliche Teile der argentinischen Arbeiterklasse nicht mehr gewillt sind, sich von der peronistischen „Volksregierung weiter betrügen zu lassen. Ähnliches zeigte sich in den Kämpfen der revolutionären Volksarmee (ERP) in Tucuman, gegen die seit Anfang des Jahres ein riesiges Aufgebot von Polizei und Armee eingesetzt ist – aber erfolglos (wir werden im nächsten ARBEITERKAMPF über diese Kämpfe berichten; vergleiche auch zur Repression in Argentinien den Artikel in DIE INTERNATIONALE 13).

Letzte Meldung aus der „Süddeutsche Zeitung" vom 13.5. bezüglich der Situation in Villa Constitucion:

„Die argentinische Regierung hat ihren lange angekündigten Bericht über eine angebliche Verschwörung zur Lahmlegung der Schwerindustrie des Landes veröffentlicht. Danach soll die linksorientierte Untergrundorganisation ERP durch eine neue Gruppe mit der Bezeichnung „Poder Obrero" (Arbeitermacht) für die Organisierung von Terrorismus und Chaos in dem Industriegebiet zwischen Campana und Rosario verantwortlich gewesen sein. Die Polizei hat in diesem Gebiet insgesamt 307 Personen festgenommen, von denen sich noch 97 in Untersuchungshaft befinden." Ende der Meldung. Oh Mann, oh Mann!

Die Regierung versucht, gegen kämpferische Arbeiter mit der plumpen „Theorie" vom „subversiven Komplott" zu reagieren. Aber einmal mehr zeigen die Arbeiter, daß, wenn sie gewillt sind zu kämpfen, keine „Komplott-Theorie" sie aufhalten kann. ●

Argentiniengruppe
AELA Hamburg
(Lateinamerikanische Studentenorganisation)



Die Frauen im Klassenkampf an der Seite ihrer Männer



Ein verletzter Arbeiter wird von seinen Genossen geborgen

Chile:

SPD/FDP-Regierungen im Geheimen: Doch Umschuldungsverhandlungen!



Die westdeutsche „Metallgesellschaft", zu der auch die Hamburger Kupferhütte „Norddeutsche Affinerie" gehört, will im faschistischen Chile umgerechnet fast 90 Mio. DM investieren. Dies ist die zweitgrößte Investition eines imperialistischen Konzerns in Chile nach dem 11.9.73. Daran wird deutlich, wer Nutznießer des faschistischen Terrors ist. Auf der Hamburger 1. Mai-Demonstration protestieren Kollegen der „Norddeutschen Affinerie" dagegen.

Seit Ende März dieses Jahres war offen, ob der „Pariser Club" (Zusammenschluß der Gläubigerländer Chiles) bereit ist, nochmals die hohen Auslandsschulden der chilenischen Regierung umzuschulden, d.h., der Junta Zahlungsaufschub zu gewähren oder aber auf der vertragsgemäßen Rückzahlung zu bestehen. Diese Schuldensumme beträgt, einem Bericht der „Neuen Züricher Zeitung" nach, 3,8 Mrd. Dollar! (25.3.75) Dieser Frage kommt große politische Bedeutung zu. Die Zusage einer Umschuldung durch den „Pariser Club" hat für die Pinochet-Regierung dieselbe Bedeutung wie die Zusage von Krediten. Von diesen Geldern hängt zu einem großen Teil die weitere Existenz der faschistischen Junta ab, da ihre Politik immer größere wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich brachte und Pinochet heute vor dem völligen Bankrott steht.

Die Gläubigerländer England, Italien, Holland, Belgien und skandinavische Länder hatten aufgrund des breiten Protestes gegen den chilenischen Faschismus zunächst ihre Teilnahme am „Pariser Club" abgesagt. Das hatte Ende März zu einem Platzen der Umschuldungsverhandlungen geführt. (S.a. AK60) Zu den eindeutigen Befürwortern der Umschuldungen gehörten von Anfang an die Regieröngen der USA und BRD, (beide Länder tragen allein mehr als 2/3 der Schuldensumme), Kanada, Japan, die Schweiz und Frankreich.

Die Bundestagsfraktion der SPD hatte sogar die Frechheit besessen, der Bundesregierung die Umschuldungen zu empfehlen. Damit diese offene Unterstützung für die Pinochet-Truppe nicht so sichtbar wurde, empfahl man gleichzeitig der SPD/FDP-Regierung, die Sache dadurch zu kaschieren, daß sie der chilenischen Junta „härtere Bedingungen" stellte. Das liegt auf der gleichen Ebene, wie die Zahlung von 21,1 Mio. gegen Ende letzten Jahres an Pinochet, die die SPD mit der Freilassung Almeydas zu übertünchen verstand.



Tägliche Verhaftungen

FORTSETZUNG SEITE 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Still und heimlich Umschuldungen initiiert

Anfang Mai schon trafen sich – vor allem auf Initiative der USA und BRD – 12 der 14 Gläubigerländer, um zu beraten, wie man jetzt doch den Weg zur Umschuldung frei macht. Nur England und Italien – übrigens beides Länder, in denen die Chile-Solidarität auch in der Arbeiterklasse relativ breit verankert ist – blieben den Verhandlungen fern. Fazit der Verhandlungen: **Zumindestens die USA, Frankreich und die BRD, auf die allein 80% des chilenischen Schuldenberges entfallen, werden umschulden. D.h., daß diese Regierungen dem faschistischen Regime in Chile Zahlungsaufschub gewähren, damit es sich eventuell doch noch stabilisieren kann, obwohl ihm das Wasser bis zum Hals steht.**

Lediglich die skandinavischen Länder haben es abgelehnt, Kreditrückzahlungsaufschub zu gewähren. Die



Chilenisches Konzentrationslager

Haltung der anderen Länder ist noch unbekannt. Das ist nicht verwunderlich, da die gesamte bürgerliche Presse anscheinend angewiesen wurde, über die Sache Stillschweigen zu bewahren und sich nur einige nichtssagende „Fünf-Zeilen-Meldungen" über die ganzen Verhandlungen finden ließen. Die Umschuldungen machen den Weg frei für Gelder anderer Organisationen (z.B. Weltbank und Währungsfonds), da Chile nach den üblichen Bankgepflogenheiten dadurch wieder kreditwürdig geworden ist. Prompt gewährte anschließend die Weltbank einen 20 Mio. Dollar-Kredit. („FAZ" vom 10.5.75) Worte und Taten, das ist zweierlei.

Matthöfer selber war z.B. auf einer Tagung Ende März im Frankfurter DGB-Haus, wo Exilchilenen des CUT (Chilenischer Gewerkschaftsverband, s.a. dessen Aufruf in diesem AK) unmißverständlich äußerten, daß die Teilnahme der BRD an den Umschuldungsverhandlungen die Militärdiktatur in Chile begünstige und andererseits die Nichtteilnahme der BRD einen wichtigen Beitrag leisten würde, das Ende der Junta in Chile zu beschleunigen. Selbst die „Sozialistische Internationale" mit dem ehemaligen EG-Kommissar Sicco Mansholt an der Spitze hatte dazu aufgerufen, jegliche Unterstützung einzustellen, da deutlich sei, wie *„sehr die Menschenrechte in Chile geschändet"* würden. („FR" vom 5.4.75)

Für die SPD, mit die wichtigste Partei dieser „Sozialistischen Internationale", war die Übertretung dieses Aufrufes insofern problematisch, als daß sie Sorge dafür tragen mußte, daß die ganze Angelegenheit in der Berichterstattung der bürgerlichen Presse möglichst verschwiegen wurde.

Übung hat sie bereits darin. Es sei nur daran erinnert, daß die gesamte westdeutsche bürgerliche Presse die Berichterstattung über die Einmischung der SPD-Führer in die inneren Angelegenheiten Portugals totschwieg, obwohl Dokumente in fast allen portugiesischen Zeitungen auftauchten, die klar diese Einmischung belegten. Guggomos, dem Herausgeber des Berliner „Extra-Dienstes", der zuerst in Westdeutschland von der linken Presse darüber berichtete, hängte die SPD für diese Berichte sogar ein Parteiausschlußverfahren an.

Die Unterstützung reaktionärer Machenschaften in Portugal und die Umschuldungen an die chilenischen Faschisten passen durchaus zusam

Dollar-Kredit. („FAZ" vom 10.5.75) Worte und Taten, das ist zweierlei.

So hat die westdeutsche SPD mit ihrem „linken" Flügelmann Matthöfer an der Spitze immer gern die chilenischen Faschisten verurteilt. Die Äußerungen Matthöfers, daß das Regime in Chile für ihn eine „Mörderbande" sei, diente anscheinend auch dazu, beträchtliche Illusionen über die wirklichen Absichten der Sozialdemokraten zu erzeugen.

Umschuldungen an die chilenischen Faschisten passen durchaus zusam
men.

So sagte z.B. Raul Saez, Wirtschaftskoordinationsminister der faschistischen Junta und Anfang des Jahres Gast bei Genscher: Wir brauchen die Gelder, damit *„Chile nicht zu einem zweiten Portugal wird."* („FR", 25.4.75) ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Zeugnis eines Mitgefangenen der chilenischen Marinegefangenen: Ihr Herz ist ungebrochen

Mitte 1973 hatte sich eine Gruppe von ca. 100 demokratischen Matrosen an die Führung der Sozialistischen Partei, des MIR und der MAPU gewandt, um mit ihnen in Kontakt zu treten und sie über die Putschvorbereitungen innerhalb der Marine zu informieren.

Der „Tancazo"-Putschversuch der Reaktion im Juni 73 kam den Matrosen zuvor. Sie wurden von Militärs im Laufe des Monats August verhaftet, also noch vor dem Putsch vom 11. September, und grausamen Folterungen unterworfen.

Am 9. September schickten sie Allende einen Offenen Brief, in dem sie ihre Haftbedingungen und täglichen Folterungen schilderten.

Im Brief beteuerten sie ihre Treue zur Unidad-Popular-Regierung und machten darauf aufmerksam, daß die Offiziere sie dazu zwingen wollten, die Führung der linken Parteien für einen angeblichen Aufstandsversuch verantwortlich zu machen.

Seit Ende letzten Jahres stehen diese Matrosen in einem Geheimprozeß vor Gericht, über den wenig nach außen dringt. Vielen der Angeklagten droht die Todesstrafe.

In den „Chile Nachrichten" vom 14.4.75 berichtet ein Mitgefangener über die Matrosen.

Wir haben den Bericht etwas überarbeitet und gekürzt, ohne den Sinn der Aussagen zu verändern:

Ich lernte die Marine - Soldaten kennen, als ich zum Gefangenenlager kam, daß in der Provinz Valparaiso liegt, im Innern, im Gebiet bei Limache. Dort waren sie zusammen bis zum April 74 mit den übrigen politischen Gefangenen, dann wurden sie zum öffentlichen Gefängnis von Valparaiso überführt, dem Ort, an dem sie sich jetzt befinden. Dieses Gefangenenlager hieß Isla Riesco, aber man kannte es auch unter dem Namen Isla Melinka oder Operativo X. Diese Vielfalt von Namen, mit denen die Faschisten das Lager bezeichneten, diente dazu, die Familienangehörigen der Gefangenen über den genauen Ort, an dem diese sich befanden, in Unklarheit zu lassen. ..

Die gefangenen Matrosen hatten immer und haben auch heute eine feste Moral und ihr Gemütszustand war und ist wirklich bewundernswert. Auch in den härtesten Momenten, denen sie gegenüberstanden, als sie brutalen Folterungen und Geißeln unterworfen wurden, auch nach der Isolierhaft, die manchmal einen Monat dauerte, während ihnen sogar die minimalste Nahrung verweigert wurde und sie nur von Brot und Wasser lebten, aber selbst das nicht immer. Aber ich lernte auch den physischen Zustand von jedem von ihnen kennen und ich erfuhr aus ihren eigenen Erzählungen die Arten und Formen der Folter, durch die sie hindurch mußten, sogar während des Monats vor dem Putsch, indem sich die Regierung des Genossen Allende – obschon schwach – noch aufrecht hielt. Heute haben sich noch viele von ihnen nicht von den Foltern erholt. Einige haben schwere und sehr heikle Verletzungen an der Wirbelsäule, gebrochene Knochen, die schlecht gerichtet wurden aufgrund fehlender medizinischer Versorgung. Andere haben noch Schwierigkeiten damit, mit einem oder manchmal mit beiden Ohren zu hören, aufgrund der Schläge, die sie darauf erhielten. Andere haben Schwierigkeiten, so wie früher zu sehen, aufgrund der brutalen Schläge auf den Kopf. Man hat sie Torturen wie dem sogenannten „Kreuz" unterworfen. Es bestand darin, sie an einem Kreuz aus Holz aufzuhängen, an Füssen und Händen angebunden, völlig nackt. So ließ man sie Tag und Nacht im Freien, zwei, drei oder mehr Tage im Hof der Festung Vergara in der Infanterieschule der Marine im Sektor Salinas in Vina del Mar. Ohne ihnen Nahrung zu geben, außer Wasser, was man ihnen manchmal auch versagte, um Druck auszuüben, damit sie Lügen aussagen sollten. So wie man sie in diese Lage gebracht hatte, begann man sie stark mit Stöcken und Gewehrkolben zu schlagen. Andere Male wurden sie mit dünnen Gummikabeln gepeitscht. Außerdem fügte man ihnen am Körper, vor allem am Mund und an den Geschlechtsorganen, starke elektrische Stösse zu. Das wurde alle zwei Stunden wiederholt. Sie wurden auch mit Bajonettspießen der Kosaken gespießt. Das brachte ihnen manchmal tiefe Wunden am Körper bei, die sich in den meisten Fällen wegen fehlender Fürsorge infizierten und dadurch starke und schwere Schmerzen verursachten. Manchmal, wenn der Durst zur Besessenheit wurde, stellte man einen Eimer Wasser in einem Meter Entfernung vorm Kreuz auf und ließ ihn dort, um die Verzweiflung zu vergrößern.

Eine andere Art der angewandten Folter war der sogenannte „Sarg". Diese Folter bestand darin, die Matrosen nackt und an Händen und Füssen gefesselt in einen Sarg zu legen, der bis zur Hälfte mit einer Mischung aus Wasser, Schlamm und schon halb zerfallenen menschlichen Exkrementen gefüllt war. Man ließ sie darin zwei oder drei Tage im Freien aufgestellt liegen. Auch verweigerte man ihnen die geringste Nahrung und gab ihnen nur kleine Mengen Wasser. Neben alledem gab man ihnen Elektroschocks, die sie aufgrund der Leitungsfähigkeit der wässrigen Mischung mit größerer Stärke fühlten. Auch hier wurden sie geschlagen und mit Bajonetten gespießt.

Das sind einige der Formen der physischen Folter, denen die Matrosen Juan Cardenas, José Lagos Amestica, Pedro Blasset, Ernesto Zuñiga und Teodosio Cifuentes unterworfen wurden, um einige Namen zu nennen.

Trotz alledem bleiben sie fest und integer und man hat ihnen z.B. auch nicht verwehrt, daß sie heute fortfahren, zu studieren...

Natürlich machen sie dies außerhalb der täglichen Arbeitszeiten. Diese müssen sie erfüllen, indem sie Schuhe reparieren, Taschen, Gürtel und Schulmappen herstellen, elektrische Geräte reparieren usw., um so teilweise ihre Familie zu ernähren. In vielen Fällen waren sie die einzigen Broterwerber. Natürlich reicht der Erlös der Arbeit heute nicht bei dem ökonomischen Desaster, das das Land erlebt, um die minimalsten Bedürfnisse zu erfüllen....

Heute wissen sie und haben verstanden, wo ihr Ort im Kampf und wer der Hauptfeind ist. Sie wissen, daß ihr Platz der der Arbeiterklasse ist, zusammen mit den Armen, weil sie auch arm sind. Sie wissen auch, daß der Hauptfeind die herrschende Klasse ist, die Bourgeoisie und ihr bewaffneter Arm, die Faschisten in der Luftwaffe...

Diese Männer, Matrosen des chilenischen Volkes, erwarten viel von der internationalen Solidarität. Sie erwarten viel von der gesamten Kampagne für ihre Freiheit und die Freiheit der zivilen Gefangenen, die mit ihnen angeklagt sind...

Die Solidaritätskampagne für die Erlangung ihrer Freiheit kann erst dann aufhören, wenn kein einziger Matrose mehr gefangen ist. Die Kampagne für die Freiheit aller Tausende und Tausende von politisch gefangenen Genossen, die noch bleiben, darf auch nicht abfallen oder aufhören, solange sich noch ein einziger Genosse hinter dem Stacheldraht und dem Zaun der Konzentrationslager und der Gefängnisse in Chile befindet.

Die Gegenwart ist wider uns, aber die Zukunft wird mit der Vernunft und der Kraft unsere sein! ●

Nach „Chile-Nachrichten", Nr. 25 vom 14.4.75.

Giscard – Pinochet: Komplizen!

Frankreich ist der drittgrößte Waffenlieferant der Welt und unterstützt vor allem reaktionäre Regimes mit seinen Militärausrüstungen. Ende Januar ist jetzt ein Dokument aus dem französischen Luftwaffenministerium enthüllt worden, aus dem hervorgeht, daß auch ein reger Waffenhandel mit der chilenischen Mörderjunta betrieben wird. Wie weiter daraus zu entnehmen ist, ist dieser Waffenhandel direkt vertraglich abgesichert.

Das Dokument, das in allen linken französischen Zeitungen veröffentlicht wurde und das wir nachstehend übersetzt haben, ist im Telegrammstil abgefaßt und enthält einige Verschlüsselungen. Vorweg seien deshalb einige Dinge erläutert:
DTA: Damit ist wahrscheinlich eine Fluggesellschaft gemeint;
SNIAS: Luft- und Raumfahrtindustriegesellschaft. Sie wurde 1969 durch Fusion von drei verstaatlichten Flugzeugwerken gegründet. Die SNIAS ist mit rund 50.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 2,3 Milliarden Francs (Zahl von 1972) das größte europäische Flugzeugbauunternehmen;
CL 44: Flug-Frachtschiff;
ETA/ETD: geschätzte Ab- und Anflugzeiten;
Tours: Militärflughafen, südlich von Paris.

Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

DTA WURDE SOEBEN VON GESELLSCHAFT AEROREO RIO-PLATENSE UM ERLAUBNIS CHARTER SNIAS DURCH CL 44 GEBETEN FÜR CHILENISCHE REGIERUNG LIMA-TOURS.
ETA 03 DEZEMBER 16.20 TU MIT ZWEI RAKETEN-CONTAINER. STOP.
ES WIRD AUCH UM EINLADUNG TOURS ZIEL CHILE GEBETEN VON 8 CONTAINER 14.000 KG (Kilogramm) GELADENER RAKETEN. ETD 04 DEZEMBER 16.30 TU. STOP.
DTA HAT KEINE PRINZIPIELLEN BEDENKEN GEGEN TRANSPORT GEMÄß VERTRAG ZWISCHEN BEIDEN REGIERUNGEN. WARTEN AUF BEWILLIGUNG DTA/O WAS TECHNISCHE SEITE BETRIFFT. STOP.
BITTEN UM ANTWORT OB TOURS BENUTZT WERDEN KANN FÜR DIESEN VERKEHR. DANKE STOP UND ENDE.

Eine chilenische Stadt mit Namen Lima ist uns bislang nicht bekannt. Hingegen trägt die Hauptstadt Perus diesen Namen. Sollten diese Waffenlieferungen über Peru laufen, würde das zudem ein bezeichnendes Licht auf die dortige Militärregierung werfen, der die Revisionisten ständig das Etikett der „Fortschrittlichkeit" anzudienen versuchen. ●

Frankreich-Komission KB/Gruppe Frankfurt

Aufruf des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT an alle Gewerkschaftsorganisationen und an alle Arbeiter

„... Wir rufen alle Gewerkschaftsorganisationen und alle Arbeiter auf, das Jahr 1975 zum „Jahr der internationalen Solidarität mit Chile und allen Völkern in dem Kampf gegen den Faschismus" zu machen. Wir rufen auf, folgende Solidaritäts-Plattform zu veröffentlichen, zu erläutern und zu unterstützen:

I Verstärkung der internationalen Isolation der Diktatur
- **a Widerstand allen diplomatischen Beziehungen mit der Militär-Junta.**
- **b Öffentliche Zurückweisung der Junta-Repräsentanten, wo immer sie auftreten.**
- **c Anklage der durch die Junta verübten Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte.**
- **d Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit administrativen, akademischen oder politischen Institutionen der Diktatur.**

II Entwicklung der ökonomischen Blockade gegen die Junta
- **a Ablehnung jeder Hilfe, jeden Kredits für die Diktatur vom Staat oder von Banken.**
- **b Ablehnung jeder Umschuldungsverhandlungen mit der Junta.**
- **c Ablehnung jeder technischen Hilfe für die Junta.**

III Entwicklung des Boykotts gegen die Junta
- **a Totaler Boykott der Verladung von Waffen oder Munition für Chile.**
- **b Verweigerung der Abfertigung von Kriegsschiffen oder Flugzeugen der Junta auf allen Häfen oder Flughäfen.**
- **c Verweigerung der Ausführung von Reparatur-Verträgen an Kriegsschiffen oder Flugzeugen der Junta.**
- **d Verweigerung der Käufe von Ersatz- und Erneuerungs-Teilen für die Kriegsschiffe und Flugzeuge der Junta.**
- **e Temporäre Boykottmaßnahmen mit konkreter Zielsetzung gegen den Außenhandel der Junta, sowohl Import wie Export, z.B. bezüglich Kupfer.**

IV Ausübung direkter Solidarität mit dem Volk von Chile
- **a Verdopplung materieller und wirtschaftlicher Hilfe für die chilenischen Arbeiter und ihre Gewerkschafts-Organisation, die an der Spitze des Widerstands gegen die Junta steht.**
- **b Abhaltung von Treffen, Tagungen und Diskussionen zur Erörterung und Publizierung der Ereignisse in Chile und zur Ermutigung der Verteidigung der Menschenrechte, der Gewerkschafts- und demokratischen Rechte.**
- **c Verwendung aller Mittel, um den Kampf zur Beendigung des Belagerungszustandes und der Folter, zur Aufhebung aller Konzentrationslager und für die Freiheit aller politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen voranzutreiben.** ●

Externes Komitee der Chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT
Paris, Januar 1975

Weiter so!

Der CDU-nahe „Rheinische Merkur" und anschließend im Nachdruck die „FAZ" vom 16.5.1975 beklagten Störungen im Briefverkehr mit Chile, die uns herzlich freuen:

„Die Klagen über Störungen im Postverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile häufen sich: Briefe, auch eingeschriebene, würden nicht oder nur langsam befördert, nicht rechtzeitig verteilt, grundlos retourniert oder auf schikanös anmutende Weise rund um die Welt geschickt. Die Betroffenen hegen den Verdacht, daß hier nicht Schlamperei im Spiel ist (die in diesem Ausmaß gleichfalls ein Skandal wäre) und daß es sich schon gar nicht um Zufälle handelt. Vielmehr erscheint es ihnen immer wahrscheinlicher, daß einzelne linksorientierte Postbeamte oder organisierte Gruppen innerhalb der Beamten- und Angestelltenschaft, die das Wort des Bundesforschungsministers Matthöfer von der ‚Mörderbande' ernst nehmen und auf ihre Weise ausweiten, den Postverkehr aus politischen Gründen sabotieren... Auch etliche Angehörige der chilenischen Botschaft in Bonn machen seit mehreren Wochen die Erfahrung, daß die Post von und nach Chile, die normalerweise etwa drei Tage unterwegs ist, oft wunderlich lange Zeit benötigt. Viele Briefe und Zeitschriften treffen überhaupt nicht beim Adressaten ein. Zufälle? Schlamperei? Die Postbehörden sind aufgefordert, dem Verdacht nachzugehen."

Woher CDU-Todenhöfer kommt

Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen G. Todenhöfer, war Anfang April aus Chile zurückgekehrt und hatte sich hier in der BRD u. a. in Pressekonferenzen, Interviews etc. für die faschistische Junta in Chile stark gemacht.

Seinen Aussagen nach gehören in Chile *„Hunger und Arbeitslosigkeit der Vergangenheit an"* („FR", vom 2. 4. 75). Außerdem sei er davon überzeugt (etwa durch das achtstündige Geplauder mit Pinochet höchstpersönlich, auf das er des öfteren mit Stolz verwies?), daß Chile *„fest entschlossen sei"* zur Demokratie zurückzukehren (s. a. AK Nr. 60).

Diese Lobeshymnen auf die Junta hatten den Zweck, die Junta hier in der BRD aufzuwerten und einen Propagandafeldzug für die Zahlung eines 45-Millionen-Kredites an Chile zu starten, der vor 1973 der Allende-Regierung mündlich zugesagt worden war (durch den heutigen Bundesforschungsminister Matthöfer). Matthöfer bezeichnete die chilenische Regierung in diesem Zusammenhang als „Mörderbande".

Mit ihrer uneingeschränkten Unterstützung des chilenischen Faschismus und der schäumenden Kritik an Matthöfers Ausspruch „Mörderbande" steht die CDU/CSU sogar noch weit rechts von großen Teilen der chilenischen Christdemokratie (dem sogenannten „Linken Flügel") selber: So hat z. B. Esteban Tomic, der Sohn Radomiro Tomics, des früheren Präsidentschaftskandidaten der Christdemokratie in Chile, Bundesforschungsminister Matthöfer ein Telegramm geschickt, in dem er Matthöfers Position gegenüber Todenhöfer ausdrücklich unterstützt. Wörtlich heißt es: *„Als aktiver chilenischer Christdemokrat kann ich nicht begreifen, wie ein deutscher Christdemokrat, der Abgeordnete Jürgen Gerhard Todenhöfer, sich für eine Diktatur einsetzen kann, die die Menschenrechte*
der Abgeordnete Jürgen Gerhard Todenhöfer, sich für eine Diktatur einsetzen kann, die die Menschenrechte
und die zivilen Rechte der Bevölkerung schändet ..."

Weiter heißt es, daß er annehme, *„daß die Initiative von Todenhöfer auf eine beklagenswerte Ignoranz und Unkenntnis dessen zurückzuführen ist, was tatsächlich in meinem Land passiert"* („FR", 18. 4. 75).

Jedoch ist der politische Standort Todenhöfers (wie auch der CDU/CSU) nicht weiter verwunderlich, kennt man die Karriere dieses Mannes:

- Spitzenfunktionär der CDU/CSU ist Todenhöfer dadurch geworden, daß Ex-Kanzler Kiesinger ihn gezielt protegiert hatte. Kiesinger wiederum ist mit Todenhöfer senior aus „alten Zeiten" gut bekannt, da beide aktive Mitglieder der NSDAP waren und im Rahmen von Kiesingers Tätigkeit in einem Goebbels-Ministerium häufig zusammen kamen.

- „Angelernt" im politischen Geschäft der CDU/CSU wurde Todenhöfer jun. durch Bruno Heck, dessen persönlicher Referent er war. Bruno Heck hatte bezüglich Chile Popularität erlangt, als er bei einem Besuch bei Pinochet das Leben der Häftlinge im KZ-Stadion von Santiago als „bei Sonnenschein recht angenehm" bezeichnete.

- Mit an diesem Strang der Solidarität mit dem faschistischen Chile zieht auch Ministerpräsident Filbinger von Baden-Württemberg, der Chile-Flüchtlingen die Einreise in „sein" Bundesland beharrlich verwehrte.

Filbinger hat ebenfalls eine „grosse" NS-Vergangenheit hinter sich. Noch nach der Befreiung vom Faschismus am 8. 5. 45, für Filbinger eine „Kapitulation", hat dieser Mann als Kriegsrichter Wehrmachtssoldaten verurteilt, die ihre NS-Abzeichen von den Uniformen gerissen hatten! ●

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Wahlen in Portugal: Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion





Wahlkampf in Portugal — der erste nach fast 50 Jahren Faschismus? am Ende bleibt keine Hauswand verschont



Wahlveranstaltung der P.S.: Die geballte Faust, „Wappen" der Sozialisten — hier in übergroßer Pappmache-Ausführung — ersetzt die proletarische Politik

Wahlkampf in Portugal — der erste nach fast 50 Jahren Faschismus? am Ende bleibt keine Hauswand verschont

Wahlveranstaltung der P.S.: Die geballte Faust, „Wappen" der Sozialisten — hier in übergroßer Pappmache-Ausführung — ersetzt die proletarische Politik

Am 25. April, dem ersten Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, fanden in Portugal die ersten freien Wahlen seit fast fünfzig Jahren statt. Gewählt wurden die Abgeordneten für die „Assembleia Constituinte", die verfassunggebende Versammlung, die eine Verfassung für Portugal erarbeiten und verabschieden soll.

Nach dieser Verfassung, deren Richtlinien vom MFA den Parteien schon vor der Wahl vorgelegt wurden und die bindend sind, sollen dann in etwa einem Jahr Wahlen stattfinden, bei denen das eigentliche Parlament gewählt wird. Aus diesen Wahlen wird dann eine gewählte Regierung hervorgehen, die die gegenwärtige provisorische Regierung ablösen wird.

Die Wahl, die jetzt stattgefunden hat, ist insofern von Bedeutung, als zum ersten Mal ein ungefähres Bild über das derzeitige politische Bewußtsein der Bevölkerung und die Verankerung der portugiesischen Parteien entstand.

Zur Wahl standen insgesamt zwölf Parteien: die christ-reaktionäre CDS (Demokratisch-Soziales Zentrum), die – unbedeutende – monarchistische PPM, die rechts-liberale PPD (Demokratische Volkspartei), die sozial-demokratische PSP (Sozialistische Partei), die revisionistische PCP (Kommunistische Partei), die mit dieser eng verbundene MDP (Demokratische Volksbewegung), die revolutionären Parteien FSP (Sozialistische Volksfront, eine ehemalige linke PSP-Abspaltung) und MES (Bewegung der sozialistischen Linken, ehemals der linke, revolutionäre Flügel der antifaschistischen Einheitsorganisation CDE), sowie die UPD, die FEC und die PUP, allesamt „ML"-Parteien, z. T. aus Zusammenschlüssen örtlicher Zirkel hervorgegangen; außerdem die trotzkistische LCI.

Wegen ihrer eindeutigen Verwicklung in den Märzputsch war die klerikal-faschistische PDC nicht zur Wahl zugelassen worden.

Zwei weitere „ML"-Gruppen, AOC und MRPP, waren wegen demagogischer Angriffe auf das MFA („faschistische Militärdiktatur" u.ä.) ebenfalls von der Wahl ausgeschlossen worden.

Die beiden revolutionären Organisationen PRP-BR und LUAR hatten die Wahl boykottiert, weil sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein demagogischer Schachzug sei, der nur der Bourgeoisie nütze.

Von den 6,18 Millionen Wahlberechtigten gingen 91,73% zur Wahl! Von ihnen gaben 37,87% der PS ihre Stimme (116 Abgeordnete), 26,38% der PPD (80 Abgeordnete), 12,53% der PCP (30 Abgeordnete), 7,65% dem CDS (16 Abgeordnete), 4,12% der MDP (5 Abgeorndete) und insgesamt 3,97% den Gruppen der revolutionären Linken. Deren Stimmenanteile verteilen sich wie folgt:

FSP 1,17%, MES 1,02%, UDP 0,79%, FEC 0,57%, PUP 0,23% und LCI 0,19%. Wegen ihres relativ hohen Stimmenanteils im Bezirk Lissabon erhielt die UDP dort einen Abgeordneten.

Der Empfehlung des MFA an solche Wähler, die zwischen den Parteien nicht durchfänden, aber das MFA unterstützen wollen, weiße Stimmzettel abzugeben, folgten 6,94% der Wähler.

Von den Parteien der Bourgeoisie versuchte sich die CDS im Wahlkampf ein fortschrittlich-bürgerliches Image zu verpassen (Propagierung der bürgerlichen Freiheiten). Die CDS führte einen Wahlkampf – der verglichen mit den Wahlkampfschnacks hier in der BRD – noch links von solchen der S P D angesiedelt ist. Die rechts-liberale PPD, die den Anspruch erhebt, eine sozialdemokratische Partei zu sein, entfaltete einen Wahlkampf, der – wieder verglichen mit hiesigen Zuständen – links von der Juso-Propaganda gelegen hat. Typischer Ausdruck davon ist das von der PPD am häufigsten verwendete Wahlplakat, auf dem „kernige Gestalten" (Arbeiter und Bauer) zu erkennen sind, die in ihren „klobigen" Fäusten zwei übergroße rote (!!) Fahnen gegen den Sturm anstemmen. Die monarchistische PPM versuchte schließlich, Monarchie und Sozialismus zu versöhnen und trat für beide „Ziele" gleichzeitig ein.

Die PSP gar spielte sich zum „Garanten der portugiesischen Revolution" auf; sie sei gar „keine sozialdemokratische Partei", sondern eine sozialistische; sie strebe die „Überwindung des Kapitalismus" an und wolle den Sozialismus aufbauen", allerdings – im Gegensatz zur reformistischen und revolutionären Linken – „in Freiheit". PSP-Veranstaltungen fanden im Zeichen roter Fahnen, Klassenkampf-Parolen, geballter Fäuste und dem Gesang der „Internationale" statt. Ein oft von der PSP verwendetes Wahlplakat zeigt ihren Vorsitzenden Soares (bei wegretouschiertem Wanst) mit erhobener und geballter Faust (die demagogischerweise ohnehin „Wappentier" der PSP ist). PSP und PPD wurden nicht müde, ihre „enge Verbundenheit mit dem MFA" (Bewegung der Streitkräfte) werbe- und massenwirksam unters Volk zu bringen.

Der Wahlkampf aller dieser Parteien war auf „links" abgestellt, auf die Propagierung der „Revolution" etc. – Diese Parteien der Bourgeoisie verfolgten – mit großem Erfolg! – das Konzept, mit linken Sprüchen und Parolen die Wahlstimmen einzufangen, um sie später als „Bestätigung" für die rechtsgerichtete Politik ihrer Führer umzulügen und in die Waagschale zu werfen.

Dieser Politik, wie sie insbesondere gekonnt von der Soares-Partei betrieben wurde, haben die Parteien der Arbeiter und Revolutionäre, sowie das MFA kaum etwas entgegengesetzt: die Revisionistische Partei (PCP) nicht aus „Opportunitäts"gründen, das MFA nicht aus prinzipiellen Erwägungen (keine Stellungnahmen zur Politik der einzelnen Parteien und zur Auseinandersetzung unter ihnen), die „ML"-Gruppen sowieso nicht, da sie die PCP für den „Hauptfeind" halten, und z.T. (z.B. AOC) die PS derzeit ausdrücklich als Verbündeten gegen die „sozialfaschistische Gefahr" (die PCP) bezeichnen. Dabei käme es gerade in dieser Phase entscheidend darauf an, die reaktionären Machenschaften etc. der PS-Führer zu entlarven, um ihnen das Geschäft mit der „linken" Demagogie zu vermasseln. – Ähnliches gilt für die PPD, wenn auch diese Partei in den letzten Monaten von der revolutionären Linken schärfer bekämpft wurde, vor allem in den Großstädten und Arbeiterdistrikten.

Natürlich sind sich die PS-Führer darüber im Klaren, daß sie ihren Wahlsieg auch dem „Trick" verdanken, im Wahlkampf ständig die „Einheit mit dem MFA" auf den Lippen zu tragen. Das heißt auch, daß die PS nur so lange ihren gegenwärtigen Einfluß bei den Massen wahren kann, wie sie sich nicht offen gegen das MFA stellt. Der Genosse Manuel Serra (FSP) sagte in einem Interview mit „O Seculo" (28.4.75), ein großer Teil der Stimmen in den ländlichen Gebieten sei überhaupt nur für die PS abgegeben worden, weil die PS als Zeichen die geballte Faust habe, und viele Bauern bei den Aufklärungskampagnen des MFA gesehen haben, daß sich die Soldaten mit der erhobenen Faust grüßten.

„In der Tat handelt es sich (bei der PS) um die einzige Partei, die vorgab, mit dem MFA verbündet zu sein, und gleichzeitig die Unterstützung ausländischer und nationaler Kapitalisten erhielt", sagte Serra weiter.

Auf den „Waschmittelwahlkampf" eingehend sagte Serra: *„Mitglieder von PSP und PPD waren in den USA, um studieren zu können, wie man einen Wahlkampf macht."*

Aber gerade an diese Tatsache knüpft die FSP gewisse Hoffnungen:

„Aber wir glauben, daß die Wahlen auch den Effekt haben werden, dem Volk zu zeigen, daß Wahlen nicht dazu dienen, seine Probleme zu lösen." (ebenda)

Ein Sprecher des MES sagte zum Wahlergebnis: *„Es ist der PS gelungen, Teile der Werktätigen, die wenig aufgeklärt sind, zu täuschen und in Unwissenheit zu halten. Diese haben ihr ihre Stimme gegeben. Gleichzeitig hat sie Teile der Bourgeoisie* (und des Kleinbürgertums, AK) *gefunden, die äußerst aufgeklärt sind und in ihr die einzige Möglichkeit für ein Überleben des Kapitalismus in Portugal sehen. Dies erklärt zu einem Teil den hohen Stimmenanteil. Einerseits stärkt der Wahlsieg die PS, andererseits wird er die inneren Widersprüche verschärfen. Um die Basis nicht zu verlieren, muß die PS mit der PCP zusammenarbeiten, aber jede Einheit mit den Kommunisten wird lediglich formal sein."* (ebenda)

„Vom MFA gab Otelo de Carvalho eine knappe Erklärung ab: „Über 83% der Portugiesen haben für den Sozia-

Fortsetzung Seite 10



Endlose Menschenschlangen vor allen Wahllokalen

Interview mit Otelo Saraiva de Carvalho

Übersetzung aus „Lotta Continua" 11./12.5.1975

Das folgende Interview machte die italienische kommunistische Tageszeitung „Lotta Continua" mit einem der führenden portugiesischen Militärs, Otelo de Carvalho.

Otelo Saraiva de Carvalho ist einer der Gründer des MFA in der Illegalität, unter der faschistischen Diktatur. Er leitete den Staatsstreich, der vor einem Jahr das Caetano-Regime vernichtete. Als großer Gegenspieler Spinolas bildete er im Juli 1974 das COPCON, dessen zweiter Kommandant er wurde. In dieser Funktion spielte er sowohl am 28. September wie auch am 11. März – bei der Niederschlagung faschistischer Putschversuche – eine entscheidende Rolle. Heute, inzwischen Brigadegeneral, ist er als einer der fortschrittlichsten Mitglieder des Revolutionsrates anzusehen.

L.C.: Zunächst einmal: Welche Veränderungen gab es in diesen Monaten in den Streitkräften?

O. de Carvalho: Nach dem 25. April haben wir sogleich versucht, den Sinn der Revolution in alle Sektoren, auf alle Ebenen der Streitkräfte zu tragen. Anfangs, bis zum 28. September, haben wir versucht, eine Erziehungsarbeit in allen Einheiten zu entwickeln; aber das wurde vom Kommandierenden des Generalstabs behindert – das war damals der General Silverio Marches. Es war wirklich schwierig, auf diesem Boden voranzukommen.



Nach ihrem Sieg über die März-Putschisten: Soldaten und Bewohner Lissabons tanzen durch die Straßen

Nach dem 28. September gab es eine Klärung. Seither haben wir in den Streitkräften eine wirklich demokratische Organisationsform eingeführt. Es wurden verschiedene Arten von Versammlungen eingerichtet. Eine Hauptversammlung des MFA, die anfangs nur aus Offizieren bestand, und eine für jede Waffengattung, auch nur aus Offizieren. Außerdem gab es Versammlungen der einzelnen Militärregionen; schließlich bildeten sich in vielen Einheiten Delegierten-Räte, für die innere Information und die Aussenbeziehungen. In diesen Strukturen fingen dann die Offiziere an, sich mit Unteroffizieren und Soldaten zu treffen, zu versammeln und das machte natürlich den in Gang befindlichen Prozeß klarer.

Nach dem 11. März gab es erneut Veränderungen. Alles wurde klarer, der Prozeß (der in Etappen voranschreitet) nahm bestimmtere Charakterzüge an. Es bildete sich eine neue Hauptversammlung des MFA, unter Einschluß von Unteroffizieren, Soldaten und Offizieren. Jetzt sind also die Soldaten im höchsten Gremium des MFA voll vertreten. Das ist ziemlich wichtig, denn so können sie, auch auf regionaler Ebene, in den einzelnen Waffengattungen, aktiv am Erneuerungsprozeß teilnehmen.

Kürzlich gab es einen Kongreß, den ersten Kongreß der Marinesoldaten. Er schloß in Anwesenheit von über 3.000 Marine-Soldaten. Der Kongreß war von ihnen einberufen worden, und als Gäste nahmen mehrere Mitglieder des Revolutionsrates daran teil, unter ihnen Pinheiro de Azèvedo, Chef des Generalstabs der Marine.

Der Kongreß war außergewöhnlich. Das ist bloß ein Beispiel, wie die demokratische Organisierung starke Wurzeln geschlagen hat. Für uns bedeutet Demokratie innerhalb der Streitkräfte Teilnahme aller Dienstgrade an der Revolution. Jeder soll seine Vorstellungen dazu beitragen; die Treffen und Versammlungen sind ein Hebel, damit die Revolution überall hingelangen kann. Nichts darf verborgen bleiben; es muß die Möglichkeit bestehen, alle Probleme freimütig darzustellen.

Sicher, es gibt Schwierigkeiten. Nach dem 11. März gab es in vielen Einheiten eine Umbildung der Kommandos; das geschah natürlich, um jene abzulösen, die sich dem Prozeß entgegenstellten. Der Rat entscheidet, ob ein bestimmter Kommandant oder ein bestimmter Offizier folgt und nützlich ist oder ob er sich stattdessen widersetzt und eine Bremse für die Dynamik der Dinge ist. Im letzteren Fall muß man dafür sorgen, daß er kein Hindernis darstellt.

Natürlich, was die Soldaten angeht, bei denen gibt es weniger Probleme, weil die überwiegende Mehrheit von ihnen aktiv dem Prozeß folgt. Die entscheidende Frage für uns ist, mit Entschiedenheit die Säuberung unter den Offizieren durchzuführen. Sie sind nur eine Minderheit, aber für uns kommt es darauf an, sie für die Revolution zu gewinnen, da sie Teil des ständigen Kaders sind.

L.C.: Welche Beziehung besteht zwischen der Zunahme der Demokratie in den Kasernen und dem Verhältnis der Militärs zum Ausland, zur Bewegung und den Kämpfen, die sich im Lande entwickeln?

O. do Carvalho: Erst jetzt beginnt dieses Verhältnis konkret zu werden. Die entscheidende Frage ist die des politischen Bewußtseins. Sicher war der Reifeprozeß außerordentlich schnell in diesem Jahr. Man darf aber nicht vergessen, daß wir bis zum 25. April unter einem drückenden Mantel lebten: Die Militärs durften nicht über Politik sprechen, die Politik kam nicht in die Kasernen, alles war konspirativ.

Nach der Befreiung waren, wie ich schon sagte, die Schritte voran enorm. Wir haben auf Erfahrung aufgebaut. Die politischen Parteien rechneten mit der Entpolitisierung der Streitkräfte und glaubten an eine rasche Gewinnung der Militärs. Zuerst näherte sich die PCP den Kasernen, dann kamen die Sozialisten, die Linksextremisten, alle suchten ihren Platz.

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 9

lismus gestimmt." (ebenda) Und damit hat er sicherlich recht, denn nicht ohne Grund war das Versprechen, den Sozialismus anzustreben die Hauptparole aller an der Wahl beteiligten Parteien (mit Ausnahme von CDS und PPM natürlich).

Unverschämte Erpressungsversuche

Insbesondere Soares zeigte sich als der triumphierende Sieger. Wohl wissend, daß seine eigene Parteibasis revoltieren würde, wenn er ein offenes Zusammengehen mit der liberalen PPD vorschlagen würde, wies er zunächst die PPD-Anbiederungen zurück und sprach von einer „*soliden 51%-Mehrheit mit den Kommunisten*" („O Seculo", 28.4.75).

Gleichzeitig jedoch nutzte er das Wahlergebnis sofort für einen massiven Erpressungsversuch gegenüber der PCP: unter der Parole „Einigkeit hat ihre Regeln" forderte er die PCP auf, für eine weitere Zusammenarbeit mit der PSP die bisher von der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk errungenen Rechte zu verschachern.

Seine Forderungen:

1. „*Beendigung der Manipulation der Meinungsmedien durch die Kommunisten*" (ebenda). Damit ging Soares darauf ein, daß seit dem 25. April 74 die Journalisten frei sind. Seit besonders die Arbeiter der Druckereien und Verlage die Faschisten hinausgesäubert haben und gemeinsam mit den Journalisten Redaktionsräte und Betriebskomitees gebildet haben, die Einfluß auf den redaktionellen Inhalt der Zeitungen haben, werden viele Zeitungen von fortschrittlichen Redaktionen geführt. Soares verlangt also von den Revisionisten nichts weniger, als daß sie behilflich sein sollen, die Demokratisierung der Redaktionen wieder zu zerschlagen.
2. „*Freie und geheime Wahl der Gewerkschaftsführung, die sich seit einem Jahr in der Hand der Kommunisten befindet*" (ebenda).

Man wird sich noch erinnern, wie wütend die PSP gemeinsam mit allen Reaktionären und Faschisten die „Intersindical" als Einheitsgewerkschaft bekämpfte. Diese Angriffe wurden Anfang des Jahres von den Industriearbeitern zurückgewiesen.

Heute verlangt der Führer dieser selben PSP, die PCP möge gefälligst dafür sorgen, daß die PSP Schlüsselpositionen in ebendieser „Intersindical" erhält.

3. „*Freie Wahlen in den Kommunen, in denen die MDP unangemessen stark repräsentiert ist*" (ebenda).

Diese Forderung hat die PPD inzwischen begierig aufgegriffen.

Soares bezieht sich hier auf den Umstand, daß die MDP es war, die nach dem 25. April 74 damit begann, auch in der Provinz Versammlungen zu organisieren, in denen die Säuberungen der Rathäuser von den Faschisten beschlossen und organisiert wurde. Selbstverständlich wurden in diesen Versammlungen auch MDP-Vertreter in die Verwaltungen gewählt und vom MFA anerkannt.

Inzwischen haben PCP und MFA offenbar dieser Erpressung nachgegeben. Das MFA hat Kommunalwahlen für den September angekündigt.

Andererseits war die PSP klug genug, zu erklären, sie werde den vor den Wahlen unterzeichneten „Pakt mit dem MFA" einhalten.

Dieses Abkommen, das die meisten Parteien unterzeichnet haben, beinhaltet die Verpflichtung, daß die Abgeordneten sich für eine Verfassung im Rahmen des MFA-Programms einsetzen. Sie verpflichteten sich damit in allgemeinster Weise, „*den Sozialismus anzustreben*", was natürlich für die bürgerlichen Parteien ein reines Lippenbekenntnis ist, und sich nahtlos in ihren demagogischen Wahlkampf einfügt.

Das Nord-Süd-Gefälle – einmal umgekehrt

Wenn man sich das Wahlergebnis einmal nach Bezirken aufgeschlüsselt ansieht, dann springt ins Auge, daß die Arbeiterparteien im Norden zum Teil verheerende Niederlagen erlitten, während es im Süden drei Wahlbezirke gibt, in denen PCP und MDP zusammen mit den revolutionären Parteien sogar eine absolute Mehrheit erringen konnten.

Zum Vergleich:

In **Bragança**, der Hauptstadt der Region Tràs-os-Montes, erreichte das CDS 13,51 %, die PPD 43,8 % und selbst die PPM 1,02 %. Die PS dagegen nur 24,55 %, die PCP sogar nur 2,7 %, MDP 3,63 % und die FSP 1,58 %.

Ähnlich sieht es in **Guarda** aus, wo die CDS sogar 19,49 % erreichte, PPD 33,34 %, PPM 1,89 %, PS 28,16 %, PCP 2,93 %, MDP 3,58 % und FSP 1,35 %.

Hält man diesen Ergebnissen aus dem Norden zwei ebenfalls rein ländliche Bezirke aus dem Süden (Alentejo) gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

Évora: CDS 2,82 %, PPD 6,84 %, PS 37,76%, PCP 37,14%, MDP 7,89%, FSP 1,27%, UDP 0,85% und PUP 0,61%. D.h. die Rechte hat insgesamt nur 9,66% erhalten, zählt man die PS dazu, ergibt das 47,42%. Alle Parteien links von der PS erreichen zusammen 47,46%, also eine absolute Mehrheit.

Beja: CDS 2,19 %, PPD 5,23 %, PS 35,49 %, PCP 39,01 %, MDP 5,46 %, MES 2,53 %, UDP 1,43 % und PUP 1,23 %.

Das ergibt für den Rechtsblock 7,42 %, zusammen mit der PS 42,91 %, denen 49,96 % aller Parteien links von der PS gegenüberstehen. Davon sind 5,19 % Stimmen für die revolutionäre Linke.

Soweit zu den Landgebieten. Ein ähnliches Gefälle ist auch in den Großstädten festzustellen, wenn auch weniger deutlich.

Porto (im Norden, 890 604 Wahlberechtigte): CDS 8,94 %, PPD 29,42 %, PPM 0,56 %, PS 42,48 %, PCP 6,66 %, MDP 2,57 %, MES 0,99 %, FEC 0,85 %, FSP 0,72 %, UDP 0,63 %, PUP 0,36 % und LIC 0,56 %.

Hier erreichten die Rechtsparteien zusammen mit der PS also 81,40 %, die Parteien links von der PS nur 13,34 %.

Lissabon (im Süden, 1 373 479 Wahlberechtigte): CDS 4,79 %, PPD 14,91 %, PPM 0,72 %, PS 46,05 %, PCP 18,95 %, MDP 4,11 %, UDP 1,67 %, FSP 1,27 %, MES 1,08 %, FEC o,45% und LCI 0,30%.

Dem Rechtsblock plus PS fielen also 66,47 %, den Parteien links von der PS 27,83 % zu.

In den nördlichen Agrargebieten, am stärksten ausgeprägt in Tràs-os-Montes, gibt es vorwiegend Kleinbauern und kleine Pächter, die zwar das elendste Leben führen, aber gleichzeitig auch am meisten kleinbürgerliche Eigentumsideologie angenommen haben. Dort ist auch der Bildungsstand der Landbevölkerung am geringsten, die meisten sind Analphabeten. Klerus und Grundbesitzer bestimmen das gesellschaftliche Leben.

In den Städten des Nordens (mit Ausnahme von Porto) gibt es vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe und eine geringe Konzentration der Arbeiterklasse. Diese Faktoren haben das Eindringen der Rechtsparteien erheblich begünstigt.

Die Linksparteien haben entweder noch keine lokalen Organisationen oder sind nur schwach entwickelt.

Im Süden dagegen gibt es in den ländlichen Gebieten, insbesondere im Alentejo, nur wenig selbständige Bauern, sondern hauptsächlich Landarbeiter, die auf riesigen Gütern arbeiten.

Unter ihnen haben kontinuierlich auch unter dem Faschismus Revisionisten und Revolutionäre gearbeitet. Hier hat es immer wieder große Streiks gegeben, hier fanden die revolutionären Gruppen eine Basis.

Im Industriegürtel südlich von Lissabon liegen fast alle wichtigen portugiesischen Großbetriebe, die Werften, die Stahlwerke, die Chemiebetriebe.

Hier gibt es die stärkste Konzentration der Arbeiterklasse überhaupt. Hier, im Wahlbezirk **Setùbal**, gab es folgende Ergebnisse:

CDS 1,55 %, PPD 5,74 %, PS 38,15 %, PCP 37,82 %, MDP 6,03 %, FSP 1,76 %, UDP 1,34 %, MES 1,02 %, FEC 0,53 %, PUP 0,25 % und LCI 0,33 %.

Die Rechte hat also nur 7,29 % erhalten, rechnet man sie mit der PS zusammen, ergeben sich 45,44 %. Demgegenüber errangen die Parteien links von der PS 49,08 %, davon die revolutionären Organisationen 5,23 %.

Verglichen mit diesen Zahlen schneidet die revisionistische PC jedoch in Porto und Lissabon relativ schlecht ab. Das ist ein Zeichen dafür, daß sie in die Bündnisschichten der Arbeiterklasse, die Angestellten, kleinen Händler und Gewerbetreibenden etc., die in diesen Verwaltungs- und Handelszentren einen erheblichen Bevölkerungsanteil ausmachen, nur wenig eindringen konnte und weitestgehend der PS das Feld überlassen mußte.



Die Embleme der portugiesischen Parteien, die an den Wahlen teilnehmen

50 Jahre Faschismus gegen ein Jahr Demokratie

Angesichts der gewaltigen Massenmobilisierungen, z.B. anläßlich der rechten Putschversuche, und angesichts der gewaltigen Streik- und Fabrikbesetzungsbewegungen ist es schwer zu verstehen, daß sowohl die Ergebnisse der PCP als auch der revolutionären Linken so weit hinter der PS zurückbleiben.

Ein wichtiger und bereits erwähnter Grund liegt sicherlich in der Demagogie, mit der sich die PS als Garant für eine sozialistische Zukunft aufgespielt hat.

Zum anderen ist natürlich ein Jahr offener, politischer Arbeit sehr wenig, um eine 50-jährige faschistische und antikommunistische Propagandamaschine auszugleichen. Insofern hat die faschistische Vergangenheit sicherlich für die PS erheblich zu Buche geschlagen.

An dieser Vergangenheit gemessen, hat die offene Rechte mit ihren 7,65 % der Stimmen eine vernichtende Niederlage erlitten.

Dies ist auch das wesentlichste Ergebnis der Wahl: Die breite Masse des portugiesischen Volkes hat alle Anbiederungsversuche der Reaktionäre entschieden zurückgewiesen, und es hat sich gezeigt, daß das antifaschistische Bewußtsein, das sich in den großen Massendemonstrationen in den Städten gezeigt hat, im ganzen Volk sehr stark ist.

Darüberhinaus hat sich deutlich gezeigt, daß die Arbeiterklasse noch keineswegs gegen Opportunisten und Reformisten gerüstet ist.

Ein deutliches Zeichen dafür sind nicht nur die geringen Ergebnisse der revolutionären Parteien, sondern ebenso die heillose Zersplitterung, in der sich diese revolutionäre Linke bisher präsentiert.

Sicherlich wird der Klassenkampf nicht in Wahlkabinen geführt, sondern in den Fabriken, auf den Feldern, in den Wohnvierteln und in den Kasernen, die allgemeine Wahl ist allenfalls ein Gradmesser für die Reife des Proletariats. Und unzweifelhaft hat der Klassenkampf, gemessen an „normalen" europäischen Bedingungen, in Portugal ein sehr hohes Niveau erreicht.

Aber noch sind Erfahrungen und Bewußtsein der portugiesischen Arbeiter und ihrer Verbündeten noch nicht so weit gereift, daß sie die Demagogen im „linken" Pelz schon klar genug durchschauen würden. ●

Portugal-Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 10

Im Moment ist es die extreme Linke, die am meisten Gewicht hat, vor allem unter den Soldaten, aber die Mehrheit, mehr als daß sie den Parteien folgt, unterstützt die Vorstellungen des MFA.

Das MFA ist keine Partei, und meiner Meinung nach sollte es ein besonderes politisches Instrument bleiben, natürlich nach links orientiert, aber über den Parteien. Ohne eine kategorisch definierte Ideologie, aber mit der Fähigkeit, die Führungsrolle innerhalb der Streitkräfte zu spielen.

L.C.: Das letzte Bulletin des MFA enthält eine harte Kritik am Modell der bürgerlichen Demokratie und einen klaren Hinweis auf die Notwendigkeit, die „Volksmacht" aufzubauen. Wie können die Militärs zur wachsenden Organisierung der Massen



Otelo Saraiva de Carvalho, „Konstrukteur" der Erhebung vom 25. April, direkter Befehlshaber des COPCON

und zur Ausübung der proletarischen Kontrolle auf jedem Gebiet des gesellschaftlichen Lebens beitragen?

O. de Carvalho: Was ich möchte, was meiner Meinung nach die Hauptaufgabe in den Streitkräften ist, das ist die Umwandlung der regulären Streitkräfte in eine Volksarmee. Ich meine, daß man dahin gelangen kann, die Bedingungen dafür sind vorhanden.

Ausgehend vom Ende der 50er Jahre waren unsere Streitkräfte einem Prozeß der Proletarisierung ausgesetzt. Zuerst kamen die Offiziere ausschließlich aus den herrschenden Klassen, die ihre Söhne auf eine militärische Karriere schoben. Später, auch als Folge einer gewissen Zunahme der Schulbildung, begannen auch Jugendliche aus dem Volk sich in die Streitkräfte zu integrieren. So hatten die Offiziere Gelegenheit, an einer Umwälzung zugunsten der werktätigen Klassen teilzunehmen. Der „Putsch" hatte ein linkes Kennzeichen, weil von Anfang an die Möglichkeit bestand, einen großen Teil der mit dem alten Regime kompromittierten höheren Dienstgrade zu entfernen. Die Reaktionäre, die Aristokraten, die nicht bereit waren, sich der neuen Demokratie zu unterwerfen, wurden nach und nach rausgeworfen; unter den heutigen Bedingungen sind die Streitkräfte zwar immer noch eine reguläre Kraft, aber sie haben eine klare Orientierung auf das Volk. (...) Statt automatisch diejenigen zu Offizieren zu machen, die von der Universität kommen, wollen wir, über ein allgemeines Kontingent, die geeigneten Männer auswählen, abgesehen von ihrer Klassenherkunft, so daß Arbeiter die Möglichkeit haben, Offizier zu werden, während Anwälte Soldaten bleiben können ... Das wäre ein konkreter Schritt in Richtung Volksheer, auch wenn in dieser Phase die regulären Strukturen noch beibehalten werden.

L.C.: Welche Möglichkeiten haben heute die Soldaten, sich frei zu organisieren?

O. de Carvalho: Die Disziplin muß irgendwie gewahrt werden, und auch die Hierarchie hat ihre Funktion, insofern es unmöglich ist, zu irgendeinem positiven Ergebnis zu kommen ohne ein Minimum an Ordnung und Methode. In den Kasernen, auf allen Ebenen, gibt es Beispiele im Sinn der Gleichheit und der Aufhebung der Privilegien. Die Verpflegung ist schon für alle gleich. Man hat auch versucht, die Versammlungsorte für Soldaten und Offiziere zusammenzulegen, aber manchmal ziehen es gerade die Soldaten vor, ihre Selbständigkeit zu wahren und sich gesondert zu treffen; das ist kein Schaden.

L.C.: Was hältst du von den „Revolutionsräten", also vom Vorschlag, gemeinsame Basisorganisationen zu schaffen, die Arbeiter, Soldaten und fortschrittliche Offiziere vereinigen?

O. de Carvalho: Ich bin nicht gegen die Bildung von Revolutionsräten, im Gegenteil, ich sehe sie mit Sympathie. Dieses Beispiel, neben anderen, zeigt, daß einige Teile des Volkes bereit sind, ganz für die Revolution zu leben. Sie organisieren sich, machen neue Vorschläge, gehen voran; das kann nur höchst positiv sein.

Dennoch meine ich, daß die Revolutionsräte nicht der aktuellen Phase entsprechen. Es gibt noch nicht die Bedingungen, daß diese sich in eine machtvolle Massenbewegung verwandeln könnten. Unter diesem Gesichtspunkt sind es keine lebensfähigen Organismen.

Was die Soldaten und Offiziere angeht, so meine ich, daß diese Art organisatorischer Erfahrungen zu einer größeren Verbindung mit den Arbeitern führen kann, so daß man die Probleme der Massen mehr aus der Nähe betrachtet, und dies somit zu einer Klärung der Vorstellungen und Perspektiven führen kann. Das schließt jedoch die Notwendigkeit der inneren Organisierung nicht aus. In den Militäreinheiten ist es gut, daß sich Soldaten und Offiziere organisieren, Entscheidungen treffen, Kritik üben und neue Regeln für das Kasernenleben einführen.

L.C.: Wann wurde das COPCON gebildet? Welche Funktion hat es genau? Ist es in gewissem Maß ein Parallelorgan zum Generalstab?

O. de Carvalho: Es ist wichtig, die Dinge klar zu definieren. Der Generalstab des Heeres hat Verwaltungsaufgaben, materielle Aufgaben, die von großer Bedeutung sind in einem Moment allgemeiner Umstrukturierung. Das COPCON wurde in der Zeit der Krise der ersten provisorischen Regierung geschaffen, im Juli vorigen Jahres, als der Spinola-Anhänger Palma Carlos vertrieben wurde und Vasco Goncalves Premierminister wurde. Es befaßt sich mit operativen Aufgaben; es bildet das Hauptquartier, das das Kommando über sämtliche Kräfte des Heeres innerhalb des Landes inne hat.



Soldaten des COPCON bei der Landagiation

Soldaten des COPCON bei der Landagiation

Darüber hinaus verfügt es direkt über einige Einsatzkräfte, wie beispielsweise das RAL 1, das Teil der zwei Kompanien Fallschirmjäger und der Abteilung Marineinfanteristen (fucilieri della Marina) ist, die stets zu unserer Verfügung stehen. Nicht zur ständigen Verfügung stehen uns Luftfahrzeuge und Schiffe. Jedoch, wenn sich die Notwendigkeit stellt, können diese von uns eingesetzt werden. So geschah es am 11. März, als wir Luftaufklärung durchführen mußten, und so auch während der Wahlen. Das COPCON übt darüber hinaus die operative Kontrolle über sämtliche Einheiten des Landes aus, indem es ihren Einsatz über die verschiedenen regionalen Hauptquartiere zentralisiert.

L.C.: In gewissem Maß übt das COPCON angesichts der erzwungenen Lahmheit der Polizeikräfte auch Ordnungsfunktionen aus. Was sind die Kriterien, unter denen diese Funktion steht?

O. de Carvalho: Gewiß, wir sind sozusagen der Hauptgarant der öffentlichen Ordnung geblieben. Unsere Aufgabe ist es, Gewalttätigkeiten zu verhindern. Die Leute brauchen eine gewisse Ruhe, das ist normal. Die einzigen Aktionen, die wir durchgeführt haben, betrafen den Kampf gegen das Rauschgift, gegen die Prostitution, gegen Diebstähle, gegen die organisierte Kriminalität. Dabei arbeiten wir mit der Polizei zusammen. Darüber hinaus versuchen wir stets, oder fast, Zusammenstöße während Kundgebungen zu vermeiden. Was direkte Aktionen wie Besetzung von Häusern oder Land angeht, haben wir immer die gerechten Forderungen des Volkes unterstützt; während wir in den Fällen, wo diese Aktionen sich außerhalb der revolutionären Legalität stellten, versucht haben, in dem Sinn vorzugehen, daß wir diejenigen, die Fehler machten, politisch überzeugten, wobei wir stets den Gebrauch von Gewalt gegen das Volk vermieden, der für uns unzulässig ist.

L.C.: Inwiefern hat das Wahlergebnis das Kräfteverhältnis in der Armee geändert?

O. de Carvalho: Ich glaube nicht, daß das Wahlergebnis zu wesentlichen Veränderungen der Verhältnisse in der Armee führen kann. Die fortschrittlichen Kräfte sind im Moment die aktivsten und am meisten dynamischen. Es gibt gar keine richtige organisierte Präsenz „gemäßigter" Kräfte. Es gibt einige Elemente, aber sie sind ziemlich isoliert, denn die große Masse folgt dem Prozeß und nimmt daran teil. In dem Maß, wie wir fähig sind, die Initiative zu behalten, werden die konservativen Kräfte keinen Boden haben.

L.C.: Gibt es Widersprüche im Revolutionsrat?

O. de Carvalho: Nein, es gibt genügend Übereinstimmung. Klar, über die Formen, über die zu verfolgende Linie, entstehen Differenzen, entgegengesetzte Meinungen. In den Prinzipien jedoch, daß wir in sozialistischer Richtung voranschreiten, sind wir uns einig. Der eine „zieht" mehr, ist fähig, weiter voranzuschreiten, hat mehr politische Sensibilität; und dann gibt es andere, die weniger mutig sind, um es mal so auszudrücken. Was jedoch unter dem Strich steht und was zählt, ist, daß wir es schaffen, nach vorn zu gehen.

L.C.: Aber die Rechte rechnet doch mit diesem Widerspruch, um zu versuchen, das MFA zu spalten und in den Streitkräften vorzudringen?

O. de Carvalho: Sicher, aber sie hat keine Aussicht auf Erfolg. Ich bin in diesem Moment völlig überzeugt, daß es in den Streitkräften, im Revolutionsrat und, mehr noch, in der Hauptversammlung des MFA, wenn es notwendig wäre, Entscheidungen zu treffen – Entscheidungen von grosser Bedeutung, ich meine, im Sinn, daß man es verstehen muß, mit Entschlossenheit den sozialistischen Kurs durchzusetzen –, daß es dann keine Schwierigkeiten geben würde.

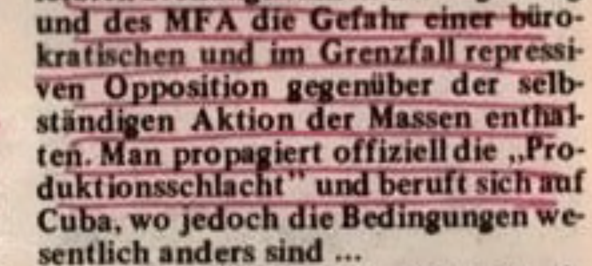
L.C.: Das MFA hat oft kritisiert, daß die Parteien nicht genügend eine vorantreibende Rolle im revolutionären Prozeß spielen. Einige Militärs haben sogar die Möglichkeit erwogen, eine neue Partei zu bilden, eine Art ziviles MFA. Was meinst du dazu?

O. de Carvalho: Das ist heute wahrscheinlich das größte Problem. Das MFA hatte einen außerordentlichen Einfluß auf Massenebene. Wenn wir uns an den Wahlen beteiligt hätten, hätten wir gewonnen. Die Parteien sind in Wirklichkeit nicht sehr verankert, und außerdem bekämpfen sie sich in einer Weise, die manchmal die Einheit an der Basis behindert. Es gibt Parteien, die kontrollieren – in Wirklichkeit kontrollieren sie nicht, sagen wir: beeinflussen – große Massen, wie die PCP und die PS; dann gibt es einige Organisationen der extremen Linken, die ein gewisses Gewicht haben. Schließlich gibt es die PPD, die – obwohl sie keine Arbeiter in ihren Reihen hat – mehr als eine Million Stimmen bekommen hat. Wir können nicht einfach die kleine und mittlere Bourgeoisie zurückweisen, die dieser Partei folgt.

Wir müssen die Großbourgeoisie bekämpfen, die die Politik der PPD bestimmt, das allerdings! Der Kampf zwischen den Parteien ist manchmal verwirrend, er bringt uns in eine schwierige Lage. Wir denken aber nicht daran, die Massen als MFA zu mobilisieren, auch wenn das vielleicht möglich wäre. Das MFA braucht die Parteien, um zum Sozialismus voranzuschreiten, und natürlich brauchen auch die Parteien das MFA ...



Immer an der Seite der Arbeiter: die Soldaten des COPCON



L.C.: Was das Problem der Arbeiterkämpfe und Streiks in dieser Phase angeht, scheint mir, daß einige der letzten Stellungnahmen der Regierung und des MFA die Gefahr einer bürokratischen und im Grenzfall repressiven Opposition gegenüber der selbständigen Aktion der Massen enthalten. Man propagiert offiziell die „Produktionsschlacht" und beruft sich auf Cuba, wo jedoch die Bedingungen wesentlich anders sind ...

O. de Carvalho: Sicher, hier sind die Bedingungen anders. Die Revolution wurde von einer kleinen Gruppe Offiziere eingeleitet, ohne Beteiligung der Parteien. Das direkte Eingreifen der Massen in einen Prozeß, der seine Wurzeln offensichtlich in den langen Jahren des antifaschistischen Widerstandskampfes hat, erfolgte erst nach dem 25. April.

So erschwert das Fehlen einer selbständigen, aus dem Volk kommenden, zivilen Führung des Prozesses sehr das, was für uns eine Notwendigkeit ist: Die Produktionsschlacht. Nach dem 25. April wollten die Leute weniger arbeiten und mehr verdienen, das ist ja ganz natürlich. Das hat ein allgemeines Sinken der Produktion hervorgerufen, deren Folgen sehr ernst sind. Irgendwie muß man dieses Problem lösen.

L.C.: Es ist aber doch unmöglich, die Zustimmung der Massen zu einer Politik der Opfer zu erhalten, wenn in Wirklichkeit die Machtfrage noch nicht gelöst ist und es immer noch viele Privilegien gibt ...

O. de Carvalho: Einverstanden. Das Problem, ist zu begründen, warum wir jetzt bestimmte Forderungen stellen. Es ist nötig, daß gearbeitet wird, sonst gehen wir einer Katastrophe entgegen. Es liegt auf der Hand, daß man sich den Arbeiterkämpfen nicht entgegenstellen darf. Wir denken sicher nicht daran, die Streiks anzugreifen. Aber notwendig ist eine Propaganda-Kampagne, um allen zu erklären, unter welchen Bedingungen sich die nationale Wirtschaft befindet.

L.C.: Zur internationalen Stellung Portugals: was meinst du, wie eine Politik der Selbständigkeit und des Neutralismus durchgeführt werden kann?

O. de Carvalho: Für uns ist es sehr wichtig, rasch die nationale Unabhängigkeit zu erreichen, um weder vom Sowjetblock noch von Europa oder den USA abhängig zu sein. Um mit Freiheit auf die Dritte Welt zu schauen; von dort kann tatsächlich die Kraft kommen, die unsere Selbständigkeit garantiert.

Der sozialistische Block hat sich uns gegenüber, um die Wahrheit zu sagen, sehr freizügig geöffnet. Aber wir wollen von keiner Supermacht abhängig sein. Sicher, wir wissen, daß unser Land noch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus abhängig ist und das für einige Zeit bleiben wird. Wir sind ein recht armes Land, zurückgeblieben, sehr schwach unter dem Gesichtspunkt der Produktion; ein Land, das dazu gezwungen ist, die Mehrheit der Produkte einzuführen, die es verbraucht, also nicht selbständig, und das seine Reserven in einem beeindruckenden Tempo aufbraucht. Wir müssen uns dessen bewußt sein; wir müssen wissen, daß wir, um zu vermeiden, daß wir wirtschaftlich kolonialisiert werden, in kurzer Zeit auf verschiedenen Feldern spielen müssen. Die Öffnung, die uns die sozialistischen Länder und die Dritte Welt anbieten, muß grundlegend genutzt werden, um Bedingungen zu schaffen, die uns eine wirkliche Unabhängigkeit garantieren können. Wir können und dürfen uns nicht an einen Block allein binden.

L.C.: Wie verträgt sich diese Notwendigkeit mit eurem Verbleiben in der NATO?

O. de Carvalho: Unsere Haltung zur NATO ist wirklich recht schwer zu definieren. Die Armeen, die dieses Bündnis bilden, sind recht rigide, sie laufen sozusagen auf einer geraden Linie; dagegen führt unsere Armee eine ganz andere Aktivität aus als jene, die beispielsweise die Militärmanöver in einem Land wie eurem sein können.

Im Programm, das wir der Welt am 26. April 1974 durch den Mund Spinolas bekannt gaben, erklärten wir unsere Treue gegenüber den Verträgen, an die wir gebunden sind. Daher gehören wir weiter der NATO an. In gewisser Weise ist das für uns eine Sicherheitsfrage, da die USA größere Schwierigkeiten für eine Invasion unseres Landes hätten, wenn wir ei... mit ihnen verbündetes Land si... Ein Austritt aus der NATO würd... sicher vor größere Gefahren stel...

Die Reaktion der NATO auf d... in unserem Land in Gang befindlichen Prozeß ist nicht gerade die beste; das liegt auf der Hand, weil das Ziel der NATO die Verteidigung der westlichen Welt gegen die Sowjetunion und den Kommunismus ist. Wir haben die Kommunisten in der Regierung, das stört sie ziemlich. Sie übermitteln uns keine Dokumente mehr, sie haben Angst vor einer möglichen Weitergabe von Militärgeheimnissen ...

L.C.: Welche Rolle kann in dieser Phase die internationale Solidarität spielen?

O. de Carvalho: Die internationale Solidarität auf europäischer Ebene und in der ganzen Welt ist von grosser Bedeutung, und vielleicht kann sie auch dazu beitragen, unsere Unabhängigkeit zu garantieren. Die Verbindung zwischen den freien Völkern stärkt das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Selbständigkeit. Wenn diese Solidarität stark bleibt und vorbeugend ist – und nicht erst der Niederlage folgt, wie bei Chile – wäre das für uns eine Garantie mehr für den Sieg. Unsere Erfahrung findet ein großes Echo in der Welt und in Europa.

Die Ausgebeuteten aller Länder betrachten unsere Revolution mit Sympathie. Die Reaktionen verschiedener Regierungen dagegen sind alles andere als sympathisch ... In uns sehen sie zu recht ein schlechtes Vorbild. Man denke nur daran, was sie über uns in Spanien sagen, oder daß die Einreise von MFA-Mitgliedern nach Frankreich verboten wurde etc.

Aber das, was wir hier tun, hat allgemeinen Wert, der Einfluß unserer Revolution verschafft sich über alle Verleumdungen hinweg Gehör. Ich weiß, daß z. B. auch in Italien die Auswirkung groß gewesen ist. Außerdem, wenn eine sozialistische Linie auch in Spanien siegen würde, das sozusagen ein Land in „Auflösung" ist, könnte man einen iberischen sozialistischen Block bilden; das würde ein sehr wichtiger Ausgangspunkt für Europa. Ein Aufflammen, eine Explosion der Freiheit auf dem ganzen Kontinent, in diesem Moment einer schweren weltweiten Krise des Kapitalismus – ich weiß nicht, welche Folgen das haben könnte. Zum ersten Mal nähert sich die Revolution direkt dem Zentrum des internationalen kapitalistischen Systems . . . ●



25. April 1975: Überall im Lande verhaften portugiesische Soldaten die faschistischen Folterknechte des Geheimdienstes PIDE

Hausbesetzungen in Portugal

Der portugiesische Faschismus hat nicht nur die brutale „Überausbeutung" der Arbeiter, die völlige politische Entrechtung des Volkes, Ausplünderung der Kolonien etc. gebracht, sondern gleichzeitig den kulturellen, medizinischen und sozialen Bereich des portugiesischen Volkes vollkommen zerstört. Ergebnisse davon waren u.a. eine hohe Kindersterblichkeit, die denkbar schlechteste medizinische Versorgung, mit über 30% eine in Europa einmalig hohe Analphabetenrate unter den Erwachsenen usw. Nach dem 25. April 1974 ist dieser Sektor ein zunehmend wichtiges Arbeitsfeld für revolutionäre Organisationen geworden.

Im allgemeinen werden leerstehende Häuser, aber auch solche, die der bloßen Freizeit-Tändelei der Bourgeoisie bisher dienten, besetzt (wobei der Beschluß der Besetzung zumeist auf sogenannten „Volksversammlungen" gefaßt wird) und danach von der Bevölkerung und revolutionären Organisationen selbst verwaltete Zentren für medizinische Beratung, Krankenstationen, Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen usw. dort eingerichtet. Solche Aktionen werden zunehmend häufiger durchgeführt von M.E.S., F.S.P., L.U.A.R. und U.D.P., vermutlich aber auch von anderen linken Organisationen. Diese Aktionen dienen, ebenso wie die Entwicklung von Arbeiter-, Mieter- und Soldatenräten der Entwicklung von „Volksmacht" („Poder Popular", wie es die portugiesischen Genossen nennen), also der Weiterentwicklung der „Doppelherrschaft" und erhöhen die Eigeninitiative und Selbstorganisation des portugiesischen Volkes.

In ihrer Zeitung „Fronteira" vom 28.4.75 (Nr. 19), hat die L.U.A.R. (Liga de Uniao e Acco Revolucionária) – auf Grundlage von Berichten ihrer Ortsgruppen – eine Anzahl solcher Besetzungen beschrieben, an der diese Organisation beteiligt war und die die Breite dieser Bewegung dokumentiert (es handelt sich nur um Aktionen der jüngsten Zeit, und an denen L.U.A.R. führend beteiligt war). Zugleich wird die vielseitige Verwendungsmöglichkeit besetzter Häuser gezeigt. Wir haben diesen kurzen Text übersetzt.

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

kurzen Text übersetzt.

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Dieses Haus wurde von L.U.A.R. besetzt und dient seitdem als „Volkskrankenhaus", in dem Ärzte, Pfleger und Schwestern unentgeltlich behandeln.

unentgeltlich behandeln.



NA UNIDADE REVOLUCIONÁRIA CONSTRUIREMOS O SOCIALISMO

fronteira

Coimbra:
Soziale Beratung
Die Gruppe von Coimbra besetzte ein Haus, das seit etwa sieben Jahren unbewohnt ist, um dort eine Stelle für kostenlose medizinische Beratung einzurichten.

Lagos:
Volkskindergarten
In der Nacht vom 1. zum 2. April hat die Gruppe des Kreises Lagos ein Mietshaus besetzt, das seit vielen Jahren unbewohnt ist und in der Rua dos Peixeiros liegt. Hier will man sofort mit der Einrichtung eines Kindergartens, einer Schule für Kinder im Vorschulalter sowie zur Alphabetisierung von Erwachsenen beginnen. In einem Raum soll das Büro der LUAR in Lagos untergebracht werden.

Olival Basto:

Volkskindergarten
Das Stadtteilkommitee beschloß in seiner Plenarsitzung vom 24. April, das frühere Restaurant „Florestan" zu besetzen, das seit langem nicht mehr in Betrieb und unbewohnt ist, um dort einen Kindergarten einzurichten. LUAR hat das Komitee bei diesem Vorhaben voll und ganz unterstützt.

Loulé:
Volkskindergarten Porta Aleixo
Die Gruppe von Loulé hat in dem Ort Fonte da Pipa eine Villa besetzt, um dort einen Kindergarten einzurichten. Die Villa war seit einigen Jahren unbewohnt.

Curraleira – Lissabon:
Wohnungsbeschaffung
In der Rua de Entrecampos, welche im Lissaboner Vorort Curraleira liegt, haben Bewohner von Elendsquartieren, die abgebrannt sind, einen Wohnblock besetzt. LUAR hat dazu ein Flugblatt verfaßt, in dem zur Wachsamkeit aufgerufen wird. Inácio Palma und einige andere LUAR-Mitglieder haben an der Aktion teilgenommen.

Abrantes:
Die Abrantes-Gruppe von LUAR und einige andere Einwohner haben am vergangenen Sonnabend in Rossio, am Südufer des Tejo, vier Häuser besetzt, die für ganz bedürftige Familien bestimmt sind. In einer Volksversammlung wurde ein Stadtteilkomitee gebildet, das „zusammen mit Mitgliedern der LUAR-Gruppe von Abrantes" eine detaillierte Erhebung über das betreffende Wohngebiet erarbeiten soll. Die Ergebnisse werden dann der Verwaltungskommission der Stadtverwaltung von Abrantes vorgelegt und „von ihr eine umgehende Lösung der erniedrigenden Wohnbedingungen gefordert, in welchen einige Familie von Rossio am Südufer des Tejos wohnen". Auch im Ramalha besetzten Einwohner zusammen mit LUAR-Mitgliedern am Sonntag zwei Häuser, die seit einigen Jahren leerstehen. Dort soll ein Kindergarten für Kinder im Vorschulalter eingerichtet werden.

Porto:
Volkskommune für Kinder
Am 16. März hat LUAR zusammen mit der Bevölkerung in wenigen Sekunden ein großes Haus besetzt. Dort soll eine medizinische Beratungsstelle für Kinder eingerichtet werden. „Mit dieser Aktion will man den Grundstein für einen 'Nationalen Dienst zur Unterstützung von Kindern legen. Solche Aktionen sind nur dann sinnvoll, wenn davon eine Signalwirkung für das ganze Land ausgeht und sie deutlich die Form von Volksmacht annehmen. Damit das Volk zukünftig an die Macht kommt, müssen die Arbeitermassen politisch und wirtschaftlich auch in Wirklichkeit die Kontrolle übernehmen. An dem Ort, wo wir leben, in den Stadtvierteln, in den Dörfern, in den Städten, am Arbeitsplatz – überall müssen sich Kommissionen gegen die bürgerliche Macht bilden".

Fernão Ferro – Sesimbra:
Arbeitergenossenschaft
„Wir haben die Fabrik besetzt", das waren die ersten Worte eines LUAR-Mitglieds, als er in eine kleine, in der Gegend von Fernão Ferro, nahe bei Sesembra, gelegene Fabrik eindrang, die seit etwa neun Monaten stilllag. Es war etwa 10.30 Uhr am letzten Sonnabend, als Leute der LUAR, die für Informationen zuständig sind, und andere LUAR-Mitglieder die Fabrik betraten. Im Innern der Fabrik waren einige Arbeiter, die, ohne dafür bezahlt zu werden, Krimskrams für den Fabrikherren herstellten. Also, da gingen wir ans Werk. Die Fabrik, die Metall verarbeitet, wird in eine Volksgenossenschaft für Arbeiter umgewandelt. „Für LUAR ist das eine symbolische Tat". Das Land ist voll von Arbeitslosen und hier stehen Fabriken still. „In der Fabrik werden nur Arbeitslose eingestellt und Menschen, die wegen eines leichten Deliktes eingesessen haben und nicht wissen, wo sie Arbeit finden sollen, wenn sie auf freien Fuß gesetzt werden".

Cascais:
Altenheim
In der Avenida de Sintra, zwischen Estoril und Cascais, lebten etwa 140 alte Leute in miserablen Unterkünften. Ungenießbares Essen, schlechte medizinische Versorgung, mittelalterliche Unterkünfte. Es war eine öffentliche Einrichtung. LUAR und das Volk gingen hin und sorgten für eine „Sanierung" der Verwaltung. Eine provisorische geschäftsführende Kommission wurde geschaffen.

Almerim:
Volkszentrum für Kinderbetreuung
Schon seit einiger Zeit haben Stadtbehörde und die Einwohner den Inhaber des Instituts Conde Sobral um die Zurverfügungstellung der Institutsräume gebeten, um dort ein Volkszentrum zur Unterstützung von Kindern einzurichten. Am 22. März hat LUAR zusammen mit der Bevölkerung das Haus besetzt. Eine große Gruppe von Arbeitern veranstaltete eine Solidaritätsdemonstration, die vom „Haus des Volkes" (Lokalstelle der Korporationen unter dem Faschismus, A.d.Ü.) bis zum Institut führte.

Peniche:
Kulturzentrum
Die Lokalgruppen von LUAR, FSP und MES haben zusammen mit einigen Einwohnern des Dorfes am frühen Morgen des 6. April das Erholungszentrum von Peniche, ein Club für die lokale bürgerliche Elite, besetzt. Auf diese Weise wurde ein Haus für Ausstellungen von Volkskunst, Alphabetisierungskurse, Vorträge, für eine Volksbibliothek und für Lehrveranstaltungen geschaffen.

Mafra:
Eine Stadtteilgruppe dieser Stadt beschloß, das Haus in der Rua José Elias Garcia, Nr. 36 zu besetzen, da sie einen Ort brauchten, wo die Kinder von Arbeitern bleiben können, während ihre Eltern arbeiten. Die Auswahl dieses Hauses hatte folgende Gründe: Es liegt günstig (im Stadtzentrum) und hat viele Räume. Es ist seit sieben Jahren unbewohnt, und sein Besitzer gehört zur alten Legião Portuguesa:

„Als wir die letzten Vorbereitungen für die Besetzung trafen und gerade das Volk von der bevorstehenden Besetzung unterrichten wollten, hat der besagte Eigentümer das Haus teilweise zerstört und damit seine reaktionäre und verbrecherische Haltung offen zur Schau gestellt. Einige Stunden vor der Besetzung hat der Besitzer mit einigen seiner Freunde die Fußböden und das Dach von allen Zimmern des Hauses zerstört. Aber die Arbeiter werden es nicht zulassen, daß die Faschisten ihr Haupt erheben, sondern werden zur Volksjustiz schreiten. Wir werden jetzt das, was der Reaktionär zerstört hat, wieder aufbauen. Wenn jeder von uns ein wenig anpackt, ein bißchen Geld oder Material zusteuert, dann wird das Volkskinderkrankenhaus Wirklichkeit. Zeigen wir den Faschisten, daß die Volksmacht größer ist, als sie denken!
Volksmacht schaffen!
Arbeite mit, gib ein bißchen Geld oder Material
Für ein Volkskrankenhaus im Dienste der Arbeiter
Die Faschisten zerstören die Häuser, damit das Volk sie nicht benutzen soll
Verlangt Strafen für den Faschisten Manuel Paço
Vereint werden die Arbeiter siegen".

Revolutionskomitē
der Stadtteilgruppen von Mafra

Fernao Ferro:
„Das Volk von Fernao Ferro hat beschlossen, die Brotfabrik von Fernão Ferro zu besetzen. Diese ist voll eingerichtet, hat aber nie ihren Betrieb aufgenommen. Da es keinen Bäckereibetrieb in diesem Dorf gibt , beschloß die Bevölkerung, diese Einrichtungen zu besetzen und sie wieder in Gang zu setzen und zwar in Form einer Volkskooperative für Verbraucher. So hofft die Bevölkerung von Fernao Ferro, das Brotversorgungsproblem für das Volk zu lösen. LUAR unterstützt das Volk im Kampf gegen den Kapitalismus.

Volksmacht schaffen!
Es lebe die sozialistische Revolution!"
LUAR-Gruppe von
Cova da Piedade



Die „Volksversammlung" von Almeirim beschließt die Besetzung eines Hauses.

Vila Viçosa:
Kulturzentrum
Bento de Jesus Caraca
Die Gruppe von Vila Viçosa hat den alten Bischofspalast, der dem Herrscherhaus von Bragança gehört, besetzt. In einem Kommuniqué wird bestätigt, daß „hier ein Kulturzentrum für die wirklichen Bedürfnisse des Volkes eingerichtet werden soll".

Trafaria:
Volkskindergarten
Eine prächtige, aber nutzlose Residenz wurde besetzt und ein Volkskindergarten eingerichtet, der von den Einwohnern des Dorfes mit Unterstützung unserer Genossen verwaltet wurde.

(Übersetzt nach „Fronteira" Nr. 19 , 28.4.75).

Angola:

Eskalation reaktionärer Gewalt

Die Greueltaten der imperialistischen Söldnerhorden FNLA in Angolas Hauptstadt Luanda haben sich in den letzten Wochen zu Massenmorden gesteigert, bei denen annähernd 3.000 Zivilisten und Kämpfer der antiimperialistischen MPLA getötet wurden.

Offensichtlich orientiert die FNLA im Auftrag des US-Imperialismus immer schärfer auf Bürgerkrieg, insbesondere um die für November vorgesehenen Wahlen zu verhindern, die nur zu deutlich machen würden, wie wenig Rückhalt die proimperialistische „Befreiungsbewegungen" UNITA und FNLA im Volk haben (vergl. dazu Artikel in AK 60).

Die bürgerliche Presse berichtet kaum über die Massenmorde (und erst recht nicht über die Mörder!) in Angola, so daß die nachstehenden Greueltaten der FNLA mit Sicherheit nur einen kleinen Ausschnitt der blutigen Aktivitäten dieser Bande wiedergeben.

– Am 22. und 23. März wurden mehr als 100 Menschen in den Vororten Luandas (Mucéques) von FNLA-Milizen festgenommen, verschleppt und bei Caixito massakriert.

– Kruz darauf dringen die FNLA-Truppen in verschiedenen Krankenhäuser in Arbeiterviertel ein und ermorden fast alle in den Betten liegenden Patienten.

– Am 29. März werden 60 Mitglieder der FAPLAS, Jugendorganisation der antiimperialistischen MPLA in ihrem Ausbildungslager von FNLA-Söldnern überrascht. Sie werden vor die Stadt verschleppt und dort exekutiert – nur zwei Genossen gelang die Flucht.

– Mitte April nehmen die Mordzüge der FNLA solche Ausmaße an, daß eine Gruppe portugiesischer Militärärzte in der Zeitschrift „Expresse" von „Völkermord" spricht!

– In der Nacht vom 29. auf den 30. April werden die Vorstädte Luandas von der FNLA mit Mörsern und Raketen beschossen. Die FNLA-Stellungen befinden sich auf den Dächern der großbürgerlichen Prunkbauten Luandas. Die Demonstrationen zum 1. Mai müssen hierdurch abgesagt werden; sie hätten die überwältigende Sympahtie der Bevölkerung für die sozialistische MPLA dokumentiert, die schon bei der Ankunft ihres Präsidenten Neto in Luanda erkenntlich wurde, als 500.000 Menschen ihn begeistert empfingen (nach „Revolution", 9.5.75).

Hintergrund und Zielsetzung der Greueltaten der FNLA werden von der MPLA in einem in Lissabon erscheinenden Kommunique politisch erklärt:

„... *Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die reaktionären imperialistischen Kräfte der USA, in Vietnam und Kambodscha schändlich geschlagen, ihre Anstrengungen intensivieren werden, sich Angolas zu bemächtigen und zu diesem Zweck auf die bedingungslose Unterstützung der FNLA und ihrer Stütze in der Regierung von Zaire zählen.*

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß FNLA, bekannt für ihre fehlende ideologische Basis, absolut keinen politischen Einfluß noch irgendwelche Sympathie beim Volk von Angola genießt, und daher ihre Macht auf Gewalt, Terror und Morde stützen muß, wodurch sie ein Klima wirtschaftlichen und politischen Terrors schafft, das den ausländischen Armeen die Tür für ihre beabsichtigte Invasion öffnet.



Das Krankenhaus von Luanda – nach einem FNLA-Überfall!

Portugiesische „Neutralität"

Trotz der faschistischen Machenschaften haben die portugiesischen Militärs in Angola, die an der Übergangsregierung beteiligt sind und 24.000 Soldaten in Angola stationiert haben, ihre passive Haltung beibehalten, die seit dem Abzug des linken portugiesischen Hochkommissars Rosa Coutinho praktiziert wird (vergl. AK 60). Selbst bei der Ermordung von MPLA-Genossen sollen portugiesische Soldaten untätig zugesehen haben, berichtet A. Neto, Präsident der MPLA („Neue Züricher Zeitung", 5.4.75).

Obwohl in Portugal breit über die Greueltaten der FNLA berichtet wird, haben die portugiesischen Militärbehörden dies in Angola verboten. Das MPLA Kommunique weist darauf hin, daß eine solche Haltung gegenüber der Aggression der FNLA objektiv eine Komplizenschaft mit Marionetten des Imperialismus darstellt, und fordert Portugal zu einer Änderung seiner Haltung auf.

UNITA in der Doppelrolle

Die UNITA, liebstes Kind der faschistischen weißen Siedler, hochgelobt von Springers „Welt" und dritte an der bestehenden Übergangsregierung beteiligte Bewegung, hat sich bei den jüngsten Auseinandersetzungen offiziell zurückgehalten; ihr Führer Savimbi hat mindestens einmal wöchentlich zur „Einigung" aufgerufen. Während der portugiesischen Kolonialherrschaft hatte die UNITA ihre gesamten Aktivitäten auf die politische und militärische Bekämpfung der MPLA verwandt (vergl. AK 60).

Jetzt scheint sich ein Spiel mit verteilten Rollen gemeinsam mit der FNLA anzubahnen: während die militärisch wesentlich stärkere FNLA die offenen Bluthunde sind, soll sich die UNITA offenbar durch „Friedensliebe" im Volk und international profilieren, um nach der beabsichtigten Zerschlagung der MPLA ein „respektables Aushängeschild" eines neokolonialistisch deminierten Angola abzugeben.

Diese „Arbeitsteilung" unter den Kompradoren ist allerdings nicht immer einfach und wenn es an Leuten mangelt, müssen UNITA-Faschisten in FNLA-Uniformen steigen oder FNLA-Mörder in UNITA-Uniformen mit portugiesischen Soldaten gemeinsam patroullieren („A Capital" nach „NZZ", 5.4.75). UNITA-Führer Savimbi hat außerdem erklärt, daß er einer imperialistischen Sezession der erdölreichen Provinz Cabinda – heute der ökonomisch wichtigste Teil Angolas – positiv gegenüber steht. War im Vertrag zur Übergangsregierung Cabinda unmißverständlich als „integraler Bestandteil Angolas" bezeichnet worden, so fordert Savimbi jetzt „*eine offene Diskussion über das Cabinda Problem* (?!) *mit dem Volk* (!) *von Cabinda*" (Radio Luanda, 1.5.75).

Das ist nichts anderes als eine Ermunterung an die Adresse der Imperialisten! ●

Portugal/Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Absetzung der portugiesischen Armee-Spitze in Angola gefordert!

Die Kritik der portugiesischen Linken an der „neutralen" Haltung der Armee-Spitze in Angola, die auf eine indirekte Unterstützung der Mördertruppen der FNLA des Herrn Roberto Holden hinausläuft, wird immer massiver. Die nachfolgende Notiz zu diesem Thema entnehmen wir der italienischen kommunistischen Zeitung „il manifesto" vom 14. Mai 1975:

„*Vier Gruppen der revolutionären Linken – MES, FSP, Luar und Kommunistische Liga – haben ein gemeinsames Dokument veröffentlicht, in dem sie fordern, daß die gegenwärtigen kommissarischen Vertreter Portugals in Angola (Almeida Santos und Silva Cardoso) abgelöst werden, daß die portugiesische Regierung jede Beziehung zur „Front" von Roberto Holden und zur „Unita" von Savimbi abbricht, daß sie die MPLA, unter Führung von Agostino Neto, als einzig legitime und wirkliche Vertretung der angolesischen Unabhängigkeit anerkennt. Schließlich fordern sie... eine Säuberung der verbliebenen Kader der Armee und die ‚Beendigung der portugiesischen Passivität' gegenüber dem Konflikt.*" ●



Mobuto, Ziehvater der FNLA-Mörderbanden in Angola, blutiger Schlächter der kongolesischen Revolution und Mörder ihres ersten Präsidenten Lumumba, Marionette des US-Imperialismus und ihr „erster Sachwalter" in dieser Region in einem „angeregten Gespräch" mit seinem westdeutschen Freund, F.J. Strauß

Portugal-Woche in Frankfurt

In Frankfurt fand vom 13.-17. Mai eine Protugal-Woche statt. Organisiert wurde diese Informations- und Solidaritätsaktion von Genossen des Revolutionären Kampf (RK).

Die Portugal-Woche wurde eröffnet mit einer Veranstaltung von rund 7-800 Teilnehmern, auf der neben einer Einleitung durch den RK zwei net mit einer Veranstaltung von rund 7-800 Teilnehmern, auf der neben einer Einleitung durch den RK zwei portugiesische Genossen (von der LUAR und von der LCI) sowie ein italienischer Genosse von Lotta Continua sprachen.

Der Genosse der LUAR hob hervor, daß es wichtig sei, h e u t e eine Solidarität mit der revolutionären Entwicklung in Portugal herzustellen, und nicht erst (wie bei Chile) eine „nachträgliche Solidarität" nach einer möglichen Niederlage. Diese Solidarität habe auch deswegen eine sehr konkrete Bedeutung, weil die europäische und besonders die westdeutsche Sozialdemokratie ein direkter und großer Feind des revolutionären Prozesses in Portugal sei. Im weiteren (wie auch anschließend noch als Antwort auf einige Fragen) legte der Genosse der LUAR dar, daß das Ziel seiner Organisation sei, einen „Sozialismus von der Basis" aufzubauen und „nicht als Hegemonie einer Partei". Es gäbe ohnehin schon „zu viele Parteien" in Portugal und die LUAR sähe daher ihre Aufgabe darin, „Basisorganisationen zu schaffen, die von keiner Partei verwaltet werden".

Der Genosse der LCI (port. Sektion der „IV. Internationale") sprach vor allem davon, daß die Bourgeoisie in Portugal nicht mehr die Macht hat, die Arbeiterklasse die Macht aber andererseits auch noch nicht übernommen habe. Desweiteren legte er dar, daß die LCI keine Sympathie für die Bewegung der Streitkräfte habe.

Der Genosse von Lotta Continua sprach schließlich besonders über die internationale Bedeutung des „portugiesischen Prozesses". Die Entwicklung in Portugal, sagte der Genosse, wird heute in Italien tatsächlich auf Massenebene verfolgt. Der portugiesische Prozeß habe das Kräfteverhältnis im gesamten südeuropäischen Raum verändert, was andererseits auch bedeute, daß der Imperialismus seine Reaktion darauf in einer größeren Dimension vortragen werde. An die Revolutionäre in Westdeutschland gerichtet, rief der Genosse dazu auf, dagegen zu kämpfen, daß die BRD zum befestigten und bewaffneten Hinterland der Reaktion wird.

Für den zweiten Tag der Portugal-Woche (14.5.) war eine Diskussionsveranstaltung von (bzw. zwischen) verschiedenen westdeutschen Organisationen angesetzt. Dazu waren rund 150 Leute gekommen. Auf dieser Veranstaltung wurden mehrere Kurzreferate gehalten: der KB sprach über den Komplex „Portugal, der Imperialismus und die NATO", von der GIM wurde über die Entwicklung in Spanien referiert, ein RK-Genosse sprach lismus und die NATO", von der GIM wurde über die Entwicklung in Spanien referiert, ein RK-Genosse sprach über die Frage eines „dritten Weges" für Portugal und ein Genosse der SAG schließlich über deren Einschätzung des MFA.

Was die Diskussion über diese Referate betrifft, so verlief sie über weite Strecken (wie teilweise auch schon am Vortag) recht akademisch: wo darüber gestritten wurde, aus welchen Schichten sich die portugiesische Arbeiterklasse zusammensetzt, und welche Möglichkeiten für Portugal bestünden, eine Entwicklung „zwischen den Blöcken" durchzumachen (beeinflußt vor allem durch das Referat des RK-Genossen, der eine solche „Perspektive" zu weisen versuchte – aber da scheint es innerhalb des RK wohl auch unterschiedliche Auffassungen zu geben).

Heftigen Widerspruch erntete vor allem der SAG-Genosse (und in seinem Gefolge auch Vertreter anderer trotzkistischer Gruppen und der Jusos), der das MFA schlankweg als „Garant der bürgerlichen Herrschaft" charakterisierte und die Meinung vertrat, daß es „nicht die Aufgabe von Revolutionären sein kann, das MFA zu unterstützen", sondern, daß eine „Spaltung des MFA" auf der Tagesordnung stünde.

Seine von politischem Sachverstand reichlich ungetrübten Thesen versuchte er vor allem mit Zitaten und Beispielen aus der Zeit v o r den letzten Putschversuchen im September 74 und vom 11. März dieses Jahres zu untermauern – unter Mißachtung der (sicher: nicht einheitlichen) Radikalisierung, die im Ergebnis dieser Putschversuche stattgefunden hat.

Zur allgemeinen Aufheiterung sorgte schließlich noch der KBW/KSB, der den Versammelten u.a. die großartige Neuigkeit verkündete, daß es in Portugal noch eine Bourgeoisie gibt, und der bei dieser Gelegenheit auch wieder seine (schon fast eingemottet geglaubten) Schnacks von der „Wahl der Offiziere durch das Volk" usw. aufzufrischen versuchte.

Im weiteren wird noch ein Filmabend, eine Veranstaltung speziell für die portugiesischen Arbeiter in Frankfurt und ein Solidaritätsfest unter freiem Himmel stattfinden. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Mieter-Räte in Portugal

Wenn die Regierung und die amt-

Mieter-Räte in Portugal

Parallel zu den Rätebildungen in den Industriebetrieben (Arbeiterkommissionen) und Kasernen (Soldaten-Räte), haben sich seit einigen Monaten auch im Wohnungsbereich massenhaft Räte, sog. „Bewohner-Kommissionen" („Comissoes de Moradores") entwickelt. Gemeinsam haben alle Bewohner-Kommissionen Lissabons sich in der „Intercomissoes de Moradores" zusammengeschlossen, um zukünftig einheitlich und gemeinsam dem Staat gegenüberzutreten. Diese zentrale Kommission hat im Februar ihr – mit allen Bewohner-Kommissionen abgestimmtes Forderungs-Programm an den Staat und die Baubehörden veröffentlicht, das ein sehr hohes politisches Niveau der Lissaboner Bewohner widerspiegelt. Die Zeitung „Esquerda Socialista", Organ der revolutionären Organisation M.E.S., hat dieses Programm inzwischen veröffentlicht (Nr. 17 vom 18. Februar 1975), und wir haben es hier übersetzt:

„*1. Wir fordern, daß die neuen Wohnviertel in denselben Bezirken gebaut werden, in denen wir zur Zeit leben.*

2. Wir fordern die ***Enteignung freier und bebauter Grundstücke*** *im Gebiet der derzeitigen Elendsviertel (bairros de lata), damit die Bewohner umquartiert werden können und für jedes Viertel eine Erklärung darüber, welche Grundstücke enteignet werden sollen und binnen welcher Frist sie enteignet werden sollen.*

3. Wir fordern eine Erklärung über das ***Datum des Baubeginns*** *der neuen Wohnviertel und über das Verfahren, nach dem sie erstellt werden sollen.*

4. Wir fordern, daß die Bewohner der Viertel, die sich in Genossenschaften organisieren, zinslose Darlehen oder Darlehen zu einem Höchstzinssatz von 2 % und mit einer Laufzeit von mindestens 25 Jahren neben den zu gewährenden Zuschüssen zur Verfügung gestellt werden.

5. Wir fordern, daß die Bewohner beim Bau der neuen Wohnviertel über den zu bauenden Haustyp entscheiden können.

6. Für den Fall, daß sich die Viertel für Hausbauten nach Art des sozialen Wohnungsbaus entscheiden, fordern wir, ***daß die zu zahlende Miete höchstens 10 % des Einkommens des Familienoberhaupts ausmacht*** *und daß Familien, die unter besonders schlechten Bedingungen leben, überhaupt keine Miete zahlen müssen.*

7. Wir fordern Auskunft darüber, welche Mittel die Stadtverwaltung und andere Organe den Elendsvierteln zugeteilt haben oder zuteilen werden und wofür sie verwendet werden sollen, damit die Bewohner die Verwendung kontrollieren können.

8. Wir fordern, daß die ***Sanierungsprobleme*** *und alle dringenden Fälle, die von den verschiedenen Kommissionen, vor allem den B.A.L.1) der E.P.U.L.2) vorgelegt werden, sofort gelöst werden.*

9. Wir fordern, daß die Forderungskataloge und Vorschläge, die einige Viertel, mit denen wir solidarisch sind, schon vorgelegt haben, ***beantwortet werden und entsprechend darauf eingegangen wird.***

10. Wir fordern, ***daß bis zur Fertigstellung der neuen Wohnviertel der Staat durch eine angemessene Gesetzgebung die Belegung leerstehender Häuser mit wohnungslosen oder in schlechten Wohnungen lebenden Familien gewährleistet.***

11. Wir fordern, daß bei Zusammenkünften der Stadtverwaltung mit der E.P.U.L. und anderen Organen, bei denen Probleme dieser Viertel behandelt werden, die Anwesenheit von Vertretern der Stadtteilkommissionen zugelassen wird.

12. Wir fordern, ***daß die Kontrolle über die Vergabe der vom F.F.H.3), vom G.T.H.4), von der E.P.U.L., von Stiftungen oder anderen Organen gebauten Wohnungen von den Vertretern der Bewohner ausgeübt wird.*** *...*

Wenn die Regierung und die amtlichen Stellen das Wohnungsproblem tatsächlich lösen wollen und sich an die Seite der Bewohner stellen wollen, die zu den am meisten ausgebeuteten Arbeitern zählen, dann wird sie genau erfahren, in welcher Form die neuen Wohnviertel am besten zu errichten sind.

So könnten einige Maßnahmen getroffen werden, wie zum Beispiel:

- *die Mobilisierung der großen Unternehmen des Baugewerbes;*
- *die Schaffung von Arbeitsbrigaden aus oftmals arbeitslosen Bewohnern (von denen ein großer Teil im Baugewerbe gearbeitet hat);*
- ***entschädigungslose Enteignung*** *der für den Bau neuer Wohnviertel erforderlichen Grundstücke;*
- *Bereitstellung von Mitteln durch ein* ***konsequent antikapitalistisches Vorgehen.***

1) B.A.L. = Brigadas de Actuação, Local (etwa: Brigaden für lokale Aktion)

2) E.P.U.L. = Empresa Pública de Urbanização de Lisbaoa (etwa: öffentliches Städtebau- Unternehmen von Lissabon)

3) F.F.H. = Fundo de Fomento da Habitação (etwa: Mieter-Unterstützungs-Fond)

4) G.T.H. = Gabinete Técnico da Habitação (etwa: technischer Ausschuß der Mieter) ●

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 14.5oo Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

Spanien:

Der Widerstand der Arbeiter gegen reformistische Lösungen der Krise wächst

In den ersten Monaten dieses Jahres haben sich mehrere Provinzleitungen der illegalen spanischen Gewerkschaften Comisiones Obreras, gegen reformistische Auswege aus dem Franco-Faschismus ausgesprochen. Sie lehnen die Linie der Klassenversöhnung ab, die von der Ende Juli 74 gegründeten „Demokratischen Junta Spaniens" vertreten wird. Die „Demokratische Junta" ist ein Zusammenschluß der revisionistischen Kommunistischen Partei Spaniens (unter Santiago Carrillo) mit anderen Organisationen und Personen der Opposition Spaniens bis hin zu Bankdirektoren und Großgrundbesitzern. Sie vertritt offen ein Programm des Paktes mit der Bourgeoisie und Verhinderung einer revolutionären Entwicklung (z.B. Nicht-Antasten der repressiven Organe...) bei einem Übergang zu bürgerlich-parlamentarischen Regierungsformen.

Die „Demokratische Junta" wurde ohne vorherige Diskussion in den „Demokratischen Versammlungen" (Zusammenschluß aller aktiven Antifaschisten auf Provinzebene) noch in den Arbeiterkommissionen, diesen vor die Nase gesetzt. Dank des relativ starken Einflusses der PC Carillos in diesen Arbeiterorganen veranlaßte sie diese zum Teil recht erpresserisch zur „Anerkennung" der „Demokratischen Junta" als einziger Alternative. Unmittelbar sprach sich nur die Provinzleitung der Arbeiterkommissionen von Navarra gegen die „Demokratische Junta" aus. Inzwischen stellen sich alle Leitungen des Baskenlandes und von Madrid-Süd (=Industriegürtel) gegen die „Demokratische Junta".

Damit haben sich die Arbeiterkommissionen der kampfstärksten Zonen Spaniens gegen eine reformistische und für eine revolutionäre Lösung der spanischen Krise ausgesprochen. Noch läuft der allgemeine Diskussionsprozeß innerhalb der spanischen Arbeiterklasse und es bleibt abzuwarten, ob in nächster Zeit weitere Arbeiterkommissionen dem Beispiel ihrer revolutionären Vorhut folgen.

Im folgenden drucken wir den – leicht gekürzten – Aufruf der Leitungen der Arbeiterkommissionen von Euskadi (Baskenland) vom April 75 ab:

An alle Comisiones, an alle Kämpfer der Comisiones Obreras von Euskadi

An alle Comisiones, an alle Kämpfer der Comisiones Obreras von Euskadi

Eines der hauptsächlichen Merkmale der derzeitigen Situation ist der hohe Entwicklungsstand der Kämpfe, bei denen die Arbeiterklasse an erster Stelle steht, aber auch andere Schichten und Teile des Volkes. Trotzdem ist ein wichtiger Mangel dieser Kämpfe ihr zersplitterter Charakter. Ihnen fehlt fast völlig Einheit und Koordinierung, was die Kämpfe notwendigerweise unendlich weniger wirksam macht und die Möglichkeit größerer Siege zunichte macht.

Um in der bestorganisierten und in möglichst einheitlicher Weise in diese Kämpfe zu treten, sind wir verpflichtet, die COMISIONES OBRERAS in großem Maßstab zu stärken und auszudehnen. Wir müssen unermüdlich arbeiten, damit diese eine bessere, stärkere, breitere, einheitlichere, stabilere und repräsentativere Organisationsstruktur erhalten.

Wir möchten mit diesem Kommunique die Hauptstoßrichtung dieser Organisationsstruktur angeben, denn es besteht die gebieterische Notwendigkeit und auch die Möglichkeit, die Kämpfe und auch die Organisierung im Rahmen von Euskadi zu vereinheitlichen und zu koordinieren. Wir haben es auch als notwendig erkannt, die Grenzen der einzelnen Fabrik zu überschreiten, um alle Kräfte eines Ortes oder einer Provinz zusammenzufassen. Es wird jedesmal dringender, die Kräfte jedes Volkes und sogar aller Völker Spaniens und jedes einzelnen von ihnen in einer einheitlichen und stabilen Koordinationsstelle zusammenzufassen. In Euskadi brennt uns das besonders auf den Nägeln. Wir brauchen da nur an den eindrucksvollen Kampf vom 11. Dezember zu denken, an die Generalstreiks von Tolosa und Navarra, die kurz aufeinanderfolgten.

Die unterzeichnenden Comisiones Obreras haben im Verlauf von vier vorhergehenden Treffen, zu denen alle Comisiones Obreras von Euskadi eingeladen waren, die Notwendigkeit einer Koordinationsstelle für Euskadi erkannt, die:

1. dazu beiträgt, den Kampf den die Arbeiterklasse in allen Winkeln von Euskadi für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen führt, in der bestmöglichen Weise zu koordinieren und zu vereinheitlichen. Wenn wir, die Comisiones Obreras von Euskadi, hierzu beitragen, dann werden wir auch dazu beitragen, daß die Erfolge, die die Arbeiterklasse erreicht, auf jedem Kampfgebiet wesentlich größer werden.

Das ist zwar immer richtig, erhält im Augenblick jedoch besondere Bedeutung: Die gegenwärtige ökonomische Krise wird tausend und abertausend Arbeiter in den Kampf werfen, die die Reihen der tausend und abertausend vergrößern werden, die schon seit Jahren kämpfen.

Die Comisiones Obreras von Euskadi müssen unermüdlich arbeiten, um die Einheit und Koordinierung dieser Kämpfe zu erreichen, die sich jetzt enorm ausbreiten. Wir müssen unermüdlich arbeiten, um Einheit zu schaffen, wo es möglich ist, um den Zeitpunkt und die Formen des Kampfes zu vereinheitlichen, und wo immer möglich, auch die Ziele, für die gekämpft wird.

Wenn wir das in der richtigen Weise machen, dann helfen wir der Arbeiterklasse, bei den heutigen Kämpfen immer bessere Erfolge zu erzielen und sich vorzubereiten, sie auch morgen zu erreichen.

2. (...)

3. daß die Aktionslinie und die politische Richtung, die man einschlägt, wirklich den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen. (...)

Es ist bekannt, daß die Comisiones Obreras, die wir diesen Aufruf machen, schon einen Beweis in einem wichtigen Punkt geliefert haben: Wir erkennen nicht die Junta Democratica als die Spitze der gesamten antifaschistischen Bewegung an; das hindert uns allerdings nicht, diesen Aufruf an die Comisiones Obreras zu richten, die nicht so denken wie wir; wir glauben daß wenn wir uns heute vereinen, um den heutigen Kampf schlagkräftiger zu machen, dies nicht verhindern, sondern dazu beitragen wird, daß, wie wir am Anfang dieses Punktes gesagt haben „die politische Richtung, die man einschlägt, wirklich den Interessen der Arbeiterklasse entspricht".

4. daß beim festen Vereinigen der Arbeiterklasse von Euskadi, diese mit ihrer Kampf- und Organisationserfahrung zum Kampf und zur Organisierung aller Völker Spaniens beitragen kann. Sie soll dazu beitragen,

4. daß beim festen Vereinigen der Arbeiterklasse von Euskadi, diese mit ihrer Kampf- und Organisationserfahrung zum Kampf und zur Organisierung aller Völker Spaniens beitragen kann. Sie soll dazu beitragen,

daß die Zentrale Koordinationsstelle stärker, repräsentativer und einiger werde. Sie (die Koordinationsstelle von Euskadi – AK) *soll dazu beitragen, daß die politische Richtung auch der Zentralen Koordinationsstelle mit den Interessen des Proletariats übereinstimmt.*

In diesem Sinne rufen wir, die unterzeichnenden COMISIONES OBRERAS, deren Repräsentativität in zahlreichen Kämpfen, die wir geleitet, organisiert und angeführt haben, bewiesen wurde, und die das Volk von Euskadi als solche anerkennt – denken wir auch an den wunderbaren Generalstreik vom 11. Dezember, der von uns ausgerufen, vorangetrieben und organisiert wurde – wir rufen also alle Comisiones Obreras von Euskadi auf, ihre Kräfte zu vereinen in einer einzigen Front für die Aktion der Arbeiterklasse. Wir rufen alle auf, an der baldigen Konstituierung der Koordinationsstelle der Comisiones Obreras von Euskadi teilzunehmen. Unsere Tür steht offen und sie wird es ständig sein, mit den besten Wünschen für eine größere Einheit, Demokratie und Repräsentativität, die wir nicht mit dahergesagten Worten erreichen, sondern nur mit unseren Handlungen, die wir täglich unter Beweis stellen müssen.

Für die baldige Konstituierung der Koordinationsstelle der Comisiones Obreras von Euskadi!!

- ***Comisiones Obreras von Navarra***
- ***Provinz-Koordinationsstelle der Comisiones Obreras von Guipúzcoa***
- ***Comisiones Obreras vom rechten Ufer (Vizcaya)***
- ***Es nahmen teil Mitglieder der Comisiones von Basauri und Durangüesado***

April 1975

In einem Aufruf vom Februar 75 setzt sich die Koordinationsstelle der Arbeiterkommissionen von Villaverde (Industriezone in Madrid-Süd) noch entschiedener von der „Demokratischen Junta" ab und setzt sich auch mit einzelnen Porgrammpunkten auseinander. Das „Abfallen" dieser – übrigens sehr wichtigen Zentren der spanischen Arbeiterbewegung – vom Programm des Reformismus ist auf den gewachsenen Einfluß marxistisch-leninistischer Organisationen, insbesondere der O.R.T. (Organización Revolucionaria de Trabajadores) zurückzuführen, die in den Arbeiterkommissionen sich um eine intensive politische Diskussion der Perspektive des antifaschistischen Kampfes bemüht haben.

Hier der – ungekürzte – Aufruf der Koordinationsstelle von Villaverde:

Arbeiter von Villaverde:

Wir durchleben Zeiten, in denen das Volk seine Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft von einem Ende Spaniens bis zum anderen zeigt. Die Kämpfe nehmen jeden Tag zu, und es ist nicht nur die Arbeiterklasse, die gegen die Diktatur der großen nationalen und ausländischen Kapitalisten kämpft; heute verteidigen und kämpfen auch schon andere Schichten des Volkes für ihre gerechten Forderungen, allgemeine und besondere, und sie solidarisieren sich mit den Kämpfen, die die Arbeiterklasse jeden Tag führt. Sie bieten damit einem faschistischen Regime die Stirn, das seit mehr als 35 Jahren die verschiedensten Klassen und sozialen Schichten seinem Monstrum von Repressionsapparat unterwirft.

Die Arbeiter und das ganze Volk sind dabei, die Angst vor dem Faschismus zu verlieren (Hunderttausende haben sie schon verloren) und und wir setzen unseren Kampf gegen unsere Feinde und für unsere ökonomischen, politischen und sozialen Interessen fort.



Illegal streikende Arbeiter in Spanien

Dieser reißende Strom von Kämpfen erhält einen neuen Inhalt, eine neue Bedeutung, indem sich zu den ökonomischen Forderungen die politischen und sozialen Forderungen der Völker Spaniens gesellen – die einzige Form, die Eroberung unserer Interessen zu gewährleisten. Die Solidarität ist hier und dort vorhanden und löst einen großen Teil der bedeutendsten Kämpfe aus; die Forderungen nach demokratischen Freiheiten, nach Streikrecht, nach Amnestie der politischen Gefangenen und unter dem Faschismus Exilierten, nach Selbstbestimmung der Völker Spaniens, nach Auflösung der faschistischen Repressionsapparate, gegen die Anwesenheit ausländischer Interessen in unserem Land ... zusammen mit Forderungen nach besseren Lebensbedingungen (Erziehung, Gesundheit, Wohnen... im Dienste des Volkes) und der Arbeit (Erhöhung der Löhne, gegen das unaufhörliche Steigen der Lebenshaltungskosten, gegen die Arbeitslosigkeit und die Arbeits„morde", gegen Entlassungen und für Versammlungs- und Streikrecht...) – all diese Forderungen spielen eine Rolle beim immer breiteren Kampf der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes.

Andererseits entwickeln sich die Kämpfe mit einer neuen Perspektive: mit der Perspektive ihrer Koordinierung, der geschlossenen Antwort der Arbeiter- und Volksmassen. Die Generalstreiks von Granada, Ferrol, Vigo, Bajo Llobregat... und schließlich der Generalstreik des Baskenlandes am 11. Dezember, der von den Comisiones Obreras ausgerufen wurde, sind repräsentative Beispiele für das Anwachsen der Offensive des Volkes und dafür, wie das Volk seine Einheit – Einheit im Kampf – schmiedet, gegen die, die es ausbeuten und unterdrücken. So macht das Volk und die Arbeiterklasse von Kampf zu Kampf, von Tag zu Tag die Erfahrung, daß eine Einheit notwendig ist, die es uns erlaubt, uns wirksam den großen nationalen und ausländischen Kapitalisten entgegenzustellen sowie ihrem faschistischen Staat, den wirklich Schuldigen der großen Ausbeutung und Unterdrückung.

Wir Arbeiter von Villaverde haben zu dieser Einheit des ganzen Volkes Wesentliches beigetragen. Im September (1974 – AK) *haben wir mit dem mutigen Streik bei Robert Bosch Standhaftigkeit und kämpferische Haltung unserer Klasse bewiesen und wir riefen zusammen mit unseren Forderungen die Solidarität der Madrider Arbeiterklasse und anderer Teile des Volkes hervor, die von den Stadtteil-Komitees angeführt wurden. Jener Kampf bedeutete für die Arbeiterklasse von Villaverde und die Madrider Arbeiterbewegung den Beweis, daß es möglich ist, unseren Feinden Siege abzuringen, wenn wir unsere Forderungen fest, entschlossen und unzweideutig vertreten.*

Vorherging der bedeutende Kampf der Arbeiter von Standard. Danach kamen die Kämpfe der Arbeiter anderer Fabriken in diesem Gebiet (Barreiros, Marconi, Odag...) der Kampf der Einwohner wegen des Butarque-Bachs und wegen des erhöhten Bahnübergangs von San Cristóbal... Heute haben die Arbeiter von CITESA-ITT mit der Wiedereinstellung aller Entlassenen einen Sieg errungen, nachdem sie an ihren Forderungen festgehalten hatten und auf die Repression der Yanki-Geschäftsleitung mit 47 Tagen Streik und der Errichtung einer Solidaritätsfront des Volkes von Villaverde antworteten. Außerdem sind die Arbeiter von La Paz-Sur, Tafesa, Ruedarsa, Kynos... ebenfalls im Streik für ihre Forderungen.

Währenddessen setzen die großen Industriellen, die Bankiers und Großgrundbesitzer und ihr faschistisches Regime die Politik der Ausbeutung und Unterdrückung fort, sie versuchen, uns ihrer Niedriglohn-Politik, der schwindelerregenden Preissteigerungspolitik zu unterwerfen. Sie versuchen, die Krise, in die sie ihre eigenen Interessen und die ihrer imperialistischen Verbündeten gebracht haben, auf das Volk abzuwälzen; durch Ruinierung der Landwirtschaft, Steigerung der Produktionsgeschwindigkeit, Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, durch volksfeindlichen Unterricht, durch niedrige und miserable Renten... durch ihre Politik des Betrugs und der Skandale (Matesa, Reace-Redondela, Viñda und Nueva Experanza, Sofico...), durch ihre Politik der massiven Repression durch Werksleitungen und Polizei, ihre farcenhaften Prozesse gegen das Volk. Sie verbieten uns alle Freiheiten.

Und um mit dieser Politik der Ausbeutung und zügellosen Unterdrükkung gegen das Volk fortzufahren, bemühen sie sich, die Volksoffensive zu beantworten, indem sie uns ein paar lächerliche Assoziationen für ihren Eigenbedarf vorzeigen, die verlogene Lieder auf die Freiheit und Demokratisierung singen, im Glauben, daß sie uns betrügen könnten.

Diese Ausbeuter bieten uns ihre Krise an, ihre Selbstauflösung, ihre Verwirrung, während gleichzeitig das Volk, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, wichtigere Kämpfe vorbereitet. Sie wollen, daß wir auf den Kampf verzichten, daß wir schwanken, versöhnlerisch werden, und ihnen eine Atempause geben, damit sie ihre Manöver weitertreiben können.

Die Erfahrung, die uns diese Jahre der Kämpfe gebracht haben, ist groß: Wir Arbeiter wissen, daß wir Einheit und Organisation für unsere Kämpfe brauchen: dafür haben wir unsere Comisiones Obreras.

Wir wissen auch, ebenso wie andere Teile des Volkes den Kampf aufgenommen haben, im Anschluß an unsere Kampfbereitschaft, müssen wir die Einheit des Volkes schmieden, um so einen breiteren, intensiveren und konsequenteren Kampf mit dem ganzen Volk für unsere ökonomischen, politischen und sozialen Interessen gegen unsere Feinde zu führen. Wir, die Arbeiterklasse und die Comisiones Obreras haben eine große Verantwortung bei der Eroberung der Einheit des Volkes gegen seine Feinde und dafür, daß andere Teile des Volkes ihre eigenen Organisationen aufbauen, wie sie die Stadtteil-Komitees sind.

Wir wissen, daß wir beim Paktieren, Aussöhnen und Vertragen mit unseren Feinden einen falschen Weg gehen. Wir wollen endlich Schluß machen mit dem großen Leiden, das uns Tag für Tag die Großkapitalisten und ihr diktatorisches Regime aufbürden.

Aus diesem Grund teilen wir nicht die Ansicht der Mehrheit der Nationalen Koordinationsstelle der Comisiones Obreras. Die dort anwesende Mehrheit hat auf ihrer letzten Sitzung beschlossen, die sogenannte Demokratische Junta von Spanien zu unterstützen, ohne daß ein wichtiger Teil der bestehenden Comisiones Obreras anwesend war (z. B. von Guipúzcoa und Vizcaya, die den siegreichen Generalstreik vom 11. Dezember ausriefen) und ohne dies vorher in den entsprechenden Koordinationsstellen diskutiert zu haben – in vielen Fällen – und schon gar nicht in den Comisiones Obreras der einzelnen Fabriken.

Und wir teilen diese Ansicht nicht, weil wir der Meinung sind, daß die demokratische Junta nicht den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes

nen Fabriken.

Und wir teilen diese Ansicht nicht, weil wir der Meinung sind, daß die demokratische Junta nicht den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes

entspricht, weil diese Junta für einen Pakt mit den erbittertsten Feinden des Volkes arbeitet: den großen Kapitalisten. Sie verteidigt nicht das Volk und seine Interessen, das kann keine Politik der Versöhnung mit den großen Ausbeutern.

Deshalb verwundert es uns nicht, daß die Demokratische Junta in ihrem Programm keine Garantie für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Volkes gibt. Das ist ein logisches Ergebnis ihres Versprechens, die ökonomische Macht der großen Kapitalisten nicht anzutasten.

Deshalb erstaunt es uns nicht, daß dort die Amnestie für die Mörder des Volkes garantiert wird, für deren Repressionsinstrumente, die heute das Volk überall quälen und schlagen; sie spricht in ihrem Programm vom „gegenseitigen Pardon" und vom Vergessen der Verbrechen der Faschisten. Sie verspricht ihnen eine „loyale und zivilisierte" Opposition.

Deshalb erstaunt es uns nicht, daß sie die Armee – das Rückgrat des Repressionsapparates – dazu aufruft, eine „neutrale, berufsmäßige" Rolle zu spielen und daß sie die Anwesenheit der Yanki-Imperialisten auf unserem Boden nicht angreift und im besonderen die Unterordnungsverträge, die die Aufrechterhaltung der Yanki-Basen in unserem Land garantieren. Deshalb sind wir nicht erstaunt, daß sie den Völkern der unterdrückten Nationalitäten kein Recht auf Selbstbestimmung zugesteht und sie weiterhin einem aufgezwungenen Zentralismus unterwerfen will.

Die Koordinationsstelle der Comisiones Obreras ist dafür, den Weg des Kampfes und der Einheit des ganzen Volkes weiterzugehen und nicht den der Versöhnung mit unseren Feinden, die die Demokratische Junta beschützt. Diejenigen, die diesen Weg der Versöhnung verteidigen, greifen die Einheit des Volkes an. Wir, die Koordinationsstelle der Comisiones Obreras von Villaverde rufen alle Arbeiter auf, das ganze Volk von Villa-

Fortsetzung von Seite 14

verde, seine Einheit gezielt voranzutreiben und sich dem Kampf für seine ökonomischen, politischen und sozialen Interessen ohne zu zögern zu widmen.

In diesen Tagen haben Tausende von Männern und Frauen des Volkes von Navarra im Streik und auf der Straße (durch Demonstrationen und Bau von Barrikaden) gekämpft aus Solidarität mit den eingeschlossenen Minenarbietern von „Potasas" und für deren ökonomische, politische und soziale Forderungen; in Guipúzcoa, Tolosa hält seit Tagen praktisch eine Situation des Generalstreiks an und in vielen Fabriken dieser Provinz wird weitergestreikt; in Vizcaya gibt es neben dem mutigen Streik der Hochofenarbeiter zahlreiche Betriebe im Streik; in Barcelona sind die Arbeiter von SEAT ein Beispiel, wie die Werksleitung und ihr Regime die Arbeiterklasse ausbeuten und unterdrücken und wie diese den Kampf entschlossen fortsetzen müssen; in Zaragoza sind die Metallarbeiter alle gemeinsam im Streik; in Tarragona, in Asturien und Galizien ... Zur gleichen Zeit stehen Studenten, Künstler, Lehrer, Ärzte ... im Kampf.

In Villaverde hat die Werksleitung von CITESA (die unheilvolle ITT) ein halbes Tausend Kollegen entlassen, die Polizei vertreibt und verhaftet. Früher, in Madrid der Streik der Taxi-Fahrer, der Bankangestellten, der Bauarbeiter, von Comylsa, Ibelsa, Casa, Hauser und viele andere bestätigen uns täglich neu die Notwendigkeit zu kämpfen, um unsere Interessen durchzusetzen.

Die Koordinationsstelle der Comisiones Obreras von Villaverde ruft alle Arbeiter von Villaverde auf, in ihrem verschärften Kampf fortzufahren, bei der Entwicklung der Solidarität und der Stärkung unserer Comisiones Obreras in bezug auf unsere Forderungs-Plattform:

- *5.000 Peseten Lohnerhöhung*
- *Renten- und Krankenversicherung auf Kosten des Unternehmens*
- *40 Stunden Woche*
- *100 % im Krankheitsfall*
- *Keine Probezeiten. Feste Einstellungen nach 15 Tagen*
- *Keine Entlassungen, Aussperrungen und Verhaftungen, Krisenfolgen und Fabrikschließungen usw.*
- *30 Tage Urlaub bei vollem Lohn*
- *Versammlungs- und Streikrecht*
- *Für die demokratischen Freiheiten der Gründung von Vereinen, der Rede und der Versammlung*
- *Für Amnestie aller politischen Gefangenen und Exilierten*
- *Gegen die Monarchie, die gegen den Wunsch des Volkes durchgesetzt werden soll.*

Die Koordinationsstelle von Villaverde ruft das ganze Volk von Villaverde auf, ihre Kämpfe zu verbinden und zu vereinen, sich zu organisieren und dazu zu kommen, eine allgemeine Plattform des Volkes von Villaverde zu entwickeln und so die Einheit des ganzen Volkes zu forcieren, die wir für den Sieg brauchen. ●

2. Februar 1975, Koordinationsstelle der Comisiones Obreras von Villaverde

Kurze Meldungen aus Spanien:

6. Mai:
Die Ausgabe von „Cambio 16", der größten politischen Wochenzeitung Spaniens (Aufl.: 220.000) wurde (zum 2. Mal in 2 Monaten) in der Druckerei beschlagnahmt, weil sie einen Artikel mit genauem Zahlenmaterial über die Verfolgung spanischer Antifaschisten und Revolutionäre durch die Regierung enthielt. Die liberale „Frankfurter Rundschau" vom 16.5. zitiert einige Passagen aus der beschlagnahmten Ausgabe: „ ... ein knapper Überblick ergibt, daß in den letzten drei Monaten mehr als 700 Personen verhaftet wurden, daß im Baskenland der Ausnahmezustand herrscht, daß die Bußen wegen politischer Motive schon alltäglich geworden sind und daß keine Woche vergeht, in der nicht Ansprachen oder Publikationen verboten werden". Im folgenden gibt die „FR" die Aufstellung von „Cambio 16" über Verhaftungen wieder:

„ 1.	Studenten und Professoren	276
2.	ETA und mit der ETA in Verbindung gebrachte Personen	145
3.	Verschiedene	77
4.	Demonstranten	50
5.	Sozialistische Partei (PSOE)	63
6.	Arbeiter	32
7.	kommunistische Aktivisten	21
8.	Antifaschistische Revolutionsfront (FRAP)	15
9.	Junta Democrática	13
10.	Internationale Kommunistische Partei (PCI)	12".

Ebenfalls beschlagnahmt wurde die Nummer des Wochenmagazins „Posible", andere Wochenzeitungen (Guadiana, Destino) mußten mehrere Seiten aus ihren Ausgaben entfernen („FAZ", 9.5.75).

– 11. Mai:
Urteil im MATESA-Skandal, dem größten politisch-finanziellen Skandal des faschistischen Spanien, über den mehrere Minister des damals in der Regierung befindlichen Opus-Dei Laienordens stürzten. Die Textilfabrik MATESA hatte Milliarden Exportkredite und -prämien vom Staat (d.h. vom spanischen Volk) kassiert, für Webstühle, die allerdings niemals exportiert wurden, sondern auf Lager blieben. Das Urteil lautete auf 223 Jahre gegen den Hauptangeklagten und Inhaber Vilá Reyes (Präsident und Fußballclubs E spañol Barcelona). Die Staatsanwaltschaft hatte über 1000 Jahre beantragt. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt dazu: „ ... *Juan Vilá Reyes,* (gerade zu 223 Jahren verurteilt – AK) *ist wahrscheinlich schon im Herbst ein freier Mann. Gute Juristen, höchste Interessen, die Tatsache, daß zu dem hohen Strafmaß Wiederholungsdelikte beigetragen haben und wohl auch die Ansicht, daß der Matesa-Chef nur etwas dreister das tat, was bei vielen spanischen Geschäftsleuten Brauch war (? !) und fast immer unbestraft blieb – das alles zusammen hat den Webstuhlproduzenten Vilá Reyes zu einem recht glimpflichen Urteil verholfen".* („FAZ", 12.5.75).

– 16. Mai:
In Madrid sind 26 Rechtsanwälte während einer Zusammenkunft von der Polizei verhaftet worden. Sie sind fast alle als Verteidiger von Arbeitern in politischen Prozessen aufgetreten. Bei ihnen soll ein Manifest der „Demokratischen Junta" gefunden worden sein. 150 Madrider Anwälte solidarisierten sich mit ihren verhafteten Kollegen und schlossen sich in einer Schule ein. Dort wurden sie von der Polizei vertrieben, schlossen sich jedoch kurz nach ihrer Freilassung wieder ein (Hessischer Rundfunk, 3. Progr., Spanische Nachrichten). ●

Spanien:

Kriegsrecht in Euzkadi

Seit dem 26. April hat die spanische Zentralregieung in den beiden baskischen Provinzen Guipuzcoa und Vizcaya für drei Monate den Ausnahmezustand verhängt. Die ohnehin kaum existierenden Einschränkungen der polizeilichen Gewalt in Spanien sind nun völlig aufgehoben. Tausende politischer Polizisten und der schießwütigen Guardia Civil durchkämmen in großen Razzien Hunderte Häuser, sie haben bereits weit über tausend „verdächtige" Personen verhaftet und „verhört" und über hundert inhaftiert. Inhaftiert wird jeder, der im Verdacht steht, zur ETA oder zu anderen kommunistischen Organisatonen zu gehören. So war denn auch die „Begründung" für die Verhängung des Ausnahmezustands der wachsende „Terror" der ETA. Es heißt, daß die politische Polizei die Regierung dazu gedrängt habe. Die ETA hatte bis „Terror" der ETA. Es heißt, daß die politische Polizei die Regierung dazu gedrängt habe. Die ETA hatte bis zum 26. April zwei höhere Offiziere dieser berüchtigten Foltertruppe hingerichtet und im weiteren *„allen Mitgliedern der politischen Polizei und der Guardia Civil, die ETA – Angehörige festnehmen, verhört, bei Schußwechsel erschossen oder verletzt haben, den Tod angekündigt."* (FAZ 9.5.75). Diese Ankündigung machte die ETA am 6/7. Mai wahr, indem sie innerhalb von 24 Stunden allein zwei weitere Bullen erschoß, die beide „Experten" in der Verfolgung von ETA – Angehörigen waren.

Doch der entfesselten Staatswillkür sind inzwischen leider auch einige ETA – Genossen zum Opfer gefallen. Bei einem Schußwechsel am 25.4. in San Sebastián wurde ein – wie es heißt – führendes ETA – Mitglied getötet und ein lange gesuchter ETA – Genosse Medizábal, schwer verletzt verhaftet. Außerdem sucht die Polizei namentlich den Genossen Mujica Arregui, genannt „Marx", der ebenfalls als einer der wichtigsten ETA – Führer angeklagt ist, an der Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Carrero Blanco beteiligt gewesen zu sein. Namentlich wird weiterhin der ETA – Genosse Perez Beoteguí, genannt „Wilson" (er studierte in England) gesucht. Am 14. Mai erschoß die Guardia Civil bei der Durchsuchung eines Landhauses drei junge Basken, in der Nähe von Guernica. Sie sollen ebenfalls zur ETA gehört haben. Allerdings erwischten diese auch einen von der Guardia Civil, der *„mit polizeilicher und politischer Information innerhalb der Guardia Civil"* beschäftigt war (FAZ 15.5.75). Die französiche Grenze wird schärfer denn je bewacht, um Fluchtmöglichkeiten für baskische Kämpfer einzuschränken. Der Staatssekretär im spanischen Innenministerium hat die französische Regierung beschuldigt, *„wiederholt die internationalen Normen einer guten(!) Nachbarschaft gebrochen zu haben",* weil Frankreich „erlaube", daß ETA – Genossen von Frankreich aus, „Verbrechen" in Spanien vorbereiten (FAZ 14.5.75). Demonstrativ zerschlugen rechtsradikale Banden die Schaufenster einer französischen Fluggesellschaft in Madrid und demonstrierten in Bilbao gegen die französische Botschaft.

Es wurde von der Madrider Regierung praktisch eine Nachrichtensperre über die Vorgänge im Baskenland verhängt. Die spanische Presse bekommt genaue Anweisungen, was sie berichten darf und was nicht. Die Fälle von Beschlagnahmungen und Strafverfahren gegen Zeitungen häufen sich wieder. Trotz dieser stark gefilterten offiziellen „Information" wurden einzelne Fälle des grausamen Terrors bekannt, denen in diesen Wochen das baskische Volk ausgesetzt ist. So der FAll des Augustinermönchs Ercequia, der nach vier Tagen „Verhör" (d.h. schlimmster Folterungen und Mißhandlungen) im Polizeikommissariat von Bilbao mit schweren inneren Blutungen in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Niere wurde ihm total kaputtgeschlagen, er liegt auf Leben und Tod. Sein „Verbrechen": Er hatte Unterricht in baskischer Sprache erteilt – was verboten ist! – und sich für mehr Autonomie von Euzkadi (Baskenland) eingesetzt.

Bis an die Zähne bewaffnete faschistische Schlägerbanden, die sog. „Christkönigskrieger" (der Abschaum des spanisch – katholischen Faschismus), die aus ganz Spanien (vermutlich auf Staatskosten) nach Euz- des spanisch – katholischen Faschismus), die aus ganz Spanien (vermutlich auf Staatskosten) nach Euz- kadi eingereist sind, haben in diesen Wochen Dutzende von Überfällen mit Maschinenpistolen und sogar mit Maschinengewehren (!!) auf Häuser und Geschäfte von Basken, die angeblich mit ETA – Angehörigen bekannt oder verwandt sind, gemacht. Alle diese Übergriffe unternimmt dieses Banditenpack unter direktem Schutz der Polizei! Mehrere Buchhandlungen, die baskische Literatur verkaufen, wurden von ihnen verwüstet. Ein Haus wurde in die Luft gesprengt. Außerdem versuchten sie, den Rechtsanwalt Ibarra zu entführen, der mehrere Male ETA – Mitglieder vor Gericht verteidigt hat. Er und seine Frau wurden heftig geschlagen und Ibarra am Bein verwundet. Die Entführung selber mißlang jedoch.

Der oppositionelle Bischof von Bilbao, Añoveros, der schon einmal unter Hausarrest gestellt wurde wegen regimefeindlicher Äußerungen, hat inzwischen sein Haus verlassen müssen, nachdem er mehrere Morddrohungen erhalten hatte und sein Haus mehrmals mit Steinen beworfen worden war.

Der maßlose Terror dieser Banden wird offensichtlich von den ultrafaschistischen Kreisen gesteuert, die es darauf abgesehen haben, in dem „unruhigsten" Land Spaniens ein für allemal „reinen Tisch" zu machen. Doch bereits so unverdächtige regimetreuen Zeitungen wie „YA" und „ABC" warnen vor einer „unkontrollierten Entwicklung" und der Radikalisierung der „unbeteiligten Bevölkerung", die durch solche Aktionen wie die der „Christkönigskrieger" provoziert werde (Hess. Rundfunk, 3.Programm, spanische Nachrichten). Tatsächlich hat die baskische Arbeiterbewegung und der Kampf des baskischen Volkes in den letzten Monaten einen ungeheuren Aufschwung erlebt und der Einfluß marxistisch-leninistischer Organisationen (insbesondere der O.R.T. Organisacion Revolucionaria de Trabajadores) hat zugenommen. (Siehe dazu die in diesem AK abgedruckten Erklärungen verschiedener Arbeiterkommissionen des Baskenlandes).

Dies ist das fünftemal, daß über das Baskenland der Ausnahmezustand verhängt wurde, seitdem dort die ETA in Erscheinung getreten ist. (1967). Der letzte Ausnahmezustand (1970/71) anläßlich des Burgos–Prozesses (bei dem gegen 16 ETA – Mitglieder die Todesstrafe beantragt war) hatte zu einer der schwersten Krisen des Franco – Regime geführt. Im ganzen Land hatte es Solidaritätsstreiks und -demonstrationen gegeben. Nach dieser schlechten Erfahrung war man zu dem „System der administrativen Bußen", d.h. der Verhängung hoher Geldstrafen gegen mißliebige Personen übergegangen, um „Solidarisierungseffekte" zu vermeiden. Es ist sicher, daß der derzeitige Ausnahmezustand im Baskenland eine, wenn nicht sogar die entscheidende Schlacht zwischen dem Franco – Faschismus und dem politisch fortgeschrittensten Teil der spanischen Arbeiterbewegung und des spanischen Volkes ist. Unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit sollte in diesen Wochen ganz besonders dem mutigen und heldenhaften Kampf des baskischen Volkes und der baskischen Revolutionäre gelten, die unter äußerst schwierigen Bedingungen gegen das letzte Bollwerk des Faschismus in Europa kämpfen! ●

Portugal / Spanien – Kommission KB – Gruppe Hamburg

Interview mit Agostinho Neto. Präsident der MPLA (Angola)

Auszüge aus ‚horizont'

Genosse Neto nimmt in diesem Interview u.a. zur Rolle der Sowjetunion Stellung. Genosse Neto weist dabei die Behauptung von neokolonialistischen Ambitionen der Sowjetunion gegenüber Angola zurück.

Es wäre sicher falsch, daraus auf eine „Abhängigkeit" der MPLA „von Moskau" zu schließen. Vielmehr ist dies ein Beispiel für die konkrete Ausnutzung der Widersprüche zwischen US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus im Interesse der nationalen Befreiungsbewegungen. Die Gleichsetzung von USA und Sowjetunion, oder womöglich gar die Definierung der Sowjetunion als „Hauptfeind der Menschheit", geht nicht nur an den Tatsachen vorbei (weltweit ist es die Regel, daß die US-Imperialisten auf Seiten der Reaktion stehen, während die Sowjetrevisionisten ein Bündnis mit fortschrittlichen Bewegungen eingehen müssen), sondern dient auch direkt den Interessen des US-Imperialismus – in Angola ebenso wie in Indochina, Palästina, Portugal u.a.

Frage: Ein Hauptangriffspunkt der Reaktion ist die von der MPLA geforderte und geförderte Teilnahme des Volkes an der Machtausübung. Die imperialistische Propaganda malt den Teufel einer Anarchie an die Wand und warnt vor der „Gefahr einer kommunistischen Diktatur". Wie beurteilen Sie einerseits die Chancen einer demokratischen Politik und andererseits die neokolonialistischen Manöver?

Agostinho Neto: Die Imperialisten hetzen besonders gegen den Aufbau der Volksmacht. Ihre Behauptung, Volksmacht bedeute „Anarchie und Kommunismus", die sie, koste, was es wolle, bekämpfen müßten, überrascht uns nicht. In Angola wühlende imperialistische Geheimdienste verbreiten Gerüchte, daß sich die MPLA der Portugiesischen Kommunistischen Partei und der Sowjetunion unterordne, daß sie z.B. um die Hilfe von hundert portugiesischen Kommunisten für die Wahlkampagne gebeten habe. Das ist eine glatte Lüge.

Der Gegner versucht in demagogischer Weise von der Gefahr des Neokolonialismus zu sprechen, die nicht nur von den USA, sondern auch von der Sowjetunion drohe. „Sowjetischer Neokolonialismus" – das ist absurd. Die Sowjetunion erhebt keinerlei Anspruch auf irgendwelche materiellen Güter Angolas. Eine unbestreitbare Tatsache ist vielmehr, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder unserer Volksbefreiungsbewegung durch politische und materielle Solidarität geholfen haben, den Angriffen der kolonialistischen und imperialistischen Kräfte zu trotzen. Die Reaktion versucht, unsere Freundschaft mit den sozialistischen Ländern zu brechen, um unsere Bewegung leichter beseitigen zu können. Das jedoch wird unser Volk nicht zulassen.

Frage: Wer trägt Ihrer Meinung nach die Verantwortung für die jüngsten bewaffneten Auseinandersetzungen in Angola? Worin sehen Sie die Ursachen für diese Ereignisse?

Agostinho Neto: Die Verantwortlichen für die jüngsten blutigen und schmerzlichen Ereignisse in Angola sind Reaktionäre und Extremisten aus den Reihen der FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas – die Red.), die bekanntlich von der rechten Bourgeoisie und von imperialistischen Kreisen des Auslands unterstützt wird. Die Ereignisse selbst lieferten den Beweis dafür. Es gab eine direkte und offene Aggression von FNLA-Söldnern – die aus Zaire Nachschub erhielten – gegen die MPLA-Soldaten. Natürlich wollen unsere Gegner das nicht zugeben. Sie verdrehen die Tatsachen und behaupten, bei den jüngsten Ereignissen handele es sich um einen „ideologisch begründeten Konflikt" der rivalisierenden FNLA und MPLA. In Wahrheit war es jedoch ein vom Ausland forcierter Hegemonieversuch volksfeindlicher Kräfte. Unser Volk hat darauf eindeutig und energisch geantwortet und die Aggressoren und Provokateure zum Rückzug gezwungen. Diese Kräfte haben ihre Pläne der Gewalt jedoch nicht aufgegeben. Das Volk bleibt wachsam, und die MPLA unternimmt alles in ihren Kräften Stehende, um eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern. ●

USA: –

Arbeitslose bis zum Ende des Jahrhunderts

In seinem Wirtschaftsprogramm von Anfang Februar dieses Jahres ging US-Präsident Ford von einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 7,8% für die Jahre bis 1980 aus. Man stelle sich vor, ein westdeutscher Regierungspolitiker würde eine ähnliche Prognose machen!

Da seit dem Februar die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich angestiegen ist, sie liegt jetzt bei 8,7%,

Von den 8,7% Arbeitslosen sind:	
Teenager	20,6%
schwarze Teenager	40,0 %
Frauen	8,5%
Männer	6,8 %
Männer, verh.	5,2%
Weiße	8,0%
Schwarze	14,5%
Arbeiter (März)	12,5%
Bauarbeiter (Feb.)	15,9%
– " – (März)	18,1 %
Fabrikarbeiter	11,4%

(Aus: „International Harald Tribune" 5.4.75).

sind die Prognosen von Ford jetzt schon zu niedrig. Die offizielle Arbeitslosigkeitsquote für den Sommer wird auf zehn Prozent geschätzt. Berechnet man Kurzarbeiter, Überstundenstopp und ungewollte Teilzeitjobs mit ein, so wird bald mehr als die Hälfte der US-Amerikaner von dieser Situation betroffen sein (vergl. Ak 58/59).

Da die Arbeitslosenquoten in den einzelnen Bundesstaaten verschieden sind (Texas 3,9%, Maryland 22%), ziehen tausende von Amerikanern mit Kind und Kegel im Land umher. Die meisten von ihnen leben nur noch von der Unterstützung der verschiedenen Wohlfahrtsvereine.

Von den offiziell erfaßten Arbeitslosen, acht Millionen, erhalten nur rund 6,5 Millionen Arbeitslosenunterstützung und zwar 52 Wochen lang (die „FAZ" gibt 65 Wochen an). Die Höhe der Zahlungen ist in jedem Bundesstaat verschieden, im Durchschnitt liegt sie bei 40% des Lohnes. Rund vier Millionen erhalten gar nichts, rechnet man diejenigen Arbeitslosen mit, die schon lange die Suche nach einem Job aufgegeben haben und nicht mehr bei den Ämtern gezählt werden. Nur wer 26 Wochen im vergangenen Jahr gearbeitet hat und wer Beiträge bezahlt hat, bekommt die Unterstützung. ●

USA-Kommission KB/Gruppe Hamburg

IRLAND

Zur Spaltung der official Sinn Fein/IRA

Es ist uns wohlbekannt, daß es in der offiziellen Republikanischen Bewegung (Sinn Fein Partei, IRA, Republikanische Clubs) Vertreter verschiedener politischer Strömungen – von linken Reformisten bis zu revolutionären Kämpfern – gibt. Dies ist erklärlich erstens aus der Form dieser Bewegung, einer antiimperialistischen Befreiungsbewegung. Dies ist zweitens eine Folge der Geschichte der Bewegung. Die offizielle Republikanische Bewegung trennte sich von den Provisionals, um die Politik der Bomben durch eine sozialistische Massenpolitik zu ersetzen. Im Aufschwung der Bürgerrechtsbewegung konnte sie eine beträchtliche Massenbasis gewinnen. Obwohl oder gerade weil die offizielle Sinn Fein unter dem Zeichen angetreten ist, daß die Politik vor dem Gewehr kommt (People come first – Zuerst kommen die Menschen), ist sie außer der allgemeinen Übereinstimmung, daß nur ein sozialistisches Irland ein freies Irland sein kann und daß nur die Massen der Werktätigen – Protestanten und Katholiken – dieses sozialistische Irland schaffen können, politisch uneinheitlich und schwach. Die Bürgerrechtsbewegung flaute ab, als die britischen Imperialisten mit dem Terror ihrer Armee, mit Internierungen und Verhandlungen mit der irischen Bourgeoisie antworteten. Nicht eine Erneuerung der Bürgerrechtsbewegung, sondern die Organisierung der Arbeiterbewegung muß das Ziel sein.

Aber die Gründung einer sozialistischen Partei ist keine Frage der theoretischen Begründung und kann nicht im Handstreich geschehen.

Das Westdeutsche Irland Solidaritätskomitee (WISK) verbreitete, Anlaß für den Austritt einiger Mitglieder der Sinn Fein und für die Gründung der Irischen Republikanischen Sozialistischen Partei (IRSP) sei der „pro-Moskau-Kurs der Führung der offiziellen Sinn Fein" gewesen. Nun, dies ist eine Begründung für Sozialdemokraten oder Linkssektierer, nicht
offiziellen Sinn Fein" gewesen. Nun, dies ist eine Begründung für Sozialdemokraten oder Linkssektierer, nicht
für sozialistische Revolutionäre. Bei der Gründung einer sozialistischen Partei kann es nicht um Fragen der internationalen Beziehungen gehen, sondern um Strategie und Taktik des Kampfes im eigenen Land.

Die Führer der IRSP sind Bernadette Devlin-McAliskey, die der Sinn Fein nahegestanden und Unterstützung bei den Wahlen erhalten hatte, und Seamus Costello, von der Sinn Fein mehrfach verwarnt, beurlaubt und schließlich ausgeschlossen wegen Mißachtung von Parteibeschlüssen. Costello sagte in seiner Rede auf dem ersten Parteitag der IRSP: In der Periode nach dem Einmarsch der britischen Besatzungstruppen in Nordirland „begannen viele Mitglieder (der Republikanischen Bewegung) zu fragen, in welche Richtung die Bewegung geführt wurde. Der lange Prozeß der internen Debatten und Diskussionen, der folgte, hatte die Ablehnung der Strategie der Führung auf den Parteitagen von 1972 und 1973 zur Folge. Die Beschlüsse zur nationalen Frage, die auf beiden Parteitagen verabschiedet wurden, zeigen klar die grundlegende Wiedergeltendmachung des republikanischen sozialistischen Standpunkts. Jedoch die Ausführung dieses speziellen Beschlusses, der die Schaffung einer breiten Front zur Verfolgung der Forderungen in der nationalen Frage verlangte und den Aufbau eines aktiven Bündnisses radikaler Kräfte innerhalb dieser breiten Front, wurde bewußt von einem Zentralkomitee sabotiert, dessen meiste Mitglieder gegen die Annahme dieser Politik auf den beiden Parteitagen gewesen waren. Dieser Betrug überzeugte letztlich viele Mitglieder der offiziellen Bewegung, daß ihre Führer kein richtiges Verständnis von der Beziehung zwischen der nationalen Frage und der Klassenfrage hatten, und führte geradewegs zur Bildung der IRSP als besonderer politischer Organisation." Einige Mitglieder hätten wie Costello innerhalb der Bewegung ihre Linie demokratisch durchzusetzen versucht und wären an einer Verleumdungskampagne der Führung gescheitert.

Gegen diese Darstellung spricht, daß der letzte Parteitag der Sinn Fein im Dezember 1974 den Ausschluß von Seamus Costello mit 197 gegen 15 Stimmen bestätigte. Nach Darstellung der official Sinn Fein habe Seamus Costello bereits seit zwei Jahren innerhalb der Sinn Fein für eine politische Linie gearbeitet, die eine Unterstützung der Bombenkampagne der Provisionals und die Eröffnung eigener militärischer Aktionen vorsah. Er sei mit dieser Linie durchweg überstimmt worden, hätte sich jedoch nicht an diese Beschlüsse gehalten und sei deshalb ausgeschlossen worden. (Ausführliches Memorandum der Sinn Fein zur IRSP und Interview mit Cathal Goulding in DIE INTERNATIONALE 13).



Schon kurz nach Gründung der IRSP kam es zu den ersten bewaffneten Zwischenfällen zwischen Mitgliedern der IRSP und der official IRA. Die aus der Republikanischen Bewegung ausgetretenen Belfaster IRSP-Mitglieder hatten versucht, Waffen der official IRA mitzunehmen, die ihnen dann unter Waffengewalt wieder abgenommen wurden. Im Verlauf der Überfälle auf Mitglieder der Sinn Fein wurde Sean Fox, Mitglied des Ormeau Road Republican Club (Belfast), von IRSP-Leuten erschossen, Sean Garland, nationaler Organisator der Sinn Fein, wurde vor seiner
sen, Sean Garland, nationaler Organisator der Sinn Fein, wurde vor seiner
Wohnung in Dublin überfallen und lebensgefährlich verletzt. Obwohl die IRSP offiziell jede Beteiligung an dem Mordanschlag auf Sean Garland zurückweist, hat Bernadette Devlin-McAliskey in einem halbvertraulichen Gespräch mit einem Mitglied der Sinn Fein zugegeben, daß die Attentäter der IRSP angehört hatten.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die neugegründete IRSP eine Reihe von linken Gangster-Elementen angezogen hat, die sich zwischen der official IRA mit ihrer starken Einschränkung militärischer Aktionen und der provisional IRA mit ihrer politischen Blindheit heimatlos fühlten. In der IRSP kam es bei der Frage, welchen Raum die militärischen Aktionen einnehmen sollten, und der Frage des Ausschlusses des Belfaster Zweiges der IRSP, der für die schlimmsten Überfälle verantwortlich war, zu Auseinandersetzungen. Offenbar wuchs Bernadette McAliskey dann die ganze chaotische Entwicklung über den Kopf. Vor dem britischen Fernsehen distanzierte sie sich von der Belfaster Gruppe der IRSP und bezeichnete Teile dieser Gruppe als „tuppenny hal'penny gangsters" (Groschengangster). Es ist weiter durchaus möglich, daß sich Provokateure des britischen Geheimdienstes in der IRSP betätigt haben. So soll an der Vorbereitung des Überfalls auf Sean Garland ein ehemaliges Mitglied der britischen Armee und Mitglied der IRSP mitgewirkt haben, wie Bernadette McAliskey zu dem Sinn Fein Mitglied sagte.

Da unsere Solidarität zur offiziellen Republikanischen Bewegung auf der Kenntnis der Massenarbeit ihrer revolutionären Genossen beruht, ist sie weitgehend unberührt von der Auseinandersetzung mit der IRSP. Nicht, daß die offizielle Sinn Fein gute Beziehungen zur revisionistischen KP Irlands unterhält – das ist für eine nationale Befreiungsbewegung eher selbstverständlich –, ist für uns entscheidend, sondern die Praxis des antiimperialistischen Kampfes. Über die Entwicklung der IRSP auf diesem Gebiet werden wir weiter berichten. ●

**Redaktion
DIE INTERNATIONALE**

Italien

Angriffe gegen die revolutionäre Linke

Als Beitrag des Staatsapparats zum Wahlkampf für die Regionalwahlen am 15. Juni wurden am 7. und 9. Mai Büros und Wohnungen von Avanguardia Operaia und PDUP („il manifesto") „durchsucht". Die beiden Organisationen kandidieren in Rom zum 15. Juni auf einer gemeinsamen Liste („Proletarische Demokratie").

„Durchsucht" wurden u.a. drei Büros von AO, die Wohnung des „Direktors" des „Quotidiano dei lavoratori" (Tageszeitung von AO), eines Mitglieds der nationalen Schulkommission der PDUP und drei römischer Führer der AO.

Der Vorwand für die „Durchsuchungen" war denkbar haarsträubend: Ein Vorfall im Februar 1974, wo bei einer Hausbesetzung von jemandem im Verlauf einer Hausbesetzung ein „Molli" (Brandflasche) geworfen worden sein soll; die Polizei behauptet, daß der angebliche Werfer Mitglied von AO sei (was AO bestreitet). In jedem Fall ist die Berufung auf diesen Vorfall zum jetzigen Zeitpunkt (Wahlkampf) als Vorwand für „Durchsuchungen" in Büros und Wohnungen führender Genossen eine Ungeheuerlichkeit – was noch dadurch unterstrichen wird, daß die „Durchsuchungen" bei PDUP-Mitgliedern offenbar nur mit der gemeinsamen Kandidatur der beiden Organisationen zum 15. Juni „gerechtfertigt" werden können.

Angerückt war die Polizei angeblich, um nach „Waffen, Sprengstoff, Dokumenten und Mitgliederlisten" (!!) zu suchen. Was sie fanden und mitnahmen, waren natürlich keine Waffen, sondern Flugblatt-Packen, rote Fahnen (!) und wohl in der Tat auch Mitgliederlisten.

Derart plump „begründete" Polizei-Angriffe auf die Linke – die regelmäßig von Hetzkampagnen in der bürgerlichen Presse begleitet werden – haben in Italien schon „Tradition".

So wurden im März '74 zahlreiche Büros und Wohnungen vor allem von AO, aber auch von Lotta Continua und anderen „durchsucht" (siehe AK 42). Der „Vorwand" damals: Einem Genossen von AO war das Auto geklaut worden; als die Polizei es „wiederfand", sollen sich darin „verdächtige Dokumente" über „Aufstandsvorbereitungen" befunden haben.

Es ist auch schwerlich ein Zufall, daß kurz vor den jüngsten Polizeiaktionen gegen AO und PDUP diese alte Geschichte ausgerechnet von MSI-Zeitungen wie dem „Candido" aufgewärmt wurde. Der rechtsstehende Mailänder „Corriere della Sera" wußte eine Woche vor der Polizei-Aktion gar von Untersuchungen über ein mögliches Verbot von AO zu berichten ... Dieses Zusammenspiel von Justiz, Polizei und Rechts-Presse ist sicher nicht zufällig!

Zu erinnern ist auch an die Provokation gegen Lotta Continua im März dieses Jahres. Damals wurden zahlreiche Wohnungen in ganz Italien (rund 100 allein in Neapel!) „durchsucht", vor allem von LC-Genossen (siehe AK 58). Vorwand: Ein Sprengstoffunfall (anscheinend beim Bombenbasteln) in einem Ort bei Neapel, wobei ein ehemaliges Mitglied von LC verletzt wurde. Der Verletzte gehörte anscheinend den „NAP" („Bewaffnete Proletarische Kerne") an, eine auf „individuellen Terror" orientierte „Untergrundgruppe", die größtenteils aus ehemaligen Gefangenen besteht.

Die „NAP" tauchten im Mai erneut mit der Entführung des Richters Di Gennaro auf. Nach der Freilassung des Richters ließen sich Justiz und Polizei die Gelegenheit nicht entgehen, am 12. Mai bei Nacht und Nebel rund 100 Wohnungen, meist von Mitgliedern der linken Organisationen, zu „durchsuchen".

In diesen Rahmen gehört auch eine „Durchsuchung" des Büros von Lotta Continua in Reggio Calabria in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai – diesmal mit der bemerkenswerten Begründung, dort würden „Zusammenkünfte von Außerparlamentarischen" (Bezeichnung für die revolutionäre Linke) stattfinden, „die beabsichtigen, kriminelle Aktionen zu begehen".

Wie man sieht, ist der italienische Staat nie um einen Vorwand verlegen, wenn es darum geht, sich „Einblick" in die linken Organisationen zu verschaffen, die Genossen zu schikanieren, der Polizei Übungseinsätze zu verschaffen und der bürgerlichen Presse Stoff für Verleumdungsfeldzüge zu liefern. ●

Italien

Kampf

Wenige Wochen nach der großen antifaschistischen Massenmobilisierung vom April (siehe AK 60) will Italiens Bourgeoisie der Arbeiterklasse und den Werktätigen eine schwere Niederlage beibringen: Ein Polizei-Gesetz (sogenanntes „Gesetz zur öffentlichen Ordnung") soll die Kompetenzen der Polizei ausdehnen und die demokratischen Rechte beschneiden. Dieses Gesetz kann die Bourgeoisie nur mit Zustimmung der „Sozialisten" (PSI) und stillschweigender Komplizenschaft der „Kommunisten" (PCI) durchsetzen.

Das „Gesetz zur öffentlichen Ordnung" (zum Inhalt siehe Kasten) ist das Ergebnis einer Kampagne, die von den Christdemokraten (DC) seit Jahresanfang geführt wird. Der weit rechts stehende DC-Boß Fanfani, der im vergangenen Jahr schwer angeschlagen wurde (Niederlage in der Volksabstimmung gegen das Scheidungsgesetz, Niederlagen der DC in regionalen und örtlichen Wahlen), versucht mit dieser Kampagne ein politisches ‚come back', das ihm dank Hilfestellung von PSI und PCI vorerst noch einmal zu gelingen scheint. Fanfani hat auf dem DC-Kongreß zu Anfang dieses Jahres seinen schärferen Rechtskurs durchsetzen können: Deutlichere Ablehnung des von der PCI angetragenen „historischen Kompromisses" (Regierungsbündnis zwischen DC und PCI), Belebung des Antikommunismus, Propagierung des Polizeistaates unter der Devise „Recht und Ordnung", Fanfani machte sich dabei zunächst vor allem die sich in Italien als direktes Ergebnis der kapitalistischen Krise stark ausbreitende Kriminalität zunutze, gegen die er demagogisch zu Felde zog. Es begann die Diskussion um das Polizei-Gesetz. Nach den antifaschistischen Massenkämpfen vom April wurde der Gesetzentwurf dann außerordentlich schnell in den Kommissionen und im Parlament durchgezogen (im Parlament innerhalb von kaum drei Tagen!!): Auf keinen Fall sollte das Gesetz n a c h den Regionalwahlen in vielen Teilen Italiens am 15. Juni (die wahrscheinlich weitere Verluste der DC und Gewinne für PCI und PSI bringen werden) noch in der Debatte sein.

Die besondere Dringlichkeit des Polizei-Gesetzes wurde zynischerweise mit der Zunahme des faschistischen Terrors begründet, gegen den sich das Gesetz angeblich in erster Linie

„Gesetz zur Öffentlichen Ordnung" – Polizeigesetz

Das italienische Parlament hat Anfang Mai im Eilverfahren das sogenannte „Gesetz zur Öffentlichen Ordnung" – nach dem italienischen Justizminister Reale auch als „Reale-Gesetz" bezeichnet – beschlossen. Im Wesentlichen stimmte die Sozialistische Partei dem Gesetz zu, während die „KP" dagegen stimmte (bzw. sich in einigen Punkten der Stimme enthielt), ohne jedoch einen außerparlamentarischen Kampf gegen das Gesetz zu führen. Die MSI (Neofaschisten) stimmte dem Gesetz zu.

Das „Reale-Gesetz" braucht jetzt noch die Zustimmung der zweiten Kammer, des „Senats". Hier die wichtigsten Punkte des „Reale-Gesetzes":

Art. 1: Aufhebung des Ende 1972 beschlossenen „Valpreda-Gesetzes". Dieses Gesetz ermöglichte die „provisorische Freilassung" von Untersuchungsgefangenen, gegen die innerhalb eines bestimmten Zeitraums kein Urteil gefällt wurde. Das Gesetz sollte – aufgrund einer breiten Protestbewegung – die Freilassung des Anarchisten Valpreda ermöglichen, der bis dahin drei Jahre wegen eines in Wirklichkeit von Faschisten begangenen Bombenanschlags unschuldig in „Untersuchungshaft" gesessen hatte, ohne daß ein Prozeß zustande kam. Übrigens ist bis heute, mehr als fünf Jahre nach dem Bombenanschlag, der Prozeß immer wieder verschoben worden. Die Aufhebung des „Valpreda-Gesetzes" bedeutet also, daß heute ein Revolutionär vom Staat nicht bloß – wie Valpreda – drei Jahre, sondern auch fünf Jahre und mehr ohne Prozeß in „Untersuchungshaft" gehalten werden könnte.

Art. 3: Die Möglichkeit von Festnahmen (bis zu 48 Stunden) – außerhalb der Fälle von „frischer Tat", wo eine Festnahme a l l g e m e i n zulässig ist – durch die Polizei wird ausgedehnt. Konnten bisher Personen festgenommen werden, gegen die „*schwere Belastungsmomente*" vorliegen, so genügen nunmehr „*ausreichende Belastungsmomente*"; außerdem mußte früher ein „*begründeter Fluchtverdacht*" vorliegen, während jetzt einfacher „*Fluchtverdacht*" ausreicht.

Art. 4: Die Polizei kann Personen „durchsuchen", um einen eventuellen Besitz von „Waffen" (worunter auch Stöcke, Messer u.ä. zu verstehen sind) zu überprüfen. Diese Bestimmung bietet z.B. eine klare Handhabe für Massenfestnahmen bei Demonstrationen – mit der Begründung, die Demonstranten „durchsuchen" zu wollen.

Art. 5: Es ist verboten, bei öffentlichen Kundgebungen Schutzhelme zu tragen und das Gesicht zum Schutz vor Identifizierung oder auch vor dem Tränengas der Polizei ganz oder teilweise mit einem Tuch o.a. zu verdecken. Strafe: ein bis sechs Monate Arrest oder 200-800 Mark Geldstrafe.

Das Gesetz zielt, zusammen mit der schon früher beschlossenen Verschärfung des „Waffen"gesetzes (das jeden Gegenstand zur „Waffe" erklärt, der zur Verteidigung verwendet wird, also z.B. eine Fahnenstange) auf die vollständige Entwaffnung des Volkes gegenüber dem immer militanter gerüsteten Staatsapparat.

Art. 9: Der Schußwaffengebrauch der Polizei wird erheblich ausgedehnt. Praktisch kann schon der Verdacht, daß eine schwere Tat begangen werden soll, den Schußwaffengebrauch rechtfertigen.

Art. 12: Im Falle nicht genehmigter öffentlicher Kundgebungen und der Weigerung, diese aufzulösen, muß im Schnellverfahren abgeurteilt werden.

Art. 13: Das Anti-Mafia-Gesetz von 1965 wird u.a. auf Personen ausgedehnt, die „*in Gruppen oder isoliert operierend Handlungen begehen, die auf den Umsturz der staatlichen Ordnung zielen*" – d.h. gegen die revolutionären Gruppen und Organisationen. Das Anti-Mafia-Gesetz sieht u.a. alle Arten von „vorbeugenden" Maßnahmen (Überwachung, Aufenthaltsbeschränkungen etc.) und die „Verbannung" (z.B. auf bestimmte kleine Inseln – eine Erfindung des Mussolini-Faschismus!) vor. – Gegen die Mafia wurde dieses Gesetz allerdings kaum angewendet – gegen die Revolutionäre soll offenbar mehr Gebrauch davon gemacht werden!

Art. 20: Die Abschiebung mittelloser politischer Flüchtlinge aus dem Ausland wird zum Normalfall.

Art. 21: Bei Angriffen gegen Polizisten im Dienst wird der Haftbefehl obligatorisch und es muß im Schnellverfahren abgeurteilt werden.

Art. 22: Verfahren gegen Polizisten etc. wegen Vergehen im Dienst werden praktisch der normalen Justiz entzogen und in die Hände der Generalstaatsanwälte gelegt; von diesen gibt es in Italien kaum zwanzig, und die meisten sind alte Faschisten, die ihren Diensteid dem „duce" Mussolini ablegten. Die Konsequenz wird eine noch größere Straflosigkeit und damit „Sorglosigkeit" der Polizei bei Schußwaffenbebrauch etc. sein. ●

dem Polizei-Gesetz!

richten soll. Diese These ist absurd, da die in Italien bestehenden Gesetze durchaus ausreichen würden zur Zerschlagung der faschistischen Mörderbanden, zur Inhaftierung der faschistischen Verbrecher und zum Verbot der neofaschistischen Partei MSI als Nachfolgeorganisation der verbotenen Faschistischen Partei Mussolinis. Nur wird von diesen Gesetzen bezeichnenderweise kaum Gebrauch gemacht – die Faschisten erfreuen sich großzügigster Duldung und vielfach auch Schutzes durch den Staat. Faschistische Schläger, dutzende von Malen an Überfällen und Mordanschlägen beteiligt, werden immer aufs neue in Freiheit und zu neuen Verbrechen entlassen. So wurden z.B. in Mailand in den letzten Jahren 607 Anklagen gegen Faschisten erhoben, aber nur 7 (sieben!!) Verurteilungen erfolgten! Wegen ‚Überlastung' der Justiz sind in Mailand 80 Prozesse gegen Faschisten z.Z. lahmgelegt („Corriere della Sera", 20.4.75). Diese ‚Überlastung' zugunsten der Faschisten wird zweifellos noch zunehmen, da das Polizei-Gesetz massenhaft Linke vor Gericht bringen wird, vor allem in Zusammenhang mit Demonstrationen, die im Schnellverfahren abgeurteilt werden müssen...! – Wie die Gerichte ‚gegen' Faschisten urteilen, mag folgendes Beispiel zeigen: Im März 1970 schossen ein Kapitalist in Vicenza und sein Sohn auf streikende Arbeiter anderer Betriebe, die vor die Fabrik des Kapitalisten gekommen waren, um deren Arbeiter ebenfalls zum Streik aufzufordern. Die Schweine verletzten zahlreiche Arbeiter, darunter zwei schwer. Anfang Mai '75 wurde jetzt das Urteil gesprochen: drei Jahre!! – Ein MSI-Funktionär kam wegen illegalen Waffenbesitzes mit 15 Monaten davon! Und der frühere Geheimdienstchef Miceli, der Ende Oktober '74 wegen seiner engen Verwicklung in faschistische Putschversuche inhaftiert worden war, wurde Anfang Mai freigelassen!!

Es ist also offensichtlich, daß es bisher nicht an Gesetzen fehlte, um die Faschisten zu schlagen, sondern am Willen dazu. Das Polizei-Gesetz ist ein Teil der Faschisierung in Italien, der unter der Maske des ‚Antifaschismus' durchgezogen werden soll! Dieses Spiel decken die Führer der

faschismus' durchgezogen werden soll! Dieses Spiel decken die Führer der

PCI, die das Gesetz zwar ablehnen (da es teilweise „zweideutig" sei), aber ihm ausdrücklich einen „antifaschistischen" Aspekt zuerkennen.

Die Methode der Faschisierung als angeblicher ‚Kampf gegen den faschistischen Terror' ist durchaus nicht neu. So wurde im vorigen Jahr nach dem faschistischen Massaker von Brescia (Bombenanschlag gegen eine

Gewerkschaftskundgebung am 28.Mai) eine „Antiterror"-Zentrale eingerich-

verkauft werden, die schon vor einigen Wochen beschlossen wurde - mit den Stimmen der PSI und bei Stimmenthaltung der PCI ! ! Dieses Gesetz erklärt praktisch sämtliche Gegenstände zu „Waffen", mit denen sich Demonstranten gegen Polizeiüberfälle verteidigen - also Knüppel, Fahrradketten, aber ebenso zufällige Gegenstände, wie z. B. eine aufgenommene Latte, Steine, eine Fahnenstange usw.

PCI – unentbehrlicher Komplize der Bourgeoisie

Daß das Polizei-Gesetz nunmehr wahrscheinlich im Parlament durchkommen wird (die Entscheidung der 2. Kammer, des Senats, steht noch aus), ist eine Verhöhnung der Hunderttausende, die in den Tagen der Massenmobilisierung vom April gegen Faschismus und Faschisierung protestiert haben. Noch vor einigen Jahren scheiterten die Christdemokraten mit einem sogar schwächeren Projekt als dem jetzigen Polizeigesetz am Massenwiderstand, die Regierung Andreotti mußte daraufhin zurücktreten ! - Auch das Polizei-Gesetz könnte heute verhindert werden, wenn die PCI-Führer zu einer Massenmobilisierung bereit wären.

Die Taktik der PCI zielt jedoch stattdessen darauf ab, es im Interesse des angestrebten „historischen Kompromiß" vor allem während des Wahlkampfs vor dem 15. Juni nicht zu einer Konfrontation kommen zu lassen. So lehnt die PCI zwar das Polizei-Gesetz insgesamt ab (um vor ihren Anhängern das Gesicht zu wahren), verzichtet aber vollständig auf jede außerparlamentarische Mobilisierung gegen das Gesetz.

Die PCI-Führung hat von vornherein erklärt, sie verkenne nicht die *„Notwendigkeit neuer Maßnahmen"*; sie wolle dem Polizei-Gesetz *„keine vorgefaßten Hindernisse in den Weg legen"* sondern (im Parlament) einen *„konstruktiven, ernsthaften und verantwortungsbewußten Dialog"* mit der DC über das Gesetz führen. Sie wolle die *„Berührungspunkte"* suchen, *„um solch delikaten und kom-*

wolle die „Berührungspunkte" suchen, „um solch delikaten und kom-

plexen Maßnahmen eine möglichst breite Zustimmungsbasis (!!) zu geben". - So war denn auch der wichtigste Vorwurf der Revisionisten gegen die DC, daß diese sie des „Obstruktionismus" beschuldigte und damit „das Wahlkampfklima anheizte".

Als sich zeigte, daß sich trotz dieser „konstruktiven" Haltung Proteste gegen das Polizei-Gesetz entwickel-



tet, die in Wirklichkeit fast ausschließlich gegen links gerichtet ist Chef dieser Zentrale ist Emilio Santillo der 1964 aus der römischen Polizei-Führung ‚versetzt' werden mußte, weil er Schlägerbanden in Zivil gegen streikende Arbeiter und Demonstranten aufgestellt hatte. Santillo hat inzwischen auf seine alten Erfahrungen zurückgegriffen: Während der antifaschistischen Massenkämpfe im April operierten vor allem in Florenz zivile Polizeitrupps - mit Jeans etc. und durch Tücher verdeckten Gesichtern - gegen die Demonstranten. Der Genosse Boschi, Mitglied der PCI, wurde von einem Mitglied dieser „Antiterror"-Kommandos - vergleichbar den MEK's und ähnlichen Trupps in der BRD - erschossen.

Als „antifaschistisch" soll auch die Verschärfung des Waffengesetzes

ten, getragen vor allem von der revolutionären Linken, aber auch von vielen fortschrittlichen Gewerkschaftern, Richtern, Professoren, von Betriebsräten und auch von zahlreichen PCI-Mitgliedern, wurde der Ton der Revisionisten noch um einiges schärfer und deutlicher.

So diffamierte PCI-Chef Berlinguer den Protest gegen das Polizei-Gesetz (an dem sich u.a. die Führer der Metaller-Gewerkschaft beteiligen ! ! !) als **„falsche und irreführende Position gewisser Exponenten der extremistischen Gruppen, die Parolen ausgeben, die darauf schließen lassen, daß sie das vorgeschlagene Gesetz überhaupt nicht gelesen haben"** (!!). Die Kritik an dem Gesetz sei nämlich *„einseitig"*. Es sei *„nicht gerechtfertigt, die antifaschistischen Aspekte des Gesetzes zu unterschätzen"*;

„ein ganzer Teil" des Gesetzes sei *„auf die Stärkung der Verteidigung der Republik"* gerichtet. Nur *„Randerscheinungen (!!) von Willkür"* und *„Zweideutigkeiten"* (!!) müßten noch aus dem Gesetz getilgt werden (was natürlich nicht geschah, da gerade diese „Zweideutigkeiten" und „Randerscheinungen" der Bourgeoisie lieb und teuer sind!!).

Die Revisionisten lehnten das Gesetz also formal ab, übernahmen aber trotzdem gegenüber der Bourgeoisie die unschätzbare Aufgabe, dieses Gesetz mit übelsten Diffamierungen und Demagogie gegen dessen Gegner zu verteidigen und so möglichst jeder Mobilisierung entgegenzuwirken.

Was von den „antifaschistischen Aspekten" des Polizei-Gesetzes zu halten ist, entlarvte im übrigen die MSI, die einen kräftigen Strich durch die ganze „antifaschistisch" aufgetakelte Parlamentsdebatte machte, indem sie offen ihre Zustimmung zum Gesetz bekanntgab und damit vor allem die PSI - die dem Gesetz insgesamt ebenfalls zustimmte, in eine peinliche Situation brachte. Höhnisch sagte Faschisten-Führer Almirante im Parlament dazu: *„Ich weiß, daß Ihnen das mißfallen wird, aber wir werden*

zustimmen . . . Als vorantreibende Kraft für vorbeugende und repressive Gesetze können wir nicht gegen den ersten teilweisen (!!!) Gesetzentwurf stimmen, der zu diesem Thema vorgelegt wird". Das Gesetz enthalte zwar einige „antifaschistische" Phrasen, mit denen die MSI nicht einverstanden sei, aber das sei *„ein Zugeständnis an PCI und PSI. Das wird die MSI jedenfalls nicht hindern, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, da sie die antifaschistischen Maßnahmen für einen nutzlosen und propagandistischen Anhang hält . . . . ! - Eine* schallende Ohrfeige für PSI und PCI !!

Protestbewegung gegen das Gesetz – eine Niederlage ?

Der Protest gegen das Polizei-Gesetz wurde vor allem von der revolutionären Linken („Lotta Continua", „Avanguardia Operaia", PDUP/„il manifesto") getragen, sowie von zahlreichen fortschrittlichen Persönlichkeiten und einzelnen Betriebsräten, Gewerkschaftssektionen etc. Besonders breit war der Protest offenbar unter Studenten und Schülern entwickelt, wo es - im Gegensatz zu den Betrieben - auch zu größeren Aktionen im nationalen Maßstab kam.

Eine wichtige Rolle spielte eine Erklärung gegen das Polizei-Gesetz, für die eine große Zahl von Unterschriften gesammelt wurden. Zu den Erstunterzeichnern dieser Erklärung gehörten der Senator Parri, sieben Sekretäre der einheitlichen Metaller-Gewerkschaft FLM, drei Sekretäre der CISL (christdemokratische Gewerkschaft), drei Sekretäre der UIL (sozialdemokratisch), zwei Sekretäre der CGIL (revisionistisch), führende Funktionäre von Einzelgewerkschaften und Ortsgruppen, zahlreiche Betriebsräte, Dutzende von Professoren, Richtern, Schauspielern etc. In der Erklärung heißt es u. a.: *„Unter dem Vorwand, die faschistische Gewalt und die Kriminalität zu treffen, enthält das Gesetz Vorschriften, die benutzt werden könnten, um ganz andere Handlungen zu unterdrücken - wie z. B. Kundgebungen abweichender politischer Meinungen, demokratische Kämpfe, ganz allgemein die soziale und gewerkschaftliche Kampfbewegung . . . Wir rufen alle Demokraten, alle politischen Kräfte auf, sich mit der Kraft der Vernunft und ihrem politischen Gewicht im Parlament und im Lande der Durchsetzung*

dieses Gesetzentwurfes entgegenzustellen, das im Namen der öffentlichen Ordnung - ausgerechnet während der Feiern zum 30. Jahrestag der Befreiung - die demokratische Legalität bedroht". –

Obwohl die lange Liste der Unterzeichnenden - u. a. aus den Reihen von PSI und PCI ! - einen nicht zu unterschätzenden Faktor darstellt (man bedenke, wie vor allem die PCI-Führung jeden Protest gegen das Gesetz diffamierte!!), scheint dennoch eine M a s s e n-Mobilisierung gegen das Gesetz nicht gelungen zu sein.

So gelang es zwar z. B. am 6.Mai, den die Studentenbewegung und die revolutionäre Linke zum Kampftag erklärt hatten (es war der Tag vor der endgültigen Beschlußfassung im Parlament), anscheinend recht umfassenden Schul- und Vorlesungsstreiks zu organisieren. Jedoch zeigen die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen, verglichen mit anderen Mobilisierungen, nur ein recht bescheidenes Bild - was sicher nur teilweise an dem an diesem Tag über weiten Gebieten Italiens niedergehenden Platzregen lag: Immerhin 15.000 und 20.000 Demonstranten in Rom (vormittags und nachmittags), aber nur 5.000 in Bologna, 1.500 in Florenz und auch nur einige Tausend in in Turin und Mailand.

Wenn es auch, vor allem in Trient und in Neapel, zu kleineren Streiks kam, blieb doch die Protestbewegung insgesamt anscheinend weitgehend auf Studenten und Schüler sowie die revolutionäre Linke beschränkt.

Die revolutionäre Linke hielt trotzdem an der These fest, das Gesetz doch noch irgendwie zu Fall bringen zu können. „Il manifesto" tat sich dabei mit geradezu grotesken Illusionen über PCI und PSI hervor. So erschien die Zeitung am 6.Mai - als praktisch alles längst gelaufen war - mit einem Leitartikel **„Eine Schlacht, die noch möglich ist"**, wo es hieß: *„Heute hat die eigentliche parlamentarische Schlacht (!!) begonnen. Es kommt darauf an, daß PCI und PSI diese Schlacht mit Entschlossenheit führen und daran festhalten, was sie als trennende Meinungsverschiedenheit aufgezeigt haben* (Gemeint sind die Änderungsvorschläge von PSI und PCI zum Gesetz (Anm. AK). *„Wenn das geschieht, wäre es noch einmal möglich und wünschenswert, daß das Gesetz fällt . . ."*. ●



„Sparpolitik" – zugunsten der Aufrüstung!

Ende August vorigen Jahres wurde zwischen der Bundesrepublik und Italien ein westdeutscher Kredit von 5,2 Mrd. (!) Mark vereinbart.

Dieser Kredit steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der in der Bundesrepublik auf allen sozialen Gebieten und in der öffentlichen Versorgung betriebenen „Sparpolitik" – Streichungen an Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäusern, sogar Einsparungen bei der nächtlichen Straßenbeleuchtung und bei der Strassenreinigung, Tariferhöhungen bei Post, Verkehrsmitteln, Gas, Wasser, Strom usw. usf.

Zeigt doch die Vergabe eines Kredites von 5,2 Mrd. – als e i n Beispiel von mehreren dieser Art, wenn auch ein besonders auffälliges –, daß „eigentlich" schon Geld genug da wäre, aber dieses nicht im Interesse der Bevölkerung verwendet wird!

Haben denn wenigstens die Menschen in Italien von dem „Geldsegen" einen Vorteil gehabt? Das G e g e n t e i l ist der Fall!! Denn die Kreditvergabe durch die Bundesregierung war von vornherein an die Bedingung geknüpft, daß Italien „den Gürtel enger schnallen" müßte. Das bedeutete einmal auch in Italien – noch krasser als in der BRD – „Sparpolitik" und Teuerung auf sozialem Gebiet. Es bedeutete darüber hinaus eine Politik der „gewollten Rezession", d. h. eine gesteuerte Verringerung der Produktionstätigkeit – z. B. durch hohe Zinsen (sodaß kleine und mittlere Kapitalisten Italiens kaum noch Geld für Investitionen erhalten konnten), durch Entlassungen und Kurzarbeit u. a. m.

So lag im März 75 die italienische Industrieproduktion um 14, 3 % unter der des Vorjahres; für das gesamte erste Vierteljahr 75 lag sie um 12, 3 % unter der des Vorjahrs („Corriere della Sera", 7. 5. 75). Der „CdS.. erwähnt auch, daß der Gebinn dieser Rezessionsphase zwischen September und Oktober 74 lag, also fast unmittelbar nach der Vereinbarung des westdeutschen Kredits.

In der „FAZ" vom 30. 4. 75 feiert ein Leitartikel offen diesen *„Umschwung von jahrelangem Superboom zur Rezession. Es gibt über eine Million Arbeitslose im Lande"* (Hurra!!). Und weiter: *„Die Regierung in Rom hätte 1974 kaum von allein den Mut aufgebracht, der Nation so schmerzhafte Eingriffe zuzumuten"*. Da mußte halt der BRD-Imperialismus etwas nachhelfen! Zum Glück war damals Italiens Bourgeoisie *„im Zustand eines Ertrinkenden"* (!), sodaß sie bedingungslos *„nach dem Rettungsring"* des BRD-Kredites *„greifen mußte" (!)*. *„Diese Hilfe war an harte Auflagen geknüpft (!!), die die Regierung den Gewerkschaften und den radikalen Gruppen (?) plausibel (!) machen mußte"*. So sei Italien schließlich, *„wie die segensreichen (!!) Folgen des Stabilitätskurses jetzt erkennen lassen"*, ein *„Musterbeispiel (!!) wirksamer internationaler Zusammenarbeit"*. Hier spricht wohl der Wunsch, andere Länder in ähnlicher Weise zu „beglücken".

Man mag sich fragen, wo denn die 5,2 Mrd. Mark geblieben sind, wenn doch auch in Italien auf allen sozialen Gebieten drastisch zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung „g e s p a r t" wird, wenn die Produktion g e s e n k t wird, wenn die Löhne weit hinter den Preissteigerungen (immer noch rund 15 – 20 %!) zurückbleiben, usw.

Eine Meldung der „FAZ" vom 9. 4. 75 löst das „Rätsel" zumindest teilweise: Danach **„will Italien in den nächsten fünf Jahren 1,7 Mrd. Dollar (rund vier Mrd. Mark) für die Modernisierung seiner aus 116 Kriegsschiffen bestehenden Flotte aufwenden"**. Ein großer Teil des BRD-Kredits geht da also schon drauf.

Das heißt: Mit der „Sparpolitik" auf dem Rücken der westdeutschen Werktätigen wird nicht nur der Ausbau des Polizeiapparats im Inneren und die Kriegsrüstung des BRD-Imperialismus finanziert, sondern wird teilweise z. B. auch die Aufrüstung Italiens finanziert. Und das natürlich nicht aus bloßer „Gefälligkeit" – sondern mit dem klaren Ziel der Ausweitung des internationalen Einflusses des BRD-Imperialismus, u. a. auf dem Gebiet der Militärpolitik. **Daß dieses Großmachtstreben ebenso zu Lasten der i t a l i e n i s c h e n Werktätigen geht, unterstreicht die Interessenidentität zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalität im Kampf gegen den g e m e i n s a m e n Feind: Imperialismus und Reaktion!** ●



Fortsetzung von Seite 4

Die Revolutionsregierung ordnete als eine der ersten Maßnahmen *„die Auflösung aller bisherigen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen* (die bisher das Volk unterdrückten – d.Red.) *an. Zeitungen und Zeitschriften in Privatbesitz* (die das Volk mit imperialistischer Propaganda verseuchten – d.Red.) *wurden verboten"* („Süddt. Zeitung, 3.5.75).

„Unternehmungen im amerikanischen Stil, wie Nachtlokale, Bordelle und ähnliche Einrichtungen" wurden aufgelöst („Frankfurter Rundschau", 3.5.75). Die Bevölkerung wurde aufgerufen in einer Säuberungskampagne *„den von der früheren Regierung hinterlassenen Schutt und Schmutz zu beseitigen"* und *„die Straßen, Häuser und Regierungsgebäude mit Vietcong-Fahnen und Parteiphotos zu schmücken"* („Süddt.Ztg.", 3.5.75).

Das Volk schafft sich offensichtlich in „Revolutionskomitees", die überall entstehen sollen, sein Werkzeug, das tägliche Leben zu organisieren und den errungenen Sieg gegen die bestehenden Schwierigkeiten und die Feinde der Revolution zu festigen und weiter auszubauen.

Die führende Rolle auch nach der Befreiung hat die Arbeiterklasse inne. *„Zahlreiche Fabriken wurden nach Angabe des Vietcong von den Arbeitern besetzt"* („FAZ", 5.5.75). Die von den geflohenen Kapitalisten zurückgelassenen Fabriken werden in eigener Regie von den Arbeitern betrieben. *„Die deutlichsten Veränderungen lassen sich bis jetzt an der Basis, unter den Arbeitern, beobachten"* („Spiegel", 12.5.75). Von revolutionären Arbeitern und Studenten wurde sofort nach der Befreiung Saigons ein revolutionäres Komitee gegründet und ein neuer Gewerkschaftsbund organisiert. Das alte Gewerkschaftshaus wurde *„von 3000 Mitgliedern eines Komitees für die Verteidigung der Arbeiterrechte besetzt"* („FR", 3.5.75) und die „Befreiungs-Gewerkschaft" gegründet.

Auf wirtschaftlichem Gebiet werden die großen Monopole, die unter der Herrschaft des Imperialismus der gesamten Gesellschaft ihren Willen aufzwangen, verstaatlicht. *„Alle Banken, Industriebetriebe, Transportunternehmen und Handelsfirmen sind in staatlichen Besitz übergegangen"* („FR", 7.5.75). Es sind dies die Unternehmen und Konzerne, die früher in der Hand ausländischer Kapitalisten waren oder deren Besitzer aus Südvietnam geflohen sind.

Dennoch bedeuten alle diese Maßnahmen noch nicht die Einführung der sozialistischen Produktionsweise!

Das Zehn-Punkte-Programm der Revolutionsregierung garantiert den kleineren Unternehmern und Händlern ihren Besitz. *„Unsere gegenwärtige Politik besteht darin, den Kapitalismus zu regulieren, nicht zu liquidieren"*, schrieb Mao Tse-Tung 1949 zur Wirtschaftspolitik der „Neuen Demokratie". **Diese vorübergehende (!) Schonung der Kapitalisten in dieser Phase der Revolution geschieht ausschließlich aus dem Grund, alle Faktoren, in begrenztem Maße eben auch die des Kapitalismus, zu aktivieren, um die rückständige Wirtschaft auf ein höheres Niveau zu heben** (Bd. IV, S. 449).

Dabei muß aber unbedingt der staatliche Sektor die Führung innehaben und man darf auf keinen Fall zulassen, daß sich aus dem kleinen Privatkapital erneut monopolistisches Kapital zusammenballt. *„Die staatliche Wirtschaft einer vom Proletariat geleiteten neudemokratischen Republik trägt sozialistischen Charakter, sie ist die führende Kraft der gesamten Volkswirtschaft, doch wird diese Republik das übrige kapitalistische Privateigentum nicht beschlagnahmen, und sie wird auch eine Entwicklung der kapitalistischen Produktion nicht untersagen, soweit diese nicht die Lebenshaltung der Nation kontrolliert"* (Bd. II, S. 412).

Dies ist für das Verständnis der revolutionären Politik der Revolutionsregierung Südvietnams von außerordentlicher Bedeutung. Für das Proletariat und seine Verbündeten heißt es jedoch nicht, bei dieser Entwicklung stehenzubleiben, denn das hieße, die sozialistische Revolution begraben. Das Proletariat muß die geschaffenen günstigen Ausgangsbedingungen nutzen, um seine politische und organisatorische Kraft zu entwickeln und von der Enteignung der imperialistischen Monopole zur Enteignung allen privatkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln und zur alleinigen Erringung der Macht im Staat zu schreiten.

Das bedeutet aber vor allem, daß es den ***„unvermeidlichen Klassenkampf ... für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen (darf) ... Daraus folgt, daß eine besondere, selbständige, streng auf dem Klassenprinzip aufgebaute Partei der Sozialdemokratie unbedingt notwendig ist. Daraus folgt, daß unser ‚vereint schlagen' mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, ‚auf den Verbündeten, wie auf den Feind' scharf aufzupassen usw."*** (Lenin, Bd. 9, S. 75).

Im Prozeß der Entwicklung der Wirtschaft in Südvietnam und vor allem der Weiterentwicklung der neudemokratischen Revolution hin zur sozialistischen Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse, werden gleichzeitig die notwendigen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung von beiden Teilen Vietnams geschaffen. Die heldenhaften Arbeiter und Bauern der DRV, die Seite an Seite mit ihren Brüdern und Schwestern im Süden gegen die imperialistische Aggression gekämpft haben, werden diesem Kampf nach besten Kräften ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Die DRV hat inzwischen auch im Rahmen eines Wiederaufbauprogramms für ganz Vietnam, dem Süden Hilfe zugesagt („SZ", 7.5.75).

Das vietnamesische und das kambodschanische Volk haben mit ihrem endgültigen Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien einen weiteren entscheidenden Schritt zum Aufbau des Sozialismus und einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gemacht. ●

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Springers Lügner entlarvt!

Als großen Aufmacher hatte „Die Welt" (vom 9. Mai) aus dem Hause Springer das obenstehende Bild herausgebracht. Auf der ersten Seite! Pech für die Springer-Journalisten, daß der als „Zeuge" zitierte ARD-Korrespondent C. Fröhder in Phnom Penh tatsächlich ganz anderes gesehen und gefilmt hat, als „Die Welt" behauptet!

In der Sendung „Panorama" am 12. Mai 1975 erklärte der ARD-Journalist vor Millionen von Zuschauern, daß n i c h t der Khmer-Offizier (der auf dem Foto abgebildet ist) plündert, sondern daß dieser Zivilisten daran h i n d e r t, Geschäfte und Privathäuser zu berauben.

In der „Panorama"-Sendung wurde diese Art von Berichterstattung zu Recht als „ein lehrreiches Beispiel

In der „Panorama"-Sendung wurde diese Art von Berichterstattung zu Recht als „ein lehrreiches Beispiel für Nachrichtenverfälschung" qualifiziert. Das besonders Kriminelle und Unverfrorene im Falle dieser Lügengeschichte besteht darin, daß der Film Fröhders einen Tag v o r Erscheinen der „Welt" in der Tagesschau der ARD und dann auch in der ARD-Sendung „Weltspiegel" in voller Länge gebracht wurde (und damit das tatsächliche Handeln der Befreier Phnom Penhs Millionen Bundesbürgern zur Kenntnis gebracht wurde!) und daß das von der amerikanischen Nachrichtenagentur AP verbreitete Foto (das die „Welt" dann übernahm) einen Untertitel hatte, in dem erläutert wird, daß der Khmer-Offizier plündernde Kambodschaner v e r t r e i b t – und (was ebenfalls frei erfunden ist!) Geschäftsleute aus ihren Läden treibt. Springers Lumpenjournalisten lügen den Sachverhalt also b e w u ß t um und sprechen vom *„plündernden Sieger"*

In ihrer Ausgabe vom 14. Mai versucht die „Welt" der für sie äußerst peinlichen Enthüllung durch die „Panorama"-Redaktion mit einer „Richtigstellung" zu begegnen: Es wird zwar behauptet, daß *„...der Redaktion ein Irrtum* (unterlief)" – aber es wird nicht erklärt, wie es dazu kommen konnte! Das dürfte ihnen auch schwerfallen! Denn die „Meldung" vom Roten Khmer, der am Tage der Befreiung Phnom Penhs *„mit der Pistole ein*(kauft)" k a n n

n u r in Springers Giftküche entstanden sein!

n u r in Springers Giftküche entstanden sein!

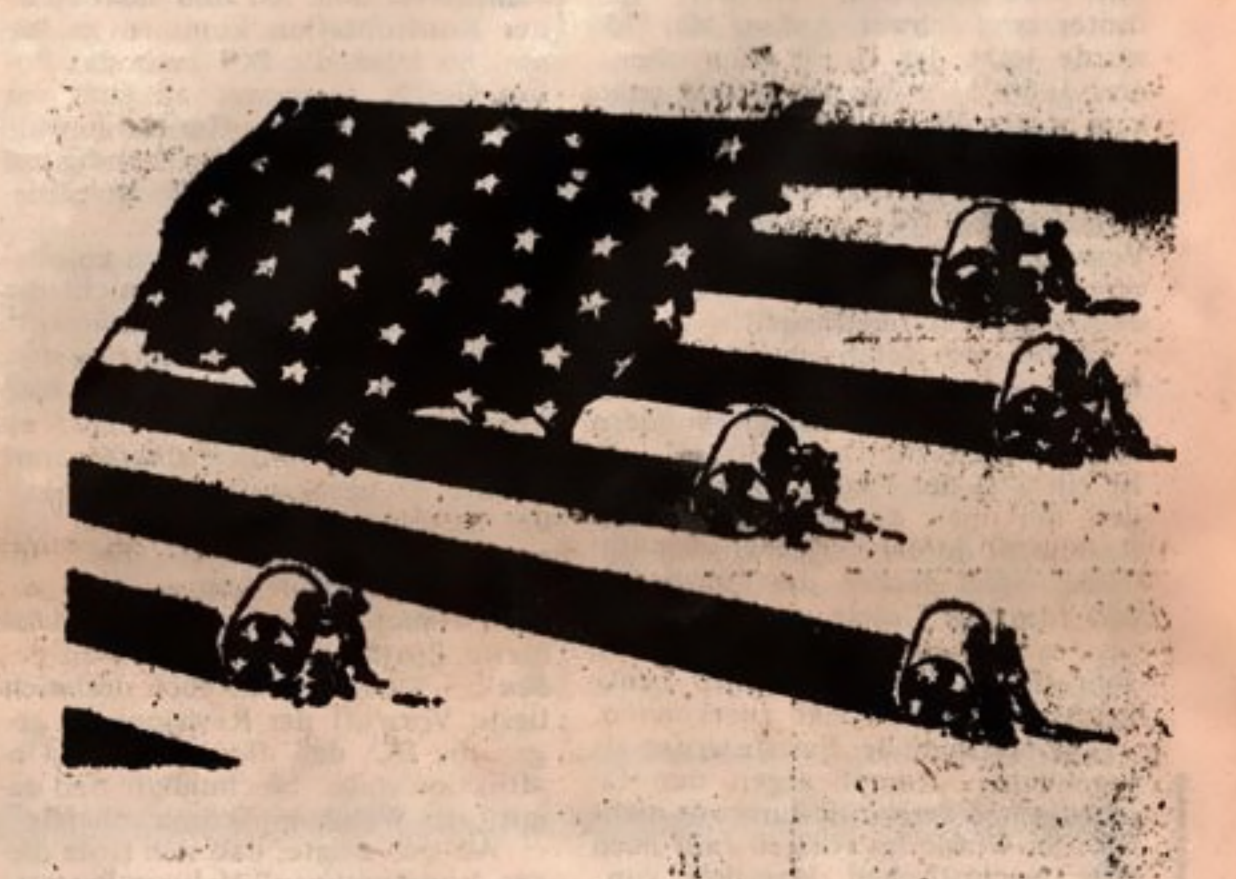
Bleibt die dümmlich - zynische Aussage der „Welt"-Redaktion, daß sie für ihren „Irrtum" die *„Leser, Herrn Fröhder und den abgebildeten Herrn mit der Pistole (!) um Nachsicht zu bitten* (habe)."

Ansonsten wird in dieser „Richtigstellung" nicht weiter auf die kriminelle Fälschung eingegangen, sondern die „Welt"- Redaktion drischt auf die „Panorama"-Moderatoren ein und beschuldigt den ARD-Korrespondenten Fröhder einer unkollegialen Haltung, weil er vor Millionen Fernsehzuschauern den Springerschen Schwindel aufgedeckt und nicht zuvor die „Welt"-Redaktion kontaktiert hat!

Daß es sich im Falle dieser böswilligen Fälschung durch die Springer-Journalisten keineswegs um eine einmalige Entgleisung, sondern nur um einen besonders klaren Ausdruck der für das Haus Springer typischen faschistoiden Meinungsmache handelt, bezeugt u.a. auch die auf der gleichen Seite wie die „Richtigstellung" abgedruckte Greuelpropaganda über angebliche Massenexekutionen in Phnom Penh, wofür als Zeugen ausgerechnet der amerikanische Außenminister und der US-Geheimdienst CIA zitiert werden!!!

Die Springer-Journalisten, die in einem Fall vor aller Öffentlichkeit als Fälscher enttarnt werden konn-

Die Springer-Journalisten, die in einem Fall vor aller Öffentlichkeit als Fälscher enttarnt werden konnten, scheuen sich nicht, ihre Hetzkampagne gegen die befreiten Völker Indochinas fortzusetzen, obwohl zahlreiche Augenzeugen allen Meldungen über angebliche Greueltaten in den befreiten Ländern entschieden widersprochen haben. *„Auch wir haben von den Gerüchten* (über Greueltaten, Anm. d. Red.) *gehört"*, berichtet der ARD-Korrespondent Fröhder. *„Ich bin zweimal an den Ort von angeblichen Exekutionen gefahren, habe aber weder Zeugen noch Spuren gefunden. Ein solches Vorgehen würde auch völlig dem von uns erfahrenen Stil der Roten Khmer widersprechen (!!!)".* ●



„Ami go home!" (Karikatur aus der portugiesischen Presse)

„Ami go home!" (Karikatur aus der portugiesischen Presse)

Ein Roter Khmer kauft am Tage der „Befreiung" Phnom Penhs mit der Pistole ein

Mit vorgehaltener Waffe befiehlt ein Soldat der Roten Khmer am Tage der Kapitulation der kambodschanischen Hauptstadt einem Geschäftsmann, seinen Laden zu verlassen. Unter den Flüchtlingen aus Phnom Penh, die sich an diesem 17. April in die französische Botschaft hatten retten können und jetzt in zwei großen Konvois das Land verlassen durften, befand sich der deutsche ARD-Korrespondent Christoph Fröhder. Es gelang ihm, einige Filme aus dem Land zu schmuggeln. Auf einem war dieses Foto vom plündernden Sieger. Foto: AP

1. Mai – Saigon ist frei!

„1. Mai – Saigon ist frei" – dieser Siegesruf schallte diesen ersten Mai in über 100 Sprachen um die ganze Welt. Millionen und aber Millionen von Arbeitern, Bauern, Werktätigen, Studenten und Schülern feierten den Sieg ihrer vietnamesischen und kambodschanischen Genossen über den US-Imperialismus, diesem Hauptfeind der Menschheit. Die Identifikation aller Kommunisten, Sozialisten und fortschrittlichen Arbeiter mit dem Kampf der indonesischen Völker, zeigt hervorragend die Parole der italienischen FIAT-Arbeiter: „W i r haben in Saigon gesiegt!"

Die größten und mächtigsten Demonstrationen gab es – wie auch schon in den Jahren zuvor – wieder in den asiatischen Ländern: Millionen demonstrierten in der VR China, Vietnam, Japan.... Aber auch in Europa gingen Millionen auf die Straße, besonders in den südeuropäischen Ländern: Portugal, Italien, Griechenland, Frankreich....

Verglichen mit diesen mächtigen Massendemonstrationen, waren die Mai-Feiern und -Demonstrationen in der BRD und den anderen Ländern Nordeuropas vergleichsweise „kümmerlich" und z.T. gegenüber dem Vorjahr auch eher abnehmend (besonders krass: England – vergleiche Artikel dazu).

In der BRD haben sich insgesamt etwa 300.000 Menschen an Demonstrationen zum 1. Mai beteiligt. Das ist angesichts einer Arbeiterklasse von vielen Millionen sehr gering und insgesamt weniger, als allein in Lissabon. Gegenüber den Vorjahren, insbesondere 1972 und 1973, waren die Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai in der BRD eher schwächer besucht. Diese etwas abfallende Tendenz – zweifellos Ergebnis des größer gewordenen politischen und ökonomischen Drucks auf die Arbeiter – wurde allerdings in einigen Städten erfolgreich durchkreuzt.

Die größten Maiveranstaltungen mit jeweils etwa 25.000 Teilnehmern gab es in Hamburg, Bielefeld, München und Westberlin. In Frankfurt waren es etwa 15.000, in Gelsenkirchen (= zentrale DGB-Kundgebung) und Dortmund jeweils etwa 10.000. Alle anderen Mai-Veranstaltungen hatten – z.T. erheblich – weniger als 5.000 Teilnehmer.

Als Redner der DGB-Kundgebung fungierten zumeist hohe DGB-Funktionäre, SPD-Führer und Vertreter der Regierung. Nur selten wurde dies Konzept durchbrochen und es kamen Kollegen aus dem Betrieb zu Wort. Positiv muß erwähnt werden, daß in einigen Städten Sprecher ausländischer Kollegen und mancherorts sogar Sprecher des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT ans Mikrophon gelassen wurden. Die letzteren erhielten zumeist viel Beifall, die ersteren wurden ausgebuht.

Betrachten wir nun die größeren Veranstaltungen, so ergibt sich ein recht unterschiedliches Bild: die Bielefelder Kundgebung, auf der SPD-Boß Brandt sprach, hatte den eindeutigen Charakter einer SPD-Parteiveranstaltung. Opposition gab es kaum, weder von der reformistischen Linken (Jusos, DKP etc.), schon gar nicht von der revolutionären. Nicht ganz so krass sah es in München und Dortmund aus. In Gelsenkirchen dagegen hatte Schmidt es häufig schwer, sich Gehör zu verschaffen. Das lag allerdings weniger an einer stark entwickelten Opposition in Gelsenkirchen selbst, sondern an der Tatsache, daß bestimmte Organisationen (v.a. „KPD") zu dieser Veranstaltung zentral ihre Leute zusammengekarrt hatten.

In Frankfurt und noch stärker in Westberlin und Hamburg dagegen dominierte die Linke gegenüber der SPD. In Frankfurt und Westberlin stellten die Reformisten das Hauptkontingent unter den Linken, in Hamburg die Revolutionäre. Die Westberliner Demonstration war gegenüber den beiden Vorjahren nur noch halb so stark (1973 demonstrierten etwa 50.000, 1974 auf zwei getrennten Demonstrationen etwa ebensoviele).

In Frankfurt und Hamburg – unter den großen Städten der BRD die beiden Ausnahmen mit Jahr für Jahr kontinuierlich steigenden Demonstrationszahlen – waren auch dieses Jahr wieder mehr Demonstranten als letztes Jahr. Zum Vergleich: Gegenüber 15.000 Demonstranten in Frankfurt dieses Jahr, waren es 1974 etwa 10.000, 1973 etwa 8.000 und 1972 etwa 3.000. Ähnlich die Entwicklung in Hamburg: Gegenüber 25.000 Demonstranten in diesem Jahr waren es etwa 10.000 im letzten Jahr und jeweils etwa 7.500 in den Jahren 1973 und 1972 (addiert man für '72 und '73 die Zahl der DGB- und KB-Demonstrationen, die etwa gleichstark waren).

Erwähnen wollen wir exemplarisch noch die Entwicklung in zwei anderen Städten, die ehemals Zentren klassenbewußter gewerkschaftlicher Mai-Demonstrationen waren und dieses Jahr ihren ‚Tiefpunkt' in der Zahl ihrer Teilnehmer und der gesamten Stimmung überhaupt vermelden mußten: Mannheim und Bremen.

Nachdem 1972 und '73 in Mannheim mächtige gewerkschaftliche Demonstrationen stattfanden ('72 demonstrierten etwa 10 000), gab es '74 nur noch eine öffentliche Kundgebung mit etwa 5 - 6 000 Beteiligten. Dieses Jahr wurde zu einer halböffentlichen Versammlung ins Eisstadion gebeten. Es kamen nur noch knapp 2 000, *„die sich in der Weite des Eisstadions verloren"* (wie die DKP in einem Flugblatt in Mannheim feststellen mußte). Diese wenigen gingen auch noch zumeist vor Kundgebungsende und unter Protest.



Mai-Demonstration der „Aktionseinheit" in Göttingen: Typisch für die Verhältnisse in Göttingen *und anderen Städten) – die „Aktionseinheit" wurde von unserer Organisation und einer Vielzahl betrieblicher und gewerkschaftlicher Gruppen, Gremien und Initiativen gebildet, während bei der – zahlenmäßig stärkeren – KBW-Demonstration nur Studenten mitliefen. Der KBW verhinderte ein gemeinsames Auftreten linker Arbeiter und Studenten.

Ähnlich die Entwicklung in Bremen: 1971 demonstrierten hier etwa 10 000 Menschen. Der damalige Minister Ehmke (SPD) mußte seine Rede wegen des überwältigenden Protestes abbrechen. Der Protest wurde wesentlich vom ehemaligen KBB organisiert. 1972 demonstrierten abermals etwa 10 000 Menschen und wieder dominierten die Parolen der Linken (vor allem KBB).

1973 fanden sich noch 6 - 8 000 Menschen ein. Angesichts der abermaligen Dominanz der Linken, bliesen die Gewerkschaftsführer die Demonstration am Versammlungsort ab. Der KBB führte die Demonstration auf eigene Faust durch. Es folgten ihm etwa 5 - 6 000 Menschen. Der KBB, kurz darauf Ortsgruppe des KBW konnte diesen außerordentlichen Erfolg vor allem seiner politischen Arbeit, Agitation und Mobilisierung nicht festigen. Im Gegenteil, kurz darauf wurde im ehemaligen KBB die neue ‚Gewerkschaftslinie' der Heidelberger KBW-Führer durchgesetzt, die einerseits die Bremer Genossen zwang, sich „offen und als solche" im Betrieb als KBW-Mitglieder zu erkennen zu geben (und damit die folgenden ‚Säuberungsaktionen' der Gewerkschaftsführer enorm erleichterten) und andererseits den Verzicht auf organisierte gewerkschaftsoppositionelle Arbeit durchsetzte. – 1974 führte der DGB nur noch eine Kundgebung durch. Der KBW verzichtete auf massive Gegenmobilisierung. Es erschienen dann bloß noch 2 500 – 3 000. Das größte Kontingent stellte der KBW, der diesmal noch massiv versuchte, gegen die Ansprachen der Regierungsvertreter den Protest zu organisieren. Dieses Jahr gab's wieder nur eine Kundgebung mit etwa 3 500 Personen. Diesmal verzichtete der KBW sogar auf den Protest.

Ohne unbescheiden zu werden, aber mit ein wenig Stolz, können wir feststellen, daß Hamburg, die ‚Hochburg' unserer Organisation, im Vergleich mit allen anderen Städten der BRD den größten Erfolg an diesem 1. Mai zu melden hatte: Unter den größten Demonstrationen war in Hamburg die einzige Mai-Demonstration, auf der nicht die SPD und die Revisionisten von DKP & Co. die dominierende Rolle spielten, sondern die revolutionären und radikaldemokratischen Kräfte (die sich zudem schon seit längerem in einer Aktionseinheit zusammengeschlossen hatten und auch zu diesem 1. Mai geschlossen und einheitlich auftraten). Diese Feststellung bedeutet natürlich nicht, daß die Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer auch Mitglieder dieser Aktionseinheit waren; die Mehrheit waren natürlich solche Menschen, die nicht organisiert und einzeln an der Demonstration teilnahmen aber sich in sehr großer Zahl unter den Spruchbändern der Aktionseinheit eingereiht und ihre Parolen mitgerufen hatten. Die nach der DGB-Kundgebung noch stattfindende Demonstration der Aktionseinheit kommunistischer und radikaldemokratischer Organisationen und Gruppen war mit 5 500 bis 6 000 Teilnehmern auch zugleich die größte oppositionelle Mai-Demonstration der Linken in der BRD und Westberlin überhaupt.

Wie stark ist die westdeutsche Linke?

Uns liegen einige Dutzend Berichte unserer Ortsgruppe und Sympathisanten über die Mai-Aktivitäten aus den verschiedenen Städten, sowie die Presse der wichtigsten Organisationen vor. Daraus läßt sich relativ gut die Stärke der westdeutschen Linken, sowie die Taktik der einzelnen Organisationen entnehmen.

Danach haben sich etwa 35.000 Menschen in der BRD an gewerkschaftsoppositionellen Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Maiveranstaltungen solcher Organisationen beteiligt, die links von der DKP stehen (in diese Zahl sind die Veranstaltungen der „Sozial"chauvinisten – „KPD" und ‚KPD/ML" – noch miteinbezogen). Dazu kommen noch westberliner Zahlen, die sich aber schwer abschätzen lassen wegen des großen Teils von nicht organisierten Linken.

Bei Ausklammerung von Westberlin, ergibt sich etwa folgendes Zahlenverhältnis zwischen den einzelnen Organisationen: Als derzeit stärkste Gruppe der westdeutschen Linken, hat der KBW – eigenen Angaben (‚KVZ' vom 7.5.) zufolge – in 60 Städten und Orten etwa 15.500 Menschen zu seinen Kundgebungen auf die Beine gebracht. Diese Zahl ist vermutlich etwas nach oben hin ‚aufgerundet' worden, wie wir bei Überprüfung von Einzelangaben feststellen konnten. An 70 Orten beteiligten sich etwa 9.000 Menschen an Saalveranstaltungen des KBW (hier ist Westberlin mit eingeschlossen – ebenda).

Die zweitstärkste Organisation sind wir selbst mit etwa 7.500 Beteiligten auf unseren Demonstrationen und Kundgebungen und 5.700 auf Saalveranstaltungen.

Es folgen dann die „Sozial"chauvinisten der „KPD" und „KPD/ML", die zumeist gemeinsam auftraten. Nach Angaben der „Roten Fahne" („KPD") beteiligten sich etwa 6.000, nach den etwas bescheideneren Angaben des „Roten Morgen" etwa 5.000 bis 5.500 an Demonstrationen und Kundgebungen in der BRD. Soweit wir Einzelangaben überprüfen konnten, sind diese enorm übertrieben (z.B. gab es in Hamburg eine Demonstration dieser beiden Gruppen mit unter 200 Teilnehmern, während beide Zeitungen von 800 zu berichten wußten). Dazu kommt, daß ein sehr großer Teil dieser Leute mehrere ‚Einsätze' am 1. Mai hatte (z.B. vormittags in Gelsenkirchen, nachmittags in Dortmund). Keinesfalls dürften in der BRD mehr als 4.500 Menschen diesen Propagandisten der „Vaterlandsverteidigung" und ihren Parolen zum „Kampf gegen die Supermächte", besonders „gegen den Sozialimperialismus" gefolgt sein. Hinzurechnen muß man dabei allerdings noch die westberliner Zahlen, um ein vollständiges Bild ihres Einflusses zu erhalten. Westberlin ist traditionell die Hochburg dieser ehemals Super„linken" und heutigen „Sozial"chauvinisten. Nach Angaben der „Roten Fahne" demonstrierten hier 4.000, nach Angaben des „Roten Morgen" 3.000 Menschen unter den Parolen der „Vaterlandsverteidigung".

Vielleicht 2 000 Menschen folgten dem schwäbischen KAB„D"; er veranstaltete in Stuttgart eine zentrale Saalveranstaltung mit 1 500 Teilnehmern (vergl. „Rote Fahne", 9.5.), sowie einige andere Veranstaltungen, zu denen aber keine Zahlenangaben gemacht wurden. – Allenfalls 1 500, wahrscheinlich aber bloß etwa 1 200 folgten den Aufrufen des südbayrischen „Arbeiterbundes" (ehemals ABG). Seine größten Veranstaltungen waren – eigenen Angaben zufolge – in München mit 800 und Altötting mit 80 Beteiligten. – Darüberhinaus hat es eine Reihe weiterer kleinerer Veranstaltungen und Beteiligungen gegeben, vor allem der Spontaneisten und Trotzkisten.

Soweit der Überblick über den derzeitigen Stand des Kräfteverhältnisses unter den westdeutschen Linken. Zur kräftemäßigen Entwicklung der einzelnen Organisationen läßt sich vor allem ein erheblicher Rückgang an Einfluß auf Seiten der ehemals super„linken" Organisationen (vor allem „KPD" und „KPD/ML") feststellen, die in besseren Jahren allein in Westberlin mit über 10 000 Beteiligten auftraten. Diese Entwicklung betrachten wir als äußerst positiv, ohne jedoch dabei zu übersehen, daß damit nicht zugleich auch die Schädlichkeit der Politik dieser Gruppen abnimmt (hier scheint sich eher eine gegenläufige Entwicklung anzubahnen, betrachtet man die neuen – rechtsgerichteten! – Provokationen dieser Leute).

Auch der südbayrische „Arbeiterbund" muß einen deutlichen Schwund seines früheren Einflusses hinnehmen, offenbar Ergebnis der Unfähigkeit seiner führenden Genossen, mit der allgemeinen politisch-theoretischen Diskussion Schritt zu halten. Der Einfluß des KAB„D" dagegen ist eher stagnierend. – Der KBW reklamiert für sich, „an Stärke gewonnen" zu haben, was uns angesichts der von ihm selbst angegebenen Zahlen einigermaßen erstaunt. Immerhin brachte der KBW bei früheren Anlässen zu sogenannten „nationalen Demonstrationen" 20 000 und mehr Beteiligte auf die Beine und man sollte annehmen, daß die Summe lokaler Demonstrationsteilnehmer eher größer ist.

Unsere eigene Organisation war an diesem 1. Mai stärker als im Jahr davor. Dies gilt sowohl insgesamt, als auch für die meisten einzelnen Gruppen, wenn auch mit z.T. erheblichen Unterschieden zwischen ihnen. Die mit Abstand größten Mai-Veranstaltungen unserer Organisation fanden in Hamburg statt und zwar eine oppositionelle Demonstration mit 5.500 bis 6.000 Teilnehmern im Anschluß an die DGB-Kundgebung und einem Mai-Fest mit etwa 4.500 Beteiligten (über 4.300 Eintrittskarten zu zwei Mark wurden verkauft und inzwischen abgerechnet; ein größerer Schwung nahm ohne Eintrittskarte am Fest teil). Die nächstgrößten Veranstaltungen unserer Organisation fanden statt in Flensburg mit 300 Beteiligten (Kundgebung), Göttingen mit etwa 200 (Demonstration), Lübeck mit 150 (Kundgebung), Bremerhaven mit 120 (Maifest).

In acht weiteren Städten fanden Versammlungen unserer Organisation mit unter bzw. nicht erheblich über 100 Beteiligten statt. Dazu kam noch eine Reihe kleinerer Versammlungen von Sympathisanten-Gruppen.

Leider muß an dieser Stelle festgestellt werden, daß mit Ausnahme unserer Gruppen in Hamburg, Flensburg und auch Göttingen in allen anderen Städten die Genossen unserer Organisation im wesentlichen unter sich blieben, oftmals nicht einmal ihre engeren Sympathisanten einbezogen haben. Insbesondere unsere Gruppen in Kiel, aber auch solche in anderen Städten (vor allem Westberlin und Frankfurt) blieben in ihren Anstrengungen und Ergebnissen erheblich hinter gerechtfertigt erscheinenden Erwartungen zurück.

Politik und Bemühungen unserer Organisation etwa im letzten halben Jahr bestanden vor allem darin, über die Einbeziehung möglichst vieler antikapitalistischer Initiativen, Jugendgruppen, gewerkschaftsoppositioneller Gruppen etc. eine einheitliche Kampffront gegen die Krisen- und Sparpolitik, sowie gegen Rechtsentwicklung, gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft aufzubauen. Gemäß unserer Verankerung lagen dafür die besten Möglichkeiten zunächst im Bereich der arbeitenden, aber auch der lernenden Jugend. Unser spezielles Vorgehen zum diesjährigen 1. Mai bestand darin, diese Kampffront (Aktionseinheit) auszubauen bzw. dort, wo in dieser Richtung nochnicht gearbeitet wurde, dafür erste Ansätze zu legen.

Diese Politik setzt eine scharfe Dezentralisierung der Mobilisierung und Agitation, sowie die Aktivierung jedes einzelnen Genossen, die Entwicklung seiner Eigeninitiative usw. voraus. Unter den Bedingungen der heutigen politischen „Großwetterlage" ist eine massive Mobilisierung nicht mehr durch das eine oder andere – mehr oder weniger gut gelungene – „zentrale Aufrufflugblatt" (Plakat etc.) zu leisten. Solche Flugblätter dienen heute mehr der allgemeinen Agitation, als der konkreten Mobilisierung. Dieser Punkt ist von den meisten Gruppen unserer Organisation viel zu wenig beachtet worden. Eine bloße „Mobilisierung" über Flugblätter etc. setzt in der Regel eine schon vorhandene Politisierung, schon bestehende Bereitschaft zu politischem Handeln bei den Menschen voraus. Das ist heute in aller Regel nicht der Fall. Umgekehrt ist heute – mehr denn je – eine Mobilisierung als Politisierung möglich; sie läuft also hauptsächlich über politische Diskussionen in einzelnen Initiativen, betrieblichen Gruppen, Jugendkollektiven etc., über vorbereitende Schulungs-Diskussionen, Lese-Zirkel, Arbeitsgruppen, kleine politische Veranstaltungen in einzelnen Schulen, Stadtteilen, Gewerkschaften. Genau dieser allgemeinen Tendenz ist unsere Politik der „breiten Aktionseinheit" auf den Leib geschnitten. Die Verfolgung dieser Politik von unseren einzelnen Ortsgruppen verlangt aber mehr, als die plakative Übernahme von Konzeption und Parolen der in Hamburg erfolgreich praktizierten Aktionseinheit. Sie setzt einen anderen Arbeitsstil, ein anderes Herangehen an die Probleme, als bisher praktiziert, voraus; sie fordert einen gewissen Bruch mit liebgewordenen Gewohnheiten, die darin bestehen, daß sich die örtlichen Leitungen um die zentralen Kampagnen „kümmern", während der größte Teil der Organisation sich eher passiv verhält.

Nehmen wir nochmal das Beispiel unserer Kieler Gruppe: Die Genossen machen eine recht breit angelegte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, die z.T. vorbildlich ist. Ihre innerbetriebliche Mobilisierungsfähigkeit ist z.T. beachtlich und findet nur wenig Parallelen. Die Genossen der örtlichen Leitung haben in immer größerem Umfang örtliche Zeitungen und einen wahren Flugblatt-Segen zu allen möglichen politischen Themen – z.T. gekonnt – herausgegeben. Dennoch blieben sie auf ihrer Mai-Veranstaltung im wesentlichen unter sich, was einen resignativen Rückschlag hatte. Rückblickend muß festgestellt werden, daß die zentrale örtliche Agitation für die „Katz" war, daß hier bloß Geld und Energien verschwendet wurden. Andererseits wurde versäumt, die zahlreichen Sympathisanten unserer betrieblichen Arbeit ener-

FORTSETZUNG SEITE 20

FORTSETZUNG VON SEITE 19

gisch in die politischen Kampagnen einzubeziehen, sie zu politisieren etc. Diese Mängel sind offensichtlich und Kiel ist unter unseren Gruppen durchaus keine Ausnahme.

Neben dieser – mehr grundsätzlichen Ausrichtung unserer Organisation – vertrat der KB zum 1. Mai die Taktik einer Beteiligung an gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen unter den Parolen unserer Plattform, bzw. solchen Parolen, die Ausdruck örtlicher Aktionsbündnisse mit anderen antikapitalistischen Kräften waren. Darüberhinaus wurden nach Möglichkeit eigenständige Aktivitäten angestrebt, also eigene sozialistische Demonstrationen (zu DGB-Kundgebungen, oder im Anschluß daran), sowie eigene Kundgebungen, möglichst alles auf der Basis breit angelegter Bündnisse.

In einer Reihe von Städten ist es zu Bündnissen mit demokratischen Organisationen gekommen. In keinem Fall jedoch zu solchen mit kommunistisch sich nennenden Organisationen: Die „Sozial"chauvinisten schieden für uns von vorn herein aus, der KBW lehnte jedwede Bündnisse ab; wo dennoch Absprachen mit ihm getroffen wurden (z.B. Kiel), wurden sie von ihm in letzter Minute gebrochen.

Der KBW verfolgte im allgemeinen eine ähnliche Taktik wie wir, lehnte dabei jedoch Bündnisse mit anderen Organisationen grundsätzlich ab und zwar mit dem witzigen Hinweis auf die gewerkschaftliche Demonstration, die schon ein solches Bündnis sei. Dennoch haben sich einige kleinere Gruppen von uns (z.B. Bremen, Hannover) den KBW-Demonstrationen angeschlossen. Wo sich der KBW zu schwach fühlte, verzichtete er auf eine eigene Demonstration oder Kundgebung (wie z.B. in Hamburg, wo die Leitung dieser ziemlich abwirtschafteten KBW-Ortsgruppe nicht müde wurde, uns wegen der eigenen Demonstration im Anschluß an die DGB-Kundgebung zu beschimpfen, uns „Spaltertum" etc. vorzuwerfen).

„Arbeiterbund" und KAB„D" schränkten ihre eigenständigen Aktivitäten auf Abend-Veranstaltungen in den letzten Apriltagen und am 1. Mai ein. Ansonsten gingen sie ganz in den DGB-Demonstrationen und -Kundgebungen auf. „KPD/ML" verzichtete – wie auch schon in den Vorjahren – auf Beteiligung an DGB-Veranstaltungen, die pauschal als „Regierungsfeiern" diffamiert wurden. Die „KPD" beteiligte sich dagegen zumeist und zog danach unter den „Vaterlandsverteidiger-Parolen weiter, in der Regel, um irgendwo abseits noch das kleine Häuflein von „ML"ern aufzulesen, um den Rest des Weges gemeinsam zurückzulegen. ●

1. Mai in Spanien:

Bombe für Franco

In fast allen größeren Städten Spaniens demonstrierten am 1. Mai trotz Verbots und brutaler Polizeieinsätze Arbeiter, Studenten, Schüler und andere Teile des Volkes. In Barcelona kam es nach einer Meldung des Westdeutschen Rundfunks am Abend des 30. April zu einer Demonstration von 15.000 Antifaschisten, die erst nach einer Stunde von der Guardia Civil aufgelöst werden konnte.

Maßarbeit leisteten jene Genossen in Madrid, die eine Sprengladung in einem Auto vor dem Fußballstadion Bernabeu in Madrid zur Explosion brachten. In dem Fußballstadion wurde die traditionelle Mai-Veranstaltung der faschistischen Syndikate abgehalten, bei der die höchsten „Würdenträger" des Staates zu den „Ehren"gästen gehören – eine offene Verhöhnung des Arbeiterkampftages. Just in dem Moment, wo in bombastischer Leuchtschrift der Name „Franco" auf einer Leuchttafel erschien, um diesen Herren zu „ehren" detonierte (Punkt 21.30 Uhr) vor dem Stadion die Sprengladung. Eine Rauchwolke zog über das Stadion ... Während Franco angeblich ruhig sitzen blieb (Alterstaubheit?), sollen Prinz Juan Carlos und einige Minister nervös auf ihren Sitzen rumgerutscht sein („Süddeutsche Zeitung", 3.5.75). Weder Rundfunk noch Fernsehen durften über den schönen Vorfall berichten. Bei der Explosion kamen übrigens keine unbeteiligten Menschen zu Schaden.

In der Nähe von San Sebastián wurde ein Fernsehturm durch eine Bombenexplosion erschüttert, im weiten Umkreis fielen alle Fernsehsender aus. In Galdácano im Baskenland entdeckte die Polizei frühzeitig ein ebenfalls mit einer Sprengladung versehenes Auto.

Auf der anderen Seite steht eine (offizielle) Bilanz von über 100 Verhafteten, einem Toten und mehreren Schwer- und Leichtverletzten. Zu den Verhafteten gehören auch 18 Anhänger der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), die am Grab ihres Parteigründers Pablo Iglesias einen Kranz niederlegen wollten. Sie wurden von den Schlägerbanden der sogenannten „Christkönigskrieger" angegriffen und verprügelt; auch Journalisten wurden von diesen faschistischen Schlägern mißhandelt. Die 18 von der PSOE (darunter ein offenbar führendes Mitglied, der Professor der Universität von Santiago de Compostela, Francisco Butelo, sowie seine Frau, Dozentin an der Universität Madrid) wurden inzwischen in das berüchtigte Gefängnis Carabanchel in Madrid eingeliefert. In einer „Protestnote" „tadelte" Bruno Friedrich, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, diesen Vorgang und äußerte aufgrund der „nervösen Verbotsreaktion" der Regierung in Madrid *„Zweifel am Mut der spanischen Führung zu einem Öffnungsprozeß zur Demokratie"* („FR", 9.5.75). Eine Kritik unter sonst guten Freunden ...

In Vigo erschoß die Guardia Civil den 48jährigen Pförtner eines Kraftwerkes mit der äußerst „einleuchtenden" Begründung, sie habe „20 maskierte junge Männer, die rote Fahnen trugen" von einem Angriff auf die Polizei „abschrecken" wollen („SZ", 3.5.75)!? ! Aus Protest gegen diesen erneuten Mord der Guardia Civil kam es in Vigo in den folgenden Tagen zu zahlreichen Demonstrationen und Streiks.

In Granada holte die Polizei am 1. Mai 60 Priester, Mönche, Studenten und Arbeiter aus der Kirche San Isidro. Dort hatten sich diese aus Solidarität mit 36 Arbeitslosen, die seit zwei Tagen die Kanzlei des Erzbischofs besetzt hielten, eingeschlossen. ●

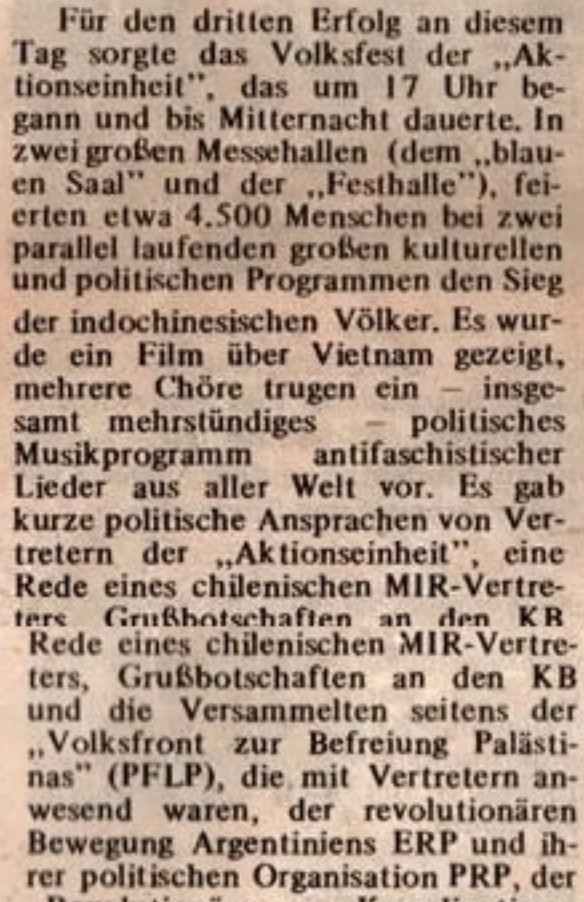
Portugal/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

1. Mai in Hamburg:

Eine mächtige Demonstration im Zeichen des Klassenkampfes

Eine so große Demonstration hatte Hamburg lange nicht mehr erlebt: 25.000 Menschen – zumeist Jugendliche – demonstrierten am 1. Mai 1975 mehrere Stunden lang unter roten Fahnen und zumeist klassenbewußten und kämpferischen Parolen durch Hamburg. Aufgerufen hatte der KJA (Kreisjugendausschuß) des DGB, verschiedene Einzelgewerkschaften, sowie alle linken politischen Organisationen, darunter vor allem die „Hamburger Aktionseinheit" (ein Zusammenschluß des KB, SSB, BDJ, einiger Bezirksgruppen der „Jungdemokraten" und über 70 einzelner Initiativen aus Betrieben, Gewerkschaften, Berufsschulen, Schulen, der Universität, sowie einiger Gruppen ausländischer Arbeiter und Studenten).





Diese Hamburger Mai-Demonstration war zugleich eine der größten in der BRD überhaupt und in jedem Fall ihre klassenbewußteste. Sie brachte zugleich mehr als eine Verdoppelung gegenüber der Teilnehmerzahl im letzten Jahr. Dieser außerordentliche Erfolg steht u.E. in engem Zusammenhang mit der kontinuierlichen Massenarbeit in Betrieb, Gewerkschaft und Jugendbereich, wie sie vor allem von den Organisationen und Gruppen der „Hamburger Aktionseinheit" im letzten Jahr geleistet wurde. Dies zu betonen ist umso wichtiger, als DKP & Co. inzwischen untergetaucht und KBW und andere offenbar vollkommen „abgeschlafft" sind.

Demonstriert wurde in Blöcken nach Industriegewerkschaften. Insbesondere die großen Blöcke der IG Metall, der IG Chemie, der HBV und der IG Druck wurden praktisch ausschließlich beherrscht von den Parolen und Spruchbändern der „Aktionseinheit". In den Blöcken der ÖTV (dies war der stärkste Block überhaupt), der GEW und der Studenten kamen verschiedene politische Tendenzen zum tragen, also neben den Blöcken und Gruppen der „Aktionseinheit" auch solche der SPD, der Jusos, der DKP/SDAJ.

Allerdings fehlte – im Gegensatz zum letzten Jahr – fast völlig das massive Auftreten der reformistischen Linken (DKP/SDAJ, Jusos etc.) mit ihren „Mitbestimmungs"-Parolen. Traten letztes Jahr noch sehr scharf die Gegensätze zwischen reformistischer und revolutionärer Linken inform eines ständigen Sprech-Parolen-„Kampfes" und einer ziemlich großen Zahl von „Rangeleien" und gelegentlich auch Schlägereien auf, so gab es dieses Jahr kaum Versuche der Revisionisten, ihren „Mitbestimmungs"unfug zu verbreiten. Auch die versuchten Übergriffe von DKP-Schlägern und DGB-Ordnern reduzierten sich dies Jahr auf zwei Fälle, bei denen abwechselnd versucht wurde, den Metall-Block und den Block der Drucker abzudrängen. Angesichts des Kräfteverhältnisses wurden diese Versuche jedoch rasch aufgegeben.

Ausdruck für den politischen Charakter dieser Demonstration war auch die riesige Halde von Spruchbändern, die die DGB-Führung mit ihr genehmen Parolen hatte eigens für diese Demonstration anfertigen lassen und die nun keiner mit sich schleppen wollte und per LKW wieder ins DGB-Haus geschafft werden mußten.

Auf der Abschluß-Kundgebung versuchten die „offiziellen" Sprecher – IGM-Boß Loderer und Finanzminister Apel (Sparschwein) – bei Wahrung eines „Sicherheits"abstandes zu den Demonstranten von über 100 Metern vergeblich sich Gehör zu verschaffen. Ihre Reden gingen in den Sprechchören und Protesten der Massen unter. Noch vor Ende der Kundgebung verließen sie den Platz; die meisten, um nach diesem langen und erfolgreichen Marsch nach Hause zu gehen; ein nicht unbedeutender Teil formierte sich nochmals zur sozialistischen Demonstration der „Hamburger Aktionseinheit".

Größte Demonstration der Linken seit vielen Jahren

Ebenso wie die DGB-Demonstration am Morgen, war auch die gegen mittag startende sozialistische Demonstration der „Aktionseinheit" ein voller Erfolg, den wir in dieser Größenordnung nicht erwartet hatten: 5.500 bis 6.000 Menschen marschierten hier noch mit (der Polizeibericht sprach sogar von 10.000, was aber zweifellos übertrieben war). Diese Demonstration stand noch stärker als die am Morgen im Zeichen des Sieges der Völker Indochinas: *„1. Mai – Saigon ist frei!"* und *„Saigon ist dahin – und trägt den Namen: Ho Chi Minh!"*, waren die beliebtesten Parolen zu diesem Thema.

Die vornweg getragene Hauptparole lautete:
„Vietnam: Sieg im Volkskrieg!". Dazu ein Dutzend Fahnen der FNL und anderer Organisationen, z.B. ELN und MIR aus Südamerika. Marschiert wurde durch die Arbeiterviertel von St. Georg bis zum Hansaplatz, traditioneller Sammelplatz linker Demonstrationen. Der Einmarsch auf den Platz dauerte fast eine halbe Stunde. Auf der Abschlußkundgebung sprachen nacheinander ein Vertreter des KB, des BDJ, der „Jungdemokraten" und des chilenischen MIR. Dazu wurde eine Grußadresse der portugiesischen revolutionären Organisation LUAR verlesen, sowie eine uns über das zuständige Ministerium zugeschickte Grußadresse des MFA, worin bedauert wurde, unserer Einladung zum 1. Mai nach Hamburg nicht folgen zu können, da nach wie vor das skandalöse Einreise-Verbot für MFA-Vertreter durch die Bundesregierung aufrechterhalten wird. Alle Redner wurden immer wieder durch große Beifallsstürme unterbrochen; besonderen Beifall lösten vor allem die Reden der ausländischen Genossen aus, die immer wieder durch Rufe: *„Hoch – die – internationale Solidarität!"* sowie durch spanische und portugiesische Parolen unterbrochen wurden. Der gemeinsame Gesang der „Internationale" beendete diese erfolgreiche Kundgebung.

Antiimperialistisches Volksfest

Für den dritten Erfolg an diesem Tag sorgte das Volksfest der „Aktionseinheit", das um 17 Uhr begann und bis Mitternacht dauerte. In zwei großen Messehallen (dem „blauen Saal" und der „Festhalle"), feierten etwa 4.500 Menschen bei zwei parallel laufenden großen kulturellen und politischen Programmen den Sieg der indochinesischen Völker. Es wurde ein Film über Vietnam gezeigt, mehrere Chöre trugen ein – insgesamt mehrstündiges – politisches Musikprogramm antifaschistischer Lieder aus aller Welt vor. Es gab kurze politische Ansprachen von Vertretern der „Aktionseinheit", eine Rede eines chilenischen MIR-Vertreters Grußbotschaften an den KB
Rede eines chilenischen MIR-Vertreters, Grußbotschaften an den KB
und die Versammelten seitens der „Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP), die mit Vertretern anwesend waren, der revolutionären Bewegung Argentiniens ERP und ihrer politischen Organisation PRP, der „Revolutionären Koordinations-Junta" Südamerikas etc.

Den Übergang zum „beschwingteren" Teil des Abends leitete eine chilenische Musikgruppe (der Sozialistischen Partei) mit südamerikanischer Volksmusik ein, zu der getanzt wurde. Den Abschluß des Programms bildeten dann einige Polit-Rock- und Blues-Gruppen.

In den weitläufigen Nebenräumen der „Festhalle" lief das „Neben-Programm" mit Kino, DIA-Vorträgen, Spielen (das beliebte „Faschisten-Werfen"), ein mehrstündiges Kinderprogramm, Würstchen-, Kuchen-, Bier- etc. Verkauf. Dazu haben viele Gruppen der „Aktionseinheit" Agitationsstände, Wandzeitungen, Ausstellungswände vorbereitet, auf denen ihre Arbeit dargestellt wurde; hier hielten sich Genossen und Freunde zu Diskussion und Information bereit.

Insgesamt stand dieses Fest natürlich im Zeichen des Sieges der indochinesischen Völker und der Solidarität mit ihnen beim Wiederaufbau ihrer zerstörten Länder. Demzufolge wurde während des gesamten Festes zugunsten der FNL gesammelt, liefen Versteigerungen und die Erlöse aus den meisten Verkäufe wanderten direkt in den Spenden-Topf (mit Ausnahme des Eintrittspreises und des Erlöses aus dem Bier-Verkauf, die für die Unkosten-Deckung benötigt wurden). Insgesamt brachte dieses Fest die stolze Summe von 28.896,77 DM ein, die zusammen mit inzwischen neu eingetroffenen Spenden in nächster Zeit einem FNL-Vertreter direkt übergeben werden. ●

1. Mai in Dänemark:

Massendemonstrationen in allen größeren Städten

In Dänemark wurden – Ergebnis auch der heftigen Kämpfe des zurückliegenden Jahres – in allen größeren Städten Arbeiterdemonstrationen abgehalten. Die größten Aktionen fanden in Kopenhagen statt. Dort beteiligten sich 70 bis 80.000 Menschen an Demonstrationen und Kundgebungen. Aber auch in Aalborg, Odense, u.a. Städten beteiligten sich jeweils Tausende.

In Kopenhagen trafen sich mehrere Demonstrationszüge, von verschiedenen politischen Richtungen organisiert, im „Falledparken". Dort fanden auch mehrere Kundgebungen statt. Einen Demonstrationszug organisierte der dänische Gewerkschaftsbund LO zusammen mit der sozialdemokrati-
zusammen mit der sozialdemokrati-
schen Partei. Dort beteiligten sich ca. 10.000 Menschen. Diese Demonstration stand unter der Hauptforderung nach „Wirtschaftsdemokratie" – vergleichbar unseren „Mitbestimmungsplänen". Sozialdemokratische Parteipropaganda – mit Blick auf die sozialdemokratische Minderheitsregierung, die es zu stärken gelte – nahm den übrigen Raum ein.

Mit 25.000 Teilnehmern wesentlich größer war die von den dänischen Revisionisten (DKP) organisierte Demonstration. Forderungen waren solche gegen Aufrüstung, gegen erneute Sparmaßnahmen der Regierung zu Lasten der Werktätigen, gegen Arbeitslosigkeit und Regierungseingriffe in die Tarifautonomie. Auch wurden Solidaritätsparolen mit dem Sieg der Völker Indochinas mitgeführt.

Die DKP stellte nicht nur in Kopenhagen, sondern auch andernorts vielfach das größte Kontingent bei den Mai-Aktionen. Damit bestätigt sich eine Entwicklung, die schon bei Betriebsrätewahlen sichtbar geworden ist, daß den Revisionisten derzeit die wachsende Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie Dänemarks zugute kommt.

Über die Kundgebungen der übrigen reformistischen und der revolutionären Linken ist bislang nicht viel bekannt außer der Information der bürgerlichen Presse, daß diese im Verhält-
nis zu LO und DKP „recht beschei-
nis zu LO und DKP „recht bescheiden" besucht gewesen seien. Im „Falledparken" fanden jedenfalls zur gleichen Zeit auch Kundgebungen statt von den „Linkssozialisten" und den „Volkssozialisten" zusammen mit dem trotzkistischen „Revolutionären Sozialistischen Bund". Auf diesen Kundgebungen, die ganz im Zeichen des Sieges in Indochina standen, wurde auch Solidarität geübt mit Aktionen dänischer Arbeiter bei „Uniprint", die ihren Betrieb besetzt hatten, und bei „Sabroe", wo gerade gestreikt wurde. LO und DKP verurteilten bzw. schwiegen zu diesen Aktionen. ●

Dänemark-Kommission, KB/Gruppe Flensburg

Nur schwache Mai-Demonstrationen in England:

„England raus aus der EG!"

In England ist der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag. Während die englische Arbeiterklasse 1973 an diesem Tag ihren Protest gegen das reaktionäre Anti-Streikgesetz der Tories mit zwei Millionen Streikenden und 20 000 Demonstranten in London und Birmingham sowie Demonstrationen in allen größeren Städten Englands manifestiert hatte, fanden 1974 und auch in diesem Jahr nur kleinere Demonstrationen statt. In London kamen nicht mehr als 3 000 Menschen zusammen, in Liverpool waren es 2 000. Die Londoner Demonstration wurde von Labour-Industrieminister Tony Benn angeführt, dem prominentesten Gegner der EG-Mitgliedschaft Englands. So war auch die Hauptforderung der Demonstranten „England raus aus der EG". Außerdem forderten sie die Freilassung der seit 1973 unter dem Anti-Streikgesetz inhaftierten zwei Bauarbeiter aus Shrewsbury und wandten sich gegen Versuche, die Abtreibungsgesetze zu verschärfen.

Insgesamt ist die geringe Beteiligung an den Demonstrationen ein Ausdruck für die allgemeine Desorientierung und das Abflauen der spontanen Bewegung in der englischen Arbeiterklasse. Während sie 1972/73 im Kampf gegen die arbeiterfeindliche Tory-Regierung eine sehr starke spontane Kampfbereitschaft bewiesen hatte, liegt die Führung des aktuellen Kampfes der englischen Arbeiter, gegen den Verbleib Englands in der EG, voll in den Händen der linken Anti-EG Labour-Fraktion. Als gute Sozialdemokraten orientieren diese selbstverständlich nicht auf einen Kampf der Arbeiter, wie er zum Beispiel am 1. Mai hätte ausgedrückt werden können, sondern auf die Abgabe des Stimmzettels am 5. Juni, wo über die EG-Mitgliedschaft abgestimmt wird. ●

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg



Massendemonstration am 1. Mai in Lissabon

Massendemonstration am 1. Mai in Lissabon

Der 1. Mai in Portugal: Sozialdemokratische Provokationen werden von den Arbeitern massiv zurückgewiesen

Der 1. Mai war in Portugal ein wahrer Kampftag der Arbeiterklasse, die in allen Teilen des Landes in machtvollen Demonstrationen ihre berechtigten Forderungen und ihre feste Entschlossenheit, den revolutionären Prozeß weiter voranzutreiben, zum Ausdruck brachte. Allein in Lissabon beteiligten sich mehrere Hunderttausend Menschen an der Demonstration, zu der die Einheitsgewerkschaft Intersindical aufgerufen hatte. Ein Versuch von Anhängern der rechts-liberalen Partei P.P.D., sich in die Demonstration zu mischen, wurde von den Arbeitermassen abgewehrt, die damit korrekt die demagogische Beteiligung dieser bürgerlichen Partei am Kampftag der Arbeiter zurückwiesen.

Die offensten Provokationen gegen die portugiesische Arbeiterklasse gingen aber von der sozialdemokratischen P.S. aus. Schon bei der Vorbereitung zur Kundgebung hatten die Sozialdemokraten zunächst schlicht und einfach verlangt, daß die Einladung der Einheitsgewerkschaft „Intersindical" an zwei Organisationen der revolutionären Linken – den M.E.S. und die F.S.P. – zur Teilnahme an der Kundgebung und Sitz ihrer Führer auf der Rednertribüne rückgängig gemacht würden. Statt dessen verlangten die P.S.P.-Führer, daß die arbeiterfeindliche P.P.D. offiziell zu den Mai-Veranstaltungen der Gewerkschaft geladen werden sollte.

Als die P.S. damit nicht durchdrang, versuchte sie zu erzwingen, daß M.E.S. und F.S.P.-Organisationen auf der Abschlußkundgebung im „Stadion des 1. Mai" kein Rederecht erhalten sollten. Die überwiegend revisionistisch kontrollierte „Intersindical" kniff daraufhin und bot an, daß überhaupt keine Vertreter von politischen Parteien, sondern nur Staatspräsident Costa Gomes, Ministerpräsident Conçalves und ein Vertreter der „Intersindical" als Redner auftreten sollten.

Das wiederum veranlaßte den M.E.S., nicht als Organisation gemeinsam mit P.C., M.D.P., F.S.P., P.S. und „Intersindical" zur Einheitsdemonstration aufzurufen, sondern seine Mitglieder und Sympathisanten als Gewerkschaftsmitglieder zur Teilnahme aufzufordern.

Am 1. Mai selber fanden sich die P.S.-Gruppen nicht, wie vereinbart, am Sammelplatz aller Demonstrationsteilnehmer ein, sondern konzentrierten sich gesondert vom Gros der Demonstration; später versuchten sie dann, nicht ihren vereinbarten Platz am Schluß der Demonstration einzunehmen, sondern sich an ihre Spitze zu setzen, was aber vereitelt wurde.

Im „Stadion des 1. Mai", wo die Abschlußkundgebung stattfinden sollte, konzentrierten sich die P.S.-Gruppen in einem Block und begannen mit ihren sattsam bekannten provokatorischen Sprechchören (etwa: „Sozialismus ja – Diktatur nein!", „Nieder mit dem russischen Sozialfaschismus!" usw.). Während der Reden von Costa Gomes, Conçalves und dem „Intersindical"-Vertreter fuhren sie damit fort und versuchten, durch Auspfeifen und Buhrufe die Redner unverständlich zu machen. Als besondere Provokation hielt Mário Soares während dieser Reden im Stadion eine Mini-P.S.-Kundgebung ab.

Diese gezielten Provokationen wurden von der Wochenzeitung „Sempre Fixe" (3.5.) in den richtigen Zusammenhang gerückt: *„In diesem Zusammenhang müssen wir daran erinnern, daß dies nicht das erste Mal war, daß M.F.A.-Mitglieder öffentlich ausgepfiffen wurden: dasselbe war zuvor ein einziges Mal geschehen, und zwar im September vergangenen Jahres, wobei es einen wichtigen Teil des konterrevolutionären Putschversuches darstellte, der am 28. September scheiterte."* (Gemeint war das Massentreffen der Faschisten und Spinolisten in der Lissaboner Stierkampfarena am Vorabend des geplanten Putschversuches, bei dem Spinola bejubelt und andere M.F.A.-Sprecher ausgepfiffen wurden.)

Als die P.S.-Provokateure bemerkten, daß sich die anwesenden Arbeiter nicht durch ihre Manöver beeindrucken ließen, sondern im Gegenteil sich nachdrücklich dagegen wandten, versuchte sie sich selbst als „unschuldige Opfer böswilliger kommunistischer Machenschaften" hinzustellen. Und zwar wiesen sie darauf hin, daß Mário Soares von einem „Intersindical"-Ordner am Betreten der Rednerbühne gehindert worden sei. Nun stimmt es zwar, daß Mário Soares nach all seinen Provokationen gegen die Arbeiter und die fortschrittlichen Soldaten daran gehindert wurde, seine Aktionen auch noch von der Rednertribüne (und damit vor den Fernsehkameras) fortzusetzen – das ist aber sicherlich ein Sieg der portugiesischen Arbeiterklasse, die damit weitere Provokationen dieses Agenten der Bourgeoisie verhinderte.

„Es lebe das Volk von Vietnam" – Maidemonstration in Portugal

Gegen diese „Behinderung" veranstaltete die P.S. dann am nächsten Tag eine Protestdemonstration, an der sich rund 25.000 Personen, darunter zahlreiche Anhänger von P.P.D., der faschistischen C.D.S. und – wie üblich – der A.O.C.-Provokateure, beteiligten, die Losungen übelster Art („Die Intercunhal ist nicht Portugal!", „Nieder mit der Militärdiktatur!") verbreiteten.

Wie nicht anders zu erwarten, nahm die P.S. den Ausgang der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung zum Anlaß, eine neue breite antikommunistische Kampagne zu entfachen. Der 1. Mai, mit seiner Massenmobilisierung und umfangreichen Berichterstattung in allen Nachrichtenmedien, bot dafür einen besonders geeigneten Ausgangspunkt – vor allem, um – nachdem die P.S.-Versuche zur Spaltung der Gewerkschaften fehlgeschlagen waren – auf neuen Wegen eine Kontrolle über die Gewerkschaften anzustreben (diesmal über die Forderung nach sofortigen „freien" Neuwahlen der Gewerkschaftsleitungen, bei denen sich die Sozialdemokraten ein ähnliches Abschneiden wie bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung erhoffen). Diese Versuche wurden allerdings von den portugiesischen Arbeitern eindeutig zurückgewiesen. ●

Portugal/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Viele Hunderttausend Menschen demonstrierten in Portugal für die entschiedene Fortsetzung des revolutionären Prozesses

FORTSETZUNG VON SEITE 1

VW-Konzern: 31.000 in der BRD entlassen – 10.000 in Brasilien neu eingestellt

se zu gestiegenen Preisen an den Mann gebracht werden. Um die Herstellungskosten dieser schrumpfenden Produktion so niedrig wie möglich zu halten, werden in der BRD die „Lohnlisten ausgedünnt" (wie in der bürgerlichen Presse die Massenentlassungen bei VW bezeichnet werden), die nichtentlassenen Arbeiter durch ständige Produktivitätserhöhungen Entlassungsdrohungen, niedrige Lohnabschlüsse usw. in die Zange genommen. Zugleich steigt der Kapitalexport und die Produktionsverlagerung, vor allem in Länder mit faschistischen Regierungen, in denen die Ausbeutung der Arbeiter ungeheure Ausmaße erreicht und die Organisationen der Arbeiterklasse, vor allem auch die Gewerkschaften, entmachtet sind.



Wolfgang Sauer, Viehzüchter und Boss von VW in Brasilien: Auf Expansionskurs geschaltet

Wirtschaftswunder Brasilien – für wen?

Ein Paradebeispiel für ein solches Land ist Brasilien. Dort erhalten von den 33 Millionen registrierten Berufstätigen 70% nicht mehr als den von der Regierung festgesetzten Mindestlohn, der Anfang 1974 bei etwa 130 Mark lag. Und das bei Preisen, die zumindest für Nahrungsmittel durchweg so hoch sind wie in der BRD! Vier Millionen Arbeiter erhalten sogar nur ein Viertel bis Hälfte dieses Hungerlohns, und eine nicht feststellbare Zahl bekommt lediglich Naturalien oder hat überhaupt kein Einkommen. Da die Heraufsetzung der Mindestlöhne immer unter der Inflatonsrate lag, ging in den letzten 10 Jahren mehr als 40% Kaufkraft verloren; die wirtschaftliche Produktion wuchs aber im gleichen Zeitraum um 50%! Dem brasilianischen Industrie- und Landarbeiter geht es also trotz des vielgerühmten „Wirtschaftswunders" in diesem Land immer schlechter! Von dem Boom der letzten Jahre hat nur eine dünne Mittel– und eine ganz kleine Oberschicht profitiert, die etwa 20% der Gesamtbevölkerung ausmachen (zur Zeit etwa 104 Millionen). Massenkaufkraft gibt es nicht, und es ist auch nicht vorgesehen, den Konsum der Reichen für einen Massenmarkt zu opfern. Auf diese Weise werden die größten Profite erzielt. Die Industriegüter und Nahrungsmittel, die im Inland nicht abgesetzt werden können, gehen in den Export. Ein Beispiel dafür, wie sehr nur für den gehobenen Markt produziert wird, ist, daß der Anteil von Autobussen – dort das Verkehrsmittel der Massen – an der gesamten brasilianischen Kfz-Produktion in den letzten Jahren von 31% auf 10% zurückging, während der Anteil an Personenwagen – einem Luxusgut für die Reichen – von 20% auf 60% anstieg. Die brasilianischen Arbeiter sind kaum gewerkschaftlich organisiert. Die sogenannten „Gewerkschaften" spielen in Brasilien auch nur die Rolle eines Vereins für Rechtshilfe und Gesundheit, in Arbeitsbedingungen und Lohnfragen haben sie sich den faschistischen Gesetzen entsprechend nicht einzumischen. Die Regierung setzt den Satz der jährlichen „Lohnaufbesserung" einfach fest.

(Um den gleichen Satz steigen dann automatisch Mieten, Sozialversicherungsbeiträge, Verpflichtungen aus Teilzahlungsverträgen und anderes mehr). Für 1974/75 liegt er mit 41,4% zum ersten Mal über der offiziell zugegebenen Inflationsrate von 36%. An solche frisierten Inflationszahlen glaubt jedoch inzwischen kein Mensch mehr. Im übrigen soll speziell der VW – Konzern darauf hingewirkt haben, daß die diesjährige Lohnerhöhung nicht höher ausfiel. Wie der derzeitige Leiter des brasilianischen Volkswagenwerkes, Wolfgang Sauer (45Jahre, nebenbei Viehzüchter in Brasilien), betont, zahle das Werk den höchsten Durchschnittslohn des Landes, bis 2000 Cruzeiros brutto (ca. 650 DM). Ein Stundenverdienst von umgerechnet DM 1,80 gilt bereits als sehr gut. Man beachte aber außerdem die Arbeitszeiten, um auf diesen Lohn überhaupt zu kommen: Neben 240 „normalen" Arbeitsstunden kommen pro Monat meist noch 60 bis 120 Uberstunden hinzu! Nur so ist die brasilianische Arbeiterfamilie in der Lage – zusammen mit Verdiensten der Frau als Wäscherin, Büglerin oder Haushaltshilfe und Kinderarbeit – sich gerade über Wasser zu halten.



VW do Brasil auf Expansionskurs

„Volkswagen do Brasil", in der Nähe der Stadt São Paulo an der Autobahn zur Hafenstadt Santos gelegen, ist mit z.Zt. 42.000 Arbeitern und Angestellten die größte Privatfirma Südamerikas. Während in der BRD 1974 Produktion und Absatz zurückgingen, wurden sie in Brasilien um 15% und 11% erhöht. Der Anteil von VW am brasilianischen Automarkt liegt bei 53%. Den Rest teilen sich andere neun Werke auf (alle sind Töchter ausländischer Mutterhäuser).

Natürlich ist auch die gesamte brasilianische VW-Produktion (Käfer, Passat, Kombis usw.) nur für zahlungskräftige Kunden (ein VW 1300 kostet beispielsweise DM 12.000,–) oder für den Export bestimmt.

„VW do Brasil" exportiert in 31 Länder, darunterMotoren und Getriebe in der BRD (bis Ende 1974 über 60.000 Einheiten). Dafür werden massige Exportsubventionen kassiert: z.B. können bei besonders hohen Exporten neue Maschinen nach Brasilien zollfrei eingeführt und bestimmte Steuern brauchen nicht gezahlt zu werden. In vielen Ländern will „VW do Brasil" neue Montage-Werke einrichten, so zum Beispiel im Vorderen Orient und in Afrika. „VW do Brasil" nimmt auch an einer Ausschreibung zum Bau eines neuen Produktionsbetriebes in Chile teil (natürlich ist auch Mercedes mit von der Partie!). Erhält VW den Zuschlag von der faschistischen Junta, sollen dort innerhalb der nächsten drei Jahre 200 Millionen US-Dollar investiert werden. – In Brasilien selbst baut VW gerade ein ganz neues Werk an der Autobahn, die von der Stadt Sao Paulo nach Rio de Janeiro führt – und die Neue Heimat verdient am Wohnungsbau für die künftige VW-Belegschaft. (Auch einige andere imperialistische Autokonzerne, die in den Ländern, in denen sie ihren Hauptsitz haben, massenhaft Arbeiter entlassen, investieren massiv im faschistischen Brasilien: Fiat (580 Millionen US-Dollar), Fort (700 Millionen) und Chrysler, General Motors, Mercedes Benz.)

Der letzte Knüller von „VW do Brasil" ist der Kauf eines 150.000 ha großen Stücks Urwald am Amazonas-Gebiet. Dort sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre 110.000 Rinder grasen und dann in dort geplante Kühlhäuser und Fleischverarbeitungsbetriebe wandern, Holzverarbeitungsbetriebe sollen folgen. Natürlich hat VW-Boß Sauer hierfür von der Regierung immense Steuervergünstigungen erhalten. (Diese werden im gesamten Norden und Nordosten des Landes gewährt; allein im Nordosten ist VW deshalb bereits an über 150 Firmen und Projekten beteiligt.) Arbeitsplätze werden durch das VW-Projekt kaum geschaffen. Der Amazonas-Urwald aber wird durch die massive und unkontrollierbare Abholzung für die geplante extensive Viehwirtschaft vernichtet und so der Grundstein für das Entstehen neuer Dürregebiete gelegt.

Das düstere Bild von der „Krise bei VW" entpuppt sich also als handfeste Lüge. Arbeiter werden nur da entlassen, wo das Einheimsen von Profiten schwieriger geworden ist. Anstatt den Absatz der BRD-Produktion z.B. durch Preissenkungen wieder anzukurbeln, wurden die VW Modelle von März 1974 bis April 1975 um durchnittlich um 20% erhöht und tausende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße gesetzt. Zur selben Zeit schalten die gleichen Kapitalisten in Ländern, wo faschistische Regierungen durch unverschämte Ausbeutung leichte und noch größere Gewinne ermöglichen, auf Expansionskurs. ●

Spanien – Portugal Kommission KB, Gruppe Hamburg

Trinidad und Tobago: Texaco-Kapitalisten setzen bewaffnete Truppen gegen streikende Kollegen ein – IG Chemie Vorstand verschweigt die Vorfälle

Aus einem Rundbrief der „Internationale Föderation der Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden" (ICF) vom 21.4.75 an die ihr angeschlossenen Gewerkschaften geht hervor, daß 11 000 Erdölarbeiter bei der Texaco auf Trinidad und Tobago (Mitgliedstaat des Commonwealth auf den Kleinen Antillen, AK) streiken. Die Arbeiter fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Die dortige Regierung setzt auf Wunsch der Texaco-Kapitalisten Polizei und Militär gegen die streikenden Kollegen ein. In einem Telegramm des Präsidenten der streikführenden Gewerkschaft auf Trinidad an den Dachverband ICF heißt es, es wird versucht, *„den Streik zu brechen durch Einsatz von Polizei und Soldaten in Panzerwagen und mit Schlagknüppeln ausgerüstet – viele Arbeitnehmer einschließlich schwangere Frauen wurden geschlagen – viel Blut vergossen . . ."*

Der Generalsekretär der ICF, Charles Levinson, setzte in einem Rundbrief die Führungen der angeschlossenen Gewerkschaften über die Streiks der 11 000 Ölarbeiter bei

Rundbrief die Führungen der angeschlossenen Gewerkschaften über die Streiks der 11 000 Ölarbeiter bei

Texaco in Kenntnis und forderte *„Solidaritätsprogramme nach dem Verfahren für Solidaritätsaktionen mit Arbeitnehmern in multinationalen Konzernen."* In der BRD ging dieser Aufruf in erster Linie an die IG Chemie, die als Mitglied der ICF in der BRD für den Mineralölbereich zuständig ist. (IG Chemie-Vorsitzender Karl Hauenschild ist zugleich Präsident der ICF, ein Rang unter dem Generalsekretär Levinson).

Obwohl das vom reformistischen ICF vorgesehene Solidaritätsprogramm für solche Fälle nichts anders enthält als Maßnahmen, die die jeweiligen Staaten in ihren Gesetzen zulassen, wie Kundgebungen, Verweigerung von Überstunden usw., erschien in der gesamten westdeutschen Gewerkschaftspresse nicht einmal ein Hinweis auf die Vorfälle in Trinidad und Tobago. Ganz zu schweigen von Solidaritätsaktionen.

Die IG-Chemieführung ließ sich lediglich dazu herab, ein „Solidaritätstelegramm" abzufassen und enthielt selbst das noch den Kollegen vor, um die Angelegenheit ja nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Damit bildete sie eine Einheit mit der gesamten bürgerlichen Presse der BRD, die ebenfalls kein Wort zu dem Polizei- und Militäreinsatz brachte.

Die IG Chemieführung rechtfertigte ihr unsolidarisches Verhalten im internen Kreis mit einer angeblichen Friedenspflicht.

Wenn die Friedenspflicht (eine solche gibt es für Streikaufrufe) aber dafür herhalten muß, daß in der gesamten Gewerkschaftspresse k e i n W o r t erscheint, muß das selbst einen Reformisten bedenklich stimmen.

Das Ausmaß der verräterischen Haltung der IG Chemieführer kann an zweierlei gemessen werden:

Einmal fällt sie selbst dann den streikenden Kollegen in den Rücken, wenn sie ein anderer reformistischer Gewerkschaftsführer um Hilfe bittet. George Weekes, Präsident der zuständigen Gewerkschaft in Trinidad und Tobago, rief in seinem Telegramm an die ICF *„zur Unterstützung in jeder möglichen Art und Weise"* auf.

Zum anderen reicht es selbst dann bei den Sozialdemokraten nicht zu einem Minimum an internationaler Solidarität, wenn gegen einen Streik mit Polizei und Militär vorgegangen wird, der von der Führung ihrer Schwestergewerkschaft unterstützt wird, und in diesem (für die Reformisten „legalen") Streik Kollegen, darunter schwangere Frauen, zusammengeschlagen werden.

Wir veröffentlichen nachstehend eine Abschrift des Rundbriefes, in dem die IG Chemie-Führer Hauenschild, Engelmohr und Co von der reformistischen ICF-Führung zu Solidaritätsaktionen aufgefordert werden:

Die Erdölarbeiter in Trinidad, Mitarbeiter der Erdölarbeitergewerkschaft, führen einen der bittersten Streiks in der Geschichte von Trinidad und Tobago durch. Der Hauptgrund für diesen Streik ist rein wirtschaftlicher Art, obwohl behauptet wird, daß bestimmte politische Motivierungen ebenfalls Faktoren der Streitigkei-

daß bestimmte politische Motivierungen ebenfalls Faktoren der Streitigkei-

ten sind. Wir gehen hier nicht auf die Einzelheiten dieser Art – so wichtig sie auch sein mögen – ein. Wir bestätigen vielmehr unsere völlige Solidarität mit den Erdölarbeitern, die lediglich wegen ihrer gerechtfertigten Forderungen nach beträchtlich verbesserten Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen und anderen Verbesserungen in den Beziehungen zu diesem gigantischen Konzern streiken, der zusammen mit Shell Rohöl aus dem Nahen Osten in größeren Mengen für den amerikanischen Mark raffiniert.

Die Gewinne der Texaco beliefen sich – wie bei anderen Erdölgiganten – auf astronomische Zahlen. Die Texaco ist für ihre illegalen Manöver, für verfälschte Auskünfte über die Verfügbarkeit des Erdöls und heimliches Einverständnis mit den arabischen Erdöl produzierenden Ländern bekannt, die dazu dienen, Boykotte, Gerüchte über Erdölknappheit usw. zu inszenieren und um Arbeitnehmern und Konsumern in Ost und West, in Nord und Süd, enorme Summen zu entlocken, die in den Privattresoren der Führerschicht der staatlichen oder privaten multinationalen Wirtschaftsreiche, die die Welt beherrschen, verschwinden.

Texaco steht an der Spitze dieser historischen Bewegung und kann es sich wirklich leisten, ihren Beschäftigten in Trinidad einen mageren Teil ihrer ungerechtfertigten Gewinne zukommen zu lassen. Dies gilt besonders in einer Industrie, wie die des Erdöls, in der die Arbeitskosten ungeheuer gering – in Trinidad sogar ganz unbedeutend sind – und insofern keineswegs einen Einfluß auf Kosten und Preise haben. Der Konzern gibt viel mehr für trügersiche Reklame aus, um die Bevölkerung zu täuschen, als für Lohnkosten, besonders, wenn zwischen den Löhnen für Beschäftigte und den Gehältern unterschieden wird, die den Direktoren gezahlt werden, die die höchsten jemals in der Geschichte der Geschäftsführung dagewesenen Zulagen an direkten und indirekten Einkommen – und zwar größtenteils steuerfrei – erhalten.

Deswegen bitten wir unsere Mitglieder, Solidaritätsprogramme nach dem Verfahren für Solidaritätsaktionen mit Arbeitnehmern in multinationalen Konzernen zu starten:

1 *Bitte senden Sie Solidaritätsbotschaften und Telegramme an die folgende Adresse: George Weekes, President General, Oil Workers Trade Union, Pointe A. Pierre, San Fernando, Trinidad und Tobago, Kleine Antillen;*

2 *Informieren Sie die Direktion in Petroleum- und Chemiewerken der Texaco über ihre Opposition gegen die Maßnahmen der Direktion in Trinidad:*

3 *Informieren Sie die Beschäftigten in der Texaco über den Streik und verlangen Sie geeignete nationale, den Umständen entsprechende Aktionen: Protestkundgebungen, symbolische Versammlungen, Arbeitsniederlegungen usw.;*

4 *Versuchen Sie zu verhindern, daß*

4 *Versuchen Sie zu verhindern, daß*

raffiniertes Erdöl aus den Raffininerien der Texaco auf den Markt der USA gelangt, die diesen normalerweise nicht versorgen.

Der Premierminister von Trinidad drohte mit der direkten Einfuhr von Roherdöl aus anderen Quellen, um den Streik zu brechen. Warnen Sie den Konzern bitte, daß eine solche heimliche Abmachung zwischen der Regierung und dem Konzern bemerkt und künftig mit geeigneten Maßnahmen entgegnet würde.

Das Brechen von Streiks durch irgendeine Regierung mittels solcher Drohungen ist eine nicht zu tolerierende Verletzung der grundlegenden demokratischen Gewerkschaftsrechte und eine Bedrohung der wesentlichen Freiheiten der Arbeitnehmer überall in der Welt;

5 *Bereiten Sie sich bitte, für den Fall, daß weitere Unterstützung erforderlich wird, auf eine Verweigerung der Leistung von Überstunden in der Texaco vor. Wir wissen, daß dies auf dem Petroleumsektor schwierig ist, fordern jedoch besonders – wo möglich – Vorbereitungen hierfür und zwar ebenfalls auf dem Chemiesektor der Texaco.*

Über weitere Entwicklungen werden wir Sie auf dem laufenden halten.

Das Sekretariat erhielt gerade folgendes Telegramm:

„Telegramm erhalten – elftausend Arbeitnehmer danken für Solidaritätserklärung mit Streik wegen fünfwöchigem Bündnis zwischen Regierung und Konzern – wodurch versucht wird, den Streik zu brechen durch Einsatz von Polizei und Soldaten in Panzerwagen und mit Schlagknüppeln ausgerüstet – viele Arbeitnehmer einschließlich schwangerer Frauen wurden geschlagen – viel Blut vergossen – Aufruf zur Unterstützung in jeder möglichen Art und Weise – George Weekes, President General OWTU"

Mit kollegialem Gruß

Charles Levinson, Generalsekretär ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

VW/Audi:

„Hilfsprogramm" für die Kapitalisten

Nach dem Wirbel der VW-Aufsichtsratssitzung und den beschlossenen Massenentlassungen von 25.000 Arbeitern und Angestellten bei VW und Audi/NSU (vergl. AK 60), arbeitet das VW-Management an der Durchführung der Beschlüsse.

Für 21.000 Beschäftigte begann Anfang Mai die sechste Kurzarbeitsperiode dieses Jahres. In den Audi-Werken sind bereits 500 Beschäftigte entlassen. Der dem Gesamt-VW-Aufsichtsrat untergeordnete Aufsichtsrat von Audi hat mittlerweile die VW-Beschlüsse akzeptiert und beschlossen, die 6.400 Entlassungen in Neckarsulm und Ingolstadt noch in den kommenden acht Monaten dieses Jahres über die Bühne zu ziehen. Die „Arbeitnehmervertreter" in diesem Gremium lieferten einmal mehr den Beweis, wie wenig sie den Angriffen der Kapitalisten entgegenzusetzen haben, wie sehr sie bereit sind, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu verscherbeln. Voll Stolz berichtet der IG-Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Steinkühler, über die „Erfolge" der „Arbeitnehmer" im Aufsichtsrat:

Man habe den Versuch einer *„echten Streckung der geplanten Freisetzungsmaßnahmen"* unternommen und dabei teilweise Erfolg gehabt. *„Unter anderem wurde die Formulierung (!!) der geplanten Maß-*

men und dabei teilweise Erfolg gehabt. *„Unter anderem wurde die Formulierung (!!) der geplanten Maß-*

nahmen in der Weise abgemildert, daß die Freisetzungen ‚weitgehend' 1975, jedoch nicht völlig 1975 abgeschlossen werden müssen" („Handelsblatt", 23.4.75).

So wie die Gewerkschaftsführer bereits im VW-Aufsichtsrat eigene Vorschläge zur bestmöglichen und unauffälligen Durchführung von Massenentlassungen machten (siehe nebenstehende Erklärung der IGM-Führung), beschränkt sich auch hier die Vertretung der „Arbeitnehmerinteressen" auf ein Schattenboxen, das vielleicht sprachwissenschaftlich nicht ganz uninteressant ist, in seiner realen Bedeutung für die Betroffenen aber Jacke wie Hose ist. Massenentlassungen bleiben Massenentlassungen, daran ändern auch einige Monate Verschiebung der Entlassungen nichts. Diese Linie der Scheinverteidigung der „Arbeitnehmerinteressen", die praktisch nur das Durchführen der Maßnahmen der Kapitalisten erleichtert und in den Reihen der betroffenen Arbeiter den **Eindruck** von Auseinandersetzungen vermitteln soll, tragen die Gewerkschaftsführer in die Betriebe hinein. Auf einer VW-Betriebsrätetagung, Ende April (unter Leitung des IGM-Vorsitzenden Loderer) wurden die Betriebsräte darauf eingestimmt. Die Ergebnisse berichtet voll Stolz das DGB-Organ „Welt der Arbeit":

„Wir müssen mit dem Ergebnis leben und hoffen, daß wir ohne anzeigepflichtige Entlassungen auskommen" (Betriebsrat aus Hannover) und die Frage sei, *„wie kann man aus der vorgegebenen Marschrichtung noch am günstigsten herausmarschieren?"* (25.4.), so der Betriebsratsvorsitzende von VW-Emden, Schmiedl.

Deutlicher kann das Kapitulantentum der Gewerkschaftsführer vor den Angriffen der Kapitalisten wohl kaum zum Ausdruck kommen.

Protestversammlung der Audi-Arbeiter in Neckarsulm

VW-Werk in den USA wird vorbereitet

Die Kapitalisten bereiten mittlerweile weitere Schläge gegen die.

Die Kapitalisten bereiten mittlerweile weitere Schläge gegen die.

VW-Beschäftigten vor. Insbesondere der Ausbau des Auslandsgeschäfts ist neben den Rationalisierungen im Innern vorrangig. So wird beispielsweise in Brasilien die Belegschaft in diesem Jahr von 35.000 auf 50.000 erhöht, der Produktionsausstoß beträgt dann 2.000 Wagen täglich und das Geschäft lohnt, denn die brasilianischen Arbeiter erhalten im Durchschnitt weniger als drei DM Stundenlohn!!

Der Aufbau eines VW-Werks in den USA ist in der Vergangenheit offiziell immer dementiert worden, tatsächlich stand er aber immer in der Planung. Nicht aus Spaß fährt VW-Boß Schmücker in der ersten Mai-Hälfte in die USA. Da ein Neuaufbau eines Werks in den USA eine zu hohe Investition bedeutet, verhandelt er mit amerikanischen Firmen um eine Kooperation (unter anderem mit American Motors) oder um die Montage fertiger Teile in den USA. Der bisherige Export in die USA macht 35% des gesamten Exports und fast 25% der gesamten Produktion aus. Wenn auch nur die Montage in die USA verlegt wird, bedeutet dies die völlige Schließung des Emdener VW-Werks mit derzeit noch fast 7.000 Beschäftigten. Das Werk montiert Wagen fast ausschließlich für den USA-Export.

Während die Vorbereitungen hierfür laufen, ist man aus *„psychologischen Gründen der Meinung, daß zunächst einmal der Kapazitätsabbau im Inland und die damit verbundenen Entlassungen durchgeführt werden sollten"* („Süddeutsche Zeitung", 24.4.).

Mit den zuletzt gefaßten Massenentlassungsbeschlüssen ist also bisher erst ein Teil der umfassenden Angriffe auf die VW-Beschäftigten eingeleitet. Wer glaubt, er sei noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen, verkennt, daß er morgen schon der nächste sein kann. Alle Entlassungen erfordern die Antwort: den gemeinsamen Kampf gegen die Rationalisierungspolitik der VW-Kapitalisten.

SPD-Regierung verjubelt wieder Steuergelder

SPD-Regierung verjubelt wieder Steuergelder

„Bund und Land sind jetzt dran", so fordert es die „Welt der Arbeit" (25.4.). Damit versuchen die DGB-Führer den Eindruck zu erwecken, daß der Staat als „neutrale" Institution jetzt den in Not geratenen Arbeitern helfen muß. Die Verantwortung wird damit den Kapitalisten abgenommen, diese sind aller Sorgen ledig.

Bundes- und Länderregierungen sind inzwischen mit allerlei VW-„Hilfsprogrammen" und sonstigen Vorschlägen bei der Hand. So fordert beispielsweise Baden-Württembergs „Landesvater", der Erz-Reaktionär Filbinger (CDU), daß der *„üppige VW-Haustarif abgebaut werden soll, um dadurch jährlich mehrere 100 Millionen DM"* zu sparen. *„Die Solidarität der Arbeitnehmer (!!!) ist nach meiner Überzeugung groß genug, um die hier zu bringenden Opfer tragen zu helfen"* („Handelsblatt", 22.4.). Filbinger, der sich geschickt vor den Kommunalwahlen als „Retter von Audi" zu profilieren versuchte und lautstark die VW-Beschlüsse der SPD-Regierung kritisierte, fordert damit die Arbeiter zusätzlich noch auf, weiteren Lohnraub zu akzeptieren und behauptet, daß dadurch die Arbeitsplätze sicherer würden. **Dabei haben die Kapitalisten niemals ernsthaft auch nur in Erwägung gezogen, Arbeitsplätze zu erhalten, schließlich geht es ihnen in erster Linie um eine langfristige Profitsanierung und nicht darum, durch kurzfristige Zuschüsse (für Investitionen, Löhne etc.) ihren Laden zusammenzuhalten. VW will sich gesundschrumpfen und gleichzeitig mehr Kapitalexport betreiben. Diese erklärte Absicht unterstützt auch die Bundesregierung die bereits in der Vergangenheit erklärte, sie beabsichtige nicht, die Automobilindustrie zu subventionieren. Diese müsse allein mit ihren Problemen fertig werden.**



Lehrlinge von Audi/NSU erklären sich mit ihren Kollegen solidarisch

> **Erklärung der IGM-Gewerkschaftsführung zu den VW-Entlassungen**
>
> Ohne Kommentar.
> *„Der Vorschlag der Arbeitnehmervertreter* (der alternativ zu dem des VW-Vorstands gestellt wurde, die Red.) *sieht im einzelnen vor, daß die geplanten* **Massenentlassungen** *in den Werken Salzgitter, Hannover und Neckarsulm* **auf rund 4.700** *reduziert und auch nicht sofort vorgenommen werden, sondern auf das zweite Halbjahr 1975 und das gesamte Jahr 1976 verteilt werden. Darüberhinaus sollte sich die Konzernleitung verpflichten, auf vorgesehene Massenentlassungen dann zu verzichten, wenn eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eintritt.* **Die Arbeitnehmervertreter waren mit beschäftigungspolitischen Anpassungsmaßnahmen** *in Form von Aufhebungsverträgen, Nichtersetzen der Fluktuation und Pensionierungen* **für rund 15.000 Arbeitnehmer einverstanden,** *wenn diese Maßnahmen gleichmäßig auf die Jahre 1975 und 1976 verteilt werden ... Sie bedauerten, daß ihr Versuch zu einer einvernehmlichen Regelung im Auf-*
>
> *1976 verteilt werden ... Sie bedauerten, daß ihr Versuch zu einer einvernehmlichen Regelung im Auf-*
>
> *sichtsrat zu kommen, an der mangelnden Kompromißbereitschaft der Kapitaleigner scheiterte".*
> (Nach „Zeit" vom 25. April).

Während die SPD-Regierung einerseits die „betriebswirtschaftlich unvermeidlichen" Entlassungen unterstützt, spielt sie andererseits „volkswirtschaftlich" den Retter der betroffenen Arbeitnehmer. Zusammen mit den Ländervertretern hat sie ein Hilfsprogramm aus der „Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" beschlossen. Nach diesem Programm stellen Bundes- und Länderregierungen jeweils 105 Millionen DM zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Bundesregierung zahlt dabei 45 Millionen DM an Baden-Württemberg, 51 Mill. DM an Niedersachsen und neun Mill. an Hessen. Den selben Betrag bringen die betroffenen Länder noch einmal auf. **Dieses Geld wird als Investitionshilfe für die Kapitalisten verwendet. Zusätzlich zu den allgemeinen Prämien und Zulagen, die die SPD-Regierung den Kapitalisten heute bereits zahlt.**

Damit sollen Investitionen der Kapitalisten in Wolfsburg, Salzgitter, Braunschweig und Kassel 25% Zuschüsse bekommen, in Emden, Heilbronn und Neckarsulm 20%. Baden-Württemberg zahlt allen Ausländern bei Audi (insgesamt sind 37% der bei Audi Beschäftigten Ausländer) eine „Rückkehrprämie".

Das Geld soll durch „Umschichtungen" in den Haushalten aufgebracht werden. Das bedeutet: Aus den Steuergeldern der Werktätigen werden die Entlassungen bei VW abgesichert. Zusätzlich erhalten unter dem Deckmantel „neue Arbeitsplätze schaffen" die Kapitalisten noch Millionen-Geschenke! Die Arbeiter sind dreifach angeschissen: entlassen wird trotzdem; neue Ar-

noch Millionen-Geschenke! Die Arbeiter sind dreifach angeschissen: entlassen wird trotzdem: neue Ar-

beitsplätze wirken sich, wenn überhaupt, erst längerfrisitg aus: „Umschichtungen" im Haushalt heißt konkret: das Geld wird bei sozialen Leistungen (Wohnungsbau, Schulen, Krankenhäuser etc.) eingespart.

Das VW-Hilfsprogramm der Bundes- und Länderregierungen ist ein Programm zur Hilfestellung für höhere Profite der Kapitalisten. Die SPD-Regierung erweist sich einmal mehr als Föderer und Beschützer kapitalistischer Profitpolitik.

Für die betroffenen Arbeiter bedeutet das Programm keine Hilfe. Im Gegenteil, es stellt eine zusätzliche Belastung für die gesamte Arbeiterklasse dar. ●

Leitung KB/Gruppe Bremen

Bremen:

SPD-Senat subventioniert „notleidende" Kapitalisten

Bekannt ist, daß die SPD/FDP-Bundesregierung mit ihrem „Sonderprogramm zur Förderung der Beschäftigung" die Kapitalistenklasse aus Steuergeldern der Werktätigen zusätzlich mästet.

Dieses „Sonderprogramm" sieht Ausgaben von 2,9 Milliarden DM vor (laut „Handelsblatt" vom 24.4. sind davon bisher 2,13 Mrd. DM ausgegeben). Zusätzlich gibt es noch die Investitionsprämie, über deren Ausgabenumfang bisher noch keine Zahlen vorliegen (wofür jedoch acht Milliarden DM „zur Verfügung stehen").

Weniger bekannt ist, daß auch die einzelnen Bundesländer sich hieran beteiligen und insgesamt noch einmal zusätzlich 650 Millionen DM beisteuern. Gerade unter dem Gesichtspunkt, daß besonders die Landesregierungen überall den Rotstift bei den Sozialleistungen und der Schul- und Berufsausbildung ansetzen, ist dies eine Riesenschweinerei. Bremen's SPD-Senat hat nun bekannt gegeben, wie dieses Geld verwendet wird.

„....ergänzend zu den Maßnahmen der Bundesregierung (bieten der Senator für Arbeit und das Arbeitsamt) den Arbeitgebern der privaten Wirtschaft zusätzliche Lohnsubventionen an, wenn sie bereit sind, Arbeitslose zu beschäftigen" („Bremer Nachrichten", 3.5.).

Für die Kapitalisten lohnt sich das Angebot des SPD-Senats:

durch *„Eingliederungsbeihilfen"* soll *„besonders die Einstellung von Jugendlichen unter 18 Jahren gefördert werden, die für eine Ausbildung nicht geeignet sind (!!!), jedoch für Hilfs- bzw. Anlerntätigkeit durchaus in Frage kommen".* („BN", 3.5.). **Für die Dauer eines Jahres übernimmt das Arbeitsamt die Lohnkosten in der Höhe von 60 - 100 % !!!**

- **stellt eine Firma Arbeiter über 45 Jahre ein, die mindestens sechs Monate arbeitslos sind, kann sie für ein Jahr lang 100 % des Lohns erhalten!**
- **„Einarbeitungszuschüsse" von 100 % für sechs Monate zahlt das Arbeitsamt bei Anlernern etc.**

(Diese Zuschüsse gelten nur für Leute mit Wohnsitz Bremen-Land).

- **Arbeitslose aus Gebieten, in denen die Arbeitslosenquote über dem Bundesdurchschnitt liegt (das trifft im Fall Bremen insbesondere für Oldenburg zu) können mit einem 60-prozentigen Lohnkostenzuschuß für ein halbes Jahr eingestellt werden.**

Alle diese Geschenke des Senats aus den Steuergeldern der Werktätigen erfüllen den Zweck, daß sie den Kapitalisten neue Geldquellen eröffnen und daß in der Bevölkerung der Eindruck erweckt wird, man sei ‚sozial', man kümmere sich um die Arbeitslosen. Hinter der Ideologie, daß, wenn man dem Kapitalisten etwas gibt, für den Arbeiter auch etwas abfällt, verbirgt sich nur eine geschickte Form der zusätzlichen Ausquetschung der Werktätigen, die über die „Spar"-Haushalte vor allem der Länderregierungen noch einmal besonders geschröpft werden.

Das Märchen von der Schaffung neuer Arbeitsplätze, soll nur verschleiern, daß den Kapitalisten bei Neueinstellungen die Auswahl in dem großen Heer von Arbeitslosen erleichtert wird. Man nimmt einfach die, die am wenigsten Kosten verursachen. Die große Masse der Arbeitslosen hat dadurch noch lange keinen neuen Arbeitsplatz, schon gar nicht werden weitere Massenentlassungen verhindert.

Mehr und mehr erweisen sich in der kapitalistischen Krise die Staatsorgane als treusorgende Geschäftsführer der Kapitalisten, die das ihre tun, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. ●

Leitung KB/Gruppe Bremen

Stübbe-Demag, Kalldorf:

Demag entscheidet: Das Werk schließt!

Der Demag / Mannesmann Konzern hat jetzt entgültig die Schließung des Werkes Stübbe-Demag in Kalldorf/Kalletal beschlossen (über die Kämpfe der Stübbe-Arbeiter haben wir im ARBEITERKAMPF ausführlich berichtet). Nachdem angebliche Verkaufsverhandlungen gescheitert sein sollen, will der Konzern damit seinen Plan, den er bereits mit dem Aufkauf des Werks verfolgte, durchführen: Ein lästiger Konkurrent ist ausgeschaltet, aus dem Werk ist noch ausreichend Profit rausgeholt worden und der Laden wird jetzt dicht gemacht. Die verbliebenen 600 Arbeiter (von einstmals 1200 bei Übernahme des Werks durch Demag 1969) erhielten das „Angebot", in anderen Demag- oder Mannesmann -Werken zu arbeiten.

Bei Bekanntwerden der Demag-Entscheidung am 6. Mai traten die 600 Stübbe-Beschäftigten spontan in einen mehrstündigen Prostestreik und versammelten sich auf dem Betriebsgelände.

Mit ihren Kampfaktionen in der Vergangenheit (darunter eine zweitägige Betriebsbesetzung) haben die Stübbe-Arbeiter wiederholt gegen die Pläne der Kapitalisten protestiert. ●

Leitung KB/Gruppe Bremen

Kurzarbeit und Entlassungen in der Stahlindustrie

In den Stahlwerken der Bundesrepublik wird weiterhin die Kurzarbeit durchgeführt (vgl. dazu die letzten Nummern des ARBEITERKAMPF) und die Rationalisierung vorangetrieben.

Die **August Thyssen-Hütte in Duisburg hat jetzt als erste bekanntgegeben,** daß sie auch ihre Belegschaft seit dem großen Stahlboom 1973/74 verringert hat. Insgesamt 3.000 Stahlarbeiter sind bereits seit Oktober 74 rausrationalisiert worden (die Belegschaft verringerte sich von insgesamt 147.000 auf 144.000). Für 14.000 ist bereits Kurzarbeit durchgeführt worden – dies bedeutet allerdings noch nicht das Ende der Belastungen für die Belegschaft.

Die **Bremer Klöckner-Hütte** verschärft ebenfalls ihre Rationalisierungspolitik. Nachdem sie über die Einigungsstelle gegen den Einspruch des Betriebsrats Kurzarbeit vom März bis Ende Juni durchgesetzt hat, ist jetzt bekanntgeworden, daß die Hüttenleitung ab 23. Juni plant, den Betrieb für 14 Tage dichtzumachen und nur mit 1.000 Mann Notbelegschaft (von über 6.000) weiterzuarbeiten. Durchgedrungen ist auch, daß diese Maßnahme nach der Sommer„pause" wiederholt werden soll.

Für die Belegschaft bedeutet die Kurzarbeit enorme Lohneinbußen.

In der Stahlindustrie wirkt sich das besonders aus, da hier die verschiedenen Zulagen einen großen Teil des gesamten Lohns der Stahlarbeiter ausmachen (30 bis 40 %!). Das Kurzarbeitergeld aber berücksichtigt diese Zulagen nicht!

Bereits zum zweitenmal in diesem Jahr führen die **Stahlwerke Peine-Salzgitter AG** Anfang Mai Kurzarbeit durch. 12.000 der knapp 20.000 Beschäftigten sind davon betroffen.

Ebenfalls zum zweitenmal wird bei den **Friedrich Krupp Hüttenwerken** kurzgearbeitet. Die Dauer der verkürzten Arbeit ist mit „unbestimmter Zeit" festgelegt. Solange gilt die Arbeitszeit von 32 Stunden/Woche und weniger Lohn. Betroffen sind hiervon 7.000 Arbeiter im **Werk Rheinhausen** und 1.300 Arbeiter und 200 Angestellte im **Werk Bochum.** ●

KB/Gruppe Bremen

Zuzugsbeschränkung für ausländische Kollegen

Seit dem 1. April 1975 gilt für viele Gebiete (in neun baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen sowie in den Bundesländern Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen – AK) *in der Bundesrepublik, in denen der Ausländeranteil an der Bevölkerung die Grenze von 12 Prozent überschritten hat, ein Anwerbe- und Zuzugsstop für diejenigen ausländischen Arbeitnehmer, die nicht aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft kommen"* („FR", 2.4.75). Zu diesem 12-prozentigen Ausländeranteil werden die Ausländer aus der EG und den USA mitgerechnet. *„Ein Sperrvermerk im Visum soll den weiteren Verbleib oder den Zuzug verhindern. Wer sich an die Sperrverordnung nicht hält, muß mit Strafanzeige und Ausweisung rechnen"* („KVZ", 3.4.75).



Dieses Gesetz als weiterer Meilenstein zum Abbau demokratischer Rechte hat in Westberlin seinen Vorreiter. Hier wurden die Stadtteile Tiergarten, Wedding und Kreuzberg zu Sperrbezirken für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern, der USA, Österreichs und der Schweiz erklärt (siehe AK 52). „Freie" Berufswahl, „freie" Wahl des Wohnsitzes, diese elementaren Grundrechte werden mit Füßen getreten und per 1.4.75 auf dem Verordnungswege umgestoßen.

Nach einer Studie fehlen in der BRD 200.000 Sozialwohnungen für ausländische Arbeiter (AK 30). Bei einer Untersuchung in Nordrhein-Westfalen wurde 1970 festgestellt, daß die Wohnung pro einheimische Mietperson um 12,9 qm größer ist als bei ausländischen Mietpersonen, wo auf eine Person 10 qm entfallen. Diesen unzumutbaren Zustand will der kapitalistische Staat „lösen", mit folgenden Argumenten:

„Die Einreisesperre soll diese Verdichtungsgebiete entlasten und zugleich verhindern, daß sich mit Land- 27.3.75), und so *„soll die Infrastruktur der Städte, die besondere Magneten für Gastarbeiter sind, nicht unnötig (!) durch den Bau zusätzlicher Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser belastet werden"* („Hamburger Abendblatt", 27.3.75).

Denjenigen ausländischen Kollegen, die momentan keine Arbeit, keine Wohnung usw. nachweisen können und insofern von Abschiebung erheblich bedroht sind – Tausende wurden ja bereits ausgewiesen – wird nun von vornherein die Chance genommen, auch bei entsprechender Arbeit, eine Bleibe zu finden.

Die rein finanzielle bzw. „strukturpolitische" Betrachtungsweise der Probleme der ausländischen Kollegen wird begleitet von einer immer stärker werdenden rassistischen Hetze in der bürgerlichen Presse, die zu fafaschistischen Begriffen wie „Landfremde" greift, um die westdeutschen Kollegen gegen ihre ausländischen Kollegen aufzubringen und ihre Zustimmung zu bekommen. Die bürgerlichen Publizisten kennen die deutsche Vergangenheit sehr wohl und unterstützen bewußt die faschistische Hetze von der angeblichen „äußeren Gefahr", der angeblichen Bedrohung von „außen", hier durch die Gastarbeiter.

Der bürgerliche Staat versucht auf diese Weise, die Verantwortung für die Verschlechterung der Lage der ausländischen u n d der westdeutschen Arbeiter auf die ausländischen Kollegen abzuwälzen. Er hält es nicht für nötig, für die ohnehin benachteiligten Ausländer Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser zu bauen; dabei hat der westdeutsche Staat allein aus den Beiträgen der ausländischen Kollegen zur Rentenversicherung von 1961 bis 1971 20,1 M i l l i a r d e n DM kassiert, ausgezahlt wurden allerdings nur 700 Mio. DM (nach AK 30)!

Die eigentliche Ursache für die neuen reaktionären Maßnahmen gegenüber den ausländischen Kollegen, die Profitsucht der Kapitalisten und Wohnungsvermieter, wird verschwiegen. ●

KB-Gruppe Hamburg, Bezirksgruppe Hamm

Erwitte:

Erfolg mit bitterem Beigeschmack

Am 30. April nahm das Arbeitsgericht die Kündigungen für die streikende Belegschaft des Zementwerks in Erwitte Seibel und Söhne zurück. Damit wurde die wichtigste Forderung der Kollegen, die seit dem 10. März ihren Betrieb besetzt halten, erfüllt. Doch dieser Erfolg ist mit einem bitteren Beigeschmack versehen: Kaum war das Urteil verkündet, sahen sich die IG Chemie-Führer zu einem Kompromiß „gezwungen", der darin besteht, daß Seibel keinen Widerspruch gegen das Urteil einlegt, die

ihren Betrieb besetzt halten, erfüllt. Doch dieser Erfolg ist mit einem bit-
der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung einzubeziehen haben
stein zum Abbau demokratischer den Argumenten.
Bezirksgruppe Hamm



Belegschaft dafür aber die Betriebsbesetzung aufgibt!

Inzwischen ist die Betriebsbesetzung aufgegeben worden (der Streik wird weitergeführt), Seibel hat t r o t z d e m Einspruch gegen das Urteil eingelegt. Leider hatte sich die Belegschaft auf dieses Manöver der IG Chemie-Führer eingelassen.

Diese wollen F. C. Seibel in das „Krisenkartell", einen Zusammenschluß von mehreren Zementkapitalisten, zwingen, das eine Verminderung der Belegschaften der Zementindustrie in Westfahlen um 1.000 (von 3.600, der AK berichtete darüber) anstrebt.

Diesen Zielen steht das Interesse der Seibel-Belegschaft genau entgegengesetzt. Die Belegschaft kämpft um den Erhalt der g e s a m t e n Arbeitsplätze.

Leider haben die Gewerkschaftsführer den Kampf in Erwitte weitgehend in der Hand. Eine wesentliche Rolle spielt dabei ihr „linksradikales" Auftreten vor der Seibel-Belegschaft.

Am 1. Mai fand in Erwitte eine Solidaritätskundgebung zugunsten der streikenden Seibel-Kollegen statt, an der ca. 8.000 Kollegen (!) teilnahmen. Die IG Chemie hatte eigens ihr „linkes" Zugpferd Werner Vitt vom Hauptvorstand in Hannover geschickt!

Wie „links" sich auch ein sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretär einmal geben kann, wenn es darum geht, an die Spitze einer Bewegung zu spurten, zeigten u. a. folgende Äußerungen des örtlichen IG Chemie-Sekretärs, die wir dem „Express" entnommen haben:

„Ich meine, daß wir als Gewerkschafter und als Arbeitnehmer das Mittel des Arbeitskampfes Betriebsbesetzung mehr und mehr in die politischen Arbeitskampfüberlegungen der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung einzubeziehen haben und von daher setzt diese Belegschaft, setzen diese 150 Mann für die Gesamt-IG-Chemie und für die Gesamtgewerkschaftsbewegung in dieser Bundesrepublik Deutschland einen Meilenstein im Bereich der Weiterentwicklung des Arbeitskampfrechts, und wer weiß von uns, ob wir nicht in naher Zukunft froh sind, daß es eine Seibel & Söhne-Belegschaft gegeben hat, die uns dieses Kampfmittel wieder in Erinnerung gebracht hat."
(aus „Express", vom 10. 5. 75)

Wer die IG Chemie-Führer kennt, weiß, was von solchen Äußerungen zu halten ist: nämlich gar nichts!

Wesentlich bedeutsamer für die Erwitter Kollegen sind die Erfahrungen bei Lip (Frankreich), wo die Kollegen in einer 20-monatigen Besetzung die Schließung des Betriebes verhinderten. Eine Lip-Delegation auf der Erwitter Mai-Kundgebung erklärte u. a.: *„Uns drücken die gleichen Probleme und Ungerechtigkeiten, weil es sich um das gleiche kapitalistische Wirtschaftssystem handelt. Daher sind auch die Konsequenzen gleich: Entlassungen sind kein Schicksal."*
(„FR", vom 3. 5. 75)

Unter starkem Beifall band der Lip-Sprecher anschließend dem Betriebsratsvorsitzenden Köchling von Seibel & Söhne eine „Lip-Präzisionsuhr" ums Handgelenk, auf daß er ablesen könne, *„wann für seinen Chef die Stunde geschlagen hat."*
(„FR", vom 3. 5. 75) ●

Chemie-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Spendenkonto:
Belegschaft der Firma Seibel & Söhne
Volksbank Erwitte
Konto-Nr. 8499

Leserbrief zum Polizei-Einsatz bei der Vietnam-Demonstration der Jungen Union in Hamburg

Am 11. April war ich mit meiner Freundin in der Hamburger Innenstadt zum Einkaufen. Am Hauptbahnhof, Ausgang Kirchenallee, sahen wir einen Menschenauflauf von ca. 200 Personen. Die Junge Union startete hier ihre provokatorische Demonstration gegen die Völker Vietnams. Einige fortschrittliche Menschen versuchten, dagegen zu protestieren. Kurz vor dem Bahnhofseingang sah ich, wie Polizeibeamte mit Gummiknüppeln auf mehrere Jugendliche einschlugen, und ich blieb für einen Augenblick stehen. In diesem Moment verlor ich meine Freundin, die weitergegangen war, aus den Augen. Ich suchte sie ca. 2 Minuten in dem Gewühl, als zwei Polizisten auf mich zu kamen und mich festnahmen. Im Polizeigriff wurde ich zur Wache Kirchenallee geführt. Auf meine Frage nach der Begründung für meine Festnahme antwortete einer der beiden, „das weißt du doch ganz genau!" In der Wache fragte einer der Beamten seinen Kollegen, was er denn im Protokoll als Begründung für meine Festnahme eintragen sollte. Dieser daraufhin: „Das Übliche!" Ich wurde „gefilzt" und mußte alles abgeben, was ich in den Taschen hatte. Meine Personalien wurden aufgenommen.

Auf meine wiederholte Frage nach den Gründen meiner Festnahme und der Bitte, sofort einen Rechtsanwalt anrufen zu dürfen, bekam ich die Antwort: „Ihr roten Schweine werdet schon sehen, ... und du hast hier überhaupt keine Rechte!" Ich wurde dann zu ein paar Jugendlichen in eine kleine Zelle gebracht. Nach ca. 1 Stunde wurden wir dann einzeln in „grünen Minnas" auf die nächste Wache transportiert.

Einer der ebenfalls Festgenommenen erzählte mir, daß er bei meiner Festnahme hinter mir gestanden hätte, und als er sich darüber aufgeregt hatte, daß ich als Unbeteiligter verhaftet wurde, wurde er auch gleich abgeführt.

Nach ungefähr 1 1/2 Stunden, während derer wir mehrmals vergeblich nach einem Rechtsanwalt fragten, wurden wir zum Polizeihochhaus gebracht. Auch dort verweigerte man uns jede Information und jeden Rechtsschutz. Nachdem ich dann dort abermals ca. 2 Stunden in einer Einzelzelle verbracht hatte, brachte man mich in das Büro zweier Zivilbeamter. Diese stellten meine Personalien fest und nahmen meine Aussagen zu Protokoll. Danach sollte ich erkennungsdienstlich behandelt werden. Ich äußerte, daß ich dies nur unter Protest und im Beisein eines Anwalts über mich ergehen lassen würde. Einer der Beamten verließ den Raum und der andere erklärte, daß jetzt Verstärkung geholt würde, die mich in den Keller bringen und mir notfalls die Finger (!) bräche, wenn ich mich noch weiterhin sträube. Ich ließ die erkennungsdienstliche Behandlung somit über mich ergehen und konnte dann erst gegen 21.00 Uhr das Polizeipräsidium verlassen. ●

Ein AK-Leser
aus Hamburg

Auer-Druck, Hamburg

Linker BR nach einem Jahr Justizkrieg wieder (vorläufig?) im Betrieb!

Am 15. Mai 74 fristlos gekündigt, am 26. März 75 vorerst wieder eingestellt. Ein knappes Jahr Justizkrieg mußte gekämpft werden, damit das linke BR-Mitglied W. per einstweiliger Verfügung (EV) wieder bei der sozialdemokratischen Auerdruck GmbH eingestellt wurde (zur Vorgeschichte s. AK 44 u. 55).

Ein halbes Jahr mußte der Kollege warten, bis das Arbeitsgericht seiner Kündigungsschutzklage am 28. Okt. 74 recht gab. Nach diesem Urteil war die Kündigung nicht gerechtfertigt. Auerdruck ging in die Berufung. Am 15. Nov. 74 stellte der Kollege einen Antrag auf einstweilige Verfügung, um weiterbeschäftigt zu werden. Am 11. Dez. 74 kam die EV durch. Der Kollege wurde natürlich nicht weiterbeschäftigt (am 30. Jan. 75 wird Auer deswegen zu 5.000 DM Strafe verurteilt). Da Auer gegen den Kollegen ein Hausverbot verhängt hatte, ließ er wiederum per EV dieses Hausverbot aufheben, um am 10.1.75 an der Betriebsversammlung teilzunehmen. Reaktion: Die Kapitalisten stellten Wachen auf, die W. den Zutritt zur Versammlung verweigerten.

Am 19.1.75 wird der Kollege zum zweiten Mal fristlos entlassen (ohne überhaupt im Betrieb gewesen zu sein), weil er gesagt hatte, daß die Sozialdemokratie schon einmal Wegbereiter des Faschismus gewesen sei.

Also erneute Kündigungsschutzklage, dazu neuer Antrag auf EV zur Weiterbeschäftigung. Am 19. Febr. wird dem Antrag vom Gericht stattgegeben. Der Kollege muß - mal wieder - weiterbeschäftigt werden. Am 26. März (!!) ist das Urteil endlich zugestellt und seihe da, er kann wieder arbeiten.

Im gleichen Zeitraum, von Mai 1974 bis März 1975, wurden bei Auer wie geplant umfangreiche Entlassungen vorgenommen. So im Versand, in der Setzerei und im Fuhrpark. Arbeitszeiten wurden verändert, die Produktionsbedingungen für die Kollegen verschlechtert. Und das alles größtenteils mit Zustimmung des Betriebsrats. Die Kapitalisten konnten sich sowieso nicht über mangelnde Unterstützung seitens des BRs beklagen. Sie stimmten der beiden fristlosen Kündigungen gegen W. zu und stellten darüberhinaus noch selbst einen Antrag auf Ausschluß aus dem BR gegen W.

Logisch, daß die Begründung für den Ausschlußantrag nahezu identisch war mit der Begründung der Kapitalisten, W. zu entlassen. Vom Gericht ist die Behandlung des Ausschlußantrages auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden.

In allen diesen Fällen haben die Kapitalisten und ihre Helfer keinen juristischen Erfolg erringen können, haben aber dennoch erreicht, den Kollegen ein knappes Jahr aus dem Betrieb zu halten. Allein hier zeigt sich, daß die Arbeitsgerichte nicht darauf abgestellt sind, den Kollegen das Recht zu verschaffen, wie es für sie erforderlich ist. ●

IKAH / (Arbeiterhilfe), Hamburg

Norddeutsche Affinerie, Hamburg:

Drei erfreuliche Beschwerden linker Vertrauensleute ... und ihre Ergebnisse

Wie bereits mehrach im AK berichtet, hatte sich im Vertrauensleutekörper (VK) auf der Norddeutschen Affinerie Hamburg im letzten Jahr einiges abgespielt: So wurde im Rahmen der Auseinandersetzung über die Zustimmung von einem Großteil der Betriebsräte zur fristlosen Kündigung des damaligen Jugendvertreters P.T. (siehe dazu auch den Bericht in diesem AK), den Betriebsräten von einigen linken Vertrauensleuten zum Vorwurf gemacht, daß sie sich fahrlässig – was die Überprüfung der Kündigungsgründe anging – und unsolidarisch gegen P.T. verhalten hätten.

Im wesentlichen deswegen stellten acht sozialdemokratische Betriebsräte und Vertrauensleute einen Ausschlußantrag aus dem VK gegen zwei Kollegen, die diese Kritik u.a. vortrugen. Zusätzlich drohten sie noch damit: „Entweder die fliegen, oder wir machen nicht mehr mit." Als Gründe wurden „unkollegiales Verhalten", „Oppositionshaltung (!) zum Betriebsrat (!)", „Verunglimpfung der IG Chemie Aufsichtsräte" und beim Kollegen G.N. zudem noch sein „Ausscheiden (!) aus dem Betrieb" angegeben. Er war zum damaligen Zeitpunkt gerade fristlos gekündigt worden, wogegen er vorm Arbeitsgericht klagte.

Die Begründung des von den rechten Betriebsräten und Vertrauensleuten gestellten Ausschlußantrages allein machte schon die Absicht der Antragsteller deutlich: den VK von Kollegen säubern, die eine oppositionelle Haltung zur Stillhalte- und Mauschelpolitik des Betriebsrates einnehmen!

Die IG Chemie Verwaltungsstelle Hamburg unter dem Vorsitzenden Walter Holst griff diesen Antrag wohlwollend auf und vollstreckte ihn noch rechtzeitig vor den Betriebsrats–Wahlen. Beide Kollegen nahmen diese Entscheidung vom „Rat der Götter" jedoch nicht widerspruchslos hin, sondern machten von ihrem Recht der Beschwerde beim „Beschwerdeausschuß des Hauptvorstands" der IG Chemie in Hannover Gebrauch.

Dieser fällte jetzt eine „salomonische" Entscheidung:

Die beim Kollegen R.H. aufgeführten Gründe von Holst & Co reichen nicht aus, um ihm sein Mandat als Vertrauensmann zu entziehen. Er ist ab sofort wieder Mitglied des VK.

Ebenso Recht bekam der im letzten Jahr fristlos gekündigte und inzwischen durch den gewonnenen Arbeitsgerichtsprozeß wieder eingestellte Magazinfahrer G. N..

Deutlich wurde an den gewonnenen Beschwerden einmal mehr, wie frech die Gewerkschaftssekretäre heute schon jederzeit ihre eigenen Spielregeln überschreiten, um linke und kommunistische Kollegen aus den Gewerkschaften zu schmeißen. So schrieb seinerzeit die Verwaltungsstelle Hamburg in ihrer Ausschlußbegründung an den Kollegen G.N.:

„....*Mit diesem Schreiben haben wir Dir nicht, wie Du zu Unrecht behauptest, das Mandat entzogen, sondern Dir vielmehr mitgeteilt, daß dieses, <u>da Du aus dem Betrieb ausgeschieden warst, erloschen sei</u>. Im übrigen ist diese Auffassung des Verwaltungsstellenvorstands richtig, denn wenn Du einmal die Satzung zur Hand nimmst, wirst Du feststellen, daß alle diesbezüglichen Bestimmungen auf eine Tätigkeit im Betrieb abstellen. W i e kann ein Vertrauensmann seine Kollegen vertreten, wenn er den Betrieb gar nicht betreten darf?*"
(alle Hervorhebungen von Holst)

Das ging anscheinend sogar dem Beschwerdeausschuß zu weit: Er entschied jetzt, „*daß bei schwebendem arbeitsgerichtlichen Verfahren eine gewerkschaftliche Funktion n i c h t automatisch erlischt.*"

IG Chemie Hamburg kein Einzelfall

Beispiele für solche „Übertretungen" der von den Gewerkschaftsführern selbst festgelegten Regeln gibt es leider zur Genüge: bei den Ausschlüssen der HDW-Jugendvertreter, gegenüber mehreren Vertrauensleuten bei den Firmen HSW, Texaco etc.

Unterscheiden tun sich letztere Ausschlüsse von denen der gegen die beiden Vertrauensleute der NA beantragten dadurch, daß gegen die NA - Vertrauensleute keinerlei behauptungen, wie etwa „Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftsfeindlichen Organisation" oder „Zusammenarbeit mit Chaoten", von seiten der Verwaltungsstelle aufgestellt wurden. Ebenso fehlte jeglicher Revers. Man „beschränkte" sich allein auf die Aneinanderreihung lächerlicher „sachlicher" Gründe.

Allem Anschein nach war dem Hauptvorstand diese rein gewerkschaftsbürokratische Form der Hinaussäuberung von Linken aus gewerkschaftlichen Gremien nicht politisch genug durch die Hamburger Verwaltungsstelle begründet worden.

Mitterweile scheint Holst & Co jedoch dazugelernt und den Wink vom Vorsitzenden des Beschwerdeausschußes, Knackstedt (der Mann heißt wirklich so), so verstanden zu haben: Bei der Firma Beiersdorf wurde jetzt anläßlich der Betriebsratswahlen wieder gegen zehn Kollegen (siehe auch AK 58/59) ein Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft eingeleitet, weil – so die Gewerkschaftsführung – die Kollegen „eine Gegnerposition zur Gewerkschaft eingenommen" hätten. Als Begründung wird ein Zitat aus dem CHEMIEARBEITER, der Branchenzeitung des KB angeführt.....!

... und noch eine Beschwerde

Die dritte Beschwerde, mit der sich der Beschwerdeausschuß befassen mußte, kam von zwei Kollegen der NA, denen kurz vor den Betriebsratswahlen die Teilnahme an einem Wochenendseminar der IG Chemie von Walter Holst verboten wurde. Begründung des Hamburger IG Chemie–Vorsitzenden: „Die Verwaltungsstelle hat doch das Recht, einen bestimmten Kreis einzuladen. Wir wollen euch hier nicht haben. Eine Begründung dafür brauche ich euch nicht zu geben!"

Die Kollegen mußten daraufhin tatsächlich das Wochenendsemniar verlassen – bevor es überhaupt begonnen hatte.

Wenn man bedenkt, daß an diesem Seminar nach diesem Hinauswurf nur noch der Verwaltungsstelle genehme und „erwünschte" Kollegen anwesend waren, und zwar kurz vor den Betriebsratswahlen, läßt das den Schluß zu, daß die SPD – Betriebsgruppe mit den Gewerkschaftsspitzen zusammen dort die Taktik zu den Betriebsratswahlen auf den letzten „Schliff" brachte.

Doch auch hier entschied der Beschwerdeausschuß anders als seine Vorkämpfer im Hamburger Gewerkschaftshaus: „*Der Auffassung der Verwaltungsstelle Hamburg (...) wird widersprochen. Eine unterschiedliche Behandlung einzelner Funktionäre und Mitglieder ist nicht zulässig.*"

Eine Zustimmung zu diesem Willkürakt der Hamburger Gewerkschaftsführung durch den Beschwerdeausschuß hätte allerdings den erreichten Stand des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie nur allzu deutlich gemacht. ●

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie des KB/Gruppe Hamburg

Danfoss, Flensburg:

Kapitalisten und Arbeitsgericht — Arm in Arm gegen die Kollegen

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir von einer Kollegengruppe berichtet, die sich gegen die Massenentlassungen bei Danfoss gebildet hat und eine Kollektivklage von 14 Kollegen gegen ihre Entlassung eingereicht hatte.

Nach dem ersten gescheiterten „Güte"-termin kam es nun am 29. April zur ersten Prozeßverhandlung.

Hatte es noch seitens der Kapitalisten auf dem ersten Gütetermin geheißen, es hätten neue Kollegen eingestellt werden müssen, so wurden kurz vor Prozeßbeginn sieben neueingestellte Kollegen wegen „Arbeitsmangel" rausgeschmissen. Daneben wurde von der Geschäftsleitung in der Stellungnahme zum Prozeß, die erst drei Tage vorher abgegeben wurde, um eine Antwort darauf zu erschweren, Kündigungsgründe wie „Krankheit" und „unentschuldigtes Fehlen" nachgeschoben.

Die Kollegen ließen sich vor Gericht nicht auf eine Debatte über die größtenteils erlogenen Vorwürfe ein. Nachdem eine Kollegin eine entsprechende Stellungnahme vor Gericht abgegeben hatte, brach der Richter die Verhandlung kurzerhand ab und verlegte sie auf den 3. Juli (!), Zeit für neue Entlassungs„begründungen" und Zeit, um etwas Gras über die Entlassungen wachsen zu lassen. Das muß man vor dem Hintergrund sehen, daß die Kollegengruppe in ihren Informationsblättern auch darauf hingewiesen hat, daß nach ihren Informationen „*im Mai weitere 100 Kollegen entlassen werden*" sollen bzw. „*Danfoss Entlassungen beim Arbeitsamt angemeldet hat*". (Aus „Info I")

DGB-Rechtsschutz – Vorsicht Falle !

Im „Info II", daß die Kollegen nach dem „Gütetermin" vor dem Betrieb verteilten, heißt es:

„*Aber auch noch von einer anderen Seite – von der man es eigentlich nicht erwarten sollte – wurden uns Knüppel zwischen die Beine geworfen. ...Als wir den Vertreter des DGB-Rechtsbüros (Jeromin) aufforderten, uns schriftlich zuzusichern, daß alle Schriftstücke sofort an uns geschickt werden und keine Vereinbarungen abgeschlossen werden ohne unser Einverständnis, wies (er) das zurück mit der Begründung, er sei ja schließlich nicht den Kollegen verpflichtet.... sondern dem Rechtsbüro des DGB. Wenn er unsere Rechtsvertretung übernehmen würde, dann würde nur er im Prozeß reden, nicht wir. Er verlangte von einem von uns stattdessen, eine allgemeine Vollmacht für ihn zu unterschreiben als Vorbedingung für die Rechtsvertretung. Das haben wir aber abgelehnt, weil wir damit den Prozeß aus unseren Händen gegeben hätten. ...Deshalb werden wir uns jetzt selbst vertreten und auch die Kosten tragen müssen*"

Deshalb fordern wir noch einmal zu Spenden auf:
Hans-Peter Lassen
Flensburg
Stadtsparkasse 988 677
Kennwort „Solidarität" ●

Betriebszelle Danfoss des KB/Gruppe Flensburg

Hanomag-Henschel, Hamburg

Alternative soll „rausfraktioniert" werden!

Nach den BR-Wahlen, bei denen die „Alternative" bekanntlich 35 % der

gesetzt werden muß. Ihren Ausdruck muß die oppositionelle Betriebsrats-

neueingestellte Kollegen wegen „Arbeitsmangel" rausgeschmissen. Daneben wurde von der Geschäftsleitung in der Stellungnahme zum Prozeß, die erst drei Tage vorher abgegeben wurde, um eine Antwort darauf zu erschweren, Kündigungsgründe wie „Krankheit" und „unentschuldigtes Fehlen" nachgeschoben.

Die Kollegen ließen sich vor Gericht nicht auf eine Debatte über die

bzw. „*Danfoss Entlassungen beim Arbeitsamt angemeldet hat*". (Aus „Info I")

DGB-Rechtsschutz – Vorsicht Falle !

Im „Info II", daß die Kollegen nach dem „Gütetermin" vor dem Betrieb verteilten, heißt es:

müssen"

Deshalb fordern wir noch einmal zu Spenden auf:
Hans-Peter Lassen
Flensburg
Stadtsparkasse 988 677
Kennwort „Solidarität" ●

Betriebszelle Danfoss des KB/Gruppe Flensburg

Hanomag-Henschel, Hamburg

Alternative soll „rausfraktioniert" werden!

Nach den BR-Wahlen, bei denen die „Alternative" bekanntlich 35 % der Stimmen erhielt, denken die alten Betriebsräte nicht einen Moment daran, dieses Votum anzuerkennen. Bei der Besetzung der Ausschüsse des Betriebsrates wurden die vier „Alternative"-Betriebsräte in recht eindeutiger Weise überstimmt. So ist der Betriebsausschuß (quasi der für die BR-Arbeit entscheidende Ausschuß) von vier alten IGM-Betriebsräten und einem DAGler besetzt, die „Alternative" ist nicht vertreten.

Kraft der Stimmenmehrheit wurden die vier „Alternative"-Betriebsräte in zweitrangige Ausschüsse hineingewählt (wie z.B. Küchenausschuß!!) und sind insgesamt nur mit vier Ausschußplätzen vertreten (das sind ca. 10 % aller Ausschußplätze!). Extrem deutlich wurde das Vorgehen der Spezialdemokraten bei der Wahl des Vorsitzenden: obwohl <u>nicht</u> die Mehrheit des Betriebsrates für Paulsen ist, obwohl einige andere Betriebsräte gegenüber Kollegen tönten, sie würden gegen Paulsen kandidieren und obwohl diese auf die Stimmen der „Alternative" rechnen konnten, gab es keinen Gegenkandidaten gegen Paulsen, und er wurde mit 11:4 gewählt! Begründung war: Gefahr der Stimmenaufsplitterung zugunsten der „Alternative" – obwohl diese erklärtermaßen keinen eigenen Kandidaten stellte . . .

Mit der Konstituierung des neuen Betriebsrates wurde noch einmal vor Augen geführt, daß die Wahl alleine keine Änderung der bisherigen Betriebsratsarbeit bringt und daß die Speziakdemokraten zu einer fairen und solidarischen Zusammenarbeit mit den „Alternative"-Betriebsräten nicht bereit sind. Dies ist erwartet worden und bestätigt die Einschätzung, daß die Arbeit im <u>Gremium</u> Betriebsrat nicht die vorrangige Arbeit der „Alternative" in der nächsten Zeit sein kann, sondern daß die Funktion des Betriebsrates in jeder möglichen Weise für die Kollegen eingesetzt werden muß. Ihren Ausdruck muß die oppositionelle Betriebsratsarbeit vor allem in den Abteilungen, unter den Kollegen finden – nur von dort her können die „Alternative"-Betriebsräte tatsächlichen Einfluß nehmen auf die BR-Arbeit.

Gewerkschaftsausschluß eingeleitet

Inzwischen haben alle sieben Kandidaten der „Alternative" die Mitteilung über die Einleitung des Ausschlußverfahrens erhalten: „*Die Ortsverwaltung beantragt beim Vorstand der IG Metall die Durchführung eines Untersuchungsverfahrens, um feststellen zu lassen, ob sich die Kollegen . . . . . . gewerkschaftsschädigend verhalten haben.*" In den gewerkschaftlichen Gremien anderer Betriebe wird dazu auch gleich kräftig gehetzt, „Das sind doch Spinner", „die werden sich noch wundern" usw. Offensichtlich soll so bereits in den gewerkschaftlichen Gremien der geplante Ausschluß der „Alternative" propagandistisch vorbereitet werden.

Nun, frei nach dem Motto: „Herr Loderer, du kennst uns schlecht – die Alternative kämpft für ihr Recht" (Maiparole der „Alternative") hat die „Alternative" bereits vor einigen Wochen in einem Brief an die Ortsverwaltung die „Vorwürfe" und „Vergehen" als unhaltbar zurückgewiesen und insbesondere auf den versumpften Zustand der gewerkschaftlichen Organisation bei Hanomag hingewiesen (Der VK ist nur zum Teil gewählt, arbeitet faktisch nicht etc.) und damit den arroganten Anspruch „nur der VK dürfe eine Liste aufstellen", zurückgewiesen. **Die Bereitschaft, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die geplanten Ausschlüsse zu kämpfen, wurde der Ortsverwaltung ebenfalls mitgeteilt.** ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel/ KB/Gruppe Hamburg

Nordmende/Bremerhaven: Berichterstattung über „braune Aktivitäten" – per Gerichtsbeschluß „beleidigend"!

Betriebsratsangehörige bei Nordmende scheinen bereits eine Art Abonnement beim Amtsgericht zu besitzen was Anzeigen gegen den METALLARBEITER, Branchen-Zeitung der Bremerhavener KB-Gruppe, betrifft.

Bereits vor ca. drei Jahren erstattete die damalige BR-Vorsitzende eine Anzeige gegen den METALLARBEITER (MA) wegen „Beleidigung", das Verfahren wurde jedoch eingestellt.

Im letzten AK berichteten wir über die siegreiche Betriebsratskandidatur der Czwalina-Liste (Ex-NPD-mann und heute aktives Mitglied einer sogenannten „Gelben Gewerkschaft" ((Deutscher Arbeitnehmer-Verband))), bei der Czwalina über 60 % der Stimmen – gegen die IGM-Liste – erhielt. Dieser „Erfolg" war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Czwalina-Leute ihren braunen Sud ungehindert im Betrieb verbreiten konnten und mit Demagogie Proteste der Kollegen gegen die IGM-Führer-Politik in ihre Kanäle leiteten, während die IGM-Ortsverwaltung und leider auch die IGM-Kandidaten diesem Treiben seelenruhig zuschauten.

Czwalina, in allen Kämpfen stets konsequent auf der Seite der Geschäftsleitung, übte sich in letzter Zeit auch in der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Gerichten: Gegen die Berichterstattung im MA über seine braunen Aktivitäten.

Gericht entschied: Czwalina ist beleidigt!

Während des Streiks in der Tarifrunde 1973 berichtete der MA u.a. auch über die Streikbrecheraktivitäten Czwalinas. Dieser hatte versucht, nichtorganisierte Kollegen zum Streikbruch zu bewegen (was ihm allerdings nicht gelang) und kroch selbst bei Nacht und Nebel über den Zaun ins Werk, um sich dann im Auto – unter Begleitschutz leitender Angestellter – nach „Feierabend" wieder hinaustransportieren zu lassen. Der MA bezeichnete Czwalina als „Kapitalistenknecht", „Arschkriecher" und „Provokateur im Dienste der Kapitalisten", wogegen Czwalina dann Anzeige „wegen Beleidigung" erstattete. Das Gericht gab seiner Klage statt, brummte dem MA-Verantwortlichen DM 300,– Strafe (oder 15 Tage Haft) auf und sprach Czwalina außerdem die „Befugnis" zu, das Gerichtsurteil in der hiesigen Tageszeitung zu veröffentlichen. Auf Anraten eines Anwalts wurden die DM 300,- von uns bezahlt. Czwalina verzichtete auf eine Veröffentlichung in der Tageszeitung, da ihm höchstwahrscheinlich klar war, daß er damit selbst zur Verbreitung der Wahrheit über seine üblen Aktivitäten beigetragen hätte.

Die Bereitschaft der bürgerlichen Gerichte, mit Reaktionären zusammen gegen Kommunisten vorzugehen, hat Czwalina erneut Auftrieb gegeben. Vor einigen Wochen erhielt der MA-Verantwortliche erneut „Bescheid" darüber, daß eine Anzeige gegen den MA vorliege. In einem Flugblatt des KB zu den BR-Wahlen bei Nordmende hatten wir Czwalina sowie etliche ehemalige IGM-Betriebsräte als „Arbeiterverräter" bezeichnet, wogegen diese Anzeige erstattet haben. (Die Ex-IGM-Betriebsräte waren aus der IGM aus- und in die Gelbe Gewerkschaft eingetreten, nachdem sie auf der IGM-Liste zur Betriebsratswahl von den Vertrauensleuten auf die hinteren, wenig aussichtsreichen Plätze verwiesen worden waren. Diese Leute kandidierten daraufhin lieber mit Czwalina auf dessen „Freier Wählerliste". Siehe hierzu auch AK 60.)

Außer einer Vorladung hat sich bisher allerdings noch nichts getan, die Sache läuft erst an. Diesmal wird es für die Herren allerdings nicht so einfach werden, denn der „Arbeiterverrat" kann durchaus bewiesen werden (im Gegensatz zu dem damaligen „Arschkriecher" usw.) – und das werden wir gerne noch einmal ausführlich tun. ●

Metallzelle/KB Gruppe Bremerhaven

10. DGB-Bundeskongreß in Hamburg

Flickschuster des Kapitals am Werk

Vom 25. – 31. Mai findet in Hamburg der 10. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. 487 Delegierte der Einzelgewerkschaften und der Personengruppenausschüsse (Frauen, Jugend etc.) müssen sich in diesen Tagen die Reden bürgerlicher Politiker (die gesamte Bonner Parteiprominenz hat sich angesagt) anhören und müssen über 278 vorliegende Anträge und Entschließungen beraten.
Die sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen in der BRD haben dem DGB eine steigende Mitgliederzahl beschert. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, Rationalisierung, verschärfte Arbeitshetze und steigende Arbeitsplatzunsicherheit haben bei vielen Arbeitern und Angestellten die Einsicht gefördert, daß sie eine Organisation, einen Zusammenschluß brauchen, um sich zu schützen.
Fast 240.000 neue Mitglieder, 3,3 % mehr als im Vorjahr, weist die Statistik des DGB aus. Insbesondere Frauen (+ 8,87 %) – die von der Krisenpolitik der Kapitalisten besonders hart betroffen sind – und Angestellte (+ 8,99 %) – die in dieser Krise zum ersten Mal in großem Umfang erfahren mußten, daß mit dem Mythos vom „besseren Angestellten" kein Arbeitsplatz gesichert wird – kommen zahlreicher als in der Vergangenheit in die Gewerkschaften.
Der DGB hat damit über 7,4 Mio. Mitglieder und ist die größte Gewerkschaftsorganisation der kapitalistischen Welt.
Die Tatsache, daß der DGB in der Krise steigende Mitgliederzahlen hat, beweist unseres Erachtens in erster Linie, wie stark das Bedürfnis nach einem gewerkschaftlichen Schutz vor den Angriffen der Kapitalistenklasse ist und nicht – wie die DGB-Führer behaupten – daß immer mehr Menschen die sozialen Leistungen der Gewerkschaften anerkennen würden. Der DGB-Bundeskongreß, der in der Zeit der schwersten Krise des kapitalistischen Systems seit Existenz der Bundesrepublik stattfindet, muß daher vor allem unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, wieweit er auf die brennenden Probleme der Arbeiterklasse Antworten gibt.

Der Bundeskongreß: Gewerkschaftsführertreffen

Mehr noch als die Gewerkschaftskongresse der Einzelgewerkschaften ist der DGB-Kongreß ein exklusives Treffen der Gewerkschaftsführer. In der Planung und Vorbereitung, vor allem aber im Ablauf des Kongresses selber, ist der Einfluß der Gewerkschaftsmitglieder auf die Inhalte, die behandelt werden, praktisch gleich null. Zur Vorbereitung des Kongresses dienen

a) die Gewerkschaftstage der Einzelgewerkschaften, die meistens ein Jahr vor dem DGB-Kongreß stattfinden; die Bedeutung dieser Tage verdeutlichen die ARBEITERKAMPF-Artikel zu den Kongressen der GEW, IG Druck und IG Metall in diesem bzw. letzten Jahr;
b) die Landesbezirkskonferenzen des DGB, die im Januar/Februar 1975 stattfanden;
c) die Bundeskonferenzen der Personengruppenausschüsse, die Ende 1974 abgehalten wurden.

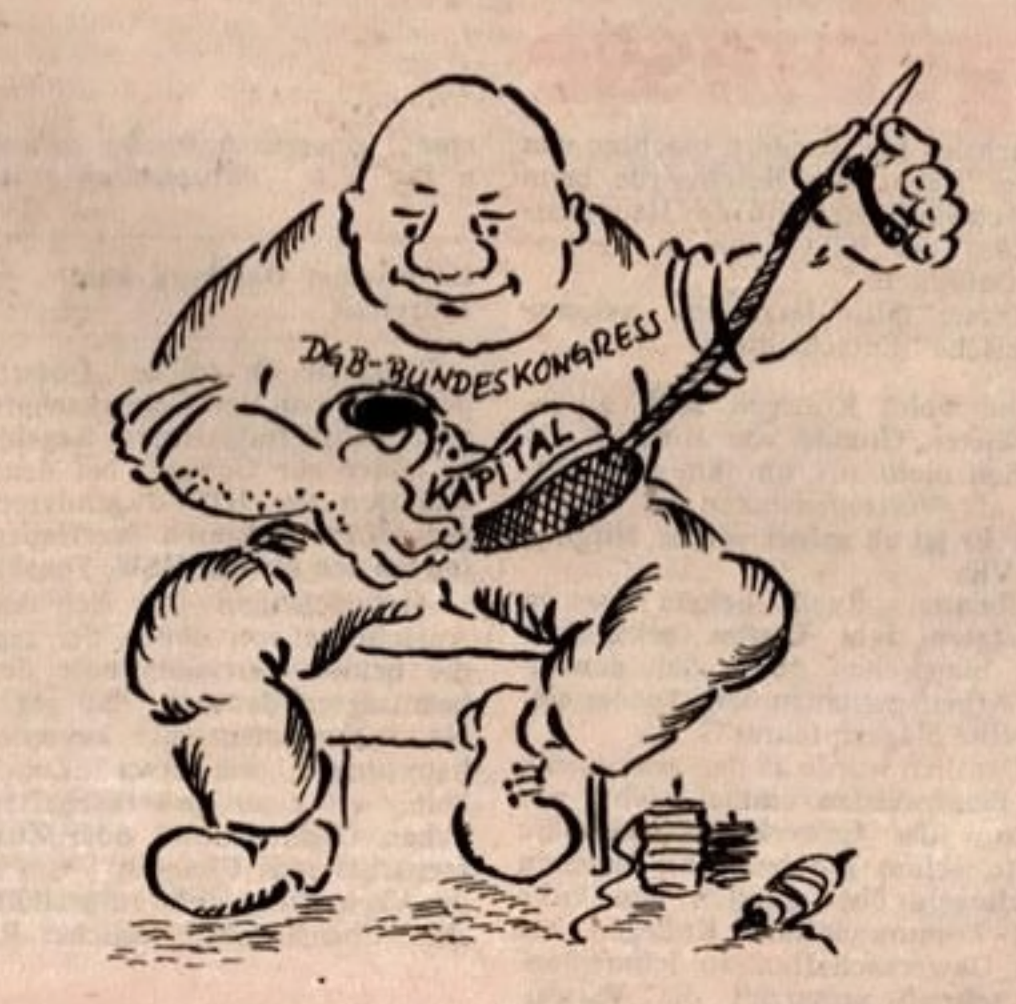
Darüberhinaus findet die entscheidende Vorbereitung in den Vorständen der Einzelgewerkschaften und im DGB-Bundesvorstand statt.

Anträge, die auf dem DGB-Bundeskongreß landen, müssen zuerst durch das Sieb der Einzel-Gewerkschaftstage, deren Ergebnisse die Vorstände dann „zusammenfassen".

Die Anträge wurden nun Anfang April von einer 18-köpfigen Antragsberatungs-Kommission vorzensiert. Diese Kommission ordnet die Anträge und gibt jeweils Empfehlungen ab, welche gut bzw. schlecht sind.

Ein ähnliches Ausleseverfahren ergibt sich bei der Wahl der Delegierten, die in der Regel in Vertreterversammlungen gewählt werden. Die Delegiertenauswahl erfaßt die führenden hauptamtlichen Gewerkschaftsführer und führende Betriebsräte.

In konzentrierter Form stellt der DGB-Bundeskongreß ein Zusammentreffen der führenden Gewerkschaftsfunktionäre der BRD dar. Wer deren Praxis kennt, weiß, daß bei diesem exklusiven Gewerkschaftsführertreffen nichts Gutes herauskommen kann. Wie ein Hohn klingt es da, wenn diese schreiben:





Links: DGB-Boss Oskar Vetter, rechts: Kapitalisten Boss Schleyer. Zufällig beide hinter einem Firmenschild?

Links: DGB-Boss Oskar Vetter, rechts: Kapitalisten Boss Schleyer. Zufällig beide hinter einem Firmenschild?

„Die während des Bundeskongresses zu diskutierenden Anträge sind das Ergebnis und die Zusammenfassung der Willensbildung, die sowohl Mitgliederversammlungen, die Organe der Gewerkschaften, als auch die des DGB durchlaufen hat."
(„Die Quelle" 4/75, Funktionärszeitschrift des DGB).

Genau diese Willensbildung hat den Gewerkschaftsmitgliedern insbesondere in den zurückliegenden Tarifrunden eine Reihe von Lohnraubabschlüssen beschert, die deutlich machen, daß zur Zeit in den Gewerkschaften der Wille der Kapitalisten in der Maske der Gewerkschaftsführer die Oberhand hat.

„Mitbestimmung" im Mittelpunkt

Der Kongreß wird auch den DGB-Vorstand neu wählen, der unseres Wissens in Gestalt des alten wieder kandidieren wird (mit Ausnahme des aus „Gesundheitsgründen" nicht mehr kandidierenden Vorstandsmitglieds Georg Neemann). Konkurrenzkandidaten sind uns nicht bekannt. **Die CDU wird vermutlich wieder das jetzige Vorstandsmitglied Maria Weber aufstellen. Allein schon die Tatsache, daß nach einem ungeschriebenen DGB-Gesetz die CDU ein Anrecht auf einen Platz im DGB-Vorstand hat, verdeutlicht den Charakter der Willensbildung im Gewerkschaftsbund.**

Es lohnt nicht, auf die Vielzahl der Anträge einzugehen. Ganz eindeutig steht die „Mitbestimmung" im Mittelpunkt des Kongresses. Es gibt aber auch – und Ausnahmen bestätigen die Kongreß-Regel – einige fortschrittliche Anträge, die bis in die Führungsspitzen durchgedrungen sind. So wird in mehreren Anträgen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk und den chilenischen Gewerkschaftern aufgefordert. In drei Anträgen (IG Druck, Gewerkschaft Holz und Kunststoff und Bundesjugendausschuß) wird der *„unverzügliche Austritt aus der Konzertierten Aktion"* gefordert. Die IG-Druck-Führer, die diesen Antrag gegen ihren Willen auf dem Druck-Kongreß hinnehmen mußten, begründen ihn folgendermaßen: *„In dem scharfen Interessengegensatz von Unternehmern und Lohnabhängigen können die Interessen der Lohnabhängigen nur vertreten werden, wenn sie allein zur Grundlage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gemacht werden."* Die Druckarbeiter – wenn sie das zu lesen bekämen – müssen sich reichlich verarscht fühlen. So richtig diese Aussage auf dem Papier ist, so wenig halten sich die Antragsteller in der IG Druck-Führung selber an diesen – ausnahmsweise einmal sehr fortschrittlichen – Auftrag ihres Kongresses. Nur kurz nach Antragsschluß für den DGB-Kongreß schlossen sie mit den Kapitalisten einen Tarifvertrag ab, der für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge ganze 6,4 % mehr Lohn brachte!!

Drei Anträge fordern die Aufhebung des „Radikalen-Erlasses" für den Öffentlichen Dienst.

Solche fortschrittlichen Anträge sind aber nichts weiter als etwas Salz in einer sonst insgesamt recht trüben Kongreß-Suppe und sie haben – mit Ausnahme der Chile-Solidarität auf moralischer Ebene – auch keine Aussicht auf Verabschiedung.

Die „Mitbestimmungs"forderungen stellen allein schon anzahlmäßig den Löwenanteil von 154 Anträgen aus dem Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik und Arbeitsrecht.

Orientierung auf den bürgerlichen Staat

Im Mittelpunkt der „Mitbestimmungsdiskussion" wird einerseits die „paritätische Mitbestimmung" nach dem Muster der Montanindustrie, andererseits die überbetriebliche „Mitbestimmung" in „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft" stehen. Letztere wird vermutlich erstmals in Form konkreter Forderungen in das DGB-Grundsatzprogramm eingehen. Kernstück ist dabei die Forderung nach „Investitionslenkung". Die Debatte um „Investitionskontrolle und -lenkung" hat bereits seit etwa zwei Jahren ein heftiges Für und Wider ausgelöst, ähnlich wie es immer noch die Debatte um die betriebliche „Mitbestimmung" schafft. Die Kapitalisten benutzen derartige Forderungen, um eine heftige Propaganda-Kampagne gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften zu entfachen, die angeblich an den Grundfesten „des freien Unternehmertums" und damit der „freiheitlichen Marktwirtschaft" rütteln würden. Diese Propaganda-Kampagne richtet sich nicht gegen die konkreten Forderungen, sondern allgemein gegen die Gewerkschaften als Kampf-Organisationen der Arbeiterklasse. Die bürgerliche Propaganda macht sich dabei geschickt den nicht-vorhandenen Nutzen der Mitbestimmung und das tatsächlich vorhandene Karrierestreben und Funktionärsunwesen der Gewerkschaftsführer zunutze, um so durch kräftiges Dreinschlagen auf die wunden Punkte Schritte hin zur Zerschlagung der Gewerkschaften zu unternehmen.

Wie wenig das kapitalistische System durch die „Mitbestimmung" tatsächlich angegriffen wird, zeigt der Antrag des DGB-Vorstands zur „Investitionslenkung". Dort heißt es: *„Der Bundeskongreß des DGB fordert die Bundesregierung auf, die Entwicklung von wirtschaftlichen Steuerungsverfahren, die eine gezielte Beeinflußung der Wirtschaft ermöglichen ... zu fördern."*

Derartige Forderungen an die Regierung der imperialistischen BRD finden sich beispielsweise auch in Forderungen nach staatlicher Kontrolle „von Finanztransaktionen und Preispolitik" der „Multis" wieder. **Der bürgerliche Staat wird dabei als neutral, „über den Klassen stehend und dem Gemeinwohl verpflichtete Institution" akzeptiert.**

Weiter heißt es in dem Antrag: *„Die Erweiterung und Ergänzung der globalen Konjunktursteuerung (durch die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Red.) durch eine gezielte Feinsteuerung der Wirtschaft soll sowohl soziale Unterentwicklung und Arbeitslosigkeit, als auch Preisüberhöhungen infolge von regionalen und sektoralen Fehlentwicklungen verhindern."*.

Aus Anlaß der verschärften kapitalistischen Krise wärmen die Sozialdemokraten hier wieder einmal die „ollen Kamellen" des „organisierten Kapitalismus" auf; nicht das kapitalistische System, sondern nur angebliche „Fehlentwicklungen" sollen bekämpft werden. Grundsätzlich wird dabei das kapitalistische System anerkannt: *„Für dieses System gefährliche Fehlentwicklungen müssen verhindert werden, ohne Maßnahmen anzuwenden,*
„Fehlentwicklungen" sollen bekämpft werden. Grundsätzlich wird dabei das kapitalistische System anerkannt: *„Für dieses System gefährliche Fehlentwicklungen müssen verhindert werden, ohne Maßnahmen anzuwenden,*
die gerade die Vorzüge dieses Systems beseitigen" (Rudolf Henschel, Leiter der DGB-Abteilung Wirtschaftspolitik, auf einer Tagung des „Instituts der Deutschen Wirtschaft" vom BDI, nach „Handelsblatt", 24.3.75).

Als Instrumente der *„Feinsteuerung"* sollen staatliche *„Investitionsmeldestellen"* eingerichtet werden, wirtschaftliche Gremien, *„die nach den Grundsätzen des DGB in Bezug auf paritätische Mitbestimmung"* besetzt sein sollen (in diesem Fall: 1/3 Kapitalisten, 1/3 Staat, 1/3 Gewerkschaftsführer), erhalten die Aufgabe, *„die strukturellen Entwicklungen in unserer Volkswirtschaft (zu) beobachten und den Parlamenten Vorschläge zur Vermeidung voraussehbarer Fehlentwicklungen vor(zu)legen"*. Eingriffe in die *„Investitionsfreiheit"* sollen dann nur in Notfällen über die bürgerlichen Parlamente erfolgen.

Besonders deutlich wird an diesem Programmpunkt, wie sehr die Gewerkschaftsführer den gewerkschaftlichen Kampf auf die Institutionen des bürgerlichen Staates orientieren, der den Massen die Initiative für ihren Kampf „abnehmen" soll. Selbst ihre „Mitbestimmung" begreifen sie dabei nur als Zuträgerdienst für den Staat.

Die Probleme der Arbeiterklasse sind bei solchen Erwägungen von vornherein gar nicht Gegenstand der Auseinandersetzung. Wer angesichts wachsender Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse nicht angibt, wie er den selbständigen Kampf der Massen zur Verteidigung ihrer Interessen fördern will, wer den bürgerlichen Staat – der mit seiner Politik den Weg für die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der Kapitalisten ebnet und sich selber aktiv daran beteiligt – als Institution angibt, in deren Hände man die Vertretung der Arbeiterinteressen legen sollte, der betätigt sich als Agent des Kapitals, nicht aber als Vertreter der Arbeiterinteressen.

Wir werden über den DGB-Bundeskongreß berichten. ●

Leitung
KB/ Gruppe Bremen

DYNAMIT-NOBEL, Fürth (Bayern)
Streik türkischer Kollegen!

DYNAMIT-NOBEL, Fürth (Bayern)

Streik türkischer Kollegen!



– Bullen kämpfen für das Kapital: Die Fürther „Schmier" bei der Niederschlagung des Dynamit-Streiks.

Auf der letzten Betriebsversammlung 1974 hieß es noch scheinheilig, daß kein einziger Kollege entlassen werde.

Diese offenkundige Lüge empörte die Kollegen, und sie begannen mit mit dem Streik.

Sie versuchten, mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Die wollte aber, ebenso der Betriebsrat, nur einzeln mit den Kollegen verhandeln.

Im übrigen weigerten sich aber Geschäftsleitung und Betriebsrat, die Kündigungen zurückzunehmen. Deshalb streikten die Kollegen weiter. Der Sprecher des Vertrauensleute-Körpers, Betriebsrat Taubmann (DKP) bot sich als Vermittler an. In ihn hatten die türkischen Kollegen aber kein allzu großes Vertrauen und verlangten ihre eigenen Interessen selbst zu vertreten.

Durch die praktische Distanzierung des VK gelang es der Geschäftsleitung um so leichter, den Streik als kriminelle Akton zu verteufeln, was die deutschen und griechischen Kollegen, aus Angst vor Entlassung von einer Solidarisierung abhielt.

Am Dienstag dann, dem 2. Streiktag, verlangte die Geschäftsleitung dann die sofortige Einstellung des Streiks, wer weiterstreike, würde entlassen. Worauf sich prompt die Zahl der Streikenden verdoppelte. Kurz vor Am 12. Mai begannen in der Frühe 34 türkische Kollegen bei Dynamit-Nobel mit dem Streik.

In der Woche vorher waren 19 Kollegen entlassen worden. Dagegen richtete sich der Streik der Kollegen. Sie standen den ganzen Montag im Werk Streikposten und setzten ihren Streik am Dienstagmorgen bis zum Polizeiüberfall um 15 Uhr fort.

Schon 1973 streikten die türkischen Kollegen zusammen mit den griechischen und deutschen Kollegen erfolgreich für die Durchsetzung einer Teuerungszulage.

Auch diesmal wieder waren es die türkischen Dynamit-Arbeiter, die den Streik anführten.

ArLeitsschluß schlug dann die Polizei los. Als Vorwand diente eine Streiterei mit einem Polizeifotografen. Etwa 40 Polizisten umzingelten die Streikenden und verhafteten unter Einsatz von Gummiknüppeln und scharfen Hunden rund 30 Kollegen. Dabei wurden einige Kollegen 20 Meter weit über das Pflaster geschleift, die Schuhe von den Füßen gerissen und geschlagen. ●

Genossen der GNK, Nürnberg

Westberlin:

Säuberungswelle im öffentlichen Dienst

Am 22. April gab der II. Senat des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) in Westberlin (!) grünes Licht für eine noch rigorosere Handhabung der Berufsverbote gegen Kommunisten und Demokraten im Öffentlichen Dienst. Zur vollen Zufriedenheit aller bürgerlichen Parteien hat das BVG eine „Kompromißlösung" angerührt, in der sich das Konzept der CDU/CSU – jedes vermutete Mitglied einer „verfassungsfeindlichen Organisation" aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten – und die sogenannte „Einzelfallprüfung" der SPD harmonisch ergänzen.

Zunächst wurde der DKP-Lehrerin Anne Lenhart schriftlich bestätigt, daß die Mitgliedschaft in einer *„als verfassungsfeindlich bezeichneten (!)"*, aber aus Opportunitätsgründen noch nicht verbotenen Partei oder Organisation hinreichender Grund für die Nichteinstellung in – bzw. den Rausschmiß aus – dem öffentlichen Dienst sei. Im Vorgriff auf die „Reform" des Beamtenrahmengesetzes wurde der Vorrang der „Treuepflicht" des Beamten zum bürgerlichen Staat und der kapitalistischen Klassenherrschaft gegenüber dem „Parteienprivileg" (nur das Bundesverfassungsgesetz kann eine Partei für „verfassungsfeindlich" erklären) herausgestrichen.

Denn *„nur eine verfassungstreue Beamtenschaft könne eine stabile Verwaltung sichern und einen ausgleichenden Faktor gegen die Parteien (!) bilden."* („Frankfurter Rundschau", 23.4.) Ausdrücklich wurde übrigens die „Verfassungstreue" von von der „Regierungsloyalität" abgehoben. D.h. die Bourgeoisie verlangt die bedingungslose 'Verteidigung ihrer Klassenherrschaft, verleiht damit gleichzeitig allen Alt- und Neonazis einen Freibrief, sich im öffentlichen Dienst zu tummeln.

Im Interesse eines stabilen, zuverlässigen Staatsapparates sollen jedoch nicht allein Mitglieder „verfassungsfeindlicher" Organisationen aus dem öffentlichen Dienst herausgeschmissen werden, sondern für die Ablehnung eines Bewerbers genügt *„bei gebotener Berücksichtigung der Einzelumstände des jeweils zu entscheidenden Falles schon allein das auf innerer Überzeugung fußende Bekenntnis des Bewerbers zu den mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung*

botener Berücksichtigung der Einzelumstände des jeweils zu entscheidenden Falles schon allein das auf innerer Überzeugung fußende Bekenntnis des Bewerbers zu den mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

angeblich verfassungwidrige Berufsverbote solidarisiert". (Carstens)

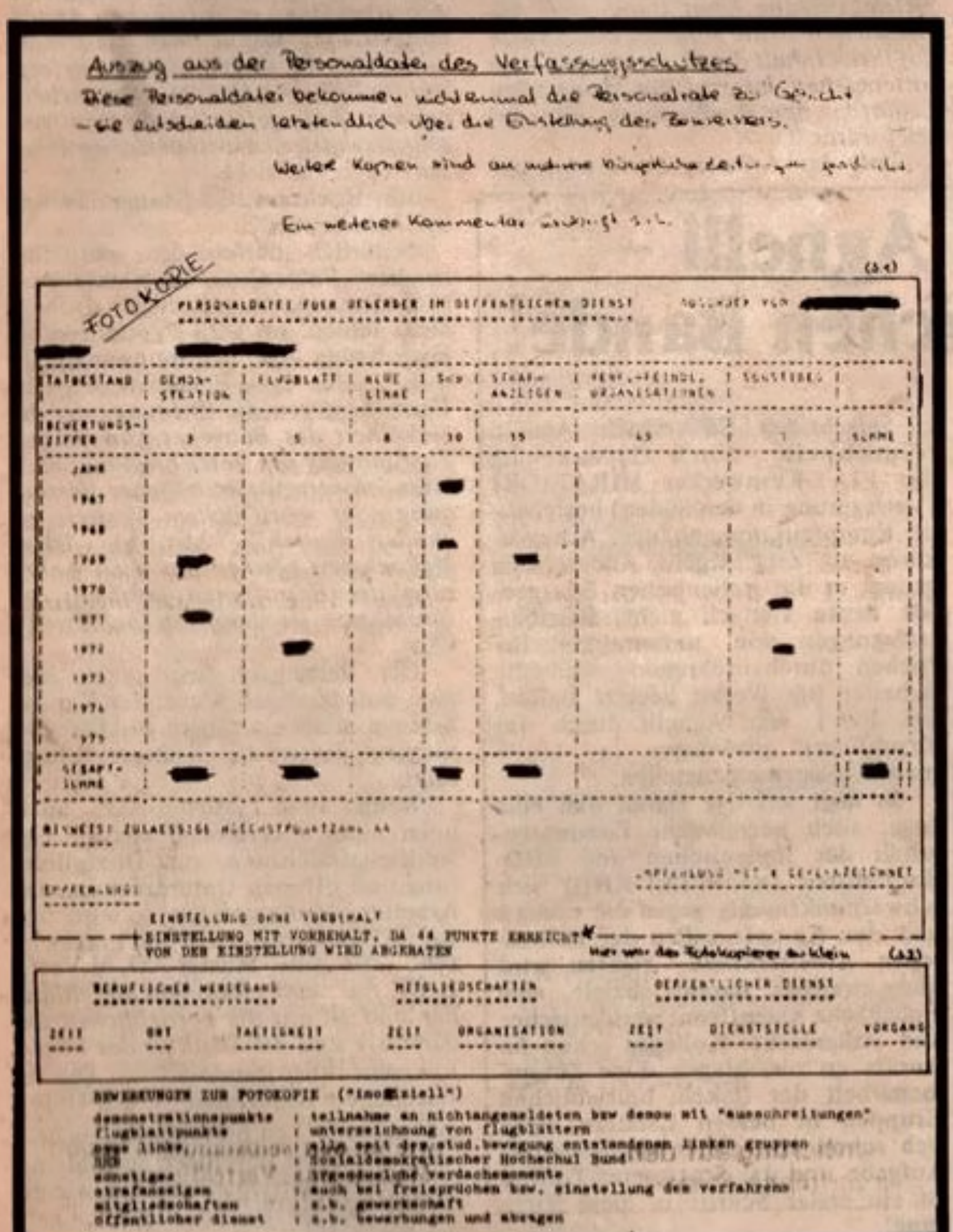
Im allgemeinen sollen Bewerber dann nicht in den Staatsdienst übernommen werden, *„wenn (der Dienstherr) begründete Zweifel daran habe, daß dieser sich jederzeit für die grundsätzlichen Prinzipien einsetzen werde."* („Tagesspiegel", 24.4.) Worauf sich derartige „Zweifel" der Bourgeoisie gründen, zeigt u.a. ein vor wenigen Tagen veröffentlichter Auszug



aus der Personaldatei des Verfassungsschmutzes für Bewerber im öffentlichen Dienst. Nach Vorbild eines Viehmarktes werden alle Bewerber nach einem perfide ausgeklügelten Punktsystem eingestuft, das eindeutig braune Handschrift trägt. Spätestens bei 45 Punkten wird die Nichteinstellung „empfohlen". Es versteht sich, daß vermutete Mitgliedschaften in „verfassungsfeindlichen Organisationen" bereits mit 46 Punkten „honoriert" werden.

Doch auch die von den „Spezialdemokraten" favorisierte „Einzelfallprüfung" wurde in dem Punktsystem gebührend berücksichtigt. Zur Nichtübernahme in den Staatsdienst reichen nämlich auch kleinere „Vergehen" aus, die die staatlich ausgehaltenen Gesinnungsschnüffler seit 1967 säuberlich festhalten. Für die Mitarbeit im Sozialdemokratischen Hoch-

übernahme in den Staatsdienst reichen nämlich auch kleinere „Vergehen" aus, die die staatlich ausgehaltenen Gesinnungsschnüffler seit 1967 säuberlich festhalten. Für die Mitarbeit im Sozialdemokratischen Hoch-



Auszug aus der Personaldatei des Verfassungsschutzes

Diese Personaldatei bekommen nicht einmal die Personalräte zu Gesicht – sie entscheiden letztendlich über die Einstellung des Bewerbers.

FOTOKOPIE

PERSONALDATEI FUER BEWERBER IM OEFFENTLICHEN DIENST

TATBESTAND	DEMONSTRATION	FLUGBLATT	NEUE LINKE	SHB	STRAFANZEIGEN	VERF.-FEINDL. ORGANISATIONEN	SONSTIGES	
BEWERTUNGSZIFFER	3	5	8	10	15	45	1	SUMME
JAHR								
1967								
1968								
1969								
1970								
1971								
1972								
1973								
1974								
1975								
GESAMTSUMME								

HINWEIS: ZULAESSIGE HOECHSTPUNKTZAHL 44

EMPFEHLUNG:

EINSTELLUNG OHNE VORBEHALT
EINSTELLUNG MIT VORBEHALT, DA 44 PUNKTE ERREICHT
VON DER EINSTELLUNG WIRD ABGERATEN

BERUFLICHER WERDEGANG			MITGLIEDSCHAFTEN		OEFFENTLICHER DIENST		
ZEIT	ORT	TAETIGKEIT	ZEIT	ORGANISATION	ZEIT	DIENSTSTELLE	VORGANG

BEMERKUNGEN ZUR FOTOKOPIE ("inoffiziell")

demonstrationspunkte : teilnahme an nichtangemeldeten bzw demos mit "ausschreitungen"
flugblattpunkte : unterzeichnung von flugblättern
neue linke : alle seit der stud. bewegung entstandenen linken gruppen
SHB : Sozialdemokratischer Hochschul Bund
sonstiges : irgendwelche verdachsmomente
strafanzeigen : auch bei freisprüchen bzw. einstellung des verfahrens
mitgliedschaften : z.b. gewerkschaft
öffentlicher dienst : z.b. bewerbungen und absagen

nicht zu vereinbarenden Zielen einer extremistischen politischen Partei." („Frankfurter Rundschau", 23.4.)

In diese Rubrik dürfte z.B. ein groß Teil der Unterzeichner von SEW-, „KPD"- und KBW-Wahlaufrufe fallen, gegen die derzeit Berufsverbotsverfahren laufen. Nach Auffassung der CDU/CSU soll auch durchfallen, *„wer sich in Zukunft noch als Mitglied einer* (vorgeblichen) *demokratischen Partei mit den Agitatoren gegen*

schulbund (SHB) z.B. gibt es bereits 10 Strafpunkte, jeweils 3 Punkte für die Teilnahme an nicht angemeldeten Demonstrationen, 5 Punkte für die Unterzeichnung eines Flugblatts (damit sind natürlich Flugblätter gemeint, die „verfassungsfeindlich" sind).

Daß Bewerbern für den öffentlichen Dienst selbst Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft angekreidet wird (!!), zeigt, in welcher Richtung die Bourgeoisie ihren Staatsapparat ausrichten will..

Mittlerweile begnügt sie sich nicht mehr allein damit, durch Drohungen und einige exemplarische Berufsverbote einzuschüchtern und die liberale Spreu vom revolutionären Weizen zu trennen, sondern beginnt bereits mit der systematischen Ausrichtung und Säuberung ihres Apparats. ●

aus „Rotfront-Stadt" Nr. 3, Ortszeitung des KB/Gruppe Westberlin

DAG verhindert Verteilung der IG Chemie Gewerkschaftspost über Gerichtsbeschluß

Die Standesorganisation DAG stoppte mit einer „Einstweiligen Verfügung" die weitere Verteilung der IG Chemie-Zeitschrift „Gewerkschaftspost" (GP) Nr. 5. Die IG Chemie-Redakteure hatten in der Mai-Ausgabe unter der Überschrift *„DAG – Billiger Jakob"* gewagt, in Anspielung auf die Tarifpolitik die DAG als *„Dieb geistiger Arbeit" – „Abschreibegewerkschaft" – „übler Nassauer" – „Hochstapler"* usw. zu bezeichnen.

IG Chemie-Vertrauensleute wurden entsprechend dem Gerichtsbeschluß angewiesen, die Ausgabe der gesamten Auflage einzustellen, die noch in ihrem Besitz befindlichen Exemplare „zu verwahren" und „Dritten nicht zugänglich zu machen".

Für den Fall der Nichtbefolgung, so das Landgericht Hannover, werde dem IG Chemie-Vorsitzenden Karl Hauenschild und dem leitenden GP-Redakteur, Manfred Wenzel, eine Geldstrafe nicht unter 50 000,– DM angedroht.

Als wesentlichen Aspekt dieser Angelegenheit wollen wir festhalten, mit welchen Mitteln die DAG arbeitet und welcher Hilfestellung sie sich bei den Gerichten sicher sein kann. Der von den DGB-Gewerkschaftsführern praktizierte Ausschlußterror im Rahmen einer insgesamt arbeiterfeindlichen Politik sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die DAG durchweg so reaktionär besetzt ist, daß ihre Führung diese Art Ärger mit der Basis kaum kennt. In den Betrieben sind ihre Betriebsräte in der Regel nicht von den rechten und „unabhängigen" Betriebsräten zu unterscheiden. Ihr „gewerkschaftlicher" Anspruch schließt von vornherein eine Mitgliedschaft von Arbeitern aus.

Sie bedient sich als Spalter, indem sie die kapitalistische Ideologie, Angestellte als etwas Besseres herauszustellen als Arbeiter, vom „gewerkschaftlichen" Standpunkt auffängt und damit den Riß durch die Arbeiterklasse zu festigen sucht.

Das Prinzip, mit „Einstweiligen Verfügungen" Kritiken aus sozialdemokratischer Ecke zu verbieten, ist hinreichend durch Franz Josef Strauß bekannt geworden, der zu diesem Zweck einen ganzen Anwaltsstab unterhält.

Die Reaktionäre können sich dabei auf die Justiz verlassen. In diesem Fall ging der Schlag nicht nur gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, sondern gegen alle Kollegen. Der Schlag ist nicht deshalb von Bedeutung, weil durch ihn eine durchweg mit reformistischem Zeug und Linkenhetze durchsetzte Zeitschrift (s.a. „Neue Linke" = „Neue Rechte" in diesem AK) den IG-Chemie-Mitgliedern vorenthalten bleibt, sondern weil die Justiz selbst sozialdemokratische Kritik an noch weiter rechts stehenden Organisationen verhindert.

Die Äußerungen in dem „Gewerkschaftspost"-Artikel schienen dem Landgericht Hannover derart „weitgehend", daß es seinen Beschluß ohne mündliche Verhandlung, d.h. ohne Anhörung des Antragsgegners (IG Chemie) faßte.

In dem Beschluß selbst verlangt das Landgericht Aktionen vom gesamten Vertrauenskörperapparat der IG-Chemie:

„Die Antragsgegnerin (IG Chemie) wird verurteilt,
a) ihre Vertrauensleute in allen Betrieben der Chemischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland telegraphisch anzuweisen, die Ausgabe Nr. 5/1975 der Zeitschrift „Gewerkschaftspost" an Mitglieder und Dritte einzustellen und die noch in ihrem Besitz vorhandenen Exemplare dieser Zeitschrift zu verwahren und Dritten nicht zugänglich zu machen."

Desweiteren wird verboten, folgende Behauptungen aufzustellen:

„. . . . die Antragstellerin (DAG, AK) sei
- *ein billiger Jakob*
- *ein übler Nassauer*
- *ein Trittbrettfahrer*
- *ein Dieb geistiger Arbeit*
- *ein Hochstapler*

Die Antragstellerin habe
- *die Leistungen der Antragsgegnerin* (IG Chemie, AK) *als eigene gewerkschaftliche Errungenschaften verkauft, ohne dafür einen Finger krumm gemacht zu haben,*
- *zum Krefelder Tarifabschluß (6,8 %, AK) für die Chemische Industrie lediglich insofern beigetragen, als sie klammheimlich nachträglich eine Unterschrift geleistet habe,*
- *sich, in einer Abstellkammer versteckt gehalten, um sich in die Erfolge anderer einzuschleichen."*

Die IG Chemieführung reagierte so:

In einer „Kurz-Information" schrieb z.B. der IG Chemie-Bezirksstellenleiter (Bezirk „Nordmark") Edgar Engelmohr, an „alle Vertrauensleute in der chemischen Industrie Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin" unter anderem:

„. . . . Dennoch müssen wir Euch bitten, umgehend entsprechend der einstweiligen Verfügung die Verteilung in den Betrieben einzustellen.

Der Hauptvorstand teilt uns mit, daß er gegen diese ohne mündliche Verhandlung erlassene einstweilige Verfügung Widerspruch eingelegt hat. In dem Hauptverfahren wird unser Hauptvorstand dann darlegen, daß die von uns aufgestellten Tatsachenbehauptungen zutreffen. Wir bitten, diese Information besonders im Angestelltenbereich weiterzugeben, da anzunehmen ist, daß die DAG versucht, mit dieser einstweiligen Verfügung Werbung in den Betrieben zu machen. Bitte, denkt daran, daß unsererseits Widerspruch eingelegt wurde und die Hauptverhandlung erst ergeben wird, was wahr ist!"

Die IG Chemieführung befürchtet demnach nur, ihr könnten Mitglieder nach rechts zur DAG abwandern und um diese Kollegen hat man sich halt zu bemühen. Ansonsten überläßt sie alles der Gerichtsbarkeit. Dieser wird man sich selbstverständlich unterordnen, mögen die Urteile noch so reaktionär sein. Letztlich erweist sich wieder einmal, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften reaktionären Angriffen kampflos preisgeben. ●

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg

HBV-Hamburg:

Neue Ausschlußwelle rollt an!

HBV-Hamburg:

Neue Ausschlußwelle rollt an!

Nach dem Polizeieinsatz gegen fortschrittliche Gewerkschafter am 11.11.74 (siehe AK 53 und 54) hat die Hamburger Gewerkschaftsführung im HBV-Bereich insgesamt neun Ausschlußanträge gegen Gewerkschaftsmitglieder gestellt.

Ulrich Vetter, Fachgruppenvorsitzender des Buchhandels, ist bereits ausgeschlossen worden (siehe AK 58/59), im Frühjahr 74 war bereits Marion Harries wegen „KPD/ML"-Mitgliedschaft ausgeschlossen worden. Die restlichen Ausschlußverfahren – gegen fünf Fachgruppenvorstandsmitglieder im Groß- und Außenhandelsbereich sowie zwei Kollegen der gewerkschaftseigenen COOP AG (siehe AK 58/59) sind noch nicht formal abgeschlossen.

Die Gewerkschaftsführung hat vorübergehend eine Politik der „Funkstille" betrieben, da die Ausschlußpolitik gleichzeitig verstärkt unter linken Gewerkschaftern die Notwendigkeit des Kampfes um innergewerkschaftliche Demokratie deutlich gemacht und auch dazu geführt hatte, daß ein größerer Kreis sich organisiert um einen gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf bemüht.

In keiner der Fachgruppen der Gewerkschaft war es der Gewerkschaftsführung gelungen, eine mehrheitliche Fürsprache für ihre Ausschlußpolitik zu bekommen. In der Fachgruppe Buchhandel und Groß- und Außenhandel wurde ausdrücklich die Politik der Gewerkschaftsführung zurückgewiesen und im Groß- und Außenhandel sogar ein Ausschlußantrag gegen den führenden Ortssekretär Krause angestrengt.

In der Fachgruppe Versicherungen wurde daraufhin jede Diskussion auf Mitgliederversammlungen darüber abgeblockt.

Bei COOP haben 80 Kollegen mit einer Resolution gegen die geplanten Ausschlüsse eines Betriebsratsmitgliedes und eines gewerkschaftlichen Vertrauensmanns protestiert.

42 Kollegen verteilten eine Protesterklärung gegen den Polizeieinsatz und der daraus entstandene „Kreis konsequenter Gewerkschafter" verteilte ein weiteres Flugblatt vor den Betrieben im HBV-Bereich.

Um an dieser Front die Aktivitäten der Kollegen erlahmen zu lassen, haben die Gewerkschaftsführer die „Funkpause" betrieben. Das muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß sich bislang erst ein kleiner Kreis von sechs Personen gefunden hat, der abwechselnd als Antragsteller, Beisitzer oder „neutraler" Vorsitzender der Schlichtungsstelle bei den Ausschlußverfahren in offener Weise als Befürworter der Ausschlüsse eintritt.

Es riecht nach neuen Ausschlußbemühungen

In der Fachgruppe Versicherungen ist die Betriebsgruppe (BG) bei Iduna den Gewerkschaftsführern schon lange ein Dorn im Auge. Diese BG ist im Gegensatz zu vielen anderen Betriebsgruppen nicht zu einem Wahlverein herabgesunken. Durch Informationen und direktes Auftreten wurden die Rationalisierungsbestrebungen der Iduna-Kapitalisten im Betrieb offengelegt. Im Kampf gegen die Disziplinierung und gegen die Verschlechterung der Ausbildung bei den Lehrlingen konnten einige Erfolge errungen werden.

Bei den BR-Wahlen vertrat die BG nicht ihre Politik durch Verteilung von Kugelschreibern, sondern in einem Forderungsprogramm (AK 58/59), was auch von den Kollegen honoriert wurde. Dieser Kurs der BG ist dort möglich, weil innerhalb der Betriebsgruppe antikapitalistische Forderungen fest verankert sind. Die Forderung nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie wurde durch Resolutionen und Unterstützung der vom Ausschluß bedrohten Kollegen deutlich gemacht.

Es ist klar, daß die Gewerkschafts-führung diesen Kampf in die Sackgas-

Resolutionen und Unterstützung der vom Ausschluß bedrohten Kollegen deutlich gemacht.

Es ist klar, daß die Gewerkschaftsführung diesen Kampf in die Sackgas-

se leiten will. Seit neuem interessieren sich der Bundessekretär Keuchel sowie das Hamburger Führungskabinett zunehmend für diese Gruppe. So bekamen Mitglieder des Betriebsgruppenvorstands eine Einladung des geschäftsführenden Sekretärs ins Haus, doch einmal zu einem „klärenden Gespräch" ins Gewerkschaftshaus zu kommen. Dieses ist der zweite Versuch, in die Betriebsgruppe einen Keil zu schlagen.

Aufgrund der Ereignisse vom 11.11.74 kam schon einmal der Fachgruppenvorstand zu Besuch. Auf dieser Betriebsgruppensitzung versuchten die Herren zu erreichen, daß Teile der Betriebsgruppe sich von Kommunisten und fortschrittlichen Kollegen distanzieren. Die Drohung: „entweder ihr grenzt euch von diesen Leuten ab oder die Arbeit in der HBV muß grundsätzlich in Frage gestellt werden", wurde durch die Geschlossenheit der Betriebsgruppe beantwortet. Denn nicht vorhandene Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und anderen gewerkschaftlichen Kollegen spalten die Einheit, sondern das tut die Gewerkschaftsführung mit ihrer Politik des an die „Kette legens".

Jetzt wird mit der Einladung des Betriebsgruppenvorstandes ein neuer Versuch gestartet.

In einer Resolution auf einer 1. Mai-Veranstaltung (diese war gerade auf Initiative des Betriebsgruppenvorstandes zusammengekommen), wurde der Spaltungsversuch der Gewerkschaftsführung gebührend beantwortet: *„Wenn ihr es wünscht, mit uns zu sprechen, dann nur mit der ganzen Betriebsgruppe. Verhören einzelner stimmen wir nicht zu."*

Diese Resolution wurde dann von den gewerkschaftlich aktiven Kollegen unterschrieben.

Das wird die Gewerkschaftsführung nicht hinnehmen, schon mehrfach wurde mit Ausschluß der BG-Vorsitzenden gedroht, der über Verhöre des BG-Vorstandes eingeleitet werden soll. Gleichzeitig wird die Gewerkschaftsführung versuchen, sich scheinbar linker Kritiken innerhalb der BG zu bedienen, um so die Einheit der BG aufzuspalten. ●

HBV-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

GEW-Wahlen in Bremen: Erfolg der „Mainzer Linie"

Gegenwärtig finden in der Bremer GEW die ersten Bezirkswahlen statt nach dem Zusammenschluß von VBLL und VBLE. Die Wahlen sind ein Test dafür, wie sich die Vereinigung der beiden Gewerkschaftsverbände auswirkt. Nach der reaktionären Formierung der GEW durch die Mainzer- und Kölner Beschlüsse und der unverhüllten Ausschlußdrohung gegen alle Gewerkschafter, die sich weiterhin für innergewerkschaftliche Demokratie und eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse einsetzen, sind die augenblicklichen Wahlen ein Gradmesser, wie stark der Widerstand gegen diesen Kurs in einer ehemaligen Hochburg der „Linken" ist oder wieweit den fortschrittlichen Kollegen schon das Rückgrat gebrochen wurde.

Die Rechten hatten vor vier Jahren die Gewerkschaft gespalten und den VBLE gegründet, um auf diese Weise die damals relativ fortschrittliche Politik der Bremer GEW zu zerstören. Mitgliedermäßig hat diese Spalterpolitik nie großen Erfolg gehabt. Der VBLE blieb gegenüber dem VBLL immer eine kleine Gruppe.

Politisch aber wurde er von den Bundesgremien der GEW stets massiv unterstützt.

Nach den Mainzer Beschlüssen der GEW-Führung vor einem Jahr orientierten die VBLE-Rechten mit Auftrag des Hauptvorstandes auf eine „Wiedervereinigung" mit dem VBLL. Über die Absicht ließen sie von Anfang an keinen Zweifel: In dem vereinheitlichten Verband sollten die Rechten die politische Linie der Gewerkschaftsführung durchsetzen; dieser Schritt sollte Beginn einer großangelegten Säuberung von allen Kommunisten in der Bremer GEW sein und durch das exemplarische Vorgehen gegen diese die übrige GEW-„Linke" einschüchtern. Zu diesem Zweck kursierten innerhalb des VBLE schon vor der Wiedervereinigung „schwarze Listen" mit den Namen einiger bekannter „Linker" des VBLL, die bei nächster Gelegenheit abgeschossen werden sollten.

Dieser gezielten Vorgehensweise der Rechten setzte der VBLL keinen nennenswerten Widerstand entgegen: Mit den Stimmen der „Linken" war Bremen der erste Landesverband, der die Mainzer Beschlüsse zum Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie anerkannte!

Nicht nur das: Gerade die KBW-Mitglieder in der GEW, die bislang einen gewissen Einfluß im VBLL hatten, begrüßten selbst unter diesen ungünstigen politischen Voraussetzungen den Zusammenschluß von VBLL und VBLE, weil dieser Schritt angeblich dem „Prinzip der Einheitsgewerkschaft" entspräche. Daß mit dieser „Einheitsgewerkschaft" möglicherweise jede fortschrittliche Politik von den Reaktionären zu Grabe getragen werden könnte, darüber machten sie sich nur wenig Gedanken. Bedenken von Kollegen in diese Richtung wurden stets mit dem Hinweis vom Tisch gewischt: die Linken sind ja zahlenmäßig viel stärker als die Rechten.

Das Ergebnis der jetzigen Wahlen ist allerdings ein durchschlagender Erfolg für die Rechten. Im Bezirk **Bremerhaven** wurden auch noch die letzten „Liberalen" von knochenharten Rechten abserviert.

In **Bremen-Nord** sieht es nicht viel besser aus: Für die Landesvertreterversammlung (LVV) wurden neben 12 Rechten lediglich drei „Linke" gewählt; im Vorstand wird überhaupt kein „Linker" sitzen.

In **Bremen-Ost** wurde vor der Wahl das Kräfteverhältnis zwischen VBLL und VBLE als ausgeglichen eingeschätzt. Nach der Wahl sitzen in der LVV sieben ehemalige VBLEler und nur fünf ehemalige VBLLer. Zum Vorsitzenden wurde ein Schuldirektor und rechter Karrierist mit großer Mehrheit gewählt, obwohl ihn nicht mal die Kollegen seiner Schule unterstützten.

Der Bezirk **Mitte-Ost** war als Hochburg der Linken bekannt (die Universität gehört zu diesem Bezirk). Trotzdem konnten die VBLEler ihre sieben Kandidaten für die LVV sämtlichst durchbringen. Die „Linken" bekamen lediglich fünf Sitze.

Die Bezirksversammlungen fanden allesamt in einem Klima der Hetze von rechts statt, obwohl in der Regel die „Linken" auf den Versammlungen in der großen Mehrheit waren! Trotzdem konnte es sich z. B. der Kandidat des VBLE für den Vorsitz des Bezirks Mitte-Ost, Kahrs, erlauben, seinem Konkurrenten öffentlich an den Kopf zu werfen: *„Warum kandidieren Sie eigentlich? Ich habe Sie in der Demonstration des KBW zum 1. Mai gesehen und habe Gewerkschaftsausschluß gegen Sie beantragt. Sie werden bald draußen sein. Deswegen lohnt sich Ihre Kandidatur auch nicht mehr.* (!!!)" Die Kritik daran erschöpfte sich in ohnmächtigem Murren der „Linken".

Genauso konnten es sich seine reaktionären Gesinnungsgenossen leisten, offen zu erzählen, daß sie die Kollegen auf der Mai-Demonstration gefilmt hätten, oder die fortschrittlichen Kollegen zu beschimpfen, weil sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht anerkennen.

Derselbe Kahrs hatte übrigens vor der Versammlung in Mitte-Ost Polizei holen lassen, um einen „KVZ"-Verkäufer festnehmen zu lassen!

Die Hetze gegen jede fortschrittliche Arbeit in der GEW trifft gegenwärtig auf einen wenig geschlossenen Widerstand der „Linken".

An den niederschmetternden Wahlergebnissen zeigt sich, daß die Arbeit des VBLL schon seit längerem praktisch zusammengebrochen ist: Ein großer Teil der Betriebsgruppen hatte sich überhaupt nicht auf die Wahl vorbereitet: Weder wurde die politische Bedeutung dieser Wahl besprochen, noch wurden die Kandidaten diskutiert. Fast überall haben individuell so viele Kollegen kandidiert, daß ein Splitting der Stimmen unumgänglich wurde (d. h. sie haben sich gegenseitig Konkurrenz gemacht, anstatt einheitlich gegen die rechten Vögel vorzugehen!). Dagegen der VBLE: Offensichtlich haben feste Absprachen bestanden, wer kandidieren und wer gewählt werden soll. An den Wahlergebnissen wird deutlich, daß diese rechten Sozialdemokraten eher bereit sind, mit CDU-Kandidaten zusammenzuarbeiten, und die GEW als Kampfinstrument fortschrittlicher Kollegen zu zerstören, als die GEW den „Linken" zu überlassen.

Die Wahlbeteiligung betrug nur ca. 51 %. Wenn man das extrem schlechte Abschneiden der „Linken" auch in ihren Hochburgen betrachtet, muß man zu dem Schluß kommen, daß gerade von ihnen ein großer Teil nicht gewählt hat! Charakteristisch für die politische Blindheit und Passivität vieler „Linker" ist weiter, daß die wenigen „Linken", die gewählt wurden, auch noch in der Regel eher blasse Sozialdemokraten oder DKP-Sympathisanten sind: also Leute, die entweder kaum etwas der reaktionären Mafia entgegensetzen wollen oder sogar mit ihr zusammenarbeiten.

Gerade die Kandidaten, die als Sympathisanten des KBW bekannt waren, fielen meistens durch. Einmal waren die Revisionisten offensichtlich eher bereit, erklärte Rechte zu wählen als einen „Chaoten", zum anderen ist dieses Ergebnis auch ein Bankrott der einstmals relativ einflußreichen Gewerkschaftsarbeit des KBW, der seit geraumer Zeit eher versucht, die Reaktion mit moralischen Appellen („bitte seid nicht so bös") zu „überzeugen", als einen wirksamen Widerstand der Demokraten und Kommunisten zu entwickeln.

Dieser Widerstand kann aber nur entstehen, wenn die Ziele der Gewerkschaftsführung und ihrer rechten Hilfstruppen vom VBLE deutlich gemacht werden und wenn wir um jeden Fußbreit demokratischer Positionen in der Gewerkschaft kämpfe-

GEW-Genossen
KB/Gruppe Bremen ●

Ein Hoch auf die „Humanisierung der Arbeitswelt"! IGM-Führer fabrizieren eine „Muster-Arbeitsordnung"



so hätten sie es gerne !

In etlichen Betrieben in der BRD wurden in der letzten Zeit neue „Arbeitsordnungen" (AO) eingeführt bzw. drängen die Kapitalisten auf eine entsprechende Regelung. Außerdem werden schon bestehende AO's weiter verschärft. Die AO's dienen den Kapitalisten dazu, die Kämpfe der Arbeiter in Zukunft noch nachhaltiger einzuschrärken und niederzuschlagen. Die für die Arbeiterklasse bestehenden Einschränkungen durch das ohnehin schon reaktionäre BVG werden mit den AO's systematisch weiter ausgebaut.

In den AO's, die in letzter Zeit mit Hilfe der sozialdemokratischen Betriebsräte in vielen Betrieben abgeschlossen wurden, stehen folgende Punkte im Vordergrund:

- ▶ Den Kapitalisten wird das Recht auf Kontrollen und Durchsuchungen, bis hin zur „körperlichen Durchsuchung" (HDW-AO, § 2, Abs. 8) zugestanden.
- ▶ Über das BVG hinausgehend, das „nur" die Betriebsräte auf die Wahrung des „Betriebsfriedens" festlegt, werden die Kollegen selbst auf die „Wahrung des Betriebsfriedens" verpflichtet.
- ▶ Flugblätter und sonstige Druckschriften dürfen in den meisten Fällen nur mit Genehmigung der Kapitalisten verteilt werden.
- ▶ Die Kollegen dürfen ihren Arbeitsplatz in den meisten Fällen nur mit Genehmigung der Vorgesetzter verlassen, womit eine Diskussion der Arbeiter, ein Informationsaustausch über die eigene Abteilung hinaus, erschwert wird.
- ▶ Die Kollegen werden zu Schadensersatz und Haftpflicht verdonnert, wenn sie einen Schaden *„vorsätzlich und grob fahrlässig verursacht"* haben (AO Hanomag-Henschel). Bei der bestehenden Arbeitshetze in den Betrieben (Akkord usw.) liegt es häufig nicht drin, die Vorschriften zu beachten. Bei diesen Bestimmungen steht der Arbeiter meist schon mit einem Bein im Gefängnis.
- ▶ In den AO's wird die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen, bzw. ein „sicherheitsentsprechendes Verhalten" auf den einzelnen Arbeiter abgewälzt. Bei Unfällen usw. sind die Kapitalisten meistens aus dem Schneider und können die volle Verantwortung den Kollegen zuschieben.

Hat bis Ende 1974 die IGM-Ortsverwaltung und die Bezirksleitung Hamburg z.B. noch empfohlen, „AO's nicht abzuschließen", so hat sich dies grundsätzlich geändert.

Der IGM-Vorstand wartete nun mit einer „Musterarbeitsordnung" auf, in der sich alle o.g. Punkte, wenn auch in „verwässerter Form", wiederfinden. Auf den ersten Blick scheint diese „Initiative" der IGM auf eine Verbesserung der AO's abzuzielen.

Die IGM begründet die Herausgabe der „Muster-AO" in einem Vorwort folgendermaßen: *„Die Entwicklung auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialgesetzgebung ging inzwischen weiter und es wurden bessere (?) Tarifverträge durchgesetzt. Auch im Hinblick darauf empfehlen wir allen Betriebsräten, die geltenden Betriebsordnungen durchzusehen und sie durch Neufassungen den veränderten Bedingungen (!) anzugleichen ... Es muß vermieden werden, daß Arbeitsordnungen die zugunsten der Arbeitnehmer im Betrieb erkämpften Kollektiv- und Individualrechte wieder in unzulässiger Weise einschränken."*

Das hört sich ja ganz gut an. Aber bekanntlich verbirgt sich oft in einer schönen Verpackung der letzte Plunder! So auch hier:

Sieht man sich die „Muster-AO" näher an, so wird in den einzelnen Bestimmungen meistens auf das bestehende BVG verwiesen. Warum also eine AO? Dies wird klar, wenn man sich § 15 „Ordnungsvorschriften" der „Muster-AO" ansieht: *„Der Betrieb darf nur durch die dafür bestimmten Ein- und Ausgänge betreten und verlassen werden, wobei vorhandene Kontrolleinrichtungen von jedem Arbeitnehmer ... zu benutzen sind"* (Abs. 1), *„jeder Arbeitnehmer erhält einen Werksausweis ..."* (Abs. 2), *„das Betreten des Werksgeländes ist nur mit einem Werksausweis gestattet, der unaufgefordert vorzuzeigen ist. Beim Verlassen des Werksgeländes ist der Werksausweis ebenso unaufgefordert vorzuzeigen"* (Abs. 3), *„der Arbeitnehmer ist verpflichtet, seinen Arbeitsplatz und seine Arbeitsgeräte sauber und in Ordnung zu halten. Der Arbeitsplatz ist aufgeräumt zu verlassen" (Abs. 5).*

Es fehlt in dieser Passage zur üblichen Arbeitsordnung nur der ‚Durchsuchungsparagraph'. Doch gemach: § 15 Abs. 10 legt nämlich fest: *„Die Betriebsleitung kann Hand- und Aktentaschen sowie sonstige Behältnisse auf ihren Inhalt durch Sichtkontrollen untersuchen lassen. Alle Kontrollen bedürfen der Zustimmung des Betriebsrates."*

Daß der Arbeiter auch noch die Haftung für Beschädigungen zu übernehmen hat, steht dann in § 15, Abs. 12: *„Beschädigung oder Verlust von Werkseigentum ist sofort dem Vorgesetzten zu melden. Der Arbeitnehmer haftet für Schäden, die er nachweislich vorsätzlich verursacht. Die Festsetzung des Schadensersatzes (Zeitwert) erfolgt mit Zustimmung des Betriebsrates."*

Die Gewerkschaftsführung hat an alles gedacht. Der Betriebsrat darf beim Anscheißen der Kollegen sogar noch „mitbestimmen".

Die o.g. Einhaltung der Sicherheit, die nur beim Kollegen liegt und ihm die Verantwortung überträgt, ist natürlich auch wiederzufinden: *„Die betrieblichen Vorgesetzten und Aufsichtsführenden haben im Rahmen ihrer Befugnis die zur Verhütung von Arbeitsunfällen erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen zu treffen und dafür zu sorgen, daß sie befolgt werden"* (§ 16, Abs. 2). *„Der Arbeitnehmer hat gefährliche und vorschriftswidrige Arbeiten zu unterlassen"* (§ 17, Abs. 1).

Ein Hoch auf die „Humanisierung

darf nur durch die dafür bestimmten
Daß der Arbeiter auch noch die
sen" (§ 17, Abs. 1).
Ein Hoch auf die „Humanisierung

der Arbeitswelt".

Natürlich dürfen die schriftlich fixierten Folgen, die bei Nichteinhaltung dem einzelnen Kollegen drohen, nicht fehlen. Im § 23 „Verfahren bei Festsetzung von Ordnungsmaßnahmen" heißt es: *„Vorsätzliche grobe Verstöße gegen die Ordnung oder die Sicherheit des Betriebes können mit Zustimmung des Betriebsrates je nach ihrer Schwere mit mündlicher Verwarnung oder schriftlichem Verweis geahndet werden"* (Abs. 1). *„Diese Maßnahmen können nur nach Anhörung des Betroffenen erfolgen; der Betriebsrat ist daran zu beteiligen"* (Abs. 2).

Der Betriebsrat wird auch hier zum vollständigen Büttel der Kapitalisten und als ein Organ der Disziplinierung gegen die Kollegen eingesetzt.

Wenn diese „Muster-AO" auch noch nicht alles bietet, was die Gewerkschaftsführung zur Disziplinierung und offenen Unterdrückung der Arbeiter beizutragen hat, so wird darauf im Vorwort doch schon hingewiesen: *„Sie* (die Muster-AO, d.Verf.) *stellt nur eine Rahmenempfehlung dar und ist auf die betrieblichen Bedürfnisse und die Struktur des Unternehmens abzuwandeln."* „Die betrieblichen Bedürfnisse ... des Unternehmens" (!) zu berücksichtigen überläßt man den jeweiligen sozialdemokratischen Betriebsräten, die, wie die Erfahrung gezeigt hat, dies auch ganz im Sinne der Kapitalisten tun.

Die Gewerkschaftsführung wird sicherlich gerne den rechten Betriebsräten zur Seite stehen, wenn es darum geht, die Arbeiter in ein weiteres Korsett zu pressen und für die Betriebe AO's auszuhandeln, die den Kapitalisten weitere Möglichkeiten in die Hand geben, Ansätze fortschrittlicher Arbeit der Kollegen in den Betrieben zu zerschlagen. ●

Betriebszelle Heidenreich & Harbeck,
KB-Gruppe Hamburg

Schleyer und Agnelli – Chefs der gleichen Bande!

Zum Treffen italienischer und westdeutscher Automobilarbeitergenossen am 26./27. April in Stuttgart

In Stuttgart trafen sich Genossen der italienischen Organisation LOTTA CONTINUA aus den FIAT-Werken, Genossen von Klöcker-Humboldt-Deutz, Magirus, VW, Daimler-Benz und von der KB-Betriebszelle Hanomag-Henschel zu einem Arbeitsgespräch. Anlaß zu diesem Treffen war die beschlossene Fusion zwischen FIAT und KHD, die für die italienischen Kollegen durch Verlagerung von Produktionsteilen nach Westdeutschland sehr nachteilige Auswirkungen haben kann. (Beispielsweise wird Agnelli ganz sicher versuchen, „bedrohte" Produktionsbereiche in die vorerst noch relativ ‚streiksicheren' BRD-Betriebe zu verlagern).

Neben Erfahrungsberichten aus den verschiedenen Betrieben (die uns auch einen sehr plastischen Eindruck vom Klassenkampfniveau in Italien vermittelten – so z.B. die Kampfformen der FIAT-Arbeiter wie kollektives Krankfeiern, Nichtfertigen von jedem zweiten oder dritten Auto am Band usw. ... auch die Parolen sind ‚nicht ohne': „Agnelli, du hast Vietnam in deinem Betrieb", heißt eine...) wurde vor allem über die unterschiedliche Rationalisierungspolitik in Italien und in der BRD diskutiert. Beispielsweise das vorrangig politische Ziel der italienischen Kapitalisten über Rationalisierung und Betriebsumstruktuierungen die erreichte Einheit der italienischen Arbeiterschaft zu zerschlagen. So versucht Agnelli beispielsweise durch Zerstückelung des FIAT-Kernwerkes MIRAFIORI (Verlagerung in den Süden) bestehende Kampfzusammenhänge, Arbeiterkerne zu zerschlagen. Andererseits gelingt es der italienischen Bourgeoisie heute vielfach nicht, Betriebsstillegungen von ‚unrentablen' Betrieben durchzuführen – weil die Arbeiter die Werke besetzt halten. Bei FIAT war Agnelli durch das Krankfeiern gezwungen ca. 10 % mehr Kollegen einzustellen.

Es liegt auf der Hand, daß eine enge, auch betreibliche Zusammenarbeit der italienischen und BRD-Kapitalisten (wie FIAT-KHD) sich schwerpunktmäßig gegen die Einheit und den Kampfeswillen der italienischen Arbeiterklasse richten wird und zweitens darauf abzielt, eine einheitliche Kampffront westdeutscher und italienischer Kollegen schon im Ansatz zu zerschlagen. Eine Zusammenarbeit der linken, betrieblichen Gruppen in beiden Ländern stellt sich schon von daher als dringende Aufgabe und das Stuttgarter Treffen ist ein erster Schritt in diese Richtung!

Auf dem Treffen wurde noch die Erstellung eines Abschlußpapiers beschlossen, das wir veröffentlichen, sobald es vorliegt.

Es wurde ein weiteres Treffen für diesen Herbst beschlossen, auf dem in möglichst breiterem Kreis über die konkreten Auswirkungen der Rationalisierungspolitik und deren Abwehr diskutiert werden soll. ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB-Gruppe/Hamburg

GEW Hamburg vor der Entscheidung: Für die Hauptversammlung!

Am 22. Mai wird nach über einem Jahr wieder das oberste Organ des Landesverband Hamburg der GEW, die Hauptversammlung (Versammlung aller Mitglieder) zusammentreten. Die Hauptversammlung wird über die Annahme oder Ablehnung der Mainzer und Kölner Satzungsbeschlüsse des Bundes-GEW entscheiden: Über eine „Abhängigkeitsklausel" (Vorrang der Bundessatzung über die Landessatzung, d.h. also Anerkennung der Mainzer und Kölner Beschlüsse) sowie über die Auflösung der Hauptversammlung zugunsten einer Landesvertreterversammlung (LVV). Da es sich dabei um Satzungsänderungen der geltenden Hamburger Landessatzung handelt, brauchen die GEW-Führer eine 2/3-Mehrheit auf der HV. Der KOMMUNISTISCHE BUND setzt sich dafür ein, beides abzulehnen und die Hamburger Satzung mit der Hauptversammlung als oberstem Organ beizubehalten.

Entschieden wird letzten Endes darüber, ob die Gewerkschaftsführer die Zustimmung für ihre reaktionäre Ausrichtung der GEW insgesamt erhalten. Hatte die GEW-Führung sich in „liberaleren" Zeiten noch als „mahnenden Partner" staatlicher „Reform"-Politik verstanden, so wollen Frister und Co. jetzt, wo Kapitalisten und Regierung die „Sparpolitik" und die offene politische Unterdrückung besonders auch im Bildungswesen vorantreiben, die GEW zu einem scharf antikommunistisch geprägten Instrument der aktiven Verteidigung des kapitalistischen Gesellschaftssystems machen. Was im Öffentlichen Dienst gilt, soll auch in der Gewerkschaft zum obersten Gesetz gemacht werden: Lehrer haben *„jederzeit aktiv die Gewähr dafür zu bieten, daß sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen"*.

Im Hamburger Landesverband der GEW fiel es den Gewerkschaftsführern bisher recht schwer, diesen Kurs durchzusetzen. Die relativ demokratische Struktur (letzter Landesverband einer DGB-Gewerkschaft mit einer Mitgliederversammlung als oberstem Organ) gab den Mitgliedern verhältnismäßig viel Raum zu innergewerkschaftlicher Willensbildung und erlaubte es ihnen, den Vorstand teilweise wirksam an totaler Willkür zu hindern. Dabei zeigt die Argumentation der GEW-Führer, die „lästigen" Mitgliederrechte würden die „Schlagkraft" der GEW mindern, nur ihre demokratiefeindliche und massenfeindliche Einstellung: In Wirklichkeit lag der Hamburger Landesverband z.B. bei der Urabstimmung über einen Streik gegen die Neurege-
lichkeit lag der Hamburger Landesverband z.B. bei der Urabstimmung über einen Streik gegen die Neurege-
lung der Lehrerbesoldung im letzten Jahr glatt über der erforderlichen Marke von 75 % Ja-Stimmen, während die Landesverbände in Hessen und Westberlin bei ähnlichen Urabstimmungen knapp bzw. sogar weit darunter lagen.

Es liegt auf der Hand, daß eine kämpferische Gewerkschaftspolitik gerade angesichts der katastrophalen Verschärfung der Situation an den Schulen, angesichts der Unterdrükkung jeden Protestes, die lebendigste Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie, die aktive Teilnahme der Mitglieder an allen wichtigen Entscheidungen, die wirksame Kontrolle aller Führungsgremien braucht.

Genauso liegt es auf der Hand, daß die Gewerkschaftsführer – ebenfalls gerade wegen der staatlichen Bildungspolitik, und um die von ihnen geforderte Bejahung dieses Staates durchsetzen zu können – Vorstandsdiktatur, Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Massenausschlüsse gegen linke Kollegen etc. brauchen.

Daher wird der Ausgang der HV am 22.5. weitreichende Konsequenzen für die gesamte Entwicklung der GEW haben. Daß die HV überhaupt wieder zusammentritt, mußte gegen den erbitterten Widerstand des Vorstands erkämpft werden. Dieser hatte, nachdem er schon einmal mit der Einführung einer Vertreterversammlung in Hamburg gescheitert war, versucht, nach der in Mainz verabschiedeten Bundessatzung die Hamburger HV kurzerhand für „nicht mehr existent" zu erklären. Vor Gericht ließen Mitglieder jedoch die Gültigkeit der Hamburger Landessatzung (unabhängig von den Mainzer Beschlüssen, die eine Vertreterversammlung (LVV) als oberstes Landesorgan vorschreiben) feststellen. So wurde die Einberufung dieser HV erzwungen. Mittlerweile sind die Fronten klar:

Der Vorstand...

„verfolgt die kompromißlose Durchsetzung der Mainzer und Kölner Beschlüsse auf der HV und die Verabschiedung eines besonders reaktionären LVV-Modells. Seine Formulierung der Abhängigkeitsklausel besagt, daß die Bundessatzung *„unmittelbar und unverändert"* für die GEW Hamburg gelten soll und das bedeutet, daß der Hauptvorstand uneingeschränkt bis in die letzte Gliederung der GEW hineinregiert, ohne daß die Mitglieder die Möglichkeit haben, Einfluß darauf zu nehmen.

Der Landesvorsitzende Wunder hat sich bei der Vorbereitung der HV dadurch „profiliert", daß er seine Mißachtung einer freien Willensbildung und Entscheidung erneut deutlich zur Schau stellte: Wer gegen die Abhängigkeitsklausel und für die Beibehaltung der HV stimmt, wird von ihm als „Extremist" diagnostiziert. Im übrigen sei dies *„der letzte Versuch,* (!) *die Strukturfrage des Landesverbandes... aus eigener Kraft ... zu lösen"*.

GEW-Vorsitzender Frister, der – ohne eingeladen zu sein – seine Teilnahme an der HV angekündigt hat, spricht noch eine erheblich deutlichere Sprache: Daß überhaupt eine HV stattfindet, hält er bereits für *„bedenklich"*.

„Der vom Landesvorstand offensichtlich zur besseren Beilegung der innergewerkschaftlichen Konflikte gewählte Weg kann nur dann (!!) *als ein sinnvoller Kompromiß* (? ?) *gewertet werden, wenn in der anberaumten Hauptversammlung mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der Vorrang der Bundessatzung verankert und damit die Zugehörigkeit des Landesverbandes Hamburg zur GEW ohne Wenn und Aber festgestellt wird... Sollten sie* (die in Opposition befindlichen Kolleginnen und Kollegen) *die Hauptversammlung zum Instrument einer Verhinderung des Geltens der GEW-Satzung* (gemeint: der neuen Bundessatzung; Anm. AK) *für den Bereich des Landesverbandes Hamburg machen wollen, so würde für die GEW eine außerordentlich ernste Situation entstehen, die den* Hauptausschuß als das höchste Gre*mium zwischen den* (Bundes-) *Vertreterversammlungen zum Handeln veranlassen dürfte"*.

Frister ist halt nicht so verschämt (und das Hamburger Klima nicht gewohnt). Er sagt's frei raus: Entweder die HV fügt sich, oder sie kann uns am Arsch lecken. Und so versäumen die Gewerkschaftsführer keine Gelegenheit zu betonen, daß der Hamburger Landesverband bei Ablehnung der Mainzer und Kölner Beschlüsse die GEW und den DGB *„verlassen müßte"* (Wunder); daß sie für diesen Fall also auch eine S p a l t u n g ins Auge fassen. Dem ungebetenen Gast Frister sollte dementsprechend auch ein würdiger Empfang auf der HV zuteil werden.

Der Vorstand will die Abhängigkeitsklausel als ersten Tagesordnungspunkt auf der HV behandeln lassen. Mit der Annahme der Abhängigkeitsklausel wäre ja auch die Abschaffung der HV bereits grundsätzlich beschlossen (da dies in der neuen Bundessatzung enthalten ist). Der Vorstand hält sich die Möglichkeit offen, danach die HV abzubrechen, um ein LVV-Modell von der Vertrauensleuteversammlung beschließen zu lassen.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL)

„Bei aller Kritik"... – sagen die „fortschrittlicheren" Sozialdemokraten, müssen wir doch die Beschlüsse von Mainz und Köln anerkennen. Der Sprecher dieser Gruppe schreibt in der „Hamburger Lehrerzeitung" (Nr. 8/75): *„Die Kritik an den Kölner und Mainzer Beschlüssen steht allerdings heute nicht zur Diskussion* (!!), *denn sie könnten frühestens auf dem nächsten Bundeskongreß 1977 modifiziert oder korrigiert werden. Heute ist es erforderlich, daß der Landesverband Hamburg trotz aller Einwände den Beschlüssen auch für Hamburg Geltung verschafft..."*

die Hauptversammlung zum Instru- dings heute nicht zur Diskussion

Wenn es die Kritik an Mainz und Köln nicht gegeben hätte, dann würde es allerdings diese HV ü b e r h a u p t nicht geben! Die AsL verrät hier nur, was sie s e l b s t gern diskutiert haben würde: Alles andere nämlich – nur nicht die Ablehnung von Beschlüssen des „obersten Organs" durch die Mitglieder!

Die AsL hat einen Antrag („Lemke-Antrag") für „fortschrittlichere" Satzungsänderungen für die HV vorgelegt und wird dabei offensichtlich von der DKP und einem Teil der Liberalen aus der Klägergruppe unterstützt. Die Abhängigkeitsklausel ist darin so formuliert, daß die Bundessatzung nicht unmittelbar gelten soll, sondern von einer Hamburger Landesvertreterversammlung jeweils b e s t ä t i g t werden muß. Damit hat sich's aber schon mit der „Fortschrittlichkeit": *„Änderungen* (der Hamburger Landessatzung) *dürfen den Bestimmungen der Bundessatzung nicht entgegenstehen"* und *„Er* (der Landesverband) *ist verpflichtet, seine Tätigkeit gemäß den Bestimmungen der Bundessatzung der GEW zu vollziehen"* – heißt es in dem AsL-Antrag. Ohne die Zustimmung einer LVV soll's also nicht laufen, aber etwas anderes als Zustimmen darf die LVV auch nicht.

Auf diese Weise will die AsL der „notwendigen Zentralisierung" den „Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie" (in Mainz und Köln *„nur teilweise* (? ? !) *erreicht")* beifügen.

Diesen „Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie" auf einer so reich mit Befugnissen ausgestatteten LVV können wir uns jetzt schon lebhaft vorstellen: ‚Die Kritik an den letzten Bundesbeschlüssen steht allerdings heute nicht zur Diskussion, denn sie könnte frühestens auf dem nächsten Bundeskongreß...'

Die Sozialdemokraten und Revisionisten sehen teilweise wohl selbst, daß das Thema Abhängigkeitsklausel peinlich für sie ist und sie Mühe haben, ihre Haltung den Mitgliedern als „Alternative" zum Vorstand zu verkaufen. Daher würden sie es lieber sehen, durch eine Veränderung der Tagesordnung die Abhängigkeitsklausel überhaupt nicht auf der HV zu behandeln, sondern nur die Einführung einer LVV, die dann auf ihrer ersten Sitzung „in Ruhe" die Anerkennung der Bundessatzung vollziehen würde. Mauschelpolitik auf einer LVV hinter dem Rücken der Mitglieder ist halt doch bequemer!

Die AsL tut so, als wäre es jetzt das Wichtigste, an dieser oder jener Bestimmung eines LVV-Modells herumzudoktern. Auch wenn ihr „fortschrittliches" Modell (das, nebenbei erwähnt, noch hinter das Westberliner Modell z.B. zurückfällt) zum Tragen käme, wäre ihm doch nur eine kurze Lebensdauer beschert. Der Hauptverstand der Bundes-GEW hat die Erarbeitung einer einheitlichen Satzung für alle Landesverbände bereits in Auftrag gegeben. Dann würde also das liebste Kind der AsL – nach ein bis zwei Jahren – seinen Geist aufgeben (nicht ohne dem vorher zuzustimmen, versteht sich).

Wir wissen sehr wohl zwischen unterschiedlichen LVV-Modellen zu unterscheiden. Aber es besteht kein Zweifel daran, daß eine HV prinzipiell demokratischer ist als eine LVV, daß jede Vertreterversammlung der Manipulation und Vorstandswillkür weit mehr Spielraum gibt und daß eine LVV nicht annähernd wie die HV dazu in der Lage sein wird, die Gewerkschaftsführer an dem von ihnen eingeschlagenen Kurs zu hindern. Wenn wir sagen, daß es auf die Mitglieder ankommt, daß allein s i e der staatlichen Bildungspolitik Widerstand leisten können, daß nur s i e die Kampfkraft der Gewerkschaft ausmachen, dann müssen wir auch ohne Zweideutigkeiten an der Hauptversammlung festhalten und sie verteidigen. Deshalb kritisieren wir den KBW und einen Teil der Liberalen, die von ihrer ehemaligen Position zur HV zurückgewichen sind.

Widerstand gegen die Abhängigkeitsklausel

Unter den Junglehrern und Referendaren ist der Widerstand gegen die Abhängigkeitsklausel relativ stark. Auf einer Vertrauensleuteversammlung dieses Bereichs stieß der entsprechende Antrag des Vorstands praktisch auf einhellige Ablehnung, während hingegen die AsL-Formulierung der Abhängigkeitsklausel nur mit einer knappen Mehrheit abgelehnt wurde. Für die Beibehaltung der HV fand sich allerdings keine Mehrheit.

Auf einer (mäßig besuchten) Versammlung der Fachgruppe Gymnasien wurde ebenfalls mit knapper Mehrheit eine Ablehnung auch der „fortschrittlicheren" Formulierung der Abhängigkeitsklausel zum Ausdruck gebracht. (Der Fachgruppenvorstand unterstützt den AsL-Antrag).

Unserer Einschätzung nach bestehen gute Chancen, gegen den Vorstandsantrag ein Sperrdrittel zu erreichen. Nach der Planung des Vorstands käme dann danach die AsL-Fassung zur Abstimmung. Hier könnten Fürstimmen aus den Reihen der DKP eventuell den Ausschlag geben. Insgesamt ist damit zu rechnen, daß ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen DKP'ler und Liberale im Zweifelsfall – d.h. wenn ihr „Kompromiß" nicht zum tragen kommt – f ü r den Vorstand stimmen und eine 2/3-Mehrheit perfekt machen.
tragen kommt – f ü r den Vorstand stimmen und eine 2/3-Mehrheit perfekt machen.

Deutlich schwächer als die Zahl der Gegner der Abhängigkeitsklausel scheint die Zahl der Befürworter der HV zu sein. Dazu schrieben wir im letzten AK: *„Es muß unmißverständlich klargemacht werden, daß bei Einführung einer Landesvertreterversammlung Abhängigkeitsklausel und Massenausschlüsse – vielleicht mit einem halben Jahr Verzögerung – abgesegnet werden würden"*. Diese Einschätzung muß in einem Punkt präzisiert werden: Für diesen Fall – Ablehnung der Abhängigkeitsklausel, aber Einführung einer LVV – wird die LVV nicht erst nach einem halben Jahr, sondern gleich auf ihrer ersten Sitzung unter massivem Druck des Hauptvorstands die fälligen Beschlüsse fassen, auch gegen den Protest aus der Mitgliedschaft. Darüber sollten sich die demokratischen Mitglieder im Klaren sein!

Viele linke Mitglieder erhoffen sich von einer Zustimmung zu einer LVV ein „Ende der Streitigkeiten". Dazu kann man nur ein chinesisches Sprichwort zitieren: **„Wenn die Bäume die Ruhe auch lieber hätten, legt sich der Wind deshalb trotzdem nicht"**. Die Massenausschlüsse gegen Linke haben ja gerade erst angefangen! Es bleibt nur die Alternative, den Kampf dagegen mit allen Konsequenzen aufzunehmen.

Eine Ablehnung der Mainzer und Kölner Beschlüsse würde sicher eine Zuspitzung der Auseinandersetzung bedeuten und ein „steiniger Weg" für die Linken sein.

Ebenso dürften allerdings die GEW-Führer bei der reaktionären Ausrichtung der GEW erheblich mehr „Schwierigkeiten" bekommen – auch und erst recht beim Versuch einer Spaltung! Gerade die Hauptversammlung wäre ein wichtiges Instrument, eine solche Spaltung, die von den Mitgliedern nicht gewünscht wird, zu v e r h i n d e r n.

Es kann keine bessere Gewerkschaft geben als die, in der die Mitglieder und nur sie das letzte Wort haben. Darum:

Ablehnung der Abhängigkeitsklausel!

Beibehaltung der Hauptversammlung!

Bündniskommission des KB, Gruppe Hamburg



Sie haben den Präsident . . . ;

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Bremerhaven
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14.00 - 18.30 Uhr

Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19.00 Uhr

Hamburg
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover
KB im Buchladen
Ernst Thälmann
3 Hannover
Grotestraße 13

Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Mölln/Ratzeburg
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Nürnberg
G.N.K.
Thomas Gradt
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomsiusstr. 2
Mo. + Do. 17 - 19 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

und weitere Vertriebsgruppen:

GEW:

Massenausschlüsse 1. Akt

Auf seiner Sitzung am 3. Mai hat der Hauptvorstand der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" 63 linke Mitglieder wegen „Verstosses gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB" aus der GEW ausgeschlossen. 36 dieser Kollegen sollen dem KBW, 21 der „KPD" und sechs der „KPD/ML" angehören oder diese Organisationen unterstützt haben. Damit kam nicht einmal zwei Monate nach dem Kölner Kongreß der GEW (8. März) das „Kernstück" der neuen Bundessatzung zur Anwendung: Nach § 8,4 d dieser Satzung kann das oberste Gremium der GEW-Führer, der Hauptvorstand, als „Extremisten" beschuldigte Mitglieder unmittelbar ausschließen.

Vor diesem Beschluß der GEW-Bundesführung hatten am 3.5. die Vorstände der Landesverbände das üble Geschäft übernommen, im Stil von Verfassungsschützern unter strikter Geheimhaltung „schwarze Listen" von linken Mitgliedern zusammenzustellen, um diese zwecks „Abschuß' an den Hauptvorstand weiterzuleiten. Dem KB war es jedoch gelungen, diese Praktiken zu enthüllen und an die Öffentlichkeit zu bringen (siehe AK Nr. 60).

Die außerordentliche Eile der GEW-Führer bei der Anwendung der neuen Satzung scheint einer der Gründe dafür zu sein, daß am 3. Mai noch nicht, wie wir zunächst eingeschätzt hatten, mehrere hundert GEW-Mitglieder ausgeschlossen wurden. Die „technischen" Vorbereitungen waren offensichtlich noch nicht überall abgeschlossen. So befinden sich unter den jetzt im ersten Schub Ausgeschlossenen keine Mitglieder der Landesverbände Bayern, Bremen, Saar, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. In Bremen soll noch unter den GEW-Führern verhandelt werden, wie groß die Ausschluß-Liste sein soll.

Andererseits scheint dem Hauptvorstand, vor allem nachdem Informationen über den Ausschlußterror „zu früh" nach außen gedrungen sind, daran gelegen zu sein, im Augenblick „den Bogen nicht zu überspannen". Dies vor allem im Hinblick darauf, daß in einigen GEW-Landesverbänden eine Abstimmung über die sogenannte „Abhängigkeitsklausel" (Bundessatzung hat Vorrang vor den Landessatzungen) noch ansteht.

Die neue, in Mainz und Köln beschlossene Bundessatzung tritt aber erst nach Übernahme einer solchen Klausel durch die Landesverbände in Kraft. So wollte der Hauptvorstand wohl vermeiden, den Mitgliedern schon jetzt allzu brutal zu demonstrieren, was ihnen bei Anerkennung der neuen Bundessatzung (d.h. Verankerung einer Abhängigkeitsklausel in den Landessatzungen) blüht.

Es besteht jedoch absolut kein Zweifel daran, daß die jetzigen Ausschlüsse erst der A u f t a k t bei der „Säuberung" der GEW sind: künftig will der Hauptvorstand zweimal im Jahr eine „Ausschlußsitzung" durchführen – „Kontinuität" ist also gewährleistet! „Spezialisten", die sich bereits als Schnüffler „bewährt" haben, sind ausdrücklich mit der Vorbereitung dieser Sitzungen beauftragt worden. Sie sollen das „einschlägige" linke Schrifttum studieren und Namenslisten von auszuschließenden GEW-Mitgliedern anfertigen. Die von uns satirisch als „GAD" („Gewerkschaftlicher Abschirmdienst") gekennzeichnete Praxis wird damit Wirklichkeit.

Bei diesem ersten Schub von Ausschlüssen sind nur solche Kollegen betroffen, denen Verbindungen zu den „K-Gruppen" durch Kandidatur für Studentenparlamente, Referendarvorstände und Unterschriften unter linke Flugblätter „belegt" werden konnten. Zweifellos wird man da in Zukunft „großzügiger" verfahren, falls solche „Belege" fehlen.

Bekanntlich läßt die Formulierung des Unvereinbarkeitsbeschlusses Ausschlüsse „auf Verdacht" zu. Von den vielfältigen Möglichkeiten zur Erpressung, Einschüchterung, Denunziation etc., die darin liegen, machen die GEW-Führer schöpferisch Gebrauch. So ist für den Hamburger Vorstand jeder, der für die Beibehaltung der Hauptversammlung eintritt, ein „Extremist", weil ja auch der KB für dieses Ziel eintritt.

Als „i-Tüpfelchen" lag dem Hauptvorstand am 3. Mai der Antrag vor, die Namen aller Ausgeschlossenen in der Verbandszeitung „Erziehung und Wissenschaft" zu veröffentlichen. Die Gewerkschaftsführer lehnten scheinheilig ab, mit der Begründung, *„diese ehemaligen Mitglieder auf keinen Fall ins öffentliche Gerede (zu) bringen"* (Wunder). Der Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverboten wäre bei diesem Verfahren zu deutlich geworden.

Selbstverständlich geht es hier nur um die taktische Frage, ob die Gewerkschaftsführer o f f e n oder verdeckt mit dem Staat zusammenarbeiten sollen. In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF schrieben wir, daß *„handfeste Beweise"* für diese Zusammenarbeit *„leider nicht lange auf sich warten lassen"* würden. Tatsächlich wurde in Hamburg nur 2 Tage nach dem Zusammenstellen der „Extremisten-Liste" durch den GEW-Vorstand von der „Bild"-Zeitung gemeldet, daß der Hamburger Senat 31 Berufsverbotsverfahren (!) eingeleitet hat. „Bild" war im übrigen über Namen und Einzelheiten der GEW-Ausschlußliste bestens informiert – von wem wohl ?

Daß die GEW-Führer nicht nur bereit sind, Berufsverbote in Kauf zu nehmen, sondern sich sogar für eine Intensivierung der Berufsverbotspraxis einsetzen, zeigt wiederum ein neuer Hamburger Fall. Einem Kollegen war bereits die Einstellung in in den Staatsdienst zugesichert worden – lediglich der Personalrat hatte noch seine Zustimmung zu geben. 2 Mitglieder des GEW-Landesvorstandes, gleichzeitig Personalratsmitglieder, erhoben gegen die Verbeamtung des Kollegen „Bedenken" unter Hinweis auf seine „extremistischen" Aktivitäten in der GEW! In einem weiteren Berufsverbotsverfahren wurde einem Kollegen als „Beweis" für „verfassungsfeindliche Ansichten" ein internes GEW-Papier präsentiert, mit dem dieser Kollege seine Kandidatur für ein Amt in der GEW begründet hatte !

Für die Ablehnung der Abhängigkeitsklausel !

Die Massenausschlüsse und die Verfassungsschutz-Praktiken der GEW-Führer, die ein Schlag gegen alle Demokraten, gegen alle Gegner der Berufsverbote sind, beweisen noch einmal die völlige Haltlosigkeit der Auffassung, daß „Zentralisierung gut" sei, und daß die Mainzer und Kölner Beschlüsse eine „Erhöhung der Schlagkraft" der GEW beinhalten würden. Diese Haltung war ursprünglich neben vielen anderen Liberalen auch vom KBW eingenommen worden, vor allem von seiner besonders opportunistischen Hamburger Ortsgruppe und der Hamburger GUV („Massen"organisation des KBW im Bereich der werktätigen Intelligenz). Aber auch in Bremen hatten die KBW'ler der „Zentralisierung" zugestimmt, im Landesverband Hessen hatten sie sich beim Stimmenthalten „profiliert" (und berichteten darüber sogar noch stolz in der „KVZ".

Daher darf sich der KBW ruhig ebenfalls angesprochen fühlen, wenn der GEW-Vorsitzende Frister befriedigt feststellt: *„Inzwischen haben drei Landesverbände – Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen – durch Beschlüsse ihrer Vertreterversammlungen den Vorrang der Satzung der GEW* (gemeint ist: den Vorrang der GEW- B u n d e s -Satzung vor den Landessatzungen, d. h. die Abhängigkeitsklausel; Anm. d. Red.) *verankert."*

„Dabei haben auch die Delegierten, die sich in grundsätzlicher Opposition zur gewerkschaftspolitischen Haltung der Vertreterversammlung der GEW (gemeint: Mainzer und Kölner Kongreß; die Red.) ***befinden, für den Vorrang der GEW-Satzung votiert und damit die erforderlichen 2/3-Mehrheiten ermöglicht"*** (aus einem Brief Fristers an den Hamburger GEW-Landesverband vom 9.5.; dieser Dank gilt natürlich hauptsächlich der DKP und anderen Sozialdemokraten. In der Tat haben die Stimmen dieser Leute – vor allem bei der knappen Entscheidung in Nordrhein-Westfalen – die Annahme der Abhängigkeitsklausel erst ermöglicht).

„Zentralisierung ist gut" – die Frage ist nur, für w e n ? Selbstverständlich „zentralisieren" die Mainzer und Kölner Satzungsänderungen die Allmacht des Hauptvorstandes über alle Gliederungen der GEW. Selbstverständlich „zentralisieren" sie damit alle Entscheidungen bei den Vertretern der Bildungspolitik dieses Staates. Selbstverständlich „erhöhen sie die Schlagkraft" der reaktionären Gewerkschaftsführungen. Selbstverständlich bringen sie „mehr Effektivität" – beim Ausschlußterror gegen Linke!

Und genauso selbstverständlich ist es, daß dabei die innergewerkschaftliche Demokratie zerschlagen wird, die Mitgliedschaft von jeder wirksamen Kontrolle und Einflußmöglichkeit bei zentralen Entscheidungen ausgeschlossen wird (was ja wohl eine D e z e n t r a l i s i e r u n g ist), und die Schlagkraft einer kämpferischen Bildungspolitik im Interesse der lernenden und arbeitenden Bevölkerung total zersetzt werden soll. Der Einfluß der Linken soll sogar soweit „dezentralisiert" werden, daß er innerhalb der GEW möglichst gar nicht mehr vorhanden ist.

Ohne jedes Wenn und Aber muß diese Art der „Zentralisierung" von den Linken bekämpft werden. Und das heißt gegenwärtig konkret: Entschiedenste Überzeugungsarbeit für die Ablehnung der Abhängigkeitsklauseln (und damit für die Ablehnung der in Mainz und Köln verabschiedeten Bundessatzung) durch die Vertreterversammlungen (Hamburg: Hauptversammlung) der Landesverbände ! ●

Bündniskommission des KB / Gruppe Hamburg

Hamburger KBW/GUV bekommt Besuch aus Heidelberg

Prominenz aus Heidelberg, dem Mekka der „werktätigen Intelligenz", erschien dieser Tage beim Hamburger KBW. Denn die Hamburger GUV-Gruppe („Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe", eine Heidelberger KBW-Schöpfung) ist mit ihrer GEW-Politik völlig auf den Hund gekommen. KBW/GUV'ler traten in mündlichen Diskussionen für eine Verabschiedung der Abhängigkeitsklausel (und damit Anerkennung der Mainzer und Kölner Beschlüsse) ein, weil „Zentralisierung ja gut" sei, und weil die GEW-Bundesvertreterversammlung schließlich „das oberste Organ" sei. In der „KVZ" (Ortsbeilage HH) wurde „eine Demonstration gegen Gewerkschaftsausschlüsse und den GEW-Vorstand" als „absurd" bezeichnet, weil die Gewerkschaft ein „freiwilliger Zusammenschluß" sei. Selber am stärksten von den Ausschlüssen betroffen, lehnte die GUV ein gerichtliches Vorgehen dagegen ab, weil die Mitglieder eine „Beilegung der Streitereien" wünschen würden (ein auf billige Effekthascherei zielender Beschluß dieses Inhalts war von der DKP (!) auf einer Vertrauensleuteversammlung durchgebracht worden). Als „Ersatz" für den Kampf gegen die Ausschlüsse gab die GUV innerorganisatorisch die Parole aus, für jeden Ausgeschlossenen würden zwei neue Mitglieder in die GEW eintreten (woher nehmen? !). Schließlich – und das dürfte das Entscheidende für den „Eingriff von oben" gewesen sein – erlitt die GUV bei ihren Auftritten besonders unter den Junglehrern jämmerliche Pleiten (ehemals eine „Domäne" von KBW/GUV, ähnlich wie das PI der Hamburger Universität es mal war) und mußte sich zu allem Überdruß auch noch mit innerorganisatorischen Widersprüchen herumschlagen.

Immerhin war der Heidelberger „Feuerwehr-Einsatz" nicht ganz umsonst: Die „neue Linie" lautet jetzt, *„die Übernahme der auf den Bundesvertreterversammlungen in Mainz und Köln beschlossenen Satzungsänderungen der GEW-Bundessatzung in ihrer jetzigen Form ab(zulehnen)"*. (Dieses Zitat stammt aus einem nichtunterzeichneten Resolutionsentwurf für die HV, der aber offensichtlich die Auffassungen von KBW/GUV wiedergibt. Bemerkenswerterweise ist jetzt offenbar keiner mehr bereit, seinen Namen unter dieses Ding zu setzen, nachdem der KBW ehemals bekanntlich zum „offenen Auftreten der Kommunisten in den Gewerkschaften" geblasen hatte. Für den GEW-Vorstand ist das wieder mal Anlaß, den K B mit „anonymen Flugblättern" in Zusammenhang zu bringen, um die Rechten nochmal ordentlich mit den „Untergrundmethoden" des KB zu gruseln).

Wir begrüßen diese Korrektur, hatten wir im letzten ARBEITERKAMPF doch schon darum bangen müssen, *„daß es beim KBW wenigstens zu einer Enthaltung bei dieser Abstimmung langt"*. Nebenbei möchten wir KBW/GUV nochmal das Studium und die Auseinandersetzung mit dem AK ans Herz legen, das könnte Reisekosten sparen helfen. Außerdem erwarten wir, daß der KBW diese Korrektur öffentlich in seinen Organen darlegt.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

KBW/GUV fordern jetzt *„die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung mit einer Neuwahl der Delegierten zur erneuten Beratung und Beschlußfassung der betreffenden Satzungsbestimmungen der GEW-Bund"*.

Das ist typisch für das bürgerlich liberale Demokratieverständnis des KBW (und zeigt, daß trotz der „Korrektur" im Grundsätzlichen natürlich alles beim Alten geblieben ist. Ebenso ist anzunehmen, daß dieser Vorschlag keine der originellen Hamburger „Eigentümlichkeiten" des KBW, sondern mit „Heidelberg" abgesprochen ist).

Der ganze Vorschlag ist natürlich ein ziemlich wirklichkeitsfremder Witz (so auf der Ebene der Schnapsidee „Volksentscheid zum § 218"), und lenkt im Grunde von den tatsächlichen konkreten Aufgaben „an der Basis" und „vor Ort" ab.
Zur Frage der von den GEW-Führern geforderten Auflösung der Hamburger Hauptversammlung schweigt sich der KBW gänzlich aus. Er erwähnt dies nicht einmal als *„wesentliche Satzungsänderung von Mainz und Köln"*. Auch hieran zeigt sich, daß der KBW seine alten bürgerlichen Auffassungen keineswegs korrigiert hat, daß nämlich eine Vertreterversammlung besser „funktioniert" (für wen? ?) und auch „demokratischer" sei (natürlich nur, wenn es „Einheit von Beratung und Beschlußfassung, „Rechenschaftspflicht der Delegierten" etc. gibt – versteht sich ...).

Der KBW hat seine ablehnende Haltung gegenüber dem Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie nicht abgelegt. Wie könnte er auch? Denn dann müßte man nämlich nicht den „Splitter" bei den Hamburger KBW-Lehrern, sondern den „B a l k e n" beim verantwortlichen Redakteur der „KVZ" suchen. Ist es doch der KBW-Führer W. Maier persönlich, der in seiner „Auseinandersetzung" mit dem KB schreibt („KuK", 1/75):

„Man hat dabei (d.h. der KB beim Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie; Anm. AK) *zugleich einen entschiedenen Schritt getan weg von Massenfragen* (!), *die mit der Politik der Gewerkschaften und dem Kampf gegen die Kapitalisten bestimmt sind, hin zu Fragen, für die normalerweise nur wenig Interesse besteht. Denn vor allem fragen die Arbeiter mit Recht* (!), *ob die Gewerkschaften ihnen was bringen und der gewerkschaftliche Zusammenschluß sie stärkt. Und dem bleibt die Frage nach der Demokratie im Verband lange Zeit untergeordnet"*.

Milde gesagt: Der Ökonomist Maier verschiebt den Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie (auf wann?), um erst mal den Lohnkampf zu führen und auf diesem Weg zu politischen Fragen „hinzukommen".

Scharf gesagt: Der notorische Opportunist Maier unterstellt den Massen, daß sie nur am Geld, aber nicht an der Demokratie interessiert sind – „mit Recht" (!!), denn darum kümmert sich ja schon die „werktätige Intelligenz". ●

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

BR-Wahlen bei den Erziehern

Am 29.4. wurde in der „Vereinigung der städtischen Kinder- und Jugendheime" in Hamburg ein neuer Betriebsrat gewählt. Zur Wahl standen bei den Angestellten (Erziehern) Kandidatenlisten der ÖTV, der GEW, der DAG sowie die Liste „angepackt" von drei linken Kollegen. Im Arbeiterbereich kandidierte die ÖTV ohne Konkurrenten. Bei einer im Vergleich zu früheren BR-Wahlen in der „Vereinigung" hohen Wahlbeteiligung von 78 % erhielt die ÖTV 1130 Stimmen, die GEW 524, die DAG 268 und die Liste „angepackt" 147 Stimmen. Damit hat die ÖTV im neuen Betriebsrat die absolute Mehrheit an Sitzen inne. Immerhin gelangte aber mit einem Kollegen von „angepackt" auch ein Vertreter einer kämpferischen Interessensvertretung in den BR. Erfreulich ist auch, daß die Rechten der Spaltergewerkschaft DAG und der GEW, die in der „Vereinigung" die Heimleitungen repräsentiert, mit drei Sitzen weniger als bisher im BR vertreten sein werden.

Diese Verschiebung nach links hatte sich schon bei der Aufstellung der ÖTV-Kandidatenliste auf einer Mitgliederversammlung in der "Vereinigung" gezeigt. Dort hatten die Kollegen ihre Kritik an der Arbeit des alten BR dadurch ausgedrückt, daß sie in mehrheitlicher Abstimmung die bisherigen BR-Mitglieder auf hintere Listenplätze abschoben Stattdessen rückten DKP'ler und linke Gewerkschaftler nach vorn, von denen die Kollegen eine fortschrittliche BR-Arbeit erwarten. Die ÖTV-Führer reagierten darauf mit der Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen einen Kollegen, der von der Mitgliederversammlung auf den günstigen 6. Listenplatz gesetzt worden war. Begründung: Er trete „aktiv für die Ziele des Kommunistischen Bundes" ein. So versuchten die ÖTV-Führer, den künftigen BR von "Störungen" bei der "Partnerschaft" mit Senat und Behörden freizuhalten.

Die übrigen ÖTV-Kandidaten gaben bis auf den ehemahligen BR-Vorsitzenden an, auf einer gemeinsamen Liste mit dem unter Ausschlußdrohung stehenden Kollegen beharren zu wollen. Als der Vorstand allerdings drohte, eine solche Liste könne keine ÖTV-Liste sein, wich die Mehrheit der Kandidaten vor dieser Erpressung zurück. Der betroffene Kollege war aber nicht bereit, sich dieser antidemokratischen Politik zu beugen und bildete mit zwei weiteren Kolleginnen die Liste "angepackt".

Im Wahlkampf waren für die ÖTV Führer natürlich nicht DAG und GEW die Gegner, sondern die Linken. Gemeinsam brachten alle drei Gewerkschaften ein Flugblatt gegen die Liste "angepackt" heraus, wo den Linken vorgeworfen wurde , durch ihre Kandidatur eine Persönlichkeitswahl verhindert zu haben. Verschwiegen wurde dabei allerdings, daß es sie selber gewesen waren, die den Vorschlag der Linken, eine Einheitsliste zu bilden , abgelehnt hatten. Die ÖTV-Führer leiteten noch vor der Wahl Ausschlußverfahren auch gegen die beiden anderen Kandidatinnen von " angepackt" ein weil sie es gewagt hatten, das erste Auschlußverfahren „öffentlich" (!) zu kritisieren, und weil sie „aktiv" an Versammlungen des Kommunistischen Bundes teilgenommen" (!) hätten.

Auch die DKP'ler beschimpften die Linken als „Spalter". Das zeigt daß ihre anfängliche Beteuerung, weiterhin gemeinsam mit dem linken Kollegen kandidieren zu wollen, wohl nur den Zweck verfolgte , nicht das Gesicht zu verlieren.

Das Wahlergebnis zeigt, daß die Kandidatur von „angepackt" keineswegs für die Rechten zu Buch geschlagen ist, und daß es richtig war, die gegen das Votum der ÖTV-Mitglieder erfolgte „Vorauslese" der Gewerkschaftsführer für den neuen BR nicht hinzunehmen.

Der neue Betriebsrat ist gleich zu Beginn seiner Tätigkeit mit scharfen Angriffen des Senats konfrontiert, der durch Auflösung und Vergrößerung von Gruppen rund 100 (!) Planstellen bei den Erziehern streichen will. Weitere drastische „Einsparungen" sollen im Hauswirtschaftsbereich und bei den Sachmitteln der Heime vorgenommen werden.

Hier wird die Mehrheit des neuen BR rasch Farbe bekennen müssen, ob sie bereit ist, ihre Versprechungen mit einem konsequenten Eintreten für die Interessen der Kollegen einzulösen. ●

Nach einem Bericht von Erzieher-Genossen, KB/Gruppe Hamburg

Opel-Bochum,

IGM-Führung verliert vor Gericht und im Betrieb!

1972 stellten sich bei Opel/Bochum die Kollegen aus der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM" (GOG) zum ersten Mal auf einer eigenen Liste zur BR-Wahl. In dem von der Perschke-Clique (siehe AK 58/59) beherrschten VK war es nicht möglich gewesen, eine alphabetische Liste durchzusetzen. Nach der bekannten Methode haben die alten BR-Fürsten die ersten Plätze für ihren Hintern freige„kämpft" und die als links und kämpferisch bekannten Kollegen auf die Kellerplätze verfrachtet, wo sie nie im Leben in den BR gekommen wären.

Darauf beschloß die GOG, eine eigene Liste aufzustellen, auch unter Berücksichtigung des schon relativ hohen Bewußtseinsstandes der Belegschaft. Die GOG erhielt prompt einige Plätze im BR. Die Führung der IGM griff selbstverständlich zugunsten ihrer Freunde im Opel-BR ein und schloß mehrere GOG-Mitglieder aus der Gewerkschaft aus.

Diese Ausschlüsse waren der Höhepunkt einer Hetzkampagne der Gewerkschaftsbürokratie gegen die linken Kollegen, die schon vor den Wahlen angefangen hatte. Nachdem die BR-Fürsten ihren Stern in der Belegschaft sinken sahen, schossen sie aus allen Rohren. Gegen ein Mitglied wurde Nichtwiederaufnahmefähigkeit beschlossen, zwei Kollegen wurden (aus Formfehlern) ohne Verfahren aus der IGM ausgeschlossen, 14 Kollegen wurden auf bestimmte Zeit von Versammlungen und Funktionen ausgeschlossen, 20 IGM-Mitglieder erhielten schriftliche Rügen.

Ein Ausschuß der IGM-Führung wies die Beschwerde der drei Ausgeschlossenen zurück, indem er sich auf den §30 der Satzung berief, wonach die Kandidatur auf einer eigenen Liste zwangsläufig zum Ausschluß führt.

Aber es stand von vornherein fest, daß die reaktionären Führer ganz bestimmte Leute rauswerfen wollten. So verbreiteten sie, daß die Kandidatur der GOG eindeutig gegen die IGM gerichtet sei und daß die Kollegen *„agitatorische gewerkschaftsfeindliche Flugblätter"*, verteilt hätten. In einem Flugblatt der IGM (Vom Vorstand in Frankfurt abgezeichnet!) werden die Kollegen als *„als Arbeiter getarnte ... Akademiker"* hingestellt, die *„den politischen Auftrag haben, die IG-Metall zu zerstören."*

Außerdem versuchten die Gewerkschaftsbonzen, von ihren eigenen undemokratischen Praktiken abzulenken, indem sie dreist behaupteten:

„Schaumberg & Co (haben) im Hinterstübchen einer Kneipe mit KPD-Funktionären ... ihre Liste produziert."

Nach ihrem Ausschluß und nach der Zurückweisung ihrer Beschwerde griffen die Kollegen zum letzten Mittel, der Klage vorm Gericht!

Der Prozeß vorm Landgericht in Frankfurt

Zunächst einmal wurde der Termin des Prozesses auf Anfang 1975 gelegt. Das ist schon übel, weil schon Anfang Mai die Wahlen für den neuen BR anstanden und die Kollegen natürlich in ihren Vorbereitungen berücksichtigen mußten, ob sie als IGM-Mitglieder kandidieren können oder nicht. Das allerdings war nur die erste Fußangel der Justiz, denn der Prozeß mußte noch zweimal verschoben werden: einmal, weil angeblich ein Verwandter der Beisitzerin gestorben war, dann, weil ein von den Kollegen fristgerecht eingereichtes Schriftstück von der Justizbürokratie nicht fristgerecht weitergeleitet worden war!

Im Prozeß selbst versuchte der IGM-Anwalt ständig, die Politik der GOG mit der sektiererischen und z.T. provokatorischen RGO-Politik der „KPD/ML" in Verbindung zu bringen. Zu den undemokratischen Machenschaften bezüglich der Kandidatenaufstellung äußerte er sich natürlich mit keinem Wort.

Der Anwalt der GOG-Kollegen erklärte darauf, daß die Politik der Kollegen nichts mit dieser Form der RGO zu tun habe: „Es geht um die Arbeit in den Gewerkschaften." Beschwichtigend grenzte sich der Anwalt dagegen ab, daß die Kollegen von der IGM in die Nähe der „Kommunisten" gerückt würden. Er sagte, man wolle seine Mandanten in „schlechten Geruch" bringen. Hier hatte er sich aber in die rechte Ecke drängen lassen und schon während des Prozesses kamen Proteste dagegen von der Bank der Kollegen selbst.

Der IGM-Anwalt drehte sich darauf wie bestätigt zu den Zuhörern und erklärte, daß „die Kläger offenbar gute Freunde in Frankfurt" haben, also doch anscheinend „nicht so abstinent" seien und daß es „sicher höchst interessant für die Kammer sei, was für „grob gewerkschaftsschädigende, tendenzielle Worte" hier gefallen seien. Diese dümmlichen Zwischenspiele, die mit dem Prozeß eigentlich wenig zu tun hatten, ließ das „hohe Gericht" ohne Widerspruch über die Bühne gehen.

Danach ging es um die innergewerkschaftliche Demokratie, wobei der Anwalt der Kollegen klar herausarbeitete, daß die Gewerkschaftsführung die Basis diszipliniert. Weiterhin machte er klar, daß praktisch der DGB von der SPD beherrscht wird, wobei die Bürokratie alle wirklichen Sozialisten und Kritiker „hinaussäubern" will.

Der Vertreter der IGM-Führer erwiderte darauf: *„Wenn sich Sozialisten nicht an die Mehrheitsbedingungen halten, werden sie ausgeschlossen, denn schließlich trägt die Basis ja die Funktionäre."* (!!)

Der Prozeß endete mit dem Urteil zugunsten der Kollegen, jedoch schaut unter dem schwarzen Talar wieder der obligatorische Pferdefuß heraus.

Das Gericht rüttelt nicht an der Gewerkschaftshierarchie. Das müssen die Kollegen selber tun!

In der Urteilsbegründung heißt es: *„Nach den von den Parteien eingereichten Bescheiden der Beklagten (IGM) in Verbindung mit dem Schreiben der Verwaltungsstelle Bochum der Beklagten vom 23.5.1972 war Gegenstand des Ausschlußverfahrens lediglich der Umstand, daß die Kläger auf einer anderen Liste als der der Beklagten kandidiert haben. Bei der Beurteilung der Frage der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses konnte demgemäß auch nur dieser Umstand der Prüfung zugrundegelegt werden."*

Es ist also von vornherein klar, daß die „Schwarztaläre" ihren Krähenbrüdern aus der IGM-Führung nicht an den Kragen wollen, besonders, was die undemokratischen Kandidatenaufstellungen angeht. **Das hätte allerdings für die Zukunft auch bedeutet, daß in der BRD ein Präzedenzfall bestehen würde und daß Kollegen in der Tat gegen die diktatorischen Machenschaften der Gewerkschaftsführung Chancen hätten, Prozesse zu führen, die manchen Gewerkschaftsbonzen Kopf, Kragen und Karriere kosten würden.**

Desweiteren wird in dem Urteil gesagt, daß die anderen IGM-Kandidaten auf eigenen Listen bei Opel zum Großteil auch nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden, das also für die drei Kollegen auch nicht zutreffen dürfe.

Hierbei wird natürlich auch nicht gezeigt, daß es den IGM-Bonzen darum geht, gezielt den „harten Kern" jeder Opposition in ihrer Gewerkschaft zu zerschlagen und daß dieser „harte Kern" bei Opel die GOG ist und hier wiederum besonders die Kollegen aus dem BR.

Die IGM-Führung wollte mit diesen Kollegen einen Musterfall schaffen, der allen (recht zahlreichen) unzufriedenen Gewerkschaftern bei Opel zeigen sollte, was mit ihnen passiert, wenn sie aufmucken. Das hat die Gewerkschaftsbürokratie nicht geschafft. Im wesentlichen deshalb, weil die GOG den Kampf um die Gewerkschaftseinheit mit allen Mitteln zu führen versucht, wenn nötig auch mit einem Prozeß vor einem bürgerlichen Gericht.

Allerdings verläßt sich die GOG nicht auf dieses Urteil und hält sich da schon lieber an die Kollegenschaft im Betrieb.

Daß die GOG bei Opel tatsächlich kein Sektiererklüngel von der Art der „KPD/ML" ist – wie die IGM-Führer sowohl innerhalb als auch außerhalb des Betriebes weiszumachen versuchen – zeigen sehr deutlich die Ergebnisse der diesjährigen BR-Wahlen, die am 6. Mai vorlagen: Danach konnten die fortschrittlichen Kollegen, die in der GOG ihren organisierten Kern haben, ihren Stimmenanteil im Vergleich zur letzten Wahl fast verdreifachen (von 14 auf 36,3 Prozent!) und damit die Zahl ihrer Sitze im neuzubildenden Betriebsrat von fünf auf zwölf steigern!

Es verdient auch besondere Beachtung, daß vier von den bisherigen fünf fortschrittlichen Betriebsräten der GOG wiedergewählt wurden!

Hierin drückt sich wohl aus, daß ein bedeutender Teil der Opel-Kollegen nicht nur gegen die reaktionäre Perschke-Clique ist, sondern zugleich **für** ein Programm gestimmt hat, das die dringendsten Forderungen der Kollegenschaft formuliert und angibt, wie diese durchzusetzen sind (siehe hierzu auch AK 58/59).

Auf die drei zur Wahl stehenden Listen (Liste 1: „offizielle" IGM-Liste; Liste 2: oppositionelle Liste mit den Forderungen der Kollegenschaft; Liste 3: rechte Liste unter Führung eines DAG-Mannes) entfielen im Einzelnen:

Liste 1: 6.701 Stimmen (52,8%); Sitze: 18 Arbeiter, 5 Angestellte
Liste 2: 4.601 Stimmen (36,3%); Sitze: 12 Arbeiter
Liste 3: 945 Stimmen (7,4%); Sitze: 2 Arbeiter

Ein Genosse der KB/Gruppe Frankfurt

Betriebsrätewahlen bei Beiersdorf:

Ein Erfolg der „Alternative"

Mitte April fanden bei Beiersdorf (größter Hamburger Chemiebetrieb) Betriebsratswahlen statt.

Zur Wahl standen bei den Arbeitern drei und bei den Angestellten vier Listen: Die offizielle IG Chemie, die „Unabhängigen Beiersdorfer" (mehrere von ihnen sind Mitglied in der CDU und den Sozialausschüssen), die DAG bei den Angestellten und erstmals eine Gruppe von linken IG Chemie-Kolleginnen und Kollegen, die „ALTERNATIVE."

Die „ALTERNATIVE" ist eine Gruppe fortschrittlicher Kollegen aus der IG Chemie, die bereits in den vergangenen Jahren gezeigt hat, daß sie mit der Betriebsratsarbeit der rechten Sozialdemokraten mit Max Ganschow an der Spitze nicht einverstanden ist. (S.a. AK 58/59).

Aufgrund dieser Differenzen war von vornherein klar, daß die linken Kollegen bei einer IG Chemie-Liste auf aussichtslose Plätze gekommen wären. Deswegen versuchten die Linken, eine zweite IG-Chemie-Liste durchzusetzen. Dies ist laut „Richtlinien zu den Betriebsratswahlen" der IG Chemie ausdrücklich möglich.

Da dieser Vorschlag von der rechten SPD-Mehrheit im Vertrauenskörper abgelehnt wurde und die linken Kollegen sich diesem Diktat nicht beugen wollten, blieb nur die Alternative einer eigenen Liste, ohne den Segen der IG Chemie-Führer. Im Wahlkampf stellten die Kollegen dann als ihr wichtigstes Ziel voraus, in Zukunft über die Arbeit des Betriebsrates alle Kollegen zu informieren.

Antikommunismus und Einschüchterung von Rechts

Diese Arbeit paßte den bisherigen Betriebsräten, von den rechten Demagogen der „Unabhängigen" bis zur IG Chemie-Mehrheit, nicht in den Kram.

Sie hatten bisher „vertrauensvoll" im Betriebsrat zusammengearbeitet und von dieser Mauschelpolitik sollten die Kollegen doch möglichst auch in Zukunft nicht allzuviel erfahren.

Die IG Chemie-Betriebsräte (ca. dreiviertel des alten Betriebsrates) hatten z.B. den „Unabhängigen" und der DAG bereitwillig Sitze in wichtigen Ausschüssen zugeschustert und dies auch im neuen Betriebsrat wieder getan. Inhaltlich setzten sich diese Leute nicht ein einziges Mal mit den Vorschlägen und Vorstellungen der ALTERNATIVE auseinander. Im Vertrauen auf den „altbewährten" Antikommunismus (die IG Chemie in Hamburg hat darin ja schon einige Erfahrungen: Texaco, Hoechst...), beschwor Herbert Boldt, Listenführer der IG Chemie-Angestellten und ehemaliger Abteilungsleiter, auf einer Betriebsversammlung vor der Wahl: *„Die* (gemeint war die ALTERNATIVE) *wollen nur kaputtschlagen, wir wollen aufbauen".*

In einer IG Chemie-Information hieß es: *„Chaotischen und anarchistischen Grüppchen, die da glauben, den Schlüssel der Weltrevolution zu besitzen, sollten wir in unserem Betrieb eine klare Absage erteilen."* Und so hetzten die rechten Rattenfänger der „Unabhängigen" in einer Wahlinformation: *„Hüten sie sich vor sogenannten fortschrittlichen Kollegen, die von Fortschritt reden und Diktatur des Proletariats meinen!"*

Verbunden war diese Hetze mit direkten Einschüchterungen gegenüber Kollegen, die für die ALTERNATIVE eintraten. Als es um das Sammeln der nach dem Betriebsverfassungsgesetz benötigten Unterschriften für die Liste ALTERNATIVE ging, drohten die Rechten u.a. mit folgendem:

- wer die Liste unterschreibt, fliegt aus der Gewerkschaft;
- wer die Liste unterschreibt, wird entlassen;
- wenn die Liste ALTERNATIVE beim Wahlvorstand abgegeben wird, weiß man fünf Minuten später wer unterschrieben hat;
- wer unterschreibt, wird vom Verfassungsschutz registriert, er findet dann in ganz Hamburg keine Arbeit mehr!

Dies sollte insbesondere ausländische Kollegen einschüchtern. (ALTERNATIVE-Information Nr. 3).

Einer Vertrauensfrau wurde von der IG Chemie-Verwaltungsstelle das Mandat entzogen, weil sie die Liste ALTERNATIVE unterschrieben hatte und auf einer Vertrauensleutesitzung für die linken Kollegen Stellung bezogen hatte.

Das Wahlergebnis: Die Hochburg der Sozialdemokratie angekratzt

Trotz dieser massiven Angriffe gelang es der ALTERNATIVE, bei den Arbeitern 14 % der Stimmen zu erreichen, was zwei Sitze im neuen Betriebsrat entspricht und bei den Angestellten knapp 7 %, die fast ausschließlich aus dem Bereich der technischen Angestellten – Laboranten – stammen: Die Kandidaten arbeiten selbst dort und gewannen hier auch die große Mehrheit, wobei zwei Stimmen an einem Sitz fehlten. Dieses Ergebnis ist als ein kleiner Erfolg zu werten, da gerade Beiersdorf eine Hochburg der rechten Sozialdemokraten ist und es diesen immer noch relativ leicht fällt, die Sozialpartnerschaft als das Erfolgversprechendste zu verkaufen. Die Geschäftsleitung andererseits bemüht sich um das Image eines „sozialen Betriebes". So gab es bisher z.B. keine Entlassungen größeren Ausmaßes. Beiersdorf hat „Sozialleistungen", wie kostenloses Mittagessen, Kindergarten, Altersversorgung usw.

Die Stimmen bei den Arbeitern kamen zum großen Teil, etwa gut die Hälfte, von ausländischen Kollegen, die gezeigt haben, daß sie sich durch die massiven Drohungen nicht stark einschüchtern lassen.

Dies hat sicherlich eine Ursache darin, daß diese Kollegen und vor allem Kolleginnen (im Wesentlichen sind es bei Beiersdorf Spanierinnen) klassenbewußter sind und antikommunistischer Demagogie nicht so auf den Leim kriechen.

Durch die Kandidatur der ALTERNATIVE gelang es aber auch, den Vormarsch der „Unabhängigen" bei Beiersdorf zu bremsen, die auf Proteststimmen gegenüber der bisherigen Betriebsratsarbeit hofften. Diese Leute und auch die DAG konnten lediglich Sitz und Stimmen halten. Dabei hatten z.B. bei der letzten Aufsichtsratswahl die „Unabhängigen" stark an Boden gewonnen und schon auf mehr Betriebsratssitze spekuliert.

Betriebsratswahlen.....Betriebsratswahlen.....Betriebsratswahlen.....Betriebsratswahl

Alternative

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben vor einigen Wochen unsere Kandidatur auf der Liste ALTERNATIVE angekündigt und begründet. Wir haben außerdem – als erste und anscheinend einzige Liste, die sich bei Beiersdorf zur Wahl stellen wird – ein Programm an die Belegschaft herausgegeben. Beides fand eine unerwartet große Resonanz – vor allem bei den amtierenden Betriebsräten der IG Chemie-Papier-Keramik: als Antwort auf unsere Kandidatur gab die IG Chemie gleich drei (!) Flugblätter heraus; zwei davon z.T. oder vollständig in ausländischer Sprache! Haben die amtierenden Betriebsräte in den letzten "Amtsjahren" die Belegschaft nicht [illegible], mit Informationen über die verschiedensten betrieblichen Probleme überhäuft, so sehen sie sich jetzt gezwungen, sich mit unserer Kandidatur auseinanderzusetzen. Das ist gut. Allerdings halten wir es für angebracht, auf Form, Inhalt und Methoden dieser Auseinandersetzung hinzuweisen.

Die Antwort der Gewerkschaftsführung: Ausschluß

Wie zu erwarten, ließ die Reaktion der Gewerkschaftsführung auf das offensive Auftreten der linken Kollegen nicht lange auf sich warten. Mit Schreiben vom 24.3. wurde den 10 Kandidaten der ALTERNATIVE von der Verwaltungsstelle mitgeteilt, daß ein Ausschlußverfahren gegen sie eingeleitet worden sei. Begründung u.a.: Kandidaturen auf einer Liste ohne Segen der IG Chemie-Führer. (siehe auch AK 58/59).

Zur gleichen Zeit bekamen auch die fünf IG Chemie-Mitglieder, die auf der „Unabhängigen" kandidiert hatten, erstmalig einen Ausschlußantrag. Anscheinend notgedrungenerweise, denn diese Leute und andere haben schon bei der letzten Betriebsrats- und Aufsichtsratswahl trotz IG Chemie-Mitgliedschaft allerdings ohne aktive Gewerkschaftsarbeit wie die Linken – bei den „Unabhängigen" kandidiert, ohne daß je etwas passiert ist.

Es ist notwendig, daß die Linken die begonnene Arbeit fortsetzen und die beiden Sitze nutzen, die sie jetzt im Betriebsrat haben.

Betriebszellenleitung Beiersdorf
KB-Gruppe Hamburg

Auch bei gewerkschaftseigenen Betrieben bewährt: Lehrlinge als billige Arbeitskräfte!

In der Funktionärszeitung des DGB, die „Quelle", war zu lesen, daß die „COOP" die Anzahl ihrer Ausbildungsplätze um rund 10 % erhöht hat, nämlich von 2.120 auf insgesamt 2.330.

Die Ausbildung erfolge nach einheitlichen Richtlinien und mit modernen Lehrmitteln. Dies sei beispielhaft – gerade in einer Zeit erhöhter Jugendarbeitslosigkeit. Soweit, so gut.

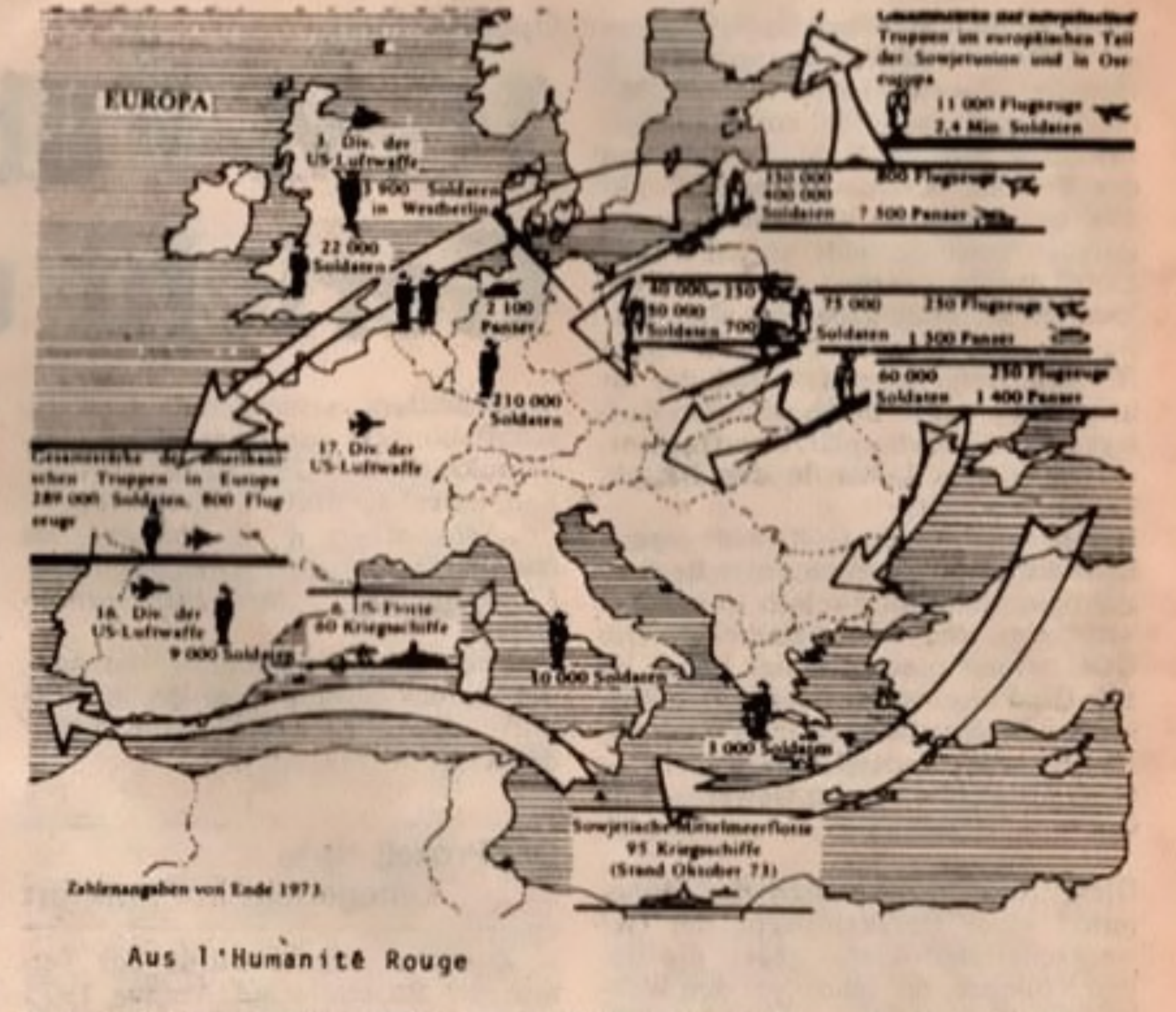
Doch dann kommt schon der „unternehmerische" Standpunkt zum Ausdruck. Dazu heißt es weiter in dem Artikel: Man müsse *„auch große ökonomische Vorteile bei den Unternehmen sehen, die durch Intensivierung der beruflichen Bildung einen Stamm gut geschulter Mitarbeiter zur Verfügung haben"*!

Doch der wahre Grund der Erhöhung der Lehrstellen bei der „COOP" geht aus einem internen Rundschreiben der COOP-Südniedersachsen EGmbH an seine Filialleitungen hervor: ***„Haben Sie schon zum 1. April 1975 einen bzw. zwei Lehrlinge für Ihren Laden geworben? Wenn nicht, dann wird es allerhöchste Zeit. Sehen Sie noch einmal in Ihre Umsatz- und Leistungsstatistik hinein und denken Sie noch einmal über die Höhe Ihrer Personalkosten nach. Nur mit Lehrlingen und Teilzeitbeschäftigten – richtig, sinnvoll, planmäßig eingesetzt – können wir die Personalkosten im Griff behalten".***

Ein Kommentar erübrigt sich.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Portugal und der „K(r)ampf der Supermächte"



Aus l'Humanité Rouge

Falsche Zahlenangaben und ein paar schön dicke Pfeile – fertig ist die Laube. Mit dieser irren Karte – ursprünglich von den französischen „ML"ern veröffentlicht – gehen die „Vaterlandsverteidiger" hausieren, um die „besondere Agr ssivität" des „Sozialimperialismus" zu beweisen.

Seit dem 25. April '74 – Sturz des Faschismus – und verstärkt seit der Niederschlagung der faschistischen Putschversuche vom 28. September '74 und 11. März dieses Jahres ist der revolutionär-demokratische Prozeß in Protugal Gegenstand wütender Polemiken und Verleumdungen der Imperialisten, gerade auch in unserem Land: Sie malen das Gespenst der „kommunistischen Machtergreifung" an die Wand. „Portugal zwischen Demokratie und Diktatur?" fragen sie besorgt. Es bestünde die Gefahr, daß die faschistische Diktatur durch eine „rote Diktatur" abgelöst werden könnte. Ganz akute Gefahr bestünde vor allem für die NATO, ist zu hören, da das MFA („Bewegung der Streitkräfte") ja bereits „kommunistisch unterwandert" sei. Und wie immer kommt natürlich die größte Gefahr „aus dem Osten": Die Sowjetunion versuche, in Portugal verstärkt Einfluß zu gewinnen, um so ihren Machtbereich auszuweiten

Erst in letzter Zeit, auf Grund des für die Bourgeoisie günstigen Wahlergebnisses, äußern sich bürgerliche Politiker etwas optimistischer. Außenminister Genscher nannte das Wahlergebnis ein „hoffnungsvolles Zeichen". Und Herr von Hassel, Präsident der Union der Europäischen Christdemokratie, sprach von einem „Näherrücken Portugals an Europa". Und er fügte triumphierend hinzu, Portugal habe „die demokratische Reifeprüfung glänzend bestanden".

Die auffällige Besorgnis um die „Demokratie" in Portugal (wovon in der Zeit der faschistischen Diktatur allerdings kaum die Rede war; unterhielten doch damals CDU/CSU freundschaftliche Beziehungen zu den portugiesischen Faschisten !!) und die Beschwörung der „kommunistischen Gefahr" und „sowjetische Bedrohung" kommt nicht von ungefähr.

Portugal ist heute im kapitalistischen Europa das fortgeschrittenste Beispiel für einen revolutionär-demokratischen Prozeß. Zugleich wird von Portugal der beispielhafte Versuch unternommen, unter äußerst ungünstigen Bedingungen (ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus, Mitgliedschaft in der NATO etc.) eine Politik der Selbständigkeit, Neutralität und Unabhängigkeit von den Großmächten durchzuführen.

eine Politik der Selbständigkeit, Neutralität und Unabhängigkeit von den Großmächten durchzuführen.

Die bürgerliche Hetze gegen die demokratische und selbständige Entwicklung in Portugal trägt unter diesen Bedingungen den Charakter von offenen Drohungen mit militärischer Intervention für den Fall, daß die Entwicklung in Portugal nicht den Interessen der Imperialisten entsprechend verläuft; zugleich soll mittels massiver antikommunistischer Hetze eine mögliche Intervention schon jetzt gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse gerechtfertigt werden.

Bezeichnend für die jüngste Entwicklung der Gruppen „KPD/AO" und „KPD/ML" ist, daß sie sich in diese bürgerliche Hetze einreihen und das antikommunistische Gekläff von der „Gefahr aus dem Osten" mit ihrer Theorie der „Supermächte" (wovon die Sowjetunion die „gefährlichere" und „aggressivere" sei) fortführen.

Was den KBW angeht, so hat er sich zwar in der letzten Zeit von den „Vaterlandsverteidigern" distanziert, trotzdem haut er letztlich in dieselbe Kerbe, wenn er behauptet, daß die „*Expansionsbestrebungen der Sowjetunion vor allem auf Europa abzielen*" („KVZ", 8/75) und wenn er seine These, daß die Sowjetunion die USA „*aus Europa herausdrängen*" wolle, um selbst an deren Stelle zu treten, ausdrücklich auf Portugal bezieht („KVZ", 13/75). Hier, wie bei den „Vaterlandsverteidigern", wird eine – gemessen an den Fakten – ganz irrationale Angst vor der „russischen Gefahr" genährt, die Wasser auf die Mühle der imperialistischen Kriegspropaganda ist.

Die „Zangenbewegung" und andere Märchen

In Übernahme der chinesischen Theorie vom „Ringen der beiden Supermächte", wovon der „Sozialimperialismus" der „aggressivere und gefährlichere" sei, schustern sich die Vaterlandsverteidiger auch eine entsprechende Theorie für Europa zusammen. In den letzten Wochen verrennen sich diese Leute immer mehr in diese „Theorie" und beschwören hysterisch einen angeblich drohenden Angriff der SU auf Mitteleuropa. Bereitwillig nehmen sie die Lügen der bürgerlichen Kriegspropaganda auf und machen dabei vom Zahlenmaterial der imperialistischen Generalstäbe einen geradezu verschwenderischen Gebrauch.

So wird beispielsweise die Zahl der Warschauer Pakt-Divisionen genannt, die angeblich viel höher ist als die der NATO – wobei „nur" verschwiegen wird, daß eine Warschauer Pakt-Division zahlenmäßig viel schwächer ist als eine der NATO; insgesamt ergibt sich in Wirklichkeit sogar eine Überlegenheit der NATO.

Großer Beliebtheit erfreut sichdie Theorie der Einkreisung Europas durch die SU-Flotten(sogenannte „Zangentheorie", die ihren Ursprung in einer „Einschätzung" der VRCH findet: „ ... *in Koordination mit der Expansion der sowjetischen Ostsee-Flotte und der Nord-Flotte in Nordeuropa streben sie nach einer Expansion ins westliche Mittelmeer und versuchen damit, eine Zangenbewegung gegen Westeuropa durchzuführen...* " („Hsinhua",14.11.73).Indem diese „Vaterlandsverteidiger" kräftig Pfeile auf die Landkarte malen, nach dem Motto: „Kolumbus hat neues Land entdeckt" (hier eine SU-Flotte und da eine SU-Flotte), versuchen sie ihre Theorie zu untermauern.

Was die Imperialisten selbst von dieser kindischen Landkarte halten, beweist folgendes Zitat: „ ... *Alle sowjetischen Flotten, so wird im NATO-Hauptquartier gesagt, die Nordmeer-Flotte, die Ostsee-Flotte, die Schwarzmeer-Flotte mit ihrem Mittelmeergeschwader und die Fernost-Flotte sind bisher die Gefangenen der Binnenlage der Sowjetunion. Das Mittelmeer und die Ostsee gelten, solange sie nicht nach Westen geöffnet sind, als ‚Fallen' für die sowjetische Marine und ähnliches gelte auch für die sowjetische Murmansk-Flotte mit ihren Anmarschwegen in den Nordatlantik an gefährlich langen westlichen Küsten entlang . . .*" („FAZ", 24.3.75).

Was speziell das Mittelmeer angeht, bestehen zum Teil merkwürdige Vorstellungen, die meist auf chinesische Thesen zurückgehen, deren „Quellen" wiederum in der Regel reaktionärste imperialistische Publikationen sind. So ließ sich z. B. der KBW zu der Behauptung hinreißen: „*In den letzten Jahren hat die Sow-*

reaktionärste imperialistische Publikationen sind. So ließ sich z. B. der KBW zu der Behauptung hinreißen: „In den letzten Jahren hat die Sow-

jetunion ihre Mittelmeerflotte ständig ausgedehnt. Heute umfaßt sie gleich viele Schiffe wie die Flotte der USA ... " („KVZ", 24.7.74). Dagegen schrieb sogar die „FAZ", ansonsten durchaus führend in Sachen „Gefahr aus dem Osten": „ ... *die Sechste Flotte ist an Zahl den sowjetrussischen Seeverbänden überlegen...*" („FAZ", 19.8.74). Darüber hinaus kreuzt noch eine starke britische Flotte im Mittelmeer – von den Flotten anderer NATO-Staaten (Frankreich, Italien) einmal abgesehen.

Ähnlich gewagt sind auch Behauptungen über angebliche sowjetische Stützpunkte im Mittelmeer, wie etwa die folgende: „ ... *Sie schaffen sich Marine- und Luftbasen im östlichen Mittelmeer, um damit ein Netz militärischer Basen aufzubauen*" („Hsinhua", 14.11.73).

Die Wahrheit ist dagegen, daß die Sowjetunion über k e i n e n Stützpunkt im Mittelmeer verfügt, während die NATO-Flotte über eine Kette von Stützpunkten in Portugal, Spanien, Italien, Malta, Griechenland, Türkei und Zypern verfügt. Das Fehlen von Stützpunkten bedeutet für die sowjetische Mittelmeer-Flotte lange und unsichere Versorgungswege, zumal die „Flaschenhälse" des Mittelmeers (Gibraltar und Bosporus) von den NATO-Imperialisten kontrolliert werden. Darüberhinaus hat die NATO die fast totale Luftüberlegenheit im Mittelmeerraum, wodurch die Aktionsfähigkeit der sowjetischen Flotte „im Ernstfall" noch weiter eingeschränkt würde. Damit ist klar, warum selbst die Imperialisten von einer „Fallen"-Situation der sowjetischen Flotten ausgehen. Dies zeigt an sich schon die Absurdität der Annahme, daß Portugal in den „sowjetischen Machtbereich" fallen könnte.

Große Gefahr droht angeblich – da sich bürgerliche Presse,„Vaterlandsverteidiger"und KBW einig – von der angeblichen sowjetischen „Forderung", portugiesische Häfen zur Versorgung ihrer Fischereischiffe (!) benutzen zu dürfen.

„ ... *Die sozialimperialistische Sowjetunion hat mehrfach an die portugiesische Regierung und den Offiziersrat das Ersuchen gerichtet, in den portugiesischen Häfen mit ihrer Fischereiflotte bunkern zu dürfen ...* " („KVZ", 13/75). „*Unverfroren stellten sie auch postwendend Ansprüche auf Bunkerplätze für ihre Handelsflotte und Fischereiflotte. Daß es hier kaum um Fische, sondern in erster Linie um Militärbasen geht, ist offensichtlich*" („Rote Fahne", 12/75).

Nun ist es eine allgemeine Erscheinung, daß von dieser Seite mit angeblichen „sowjetischen Stützpunkten" sehr großzügig operiert wird (Devise: „Darf es ein Dutzend mehr sein?"). ... So entdeckte der KBW, den Spuren der „FAZ" folgend, im Indischen Ozean gleich n e u n „Sowjetische Stützpunkte", wo es in Wahrheit wohl nicht einen einzigen gibt (vergl. AK 58/59).

Im November überraschte die bürgerliche Presse mit der Meldung, daß die Regierung Zyperns die Genehmigung für die Errichtung eines sowjetischen Stützpunkts auf Zypern – und zwar eines Luftwaffenstützpunktes (!) – gegeben habe (nach „Süddeutsche Zeitung", 28.11.74). Diese Phantasie-Meldung (anscheinend zuerst von der Londoner „Financial Times" aufgebracht) wird womöglich noch übertroffen von der „Roten Fahne" der „KPD/AO": sie wußte kürzlich zu berichten, daß die „Moskauer Führer" von der revolutionären Regierung Südvietnams den ehemaligen US-Stützpunkt Cam Ranh als Flottenstützpunkt verlangt hätten („RF", 14.5.75). „*Für die Sozialimperialisten wäre Cam Ranh ein wichtiges Kettenglied zwischen Wladiwostock und ihren Stützpunkten in Bangla Desh*" (die übrigens gleichfalls ins Reich der Phantasie gehören!!), schreibt die „RF". – Wo die „KPD/AO" diese Ente aufgegriffen hat, ist rätselhaft, wir konnten sie bisher nicht einmal in der bürgerlichen Presse finden ! ...

Was die angebliche sowjetische „Forderung" hinsichtlich Portugal angeht, so ist diese Behauptung von der portugiesischen Regierung und vom MFA eindeutig dementiert worden. Jm Übrigen hat die sowjetische Fischereiflotte in vielen Mittelmeerhäfen „Bunker-Rechte" (d. h. Versorgung der Schiffe etc.), darunter auch in Spanien, was die Blödheit der

schereiflotte in vielen Mittelmeerhäfen „Bunker-Rechte" (d. h. Versorgung der Schiffe etc.), darunter auch in Spanien, was die Blödheit der

Konstruktion „Bunkerrechte" gleich „Flottenstützpunkt" nachdrücklich unterstreicht. Offensichtlich ist die ganze Geschichte von der imperialistischen Propaganda lanciert worden, um ihre eigenen Putsch- und Interventionspläne gegen Portugal zu „rechtfertigen".

Es gehört wohl ziemlich viel Phantasie zu der Annahme, daß der Sowjetunion in einem Land der NATO ein Militärstützpunkt eingeräumt werden könnte; dahinter müssen wohl auch ziemlich krause Vorstellungen über die Machtverhältnisse in Portugal stehen (MFA ist „von den Sozialfaschisten unterwandert" etc.).

Halten wir uns an einige T a t s a c h e n ! BRD-Außenminister Genscher z. B. verwies kürzlich auf die Tatsache, daß die verantwortlichen Politiker Portugals ihren Willen zum Verbleiben in der NATO erklärt hätten („FR", 2.5.75). „Wirtschaftshilfe" der EG müßte dazu dienen, Portugal „*fest in die NATO einzubinden*" (Portugal ist ökonomisch weitestgehend vom Imperialismus abhängig, wickelt 80 % seines Außenhandels mit Westeuropa ab (lt. „FAZ" vom 16.5.75).

Die Bereitschaft zum Verbleib in der NATO wurde u. a. von General Carvalho, einem der führenden Militärs, betont (siehe u. a. Interview in diesem AK). Die „KVZ" jammerte vor einigen Wochen darüber, die „Sozialimperialisten" „*wollten sich das Unabhängigkeitsstreben der Offiziere zu Nutzen machen*". In diesem Zusammenhang (!!) wurde dann (mit Bedauern? ?) berichtet, Außenminister Melo Antunes habe erklärt, Portugal werde „*aus der NATO austreten müssen*". „*Die Sozialimperialisten wollen den NATO-Austritt als Hebel für die eigenen Ziele ausnutzen*", kommentierte die „KVZ" (3.4.75) wehklagend diese Meldung. – Laut „FAZ" vom 16.5.75 erklärte Antunes allerdings, Portugal wolle in der NATO b l e i b e n , wo es eine Stellung anstrebe, die der Rumäniens im Warschauer Pakt vergleichbar sei, also eine gewisse Unabhängigkeit.

Tatsache ist, daß in Portugal ein US-Stützpunkt auf den Azoren besteht, dessen Existenz bisher nicht in Frage gestellt wurde. Tatsache ist weiter, daß die BRD immer noch den Stützpunkt Beja(Luftwaffenbasis) unterhält, gegen den Portugal „*bisher keinen Einwand*"(„FAZ", 16.5.75) erhoben hat.

Das MFA ist allerdings bemüht, im Rahmen der NATO Selbständigkeit zu wahren, z. B. eine Benutzung des US-Stützpunktes auf den Azoren in einem neuen Nahost-Krieg nicht mehr zuzulassen.

Hieraus zu interpretieren, daß Portugal sozusagen kurz vor der Eingliederung in den Warschauer Pakt stehe, ist äußerst infam. Die haßerfüllten Angriffe der „Vaterlandsverteidiger" ausgerechnet auf Portugal (das praktisch als einziges Land in Westeuropa einen wirklichen Kurs der Unabhängigkeit gegenüber den Großmächten zu steuern versucht – ganz im Gegensatz zu einer den „Vaterlandsverteidigern" so sympathischen Figur wie F. J. Strauß!!) entlarvt ihr ganzes Geschrei vom „Kampf gegen die b e i d e n Supermächte" als bloße Demagogie. In Wirklichkeit meinen sie offensichtlich Kampf gegen die Sowjetunion und Unterstützung des US-Imperialismus.

PCP – Wessen „Agentur"?

PCP – Wessen „Agentur"?

Den „Vaterlandsverteidigern" zufolge wird Portugal (ökonomisch weitgehend vom Imperialismus abhängig, NATO-Land!) h e u t e schon von den „Sozialfaschisten" (PCP) und damit letztlich auch von den „Sozialimperialisten" beherrscht.

So schreibt die „KPD/AO" z. B., die PCP „*hält die staatlichen Machtpositionen in der Hand*" („RF", 7.5.75). Wie das Unglück geschehen konnte, ist einigermaßen rätselhaft, man wird wohl die ganze marxistische-leninistische Theorie über Staatsmacht u. ä. ganz neu überdenken müssen ? ...

Anscheinend übt der „Sozialimperialismus" seine Macht durch die „*revisionistisch unterwanderte Bewegung der Streitkräfte*" aus („RF", 7.5.75) – eine Behauptung übrigens, die sich nur in der Wortwahl von ähnlich bekloppten Behauptungen der Springer-Presse unterscheidet (da heißt es dann: „kommunistisch unterwandert").

Ähnlich, bloß noch krauser, „argumentiert" der „Rote Morgen" (z. B. 3.5.75). Da heißt es einmal (Überschrift): „*Die Militärs haben die Macht*". Dann wird Portugal als „*bürgerliche Republik*" bezeichnet, und schließlich heißt es, das Militär (!) wolle dem Volk „*einen neuen Oberherrn aufzwingen, den sowjetischen Sozialimperialismus*". Laut „RM" „*geben die portugiesischen Militärs*" das sogar „*selbst eindeutig zu*" – was ganz besonders witzig ist.

Offenbar geht es also recht bunt zu in Portugal, und „*die sowjetischen Sozialimperialisten in ihrem aggressiven Drang nach Weltherrschaft sind natürlich gern bereit, die Militärs, die Revisionisten, die ganze protugiesische Bourgeoisie* (o Gott, die also auch noch !!) *wirtschaftlich und finanziell auszuhalten, wenn sie dafür das portugiesische Volk ausplündern und das Land zu ihrer Kolonie und zu ihrem Aufmarschgebiet gegen Westeuropa machen können*" („RM",

Große Dinge haben sich innerhalb eines Jahres anscheinend getan. Denn am 29.6.74 z.B. konnte man im „RM" noch lesen: „*Tatsächlich sind die modernen Revisionisten in Portugal das Trumpf-As, auf das die US-Imperialisten (!!) und die einheimischen Ausbeuterklassen setzen im Kampf um die Erhaltung ihrer Herrschaft*". Den Revisionisten wurde vorgeworfen, „*sie schützten die Militärstützpunkte des USA-Imperialismus in Portugal*" („RM", 12.10.74 – damals waren sie zugleich laut selbem „RM" allerdings schon dabei, „*dem sowjetischen Sozialimperialismus die Tür*" zu öffnen !!!).

Auch die „KPD/AO" wußte damals zu melden, daß die Revisionisten „*nichts Grundsätzliches gegen die NATO einzuwenden*" hätten („RF", 11.12.74). Und weiter: „*Das System in Portugal geht mit Riesenschritten zur Etablierung eines westlich (!) orientierten kapitalistischen (!) Ausbeuterstaates über*" („RF", 17.7.74).

Diese Äußerungen von „ML" und „AO", verglichen mit ihren heutigen, drücken ihre politische Kehrtwendung aus: Während man es damals vorzog, den Revisionisten Verrat an der R e v o l u t i o n vorzuwerfen (Unterstützung der NATO, der Bourgeoisie etc.), wirft man ihnen heute Verrat an der N a t i o n vor (Unterstützung des Warschauer Pakts, des „Sozialimperialismus" etc.). Die Demagogie (denn um solche, und nicht um Kampf gegen den Revisionismus, handelt es sich hier eindeutig!) ist auswechselbar; was bleibt, ist im Grunde ein „links" aufgezogener An-

um Kampf gegen den Revisionismus, handelt es sich hier eindeutig!) ist auswechselbar; was bleibt, ist im Grunde ein „links" aufgezogener An-

tikommunismus, der sich heute offen im nationalistischen Gewand präsentiert.

„Sozialfaschistische Diktatur"?

Kann man im „RM" über „*Faschisierung*" in Portugal lesen (3.5.75) und über Versuche, „*statt der faschistischen eine sozialfaschistische Diktatur zu errichten*" (12.4.75), so ist dieses Thema in erster Linie doch eine Spezialität der „KPD/AO"-RF geworden.

Sehen wir uns einige Behauptungen dazu einmal an. Dazu heißt es z.B.: „*Für die Marxisten-Leninisten sind es Wahlen unter sozialfaschistischem Terror. Sie sind verfolgt und werden in die Illegalität gedrängt.*"

FORTSETZUNG SEITE 33

„Zu heiß gebadet" . . . ? „KPD" macht Späßchen

Mit Stempel vom 15.5. ging dem KB („Nord"!) ein Brief der „KPD" zu. Nachdem wir ihn erwartungsvoll geöffnet hatten, fanden wir ein hektographiertes Schreiben, das zu „Aktionseinheitsverhandlungen" am 17.5. in der Kölner „Parteizentrale" (oho!) einlädt. Thema: Die Verhaftung von 18 „KPD"lern nach einem antikommunistischen happening in Ostberlin.

Nach Köln geladen wurden „KPD/ML", KBW, KAB„D", sowie die „ML Frankfurts" und ihr Klüngel (sozusagen die Pioniere in Sachen „Sozial"-Chauvinismus). Dann kam der eigentliche Clou dieses Schreibens: „*Der KB Nord ist nur unter der Voraussetzung eingeladen, daß er seine China-feindlichen Äußerungen zurücknimmt und deswegen Selbstkritik übt*"! – Dieser Scherz scheint Gerüchte „aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle" zu untermauern, wonach sich die „KPD" am nächsten Kölner Karnevalszug „im eigenen Block" beteiligen will . . . ●

KBW:

Militarisierung „fortschrittlich"? !





In AK 60 wurde gegen die Einbeziehung der Frauen zum Dienst in der Bundeswehr Stellung genommen, die heute schon von Teilen der westdeutschen Bourgeoisie mehr oder weniger offen gefordert wird.

Den KBW-Chef Schmierer beflügelte dieser Artikel zu einer seiner mittlerweile schon berüchtigten mißglückten Attacken gegen den Kommunistischen Bund und den ARBEITERKAMPF, indem er uns „bürgerlichen Pazifismus" vorwirft.

Schmierers g a n z e s Argument für diesen Vorwurf besteht in einem langen Lenin-Zitat, das jedoch zur Hälfte gar nichts mit dem zur Diskussion stehenden Punkt (Einbeziehung der Frauen in die imperialistische Armee) zu tun hat. Im anderen Teil spricht Lenin davon, daß die Tendenz des Kapitalismus zur Frauenarbeit „fortschrittlich" sei. Lenin überträgt dieses Urteil dann mit Einschränkungen auf die Frage der Militarisierung. Lenin erwähnt die Möglichkeit einer „Militarisierung der Frauen" und sagt dazu: *„Wir antworten darauf: Desto besser! Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher ist der bewaffnete Aufstand gegen den Kapitalismus"* (aus: Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution).

Losgelöst von den konkreten Bedingungen wird aus diesem Zitat ganz anschaulicher Unsinn. Nimmt man dies Zitat als abstrakte Weisheit (so wie es Schmierer in der „KVZ" serviert), müßte man z.B. schlußfolgern: In keinem bürgerlichen Land ist der bewaffnete Aufstand so nahe wie in Israel, denn dort ist die Militarisierung auch der Frauen wie überhaupt des gesamten Volkes am weitestgehenden durchgeführt. Solch einen Quatsch würde aber wahrscheinlich nicht mal Schmierer behaupten! Man müßte weiter schlußfolgern: Die Militarisierung der Frauen und die Einziehung von Kindern und Greisen zum „Volkssturm" durch die Hitler-Faschisten war „fortschrittlich" und brachte den bewaffneten Aufstand näher. Auch das ist offener Quatsch!

Der übereifrige Schmierer hat Lenin anscheinend gar nicht verstanden. Lenin bezeichnet dort die kapitalistische Tendenz zur Frauenarbeit, zur Militarisierung der Frau u.a.m. nicht einfach als „fortschrittlich", sondern fügt hinzu: *„Wir ‚unterstützen' diese Entwicklung nicht, wir ‚fordern' so etwas nicht, wir kämpfen (!) dagegen"*. Dieser Widerspruch scheint für Schmierer wohl „zu hoch" gewesen zu sein.

Hier, wie auch in anderen Einzelpunkten, lehnt der KBW letzten Endes den Kampf gegen den Militarismus unter Hinweis auf dessen angebliche „Fortschrittlichkeit" ab. Nun wird z.B. niemand ernsthaft bestreiten können, daß die imperialistischen Weltkriege insgesamt den Imperialismus geschwächt und die Sache des Sozialismus enorm vorangebracht haben, insofern also „fortschrittlich" waren. Aber das bedeutet doch nicht Preisgabe des Kampfes g e g e n den imperialistischen Krieg? !! Oder kann man sagen, daß der Kampf von Kommunisten und Demokraten gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik ein „bürgerlich-pazifistischer" Fehler war, weil die Aufstellung der Bundeswehr „fortschrittlich" war und den bewaffneten Aufstand näher brachte?? ! – Nichts anderes sind die konsequenten Schlußfolgerungen der schmiererschen Polemik! **Wir meinen dagegen, daß es unbedingt notwendig ist und keinesfalls „bürgerlichen Pazifismus" bedeutet, gegen jeden neuen Schritt der Militarisierung entschieden Front zu machen und die Absichten der Imperialisten dabei aufzuzeigen.**

Daß jedoch der KBW in dieser Frage schräge Thesen vertritt, ist nicht erst seit der Schmierer-Attacke offensichtlich. So kommentierte W. Maier – ein anderer KBW-Führer – in der jüngsten Ausgabe der „KuK" („theoretisches" Organ des KBW) unsere Kritik an chinesischen Ermunterungen für die Kriegsvorbereitungen (angeblich „gerechtfertigte Verteidigungsanstrengungen"!) der europäischen Imperialisten folgendermaßen:

„Der KB Nord (?) spielt hier wiederum direkt dem Sozialimperialismus in die Hände (!!) und tut so, als könne es der Arbeiterklasse darum gehen, in einem waffenlosen Land zu leben. Während es doch für sie darauf ankommt, die Waffen selbst in die Hand zu bekommen".

Maier negiert hier die Tatsache, daß die Revolutionäre stets einen Kampf g e g e n die imperialistische Aufrüstung geführt haben. Er empfiehlt der Arbeiterklasse eine Haltung der Gleichgültigkeit gegenüber der imperialistischen Aufrüstung, da ja doch alles bloß auf die sozialistische Revolution ankomme.

Maier ist sozusagen ein 50%iger „Vaterlandsverteidiger". Während sich die 100%igen „Vaterlandsverteidiger" offen für die Verstärkung der imperialistischen Aufrüstung aussprechen (siehe „KPD" und „KPD/ML"), will Maier so tun, als ginge uns die Aufrüstung gar nichts an. Wenn er dann jedoch zugleich den Kampf g e g e n die imperialistische Aufrüstung als direkten Hilfsdienst für den „Sozialimperialismus" diffamiert, entlarvt er sich eigentlich schon als mindestens 75%iger „Vaterlandsverteidiger" – nur ist er nicht ganz so blöd wie „KPD" und „KPD/ML", die ihre „sozial"-chauvinistischen Eselsohren o f f e n tragen.

Bei Maier wie auch bei Schmierers Polemik (siehe oben) zeigt sich dieselbe Tendenz des KBW, gegenüber der Militarisierung Gleichmütigkeit zu empfehlen, zugleich den Antimilitarismus zu diffamieren (als „bürgerlichen Pazifismus", als Hilfe für den „Sozialimperialismus") und so letztendlich auch das Geschäft der Kriegsvorbereitungen des „eigenen" Imperialismus zu besorgen.

Schmierer schmiert mal wieder

An sich ist es schon bezeichnend, daß es der KBW bis heute nicht für nötig gehalten hat, zu den grundsätzlichen Differenzen zwischen uns und dem KBW in Fragen „Sozialimperialismus Hauptfeind" etc. Stellung zu nehmen. Zu dem Artikel „K(r)ampf der Supermächte" in AK 58/59 beispielsweise, in dem ausführlich gezeigt wurde, wie sich der KBW die Lügen und Fälschungen der imperialistischen Kriegspropaganda zu eigen macht und dabei praktisch selbst eine Politik der „Vaterlandsverteidigung" unterstützt, ist bisher keine Antwort erfolgt; eine Richtigstellung der faustdicken Lügen steht ebenfalls noch aus.

Stattdessen versucht sich Schmierer höchstpersönlich mit einer plumpen Anpinkelei an einer Nebenfrage, wo er meint, im Schutz eines Lenin-Zitats agieren zu können. Das dürfte Beweis genug sein, daß der KBW uns g r u n d s ä t z l i c h, vor allem was die Entlarvung seiner Lügengeschichten und der daraus folgenden politischen Fehler angeht, anscheinend nichts entgegenzusetzen hat.

Stattdessen „zitiert" Schmierer in schon widerlich tölpelhafter Weise den ARBEITERKAMPF so, als ob wir im Grunde seinen Positionen zustimmen würden: *„Zu unserer Kritik an den Vaterlandsverteidigern schreibt der Kommunistische Bund (Nord) in der gleichen Nummer seiner Zeitung:* **‚Ausgezeichnet! So sehr waren wir mit J.S.** (das ist Schmierer – Anm. AK) **schon lange nicht mehr einverstanden!!'** ". Schmierer unterschlägt den n ä c h s t e n Satz des von ihm zitierten AK-Artikels. Der heißt nämlich: *„Tatsache ist allerdings leider auch, daß der KBW bisher durchaus in einzelnen Punkten mit dem „Sozialchauvinismus geliebäugelt hat ..."* und dann folgen mehrere Beispiele, u.a. von Schmierer selbst. Der Artikel stellt die Frage, *„ob der KBW nicht nur eine dezentere, geschicktere Variante des ‚Sozial'chauvinismus einschlagen will: Ablehnung der ‚Vaterlandsverteidigung' in W o r t e n, aber ihre Propagierung in der T a t (z.B. durch Lügengeschichten über angebliche sowjetische Stützpunkte und militärische Überlegenheit, durch Verharmlosung der Aggressivität des BRD-Imperialismus) ... "usw.* –

Diese Frage steht immer noch. Der KBW sollte sich damit lieber endlich einmal ernsthaft auseinandersetzen, statt kindische Spiele mit aus dem Zusammenhang gerissenen und verfälschten Zitaten zu treiben!

13.5.75 ●

(„RF", 30.4.). Tatsache ist, daß zwar die „ML"-Gruppen MRPP und AOC verboten bzw. von den Wahlen ausgeschlossen wurden. (Beide verfolgen die provokatorische, objektiv pro-imperialistische Linie vom „Hauptfeind Sozialimperialismus"!)

Tatsache ist aber auch, daß eine ganze Reihe revolutionärer und „ML"-Organisationen zu den Wahlen kandidierte. Die großen portugiesischen Zeitungen drucken tagtäglich lange Erklärungen jeder dieser Organisationen zu den Wahlen und jeder anderen politischen Frage im Wortlaut ab – man zeige uns ein kapitalistisches Land, wo dies heute möglich wäre!

Die „verbotene" MRPP konnte mehrere Demonstrationen ungehindert durchführen, über die ebenfalls in der Presse berichtet wurde. . . Man vergleiche diese angeblich „sozialfaschistische Diktatur" mit wirklich faschistischen Systemen wie Chile oder auch Spanien (gegen die die „Vaterlandsverteidiger" bezeichnenderweise nicht entfernt denselben Haß entwickeln wie gegen den revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal).

Der „Rote Morgen" brachte es gar zu der haarsträubenden Behauptung, in Portugal sei ***„der Arbeiterklasse das Streikrecht genommen"*** worden!! (22.3.75) Solchen Stuß bringt nicht einmal die bürgerliche Presse zustande, die im Gegenteil über die Fülle von Streiks, Betriebsbesetzungen etc. klagt!

Aber zurück zur „KPD/AO": Sie beklagt z.B. auch, daß die Revisionisten *„schon entscheidende Machtpositionen im Staatsapparat selbst übernommen"* hätten, u.a. *„die neue Geheim- und Sicherheitspolizei"*.

Diese Legende, in ähnlicher Form auch in der bürgerlichen Presse kolportiert, scheint folgende Entstehung zu haben: Am 7.3.75, (also wenige Tage vor Spinolas Putschversuch vom 11.3.) berichtete die portugiesische Presse von einer Erklärung des früheren (bis Dezember 74) Vorsitzenden des Ausschusses zur Auflösung der faschistischen Geheimpolizei PIDE; er beschuldigte die Revisionisten, eine eigene Geheimpolizei aufzubauen.

Diese Behauptung wurde einige Tage später von dem Ausschuß dementiert. Hinter dieser Geschichte stand, daß jener frühere Vorsitzende ein Mitglied des rechten Flügels der PS von Soares ist; während er übrigens behauptete, abgesetzt worden zu sein (im Dezember 74), erklärte der Ausschuß in dem Dementi, er sei damals freiwillig, ohne Angabe von Gründen, zurückgetreten. Dafür spricht, daß er sich erst drei Monate nach seiner angeblichen „Absetzung" mit seiner Story zu Wort meldete.

Die ganze Geschichte gehört allzu offensichtlich in den provokatorischen antikommunistischen Feldzug der PS, wobei die zeitliche Nähe der „Enthüllung" (7.3.) zum Spinola-Putsch vielleicht auch nicht ganz zufällig ist.

Bezeichnend für die „AO" ist, daß sie solche von der erklärtermaßen – was übrigens selbst die „AO" nicht bestreitet! – pro-imperialistischen PS verbreiteten Geschichtchen als schiere Wahrheit und ohne Angabe der trüben Quelle weiterverbreitet.

Die „KPD/AO" behauptet ferner, die Revisionisten hätten *„die Herrschaft über die Massenmedien"*. *„Sogar die Zeitungen anderer Parteien geraten fest unter ihre Kontrolle."* („RF", 7.5.75) Quelle für diesen Quatsch ist wahrscheinlich ein kurz zuvor erschienener, wild antikommunistischer Artikel des „Stern", wo es u.a. hieß: *„Fast alle Blätter sind de facto Organe der PCP."*

Die Kontrolle über die Presse übt die PCP laut „RF" übrigens aus durch *„die von ihnen beherrschte Gewerkschaft, die den Produktionsapparat dieser Zeitungen lahmlegen kann"* (7.5.). Auch das war im „Stern"-Artikel zu lesen. Seltsam für eine Partei, die sich immerhin noch „KPD" zu nennen wagt, ist es allerdings, daß sie laut jammert, wenn die Druckarbeiter Einfluß auf die von ihnen produzierten Zeitungen nehmen, u. a. auf die Zeitungen der pro-imperialistischen Parteien. So beklagt die „AO" u. a., daß die Zeitung der PS *„durch einen Streik revisionistisch geführter Setzer lahmgelegt"* worden sei (7.5.). Die „AO" kann darin nichts anderes sehen als eine ‚von Moskau gesteuerte Aktion', „sozialfaschistischen Terror" etc., d. h. die uralte antikommunistische Gebetsmühle, die immer in Bewegung tritt, sobald die Arbeiter den Kapitalisten in die Suppe spucken.

Zur Frage der angeblichen „sozialfaschistischen" „Herrschaft über die Massenmedien" ist noch zu sagen, daß die portugiesische Presse zweifellos die freieste und offenste in Westeuropa ist, die nicht nur die Stellungnahmen der „ML"-Gruppen zu den Wahlen abdruckte, breit über Streiks informiert etc., sondern die z.B. auch dem Besuch und der Pressekonferenz einer Delegation der italienischen kommunistischen Organisation Lotta Continua in Portugal breiten Raum widmete – obwohl (?) LC beispielsweise die Sowjetunion als „Supermacht" bezeichnet. – **Wenn das „sozialfaschistische" Diktatur ist, sollte sie überall in Westeuropa durchgesetzt werden!**

Parteinahme für den US-Imperialismus

Es kann bei soviel blindwütiger Dummheit nicht ausbleiben, daß die „KPD/AO" sich schließlich ganz offen auf die Seite des US-Imperialismus stellt.

So unterstützten die letzten Ausgaben der „RF" ganz offen die PS von Soares und übernahmen z.B. dessen lügenhafte Version über die Vorfälle am 1. Mai (wo Soares angeblich von den Revisionisten ‚mit Gewalt am Reden gehindert' wurde). Laut „RF" war das *„ein Musterbeispiel für die schon fortgeschrittene sozialfaschistische Formierung des Machtapparates der Revisionisten-Bewegung der Streitkräfte"* (7.5.).

Der Wahlsieg der PS (und PPD) ist laut „RF" (30.4.) **„günstig für die *revolutionären Kräfte in Portugal*"**. Soares vertrete gegenüber der „sozialfaschistischen" PCP die *„bürgerliche Demokratie"* und müßte daher unterstützt werden – was portugiesische „ML"er auch schon tun, beispielsweise indem sie sich in die antikommunistischen, provokatorischen Demonstrationen der PS nach dem 1. Mai (unter der verlogenen Parole „Sozialismus ja, Diktatur nein"!) einreihten. Soares, Freund von Brandt & Co., die in der BRD auf ein allgemeines Kommunistenverbot hinarbeiten, versprach dafür den „ML"ern den Schutz seiner Partei (lt. „RF" 30.4.!). Nun ja, eine Hand wäscht die andere . . .

Die „KPD/AO" läßt sich in ihrer Parteinahme für Soares auch nicht von der Einsicht irre machen, daß **„sein Wahlsieg eine Stärkung des Einflusses der westeuropäischen Bourgeoisien bedeutet"** („RF" 30.4.) – das liegt ja wohl sowieso im Interesse des Kampfes „gegen die Supermächte, besonders den Sozialimperialismus".

Schließlich vertritt Soares aber nicht nur – was an sich schon schlimm genug ist! – die EG-Imperialisten, sondern ist auch, wie die „KPD/AO" selbst weiß, der *„Hauptbefürworter der NATO-Linie im Regierungsbündnis"* und der Repräsentant des *„Einfluß des US-Imperialismus"* in Portugal (so lt. „RF" 26. 3. 75).

Das heißt: Die „KPD/AO" unterstützt nicht etwa bloß einen Vertreter der EG-Imperialisten „gegen die beiden Supermächte", sondern unterstützt vielmehr wissentlich direkt den Agenten der e i n e n „Supermacht", des US-Imperialismus!

Hier zeigt sich, daß hinter der Fassade des „Kampfes gegen die b e i d e n Supermächte" in Wirklichkeit mehr und mehr Kampf an der Seite des US-Imperialismus steht.

Das ist die letzte Konsequenz der „Vaterlandsverteidigung"! So schreibt auch die „KPD/ML" ganz konsequent in ihrer „Roten Garde" Nr. 2 nur noch **„Der Hitler von heute heißt Breschnew"** und schießt unter der faschistoiden Parole **„Europa in Gefahr!"** voll Rohr gegen die Sowjetunion, während dem US-Imperialismus nur ein kleines Absätzchen gewidmet ist. Und im „Roten Morgen" vom 17.5.75 entblödet sich jemand nicht einmal mehr, offen auszusprechen: *„Der westdeutsche Imperialismus wird entweder von Anfang an auf der Seite einer der beiden Supermächte kämpfen oder sich im Kriegsverlauf auf eine Seite schlagen ..."* (Auf welche, ist wohl kaum zweifelhaft!!). Es wird sogar zugegeben: **„In jedem Fall wäre das ein imperialistischer Krieg"!** Nichtsdestotrotz propagiert die „ML" die „Vaterlandsverteidigung" gegen den „Aggressor", der für sie natürlich nur der „Sozialimperialismus" sein kann. Also „Vaterlandsverteidigung" an der Seite des US-Imperialismus, in einem imperialistischen Krieg!!! ●

Wo bleibt die Richtigstellung des KBW ? ? „2. Mahnung"

Im AK 58/59 haben wir am Beispiel des „Ringens der Supermächte" im Indischen Ozean aufgezeigt, daß Organisationen wie der KBW recht skrupellos mit bürgerlichen Behauptungen und nachweislichen L ü g e n über militärische Kräfteverhältnisse, Stützpunkte etc. der „Supermächte" (d. h. stets: der Sowjetunion!) arbeiten. U. a. entdeckte die „KVZ" des KBW im Indischen Ozean, den Spuren der „FAZ" folgend, n e u n angebliche „sowjetische Stützpunkte", wo es in Wahrheit offensichtlich keinen einzigen gibt. Im AK 58/59 wurde dies ausführlich belegt.

Bis heute haben es die KBW-Führer nicht für nötig gehalten, die nachweislich falschen Angaben der „KVZ" richtig zu stellen. Wir haben daran bereits im AK 60 erinnert und wiederholen nunmehr die Frage: „Wo bleibt die Richtigstellung des KBW? ". Ist es möglich, daß in der „KVZ" unwidersprochen Lügen der imperialistischen Kriegspropaganda nachgebetet werden können?

17.5.75 ●

„Ringen der Superlinken um Hegemonie"

Wettstreit der Provokateure

Seit dem Erscheinen der „wegweisenden" Artikel des „Roten (? ?) Morgen" und der „Roten Fahne", die den Weg zur „Einheitsfront gegen die beiden Supermächte, besonders den Sozialimperialismus", theoretisch' ebneten, kann der Super-„linken" der Marsch in den Sumpf gar nicht schnell genug gehen.

Wie kaum anders zu erwarten, ist zwischen diesen einzigartigen „Parteien der Arbeiterklasse" ein wütender Wettstreit in der Inszenierung von Provokationen in Gang gekommen. Die Führungsklüngel beider Gruppen wollen ganz offensichtlich ihrem eigenen Anhang, dem Anhang der Gegenseite und schließlich auch den „ausländischen Genossen" handfest beweisen, daß sie selbst die besseren „Vaterlandsverteidiger" und Provokateure sind. Der 30. Jahrestag der Niederlage des deutschen Faschismus erntete die Aktion einigen Beifall aus der „Bevölkerung", in der ja gerade in Westberlin der „Kampf gegen den Sozialimperialismus" schon immer tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Einer aus der „Bevölkerung" gab allerdings seinem Erstaunen Ausdruck: *„Wir haben zuerst nicht richtig verstanden, was die rote Fahne bei Euch soll..."* (lt. „RM", 3.5.) – aber das ist ja auch wirklich etwas unverständlich!

Die "KPD" verfuhr angesichts dieser Pioniertat der „ML" nach ihrer seit Jahren eingeübten Taktik: Mit Verspätung loswetzen, aber dann die „KPD/ML" im vollen Lauf überholen! Am 9. Mai fuhren 30 Mitglieder der „KPD" nach Berlin (DDR), um auch in diesem – bekanntlich unter dem sowjetischen Militärstiefel schmachtenden – Teil unseres „Vaterlands' ihren „Kampf gegen die Supermächte" (der mehr und mehr ein Kampf ausschließlich gegen den „Sozialimperialismus" wird!) zu tragen. Am Ehrenmal in Treptow für die im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Soldaten der Roten Armee (wieder dieser Spürsinn der „Vaterlandsverteidiger" für guten Geschmack!) versammelte sich das Häufchen, um der Rede eines ihrer Führer „gegen die beiden Supermächte" zu lauschen. DDR-Polizei verhaftete 18 der „KPD"-ler, der Rest schaffte den geordneten Rückzug.



Ein Häufchen „KPD"ler protestierte am 10. Mai vor der DDR-Vertretung in Bonn gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus"

schien dazu der geeignete Anlaß.

Den noch geradezu „konventionellen" Auftakt gab die „KPD/ML" am 29.4. anläßlich einer SEW-Veranstaltung, zu der zwei ehemalige (!) sowjetische Generäle eingeladen waren, die 1945 bei der Befreiung Berlins mitgekämpft hatten. Unter der ungemein geschmackvollen und treffsicheren Parole *„Sowjetische Generäle – raus aus Westberlin"* waren Schlägertrupps der „KPD/ML" aufmarschiert, um Sperrketten vor den Eingängen zu bilden und die Veranstaltung zu verhindern. Die Veranstaltung fand schließlich unter Polizei-Schutz statt. Wie der „Rote Morgen" berichtete,

Mit einem anderen Ergebnis als den Verhaftungen hatten die „KPD"-Führer wohl kaum gerechnet, und so war denn dies wohl auch das Hauptziel der Provokation, um die reaktionäre Verhetzung des eigenen Anhangs voranzutreiben und bei manchen Genossen vielleicht noch bestehende Skrupel gegen den neuen Kurs der „Vaterlandsverteidigung" wegzuwischen. Offensichtlich im voraus geplant folgte den Verhaftungen eine „Strafexpedition" der „KPD" gegen eine sowjetische Fotoausstellung in Westberlin („1941-45 und dreißig Jahre danach"): Die „KPD"ler zerfetzten Fotos und sprühten Parolen an Wände und Scheiben. (Diese Aktion weist starke Ähnlichkeit mit den Überfällen des Frankfurter Faschisten und Antisemiten Roeder auf eine polnische Fotoausstellung vor einigen Monaten auf. Hier bieten sich doch wohl für die Zukunft gemeinsame Aktionen an? !.)

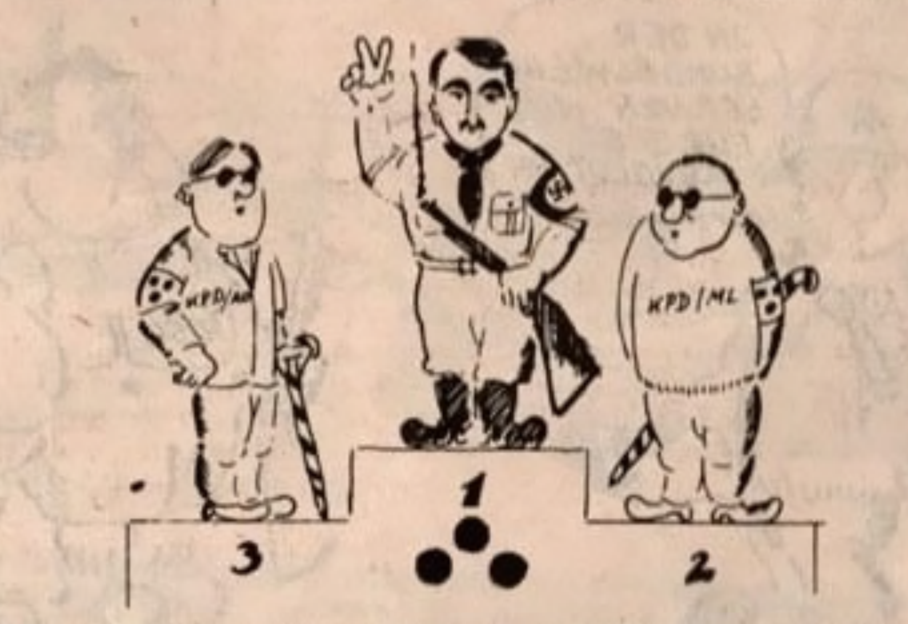
Weitere Racheaktionen: Anhänger der „KPD" versuchten eine Veranstaltung der SEW-Hochschulgruppe in der FU Westberlin zu stören, wo ein sowjetischer General auftrat. Die rd. 200 „KPD"ler wurden jedoch abgeschmettert. 50 „KPD"ler „protestierten" vor der DDR-Vertretung in Bonn. *„Auf Grund des breiten (!!!) Protestes"* – so die „KPD" in Hamburg scheinbar ganz ernsthaft in einem Flugblatt! – war der BRD-Vertreter in Ostberlin *„gezwungen"* (!!!), sich nach dem Verbleib der verhafteten „KPD"ler zu erkundigen.

Wir haben keine Illusionen über die Möglichkeiten revolutionärer Agitation und Propaganda in der DDR, wir wissen, daß diese dort weitgehend unterdrückt wird. Im Falle der „KPD" steht jedoch nicht die Frage r e v o l u t i o n ä r e r Propaganda, sondern einer reaktionären P r o v o k a t i o n, die wir schärfstens ablehnen. Nicht zufällig richten „KPD" und „KPD/ML" ihre Angriffe fast nur noch gegen den „Sozialimperialismus", während sie den BRD-Imperialismus fast völlig mit Schweigen bedecken und auch gegen den US-Imperialismus nur noch recht lau sind. Im Fall Portugal unterstützt die „KPD" inzwischen offen die „Sozialistische" Partei von Soares, die eine Agentur des US- und BRD-Imperialismus ist (vgl. dazu Artikel an anderer Stelle dieses AK), ergreift also praktisch offen für die e i n e „Supermacht" (den US-Imperialismus) Partei!

All das beweist, daß die Ostberliner Provokation der „KPD" und die folgende „Strafexpedition" gegen die sowjetische Foto-Ausstellung auf dem Niveau ähnlicher Provokationen der Faschisten gegen die DDR steht.

Wie tief die „Vaterlandsverteidiger" inzwischen gesunken sind, demonstriert auch ein streckenweise offen faschistoides Flugblatt der Hamburger „Roten (? ?) Garde" („KPD/ML"-Pimpfe). Dort wird die geradezu unglaubliche Behauptung erhoben: *„Die Methoden der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse und des Volkes sind in Ländern wie der DDR, Polen, der Tschechoslowakei nicht etwa ‚milder' als in Ländern wie Chile, Spanien, Brasilien. Ganz im Gegenteil."* So eine zynische Unverschämtheit würde wahrscheinlich nicht einmal Springers „Bild" wagen. In dem Flugblatt der „ML" wird überdies darüber gejammert, daß in der DDR *„ganze Familien ohne Gerichtsverfahren für Jahre eingesperrt wurden"*, weil sie das ‚Westfernsehen' gesehen hatten. Da schon seit Jahren jeder in der DDR ungehindert ‚Westfernsehen' sehen kann, wenn er mag und die Empfangsverhältnisse es erlauben, stellt sich die Frage, wann diese Dinge passiert sein sollen...? Als nächstes wird die „KPD/ML" vielleicht Klagelieder über die „Zwangsenteignung" der Bauern in der DDR singen?

Es ist offensichtlich, daß innerhalb der „Vaterlandsverteidiger" sowie auch zwischen ihren Gruppen ein gefährlicher Prozeß der „negativen Auslese" und des gegenseitigen Hochschaukelns im Gange ist. Der Kurs der „Vaterlandsverteidigung" wird letzten Endes die verbliebenen Reste ehrlicher Genossen aus diesen Gruppen vertreiben und nur noch einen Schrott von politischen Wirrköpfen, Rechten und Provokateuren zurücklassen. Der Konkurrenzkampf zwischen den Gruppen der „Vaterlandsverteidiger" (die sich politisch-ideologisch kaum noch unterscheiden, aber irgendwie ihren „Führungsanspruch" beweisen müssen) wird immer üblere Provokationen hervorbringen. Nächstes Ziel dieser schrägen Vögel könnten nach DKP und DDR schon die „Wasserträger und Agenten des Sozialimperialismus" sein, d.h. KBW und KB. Die zunehmende Selbstisolierung dieser Sekten wird ein übriges tun, um sie in bloße Provokationsgruppen im Dienste des BRD-Imperialismus zu verwandeln. ●



Bei einem Wettkampf um den begehrten Titel „Besonders wachsamer Kämpfer gegen den Sozialimperialismus" konnte der Faschist E. Weil die Vertreter von „KPD/AO" und „KPD/ML" auf die Plätze 2 und 3 verweisen. Weil hatte im November 1970 (!) einen sowjetischen Posten am Ehrenmal in Westberlin durch Schüsse schwer verletzt.

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

„Rotes Flottenmanöver" – Vorwand für imperialistische Kriegspropaganda

Im April fand ein grösseres Manöver der sowjetischen Flotte statt, in das nach den Angaben der bürgerlichen Presse etwa 200 Schiffe einbezogen wurden. Schwerpunkt war nach diesen Angaben der Atlantik, wo die Zahl der dort ständig fahrenden Schiffe während des Manövers angeblich verdoppelt wurde: auf über 80 (laut „Corriere della Sera", 24.4.).

Hauptzweck des Manövers soll es gewesen sein, *„die Unterbrechung des Seewegs zwischen Nordamerika und Westeuropa zu üben"* („FAZ", 23.4.). Besonders furchterregend wurde das Manöver natürlich in Springers „Bild" ausgemalt: *„Die Rote Flotte probt den großen Krieg". „Alle Handelsstraßen auf See können jederzeit von der roten Marine unterbrochen werden, vor allem die Ölwege"* („Bild", 21.4.).

Da die sowjetische Flotte den Flotten der USA und NATO schon rein zahlenmäßig unterlegen ist, erweist sich diese Behauptung der „Bild" von vornherein als reine Angstmacherei, die der Schürung von Kriegshysterie und der Rechtfertigung einer verschärften Aufrüstung der NATO dienen soll.

Insbesondere fällt die sowjetische Unterlegenheit gegenüber den USA auf dem Gebiet der Flugzeugträger ins Gewicht, die eine entscheidende Rolle für Angriffsoperationen spielen würden. K e i n Bericht der bürgerlichen Presse erwähnte überhaupt eine Teilnahme sowjetischer Flugzeugträger an dem Manöver! Auf dem Gebiet großer Flugzeugträger haben die USA praktisch das Monopol.

Die Einsatzfähigkeit der sowjetischen Flotte ist außerdem dadurch begrenzt, daß sie kaum über Stützpunkte im Ausland verfügt, während USA und NATO ein weltumfassendes Stützpunkt-Netz unterhalten. „Bild" lügt zwar dreist: *„Es gibt keine Nachschubprobleme für die rote Kriegsflotte, denn die Sowjets haben auf Kuba, im Mittelmeer und im Indischen Ozean Stützpunkte"* (21.4.) – Tatsächlich hat die sowjetische Flotte jedoch weder im Mittelmeer noch im Indischen Ozean auch nur einen Stützpunkt.

So urteilten denn auch – im Gegensatz zur schrillen Kriegshysterie der bürgerlichen Massenpresse – die führenden NATO-Militärs wesentlich nüchterner. So sagte Admiral Ralph Cousins, Oberkommandant der Seestreitkräfte der NATO, das Manöver der Sowjetflotte sei *„eine logische Entwicklung für eine moderne Seemacht"* und *„ein Manöver dieses Umfangs sollte niemanden überraschen"* (lt. „Corriere della Sera", 24.4.).

Den „ML"ern blieb es vorbehalten, die bürgerliche Kriegshysterie noch von rechtsaußen zu überholen und sogar der „Bild"-Zeitung eine Lehre in Lüge und Hetze zu erteilen. Während die bürgerliche Presse durchgehend sich an die Behauptung der NATO-Militärs hielt, daß die sowjetischen Manöver vom April seien *„die größte, die die Sowjetunion seit der ‚Okean'-Übung im Jahr 1970 veranstaltete"* („FAZ", 23.4.), machten die „Vaterlandsverteidiger" von der „KPD/ML" daraus gleich **„das größte Flottenmanöver aller Zeiten"** („Roter Morgen", 3.5.). Ihnen zufolge bestand die Übungsaufgabe des Manövers darin, *„die Länder Skandinaviens von der See her anzugreifen, Dänemark in einer kombinierten Operation der Luft- und Seestreitkräfte zu besetzen und Schleswig-Holstein zu überrollen"* („Roter Morgen", 3.5.). Das sind phantastische Behauptungen, die in der gesamten bürgerlichen Presse ohne Parallele sind!

Die Rechtssektierer der sogenannten „KPD/ML – Neue Einheit" aus Westberlin beschwerten sich gar in einem Flugblatt, daß die bürgerliche Presse dem angeblichen Eindringen sowjetischer Kriegsschiffe in die Lübecker Bucht während des Manövers nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet habe: *„Es ist sehr bezeichnend, daß die Presse in diesem Land jenen Vorfall so gut wie verschweigt ... Wir fordern eine klare und entschiedene (?!) Berichterstattung über solche Ereignisse! Wir fordern die entschiedene Verstärkung der Verteidigung! Wir fordern eine systematische Aufklärung (?!) der Bevölkerung über die Bedrohung!"*.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Bourgeoisie einen enormen Rummel um das „Rote Flottenmanöver" inszenierte, während z. B. über das NATO-Manöver „Wintex 75" im März (dabei wurden u. a. ein Angriff gegen Jugoslawien und die militärische Niederwerfung des italienischen Volkes geprobt!) buchstäblich kein Wort in der bürgerlichen Presse zu finden war. Durch gewagte Lügen und Übertreibungen soll eine ungeheure „russische Gefahr" gezeichnet werden, um verstärkte Kriegsrüstungen der NATO, und speziell der BRD, zu rechtfertigen. Die „ML"er sind dabei zum rechtsradikalen Flügel der imperialistischen Kriegspropaganda herabgesunken: was sie sich zusammenlügen, wagt nicht einmal Springers „Bild" ihren Lesern aufzutischen. ●

„ML" Frankfurt – die ultrarechten Treiber im Lager der „Vaterlandsverteidigung"

Zwischen „KPD/ML" und „KPD" ist ein immer irrationaleres Ringen um die „Spitze" in Sachen „Sozial"chauvinismus und „Vaterlandsverteidigung" im Gang, wovon ihre einander übertrumpfenden Provokationen vor allem in Westberlin (siehe Bericht an anderer Stelle dieses AK) ein besonders sichtbarer und abstoßender Ausdruck sind.

Die Rolle des Antreibers bei diesem makabren **„Ringen der Superlinken um Hegemonie"** spielen seit längerem die „ML Frankfurt", inzwischen im Bund mit der „ML Bochum" und „ML Aachen". Mittlerweile haben diese Vögel es zu einer 16seitigen Schrift im Zeitungsformat (! – einen Namen hat das Ding anscheinend noch nicht) gebracht.

Offenbar haben die „ML Frankfurt", die vorübergehend eine Art westdeutsches Monopol in Sachen „Vaterlandsverteidigung" hatten, nunmehr Angst, daß ihnen nach dem Einschwenken von „KPD/ML" und „KPD" die Felle wegschwimmen könnten und sie wieder in die ihnen zustehende lokale Bedeutungslosigkeit zurückfallen könnten.

So haben sie in ihrer neuen Zeitschrift eine wahnwitzige Flucht nach vorn angetreten, indem sie „KPD/ML" und „KPD" beschuldigen, sie seien in Wirklichkeit bloß „Opportunisten" und gar keine richtigen „Vaterlandsverteidiger". (Der Geisteszustand dieser Wahnsinnsvögel mag im übrigen daraus ermessen werden, daß sie den KBW (der eine mildere Form des „K(r)ampfs der Supermächte" vertritt) als **„pro-sozialimperialistische Agentur"** und den KBW-Boß Schmierer als **„sozialimperialistischen Agenten"** bezeichnen – da kommen wir als **„Trotzkisten und Lin Biao-Elemente"** sogar noch vergleichsweise gut weg!).

Der Vorwurf dieser Rechtsaußen-„ML"er gegen „KPD/ML" und „KPD" lautet hauptsächlich: *„Beide konzentrieren sich nicht auf die heutige Hauptaufgabe, die Mobilisierung der Massen gegen die beiden Supermächte, sondern setzen den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus an die erste Stelle. Sie arbeiten damit vor allen Dingen dem sowjetischen Sozialimperialismus und seiner fünften Kolonne, der DKP, in die Hände"*.

Dieser an sich schon äußerst witzige „Vorwurf" wird vollends durch den gemeinsamen Mai-Aufruf von „KPD" und „KPD/ML" ad absurdum geführt (Text z.B. in der „Roten Fahne", 23.4.75). Dort wird ausschließlich gegen die „beiden Supermächte" polemisiert, vor allem gegen den „Sozialimperialismus", der als „Hauptfeind" angegeben wird. Gegen den BRD-Imperialismus – dessen expansive Außenpolitik und Innenpolitik der Faschisierung – steht in der gemeinsamen Erklärung k e i n Wort; der BRD-Bourgeoisie wird lediglich der Vorwurf gemacht, sie würde *„die deutsche Nation verraten und verkaufen"*!

Man kann daraus auf die Vorstellungen der agents provocateurs von den „ML" Frankfurt schließen, denen selbst das noch nicht genug „Vaterlandsverteidigung" ist!!

Sie wollen den gesamten Klassenkampf (?) dem „K(r)ampf gegen die Supermächte" (und das heißt bei ihnen eigentlich nur noch gegen die Sowjetunion!) unterordnen. So begründen sie z.B. die Notwendigkeit des wirtschaftlichen und demokratischen Kampfes nicht aus den Klasseninteressen des Proletariats, sondern sagen: *„Ohne verbesserte Lebensbedingungen und demokratische Rechte kann der Kampf für die Nation nicht maximal geführt werden"*. Gegen Schikanen und Drill in der Bundeswehr wenden sie sich nicht etwa, um die Z e r s e t z u n g der bürgerlichen Armee voranzutreiben, sondern zur Stärkung der „Landesverteidigung". Ihre Forderungen lauten: *„Die Marxisten-Leninisten (? ? ?) sind gegen die Zersetzung der Landesverteidigung! ... Gegen den Abrüstungsbetrug und (!) die Entwaffnung (!!!) ... Für die Stärkung der Landesverteidigung ... Für eine echte und umfassende militärische Ausbildung aller Soldaten ..."*

E i n e n Punkt haben sich diese „ML"er aber anscheinend noch nicht richtig überlegt und arbeiten damit „direkt dem Sozialimperialismus in die Hände": Sie fordern nämlich auch: *„Gegen Bürgerkriegsmanöver! Auflösung der ‚Mobilen Einsatzkommandos'! Kein Einsatz des Bundesgrenzschutz nach innen!"*

Wahrscheinlich haben sie „übersehen", daß sich nach ihrer eigenen Behauptung mit der DKP eine zahlenmäßig starke und gefährliche „fünfte Kolonne des Sozialimperialismus" in der BRD befindet, so daß also Bürgerkriegsmanöver, Einsatz des BGS nach innen usw. ihrer schrägen „Logik" nach ebenso „gerechtfertigt" sein müßten wie die Aufrüstung der Bundeswehr gegen den „äußeren Feind". Wer die Aufrüstung nach außen begrüßt und sogar ihre Verstärkung fordert, müßte eigentlich auch für die Faschisierung im Inneren sein, denn diese ist die logische Ergänzung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Wir erwarten daß die „ML Frankfurt" auch diese kleine „opportunistische" Schwäche noch überwinden werden und der Bourgeoisie demnächst auch als Propagandisten von MEK, BKA-Ausbau usw. gefällig sind – selbstverständlich mit dem Vorbehalt, daß diese, bitte sehr, nicht gegen das Volk, sondern nur gegen „sozialimperialistische Agenten" eingesetzt werden dürfen! ... ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft" (GDCF) in Nürnberg:

„Vaterlandsverteidiger" am Ruder

In der Nürnberger GDCF versuchen die „Vaterlandsverteidiger" („KPD" und „KPD/ML"), die GDCF zu einem Anhängsel ihrer „Parteien" zu machen und Genossen, die mit der GNK (Gruppe Nürnberger Kommunisten) und ihrer Zeitung „Nürnberger Arbeiterzeitung" oder dem ARBEITERKAMPF sympathisieren und mit deren Kritik an Teilen der chinesischen Politik übereinstimmen, herauszusäubern, notfalls sogar mit satzungswidrigen Methoden. Darüber berichteten wir schon im letzten AK.

Daß die „Vaterlandsverteidiger" in der Führung der Nürnberger GDCF diese Organisation, die ja um einiges größer ist als ihre Organisationen („KPD", „KPD/ML"), zu einem Abklatsch ihres Parteiladens herunterwirtschaften wollen, bestätigte sich in einem neuen Mitgliederrundbrief, in dem die Katze voll aus dem Sack gelassen wird.

Die GDCF, die nach Satzung und Programm überparteilich ist und sich keiner Organisation zuordnet, ruft darin offen mit eigenen Flugblättern etc. dazu auf, die Aktivitäten des „Mai Komitees Nürnberg/Fürth" zu unterstützen. Dieses Mai-Komitee ist ein Ableger der „KPD". Es kann für sich die rühmliche Tatsache beanspruchen, daß es die Nürnberger Linke in ihrem Vorgehen am 1. Mai zersplitterte und desorientiert hat. So lehnte dieses „Komitee aller kämpferischen Arbeiter" konsequent eine Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Organisationen (z. B. GNK) ab. Die GDCF-Führer ließen damit ihre gespielte Überparteilichkeit fallen und beschlossen in einer satzungswidrigen Mitgliederversammlung die Teilnahme der GDCF an allen Aktivitäten des „Mai-Komitees", kurzum der „KPD".

Damit scheinen die GDCF-Führer in Nürnberg ihr Ziel vorerst erreicht zu haben: Aufhebung der demokratischen Satzung, Unterordnung der GDCF unter „KPD"-Beschlüsse und -Aktivitäten.

Die Übernahme wichtiger GDCF-Positionen durch „KPD"-Leute war seit längerer Zeit geplant und geht wohl nun ihrem glorreichen Sieg entgegen.

So arbeitete bis letzten September kein einziges „KPD"- bzw. „KSV"-Mitglied in der Nürnberger GDCF. Doch als die „Rote Fahne" (Zeitung der „KPD") Ende September einen Aufruf abdruckte, die GDCF zu „unterstützen", begann die Unterwanderungsarbeit. Dutzendweise wurden „KPD"-Leute in die GDCF hineingepumpt, obwohl nur ein Bruchteil aktiv ist bzw. die GDCF-Veranstaltungen besucht (!). Bei einer größeren Veranstaltung der GDCF zum 25. Jahrestag der VR China ließ die „KPD" zum ersten Male durchblicken, was sie unter Völkerfreundschaft versteht. Im Gegensatz zu allen anderen kommunistischen Organisationen, die in ihren Redebeiträgen die Abmachung einhielten und sich auf den 25. Gründungstag der chinesischen Volksrepublik beschränkten, nahm die „KPD" diese Veranstaltung zum Anlaß, breit borniert ihren Wahlkampf in Bayern zu propagieren. Später besetzte die „KPD" Schritt für Schritt eine Position nach der anderen im Nürnberger GDCF-Ortsverein. So bestellte dieser plötzlich chinesische Zeitungen nur noch beim Verlag „Rote Fahne", obwohl es dort, entgegen allen anderen Verlagen, keine Verkaufsprozente gab. Jeder Furz, der in der „Roten Fahne" über China stand, wurde auf GDCF-Sitzungen erwähnt ...

GDCF-Mitglieder, die der GNK nahestehen, bekamen keine internen Informationen mehr, erhielten Einladungen zu spät, der alte Vorstand wurde diffamiert und beschimpft ...

Jetzt erlaubt man sich, in einem „Mitglieder-Rundbrief" gegen andere kommunistische Organisationen solch üble Hiebe auszuteilen:

„In dem Fall der Unterstützung der unverschämten Angriffe des KB Nord auf die VR China und einzelne ihrer hervorragenden Vertreter durch die GNK, von denen Mitglieder auch Mitglieder der GDCF Nürnberg sind, ist noch keine Entscheidung gefallen ..."

Das sind Praktiken, die Kommunisten von Seiten der Gewerkschaftsführer kennen! Damit scheinen die neuen GDCF-Führer in Nürnberg ihr Ziel vorerst erreicht zu haben: Aufhebung der demokratischen Satzung, Unterordnung der GDCF unter „KPD"-Beschlüsse und -Aktivitäten, Durchpeitschen der Positionen der „Vaterlandsverteidigung".

Auf der bundesweiten GDCF-Delegierten-Konferenz in Darmstadt im April 1974 wurde schon damals von der „Flatow-Gruppe" (einem „KPD/ML"-Spaltprodukt) die Meinung vertreten, die „wahren Freunde" des chinesischen Volkes wären Strauß und die Rechte, und zwar mit eben den Argumenten, wie man sie heute von der „KPD" und „KPD/ML" hört. Diese Leute wurden leider nie ausgeschlossen, sondern traten später selbst aus, weil sich ihre Meinung nicht (bzw. nicht schnell genug) durchsetzte. Auf der gleichen Konferenz wurden sogar Ausschlußanträge gegen „KPD/ML"-Mitglieder gestellt, weil sie – damals in gut „superlinker" Manier – die Freundschaft mit dem chinesischen Volk „zu eng" begrenzen wollten. Wie sich die Zeiten ändern: Heute geht es den „KPD"- und „KPD/ML"-Leuten nicht fix genug, die Freundschaft nach ganz rechts außen aufzutun. ●

Ein Genosse der Gruppe Nürnberger Kommunisten

Hannover:

KPdSU-Vertreter referiert für die Junge Union:

„Vaterlandsverteidiger" verpaßten Chance



ZU GAST bei der Jungen Union Lüneburg: Igor I. Smirnow, Konsul der UdSSR (links) u

„Lüneburger Landeszeitung" vom 25.4.1975

Von der Lüneburger Lokalpresse wur- stand der Sinn nun gar nicht nach
„Lüneburger Landeszeitung" vom 25.4.1975

Von der Lüneburger Lokalpresse wurde diese Veranstaltung gefeiert als erstes Zusammentreffen der Großmächte in Westdeutschland. Die Junge Union (J.U.) hatte eingeladen. Zum Thema: „Europäische Sicherheitskonferenz" sollten referieren: Igor I. Smirnow (Konsul der Sowjetunion in Hamburg) sowie David R. Pozorski (US-Vizekonsul in Hamburg).

Welch traurige Premiere! Selbst für die ortsansässigen Revisionisten war es wohl zuviel, mitzuerleben, wie sich ein Vertreter der KPdSU mit Haut und Haaren an die JU und ihren reaktionären Anhang verkauft. Von ihnen erschien – verständlicherweise – keiner.

Stattdessen fiel eine stürmische Meute von ca. 100 Erzreaktionären über den bedauernswerten Herrn Konsul her, obwohl dieser sich schon Mühe gab, nur seine „sonnigste" Seite zu zeigen: So schwärmte er in seinem Eingangsreferat von Frieden, Entspannung und kulturellem Austausch, vermied es jedoch tunlichst, einen Klassen- oder auch nur „Entspannungs"-Gegner mit Namen zu nennen. Ganz nach dem Motto: „Für den Frieden bin ich, denn nur am Frieden gewinn' ich" hieß es bei ihm: „der Kampf der Ideologien geht weiter, aber nicht mehr mit Kriegen" und als Schlußwort des Referates: „Ich will Ihnen nicht erklären, was der 3. Weltkrieg bedeutet, ich will nur zum Schluß sagen, zum Frieden gibt es keine Alternative". Treuherzig vergaß er nun auch nicht, nach dem Referat des US-Imperialisten zu applaudieren (unbeschadet der Tatsache, daß es angereichert war mit Hieben gegen die SU).

Doch oh weh – all den „Bild"-lesenden „aufgebrachten" Mütterchen („Also ich bin aus Pommern und habe Angehörige in der sogenannten DDR", „Ich war in der Ostzone, und da hatten wir 'ne Begegnung ..."), all diesen Mitgliedern von CDU und NPD stand der Sinn nun gar nicht nach Frieden und Entspannung – mit unverhülltem Haß und arrogantem Gespött zogen sie über unseren guten Konsul Smirnow her.

Doch – was ein guter Revisionist ist, wird um das rechte Wort nie verlegen sein: „Es ist sehr schwer, zu einem Auditorium mit vorgefaßter Meinung zu sprechen, ich verstehe ihre Gefühle aber sehr gut!" (!!!)

Zunehmend von Forderungen wie „Abschaffung der Mauer" oder „Freie Wahlen in der DDR" bombardiert, rettete er sich mit einem astreinen Salto-Mortale (die JU'ler und Jungfaschisten lachten sich ins Fäustchen): „Warum regelt das nicht DDR und BRD, was hat damit die UdSSR zu tun?"

Bemerkenswerte Kapriolen unternahm Smirnow auch nach dem bekannten Geplärre über „Erziehung zu Hass und Klassenkampf" in der „Nationalen Volksarmee": „Erziehung gegen Klassenfeind? Aus welchem Buch stammt das? Wann erschien das? 1972? Na ja ... Erziehung zum Hass ist unmöglich, Erziehung zum Klassenkampf, ideologischer Kampf auf friedlichem Wege, das ist möglich, vielleicht."

Während wir das Fernbleiben der Revisionisten erwartet hatten, waren wir doch ernsthaft erstaunt, daß die hiesigen Mitglieder der „KPD" nicht erschienen waren. Hatten sie doch die seltene Gelegenheit verpaßt, die anwesenden „Patriotischen Kräfte des Kleinbürgertums und patriotischen Teile der Bourgeoisie", „die gegen die Unterwerfung der DDR unter dem Sozialimperialismus aufbegehren", „unter die Fahne der nationalen Einheit" zusammenzuschließen. („Rote Fahne", 16.4.).

Aber die JU plant noch mehr Veranstaltungen dieser Art ... ●

KB/Gruppe Lüneburg

Offener Brief

An die
Föderation Iranischer Studenten/FIS
69 Heidelberg
Postfach 103043

Genossen,

Ihr habt uns zu gemeinsamen Aktivitäten zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Oman eingeladen.

Euer Aufruf ist mitunterzeichnet von „KPD" und „KPD/ML", also von Gruppen, die erklärtermaßen die Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus unterstützen und die mehr oder weniger ausdrücklich eine „Einheitsfront" mit faschistischen Gruppen anstreben. Die in Eurem Aufruf enthaltenen Hinweise auf das „Ringen der Supermächte" und die „Hegemoniebestrebungen" der Sowjetunion am Persischen Golf verstärken den Eindruck, daß die geplanten Aktivitäten zu Oman sich auf dieser Linie bewegen sollen.

Wir haben uns mit dieser Linie des „Sozial"chauvinismus und der „Vaterlandsverteidigung" umfassend auseinandergesetzt und verweisen hier anstelle längerer Ausführungen auf die entsprechenden Artikel in unserer Zeitung ARBEITERKAMPF. Wir sind der Meinung, daß diese Linie, die auf die Unterstützung der imperialistischen Bourgeoisien der „2. Welt" (insbesondere Westeuropas) hinausläuft, auch den Interessen der um ihre Befreiung kämpfenden Völker der „3. Welt" zuwiderläuft und kein Verbündeter für sie sein kann.

Wir begrüßen es, daß in Eurem Aufruf die Unterstützung des BRD-Imperialismus für das Schah-Regime und andere konterrevolutionäre Kräfte am Persischen Golf angeprangert wird. Wir möchten jedoch in diesem Zusammenhang Eure Aufmerksamkeit auf die Ausführungen des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Li Hsiän-niän anläßlich seines Besuchs im Iran lenken (siehe „Peking Rundschau", 15/75). Er sagte u.a.: **„Heute hält das iranische Volk unter der Führung Seiner Majestät des Schah an der Verteidigung der staatlichen Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit fest ... In internationalen Angelegenheiten ist der Iran eifrig bemüht, seine Einheit und Zusammenarbeit mit den Ländern der dritten Welt zu verstärken, setzt sich entschieden der Machtpolitik und dem Expansionismus der Großmächte entgegen, er hat somit nützliche (!!) Beiträge zum antiimperialistischen, antikolonialistischen und antihegemonistischen Kampf der Völker der Welt geleistet".**

– Demnach wäre es nur konsequent, wenn man die Unterstützung des BRD-Imperialismus für das Schah-Regime als wertvollen Beitrag für dessen „nützliche" Bestrebungen begrüßen würde, d.h. als einen Ausdruck der sogenannten „Einheitsfront der Völker der 2. und 3. Welt gegen die beiden Supermächte". Das wäre die logische Konsequenz des Weges, den Ihr offenbar im Bündnis mit pro-imperialistischen Gruppen wie „KPD" und „KPD/ML" einschlagen wollt.

Zu einer Auseinandersetzung mit Euch über diese Fragen sind wir gerne bereit; Aktivitäten auf der Linie der „Sozial"chauvinisten und „Vaterlandsverteidiger" werden wir jedoch auf keinen Fall unterstützen. ●

Mit kommunistischem Gruß
LG des Kommunistischen Bundes

Lüneburg:

Gute Luft für braune Banden

Während sich die bürgerlichen Politiker mit Betretenheit, „Trauer", ja sogar „Scham" daran erinnern, daß vor 30 Jahren ihr faschistischer Terrorapparat ausgewechselt werden mußte, nutzten auch in Lüneburg die Faschisten die Gelegenheit zur offenen Machtdemonstration.

Als Auftakt ihrer Zusammenrottung (fünf Tage vor dem antifaschistischen Jahrestag) zogen zehn Faschisten mit riesigen Deutschlandfahnen und NPD-Plaketten durch die überfüllte Innenstadt. Aufmarsch und anschließende Kundgebung erinnerten spontan an die Bilder von alten SS-Zusammenrottungen: zwei Lautsprecherwagen, das VW-Dach als Rednertribüne, um den Wagen herum in militanter Pose 12 fahnenschwingende Jungfaschisten geschart.

Im Schutze dieser Banditen (ca. 23 waren aus Lüneburg und Umgebung, u. a. Celle, erschienen) konnten drei Redner mit demagogischem Pathos ihren braunen Dreck verbreiten, wenn auch die Sprechchöre der schnell versammelten Antifaschisten sowie einige gut gezielte Eier ihr Ziel nicht verfehlten. (Von den sonst so liberalen KBW'lern hörten wir die erste parteiliche Stellungnahme erst im Anschluß an die Faschistenprovokation: die Eierwürfe seien sehr schädlich gewesen ...)

Nach der Devise „eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus" ließen die Lüneburger Bullen auch diese Gelegenheit nicht aus, um ihre unverhohlene Kumpanei mit der braunen Brut zu demonstrieren: Erst nach freundlicher Begrüßung der Faschisten und nachdem sie sich von ihnen beraten ließen, wer aus den Reihen der Antifaschisten herauszuprügeln sei, gingen sie auf die versammelten Antifaschisten los und zerrten einen Genossen heraus.

Schon einige Male hatten die Lüneburger Bullen und unter ihnen ein besonders faschistoider brutaler Kern, der regelmäßig dabei ist, ihren Klassencharakter bewiesen:

- Als Mitte November NPD-Schläger auf Jugendliche einschlugen, die gegen eine NPD-Veranstaltung in der hiesigen Volkshochschule (!) protestierten, setzte die herbeigerufene Polizei, anstatt die angegriffenen Jugendlichen zu verteidigen, das Werk der Faschisten auf „ihre" Art und Weise fort: nach wilder Verfolgungsjagd durch die ganze Innenstadt gelang es ihr, sieben der Antifaschisten festzunehmen. Diese wurden auf der Wache stundenlang festgehalten, übel beschimpft und mißhandelt (u. a. wurde ein 14-jähriger Schüler mehrfach mit dem Kopf gegen einen Schrank gestoßen, einigen schlug man mit der Faust ins Gesicht) und später sogar erkennungsdienstlich wie Kriminelle behandelt!
- Als am folgenden Tag die enge Zusammenarbeit von Faschisten und Polizei per Flugblatt gebrandmarkt wurde, rückten in bester Gestapo-Manier zivile und uniformierte Bullen an und stürzten sich, ohne ein Wort zu verlieren, auf die Flugblattverteiler und zerrten sie trotz aller Proteste (es war Hauptgeschäftszeit) in ihre Mannschaftswagen.
- Massive Schützenhilfe leistete die Klassenjustiz: ein Passant, der einen Bullen nach dem Grund dieses Gestapo-Einsatzes fragte, und dabei den Arm dieses Bullen festhielt (ein Junge konnte daraufhin abhauen) wurde unter dem Vorwurf der „Gefangenenbefreiung" (!) zu DM 300,– verknackt.
- Ende April wurde eine Kundgebung gegen den Faschisten (!) Thieu von ca. 20 Bullen brutal auseinandergeknüppelt, (ein Bullenknüppel ging dabei zu Bruch!). Zwei Jugendliche wurden verhaftet, mit hemmungsloser Aggressivität zerstörten bzw. beschlagnahmten die verhetzten Bullen Transparente, Fahnen und Stellwände. Protestierende Passanten wurden massiv bedroht und eingeschüchtert.

Die immer offenere Kumpanei der bewaffneten Staatsgewalt mit den Faschisten (sei es Thieu oder die NPD), die ständig zunehmende Brutalisierung der Polizeieinsätze gegen Linke, die immer massivere Einschüchterung von Augenzeugen der Polizeiüberfälle durch Bullen und Klassenjustiz, sowie parallel dazu die immer schlimmeren Lügen und Hetztiraden der bürgerlichen Massenmedien, wie der CDU-orientierten „Lüneburger Landeszeitung" signalisieren nur allzu deutlich, wohin die Reise nach Vorstellungen dieser Herrschaften gehen soll.

Daß in einer Beamtenstadt wie Lüneburg, die zudem mit vier großen Kasernen „Garnisonsstädtchen" ist und nach 1945 als Auffanglager für die Flüchtlingsströme diente, der Nährboden für die faschistische und revanchistische Saat besonders fruchtbar ist, liegt auf der Hand. So betreibt hier die faschistische Vereinigung „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" aktiv ihre Wühlarbeit (siehe AK 57); Ostpreußen-Museen, „Baltische" Häuser und große Plakate wie „Lüneburg grüßt die ehem. Thorner" zeigen die enge Verbindung zu revanchistischen Landesverbänden.

Wir werden die offenen und verdeckten Aktivitäten der Faschisten, die bei diesem Klima zunehmen werden, zukünftig verstärkt beobachten und in unserer Agitation und Propaganda entlarven! •

KB/Gruppe Lüneburg

„Neue GeStaPo": Die „Reformen" überstürzen sich

Die Lorenz-Entführung, die Stockholmer Botschaftsbesetzung und der bevorstehende Beginn des „RAF"-Prozesses am 21.5.75 dienen der Bourgeoisie dazu, unter Beschwörung der „Solidarität aller Demokraten" den Ausbau ihrer neuen GeStaPo zu beschleunigen.

Dem **Bundeskriminalamt** wurde durch Beschluß der Ständigen Innenministerkonferenz vom 11.4. faktisch die Weisungsbefugnis im „Kampf gegen den Terrorismus" bestätigt. Zusätzlich zu den bestehenden Abteilungen „Sicherungsgruppe Bonn" und „Staatsschutz" wird das BKA eine **Abteilung „T"** („Terrorismus") erhalten, die von einem Vizepräsidenten des BKA geleitet werden soll. Künftig soll außerdem von jedem Blatt regionaler Ermittlungsakten eine Zweitschrift ans BKA geschickt werden, um ein **„Zentralarchiv über den Anarchismus und seine vielfältigen Verästelungen"** aufzubauen. Gleichzeitig sollen die schon im „Programm der Inneren Sicherheit" 1972 geforderten **„Lagezentren" an den Landeskriminalämtern** beschleunigt aufgestockt werden.

Zur Fütterung der Zentral-Computer brauchen BKA und LKAs mehr Spitzel: *„Um etwa eine verdächtige Person konsequent beobachten zu können, bedarf es eines Dutzend Spezialisten ..."* („FR", 15.2.). Der Präsident des württembergischen LKA, Bruno Bux, trat dementsprechend in einem Vortrag im Polizeiinstitut Hiltrup bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Polizei und VS für eine *„gewisse Lockerung des Legalitätsprinzips"* ein, um die ca. 2.000 Sympathisanten „in den Griff" zu bekommen. Er läßt außerdem neue Fahndungsmethoden erproben: Im „Ringalarm" sollen in einem komputergesteuerten Verbundsystem alle Polizeieinheiten zusammen mit den MEKs, Hubschraubern usw. an vorprogrammierten Kontrollstellen eingesetzt werden. Über diese allgemeine Streu-Fahndung hinaus wird eine „Zielfahndung" eingeführt, d.h. *„jeweils vier Beamte, das klingt wie ein Modell von ‚Jerry Cotton', spüren, mit allen Kompetenzen ausgestattet, nach einem ... Terroristen ..."* („FR", 12.5.75), also eine gezielte Hetzjagd!

Für die beabsichtigte Ausweitung von BKA/LKA soll das 2.200 Personen umfassende feste Personal des BKA zunächst um ca. 200, später um weitere 600 auf 3.000 erhöht werden. In offenem Hohn auf die allgemeine „Spar"politik auf für die Bevölkerung lebenswichtigen Gebieten wie Gesundheitsfürsorge, Ausbildung etc. wird der 135 Mio. umfassende Etat 1975 um 3,6 und 1976 um 7,2 Mio. erhöht.

heitsfürsorge, Ausbildung etc. wird der 135 Mio. umfassende Etat 1975 um 3,6 und 1976 um 7,2 Mio. erhöht.

Demnächst soll ein Gesetz folgen, das dem BKA umfassende Kompetenzen für die Verfolgung von „kriminellen Vereinigungen" schlechthin einräumen soll.

Die ebenfalls im „Programm ..." 1972 geforderte **„Euro-Pol"** soll zügig verwirklicht werden. In Stockholm war der Hamburger MEK-Chef, Kruschka, bereits mit von der Partie. Laut „Bild" (28.4.) hatte sich kurz vor der Explosion **„ein Trupp von deutschen Beamten in kugelsicheren Westen zur Treppe im 3. Stock des Gebäudes vorgearbeitet"**. Die Diskussion wird über obskure Gruppen angeheizt wie z.B. die aus einer Münchner „Bürgerinitiative" hervorgegangene „Kommission für Polizeireform": Sie bezichtigt Schwedens Polizei der „Begünstigung der Anarchisten"!

Der rheinland-pfälzische Innenminister H. Schwarz (CDU) schlug die Bildung eines **„europäischen Kriminalamts"** im Zuge des „Vereinten Europa" vor. Es müsse *„gegenüber nationalen Polizeien in einem gewissen Umfang weisungsberechtigt sein"*. Wenn man berücksichtigt, daß das BKA Wiesbaden schon jetzt als „Mekka der Polizei" in Europa betrachtet wird, dann wird der Führungsanspruch des BRD-Imperialismus auch auf diesem Gebiet deutlich. Vorerst hat der Interpol-Generalsekretär Nepote die „Baader-Meinhof-Leute" zu „unpolitischen Kriminellen" erklärt. Damit sind sie nach den Statuten von Interpol jagbar. Desweiteren rühmt BKA-Präsident Herold die „direkten Kontakte", die „unbürokratische" Hilfe usw. zwischen den Polizeien Westeuropas. Darüberhinaus: *„Eine europäische Konferenz der Innenminister – wie sie bereits vor zwei Jahren angekündigt wurde – ist nicht vergessen. Wie Bundesinnenminister Professor Maihofer anläßlich der Innenministerkonferenz am 11. April in Bonn bekanntgab, hat er in dieser Sache bereits Gespräche mit seinen französischen Amtskollegen gehabt. Eine deutsch-französische Kommission ist mit der Festlegung von Themen beschäftigt. Diskutiert wird zur Zeit die Frage, ob eine solche Konferenz auf den EG-Bereich beschränkt bleiben oder auf alle westeuropäischen Länder ausgedehnt werden soll"* („Deutsche Polizei", Organ der Polizeigewerkschaft GdP, 5.75).

Der 1.600 Mann umfassende offizielle Personalbestand (außer Spitzeln usw.) des **Bundesverfassungsschutz** soll ebenfalls aufgestockt werden. Das Budget 1976 soll um 2,0 Mio. Mark erhöht werden. Parallel zum Aufbau der „Zentralarchive" am BKA läßt die Bourgeoisie unter Leitung von Manfred Schüler, Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Koordinator der Geheimdienste, die Archive der drei Dienste (VS, MAD, BND) auf eine gemeinsame „Komputersprache" und ein gemeinsames Karteisystem umschreiben. Das Komputersystem selbst ist bereits fertig installiert. *„In der nunmehr teilweise schon erreichten Endstufe ermöglicht das vom Bundesamt für Verfassungsschutz zentral gesteuerte ‚Nadis'-System auf elektronischer Basis einen sofortigen und unmittelbaren Austausch von Informationen zwischen allen Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder. Ein Rund-um-die-Uhr-Betrieb gewährleistet den jederzeitigen Abruf aller benötigten Auskünfte"* („FAZ", 7.3.75).

Mit dem Neubau einer „Verfassungsschutzschule" im rheinischen Raum ist schon begonnen worden. *„Die Finanzierung des Neubaus und der Ersteinrichtung geht, darüber ist schon verbindliches Einvernehmen erzielt worden, zu Lasten des Bundes.*

der Ersteinrichtung geht, darüber ist schon verbindliches Einvernehmen erzielt worden, zu Lasten des Bundes.

Die laufenden Kosten hingegen sollen zwischen den Vertragspartnern Bund und Länder aufgeteilt werden" („FAZ", 7.3.75). Der unverfrorenste Vorstoß der Geheimpolizei ist die Aufnahme einer Dozentur an der Gießener Justus-Liebig-Universität durch H. J. Schwagerl, Regierungsdirektor und Leiter der Abteilung „Informativer Verfassungsschutz". Seine geplante Vorlesung „Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie" wurde allerdings von den Studenten boykottiert!

Auch die Sonderkommandos des **Bundesgrenzschutz** werden personell verstärkt. Die GSG 9 sowie die Gruppen für „Personal- und Objektschutz" sollen um 350 Mann aufgestockt werden.

Über die Aufrüstung des Exekutiv- und Geheimdienst-Apparats hinaus sind eine Reihe von Maßnahmen z.T. geplant, z.T. schon beschlossen, die eine reibungslosere **Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Staatsanwaltschaften** ermöglichen sollen.

So soll die Einführung eines sog. „Kronzeugen" die Arbeit der V-Leute und agents provokateurs absichern und „Beweise" für die BM-Prozesse schaffen (siehe Artikel in diesem AK).

So legalisierte das Bundeskabinett am 14.5. die in der Praxis schon seit langem übliche Überwachung von Rechtsanwälten politischer Gefangener und schließlich den Ausschluß der Verteidiger vom Prozeß (Artikel dazu in diesem AK).

Der Ausbau der „neuen GeStaPo" wird von einem penetranten propagandistischen Getöse begleitet. Nach der Lorenz-Entführung wurde das „Versagen der Sicherheitskräfte" beschworen (*„Fahndung wie im Mittelalter"*; „Bild", 29.3.). Der „Spiegel" bemängelte das Fehlen „übergreifender Konzepte". Bundespräsident Scheel räsonierte: **„Es geht um den Bestand des Staates"**.

Bundeskanzler Schmidt propagierte die beschleunigte innere Aufrüstung als angebliche bittere Reaktion auf eine unausweichliche Notwendigkeit: *„Ich meine, daß wir eine bundeseinheitliche, zentral geleitete Kriminalpolizei wenigstens für bestimmte Verbrechen zusätzlich zu den Kriminalpolizeien der Länder brauchen. Ich gebe zu: Ich habe mich zu dieser Meinung erst mühsam durchringen müssen. Andere brauchen dazu noch ein bißchen länger. Ich meine, daß wir zur Bekämpfung bestimmter konspirativer, auf dem Wege der Geheimbündelei vorbereiteter Verbrechen wie Entführung mit politischer Nötigung oder Drohung mit politischer Nötigung eine stärkere Vereinheitlichung und zentrale Leitung brauchen. Das bedeutet, daß man auch über die entsprechende Stelle des Grundgesetzes nachdenken muß (!!)"* („Hamburger Morgenpost", 1.5.75).

Diesen Äußerungen Schmidts folgte ein von der Presse breitgewalztes parlamentarisches Spektakel über Für und Wider einer Bundespolizei ...

Tatsache ist jedoch:

- daß die Bundesregierung bereits am 2.8.1972 mit dem „31. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes" vom Parlament die Ermächtigung für *„die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Sachen des VS"* und für *„die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes und die Internationale Verbrechensbekämpfung"* erhielt;
- daß die Bundesregierung am 23.1.75 durch Organisationserlaß die Einrichtung des „Ständigen Ausschusses für die Nachrichtendienste" im Bundeskanzleramt unter dem „Koordinator" Staatssekretär Schüler verfügte. Damit war die Zentralisierung des neuen GeStaPo-Apparates faktisch

ordinator" Staatssekretär Schüler verfügte. Damit war die Zentralisierung des neuen GeStaPo-Apparates faktisch

vollzogen und die Aufgabe gestellt, nunmehr „das Instrumentarium der Inneren Sicherheit funktionsfähig zu machen".

Das propagandistische Trommelfeuer um den weiteren Ausbau des Staatsapparats soll offenbar vor allem den „Kampf gegen den Terrorismus" nunmehr **„in eine neue Phase"** (Maihofer) überführen. Worauf die „neue Phase" gerichtet ist, verrät Justiz-Minister Vogel: Er *„wies darauf hin, daß es sich bei diesen neuen Terroristen zum Teil ersichtlich um Leute handele, die ihre terroristische Tätigkeit mit bürgerlichen Berufen zu verbinden wüßten"* („FR", 14.5.). Die Bourgeoisie will die von ihr inszenierten Schauprozesse gegen die RAF nutzen, um von der Anarchistenverfolgung offen zu Massenverfolgung der linken Opposition überzugehen. •

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Göttingen

Göttingen

Zwei Provokations-Veranstaltungen der Reaktion

Gleich zweimal innerhalb kürzester Zeit trat die CDU und ihr RCDS-Ableger in Göttingen mit extrem antikommunistischen und teilweise faschistischen Veranstaltungen hervor.

Am 28.4. mit MdB Klein von der CDU fand im „Groner Hof" eine Veranstaltung zum Thema „Freiheit in Gefahr – der Weltkommunismus auf dem Vormarsch" statt. Zwei Tage später veranstaltete die RCDS-Fachschaft Jura eine Podiumsdiskussion mit dem Thema: „Brauchen wir das Bundesverfassungsgericht überhaupt".

Beide Veranstaltungen waren auch so angelegt, sich gegen eventuell linke „Störer" als „Opfer kommunistischer Aggressivität" darstellen zu können.

Ein Faschist packt aus

Auf der besagten CDU-Veranstaltung hetzte CDU-MdB Klein im Stile der laufenden Presse-Kampagne gegen den Sieg der indochinesischen Völker, gegen die „Rote Flut" und „die weltweite kommunistische Aggression". Er forderte mehr Verteidigung bis hin zu Atomwaffen.

Darüber hinaus wurde die Wiederherstellung des „Friedens im Innern" für eine vorrangige Aufgabe erklärt und bereits auf einen neuen Faschismus vorbereitet: „Der Friede in unserem Land" sei zwar noch (!) nicht so weit gefährdet, „daß gegen jede (!) Opposition vorgegangen werden müsse", aber man könne bereits „einen tödlichen Verfall der Moral", „eine langsame Auflösung des Staates als Friedensgemeinschaft" (!) und bis weit in die SPD hinein (!) eine „Gesinnung des Bürgerkrieges" feststellen.

Kaum hatte Klein seine braunen Hetztiraden unter lautstarken Protesten fortschrittlicher Zuhörer abgelassen, als auch schon die Veranstaltung abgebrochen wurde und in der Lokalpresse die Lügen vom „Terror der Roten" ausgekübelt wurden. Auch Klein kam hier wieder, „als Verteidiger der Demokratie" zu Wort, der in einem Leserbrief im „Göttinger Tageblatt" erklärte, das Verbot der Kommunisten sei *„hoch an der Zeit"*.

Eine weitere Provokation

Einen Tag vor dem 1. Mai veranstaltete die RCDS-Fachschaft Jura, die ja angeblich gegen das „politische Mandat" kämpft, eine Podiumsdiskussion für das reaktionäre Bundesverfassungsgericht. Die illustre Besetzung des Podiums bestand aus dem „Rechtsexperten" der SPD, Arndt, einem Journalisten der „Zeit", Innenminister Gross (FDP), der für die brutalen Polizeieinsätze in Hannover bei den Fahrpreisdemonstrationen verantwortlich zeichnet, Prof. Starke vom „Bund Freiheit der Wissenschaft" und nicht zuletzt wieder der Faschist Klein, der auch Prof. ist.

Alle Vorlesungen an der Jura-Fakultät waren für dieses reaktionäre Spektakel abgeblasen worden, die „Göttinger Tagespresse" gab das Gerücht aus, der RCDS habe Platzkarten ausgegeben.

KAG, KSV, KSB (die Studentenorganisationen von „KPD" und KBW) und die mit dem KB befreundete Studentenorganisation IK/KHB riefen in einem gemeinsamen Flugblatt an der Uni dazu auf, *„aus einem ideologischen und politischen Lehrstück der Bourgeoisie ein Lehrstück gegen die ideologische und politische Ausrichtung durch die Bourgeoisie"* zu machen.

Insgesamt waren 1.500 Studenten, rechte und linke, mobilisiert worden.

Doch nur ein kleiner Teil der Linken war überhaupt bereit, die Provokationsveranstaltung gebührend zu beantworten. Die Podiumsdiskussion konnte ziemlich unbehelligt durchgezogen und Beiträge von Linken abgeblockt werden. Trotz Sprechchören, vereinzelter Redebeiträge über Megaphone und trotz Abstimmungen für freie Diskussion konnten die Reaktionäre auf der Bühne ihr Programm weiter durchziehen.

Erst als ein Gerangel, das nur von wenigen getragen wurde, auf der Bühne entstand, rissen die Reaktionäre auf der Bühne die Lautsprecherkabel selbst kaputt (was allerdings für die Mehrheit der Anwesenden nicht sichtbar war) und zogen mit einem großen Teil der Anwesenden aus. In der Hetzkampagne zogen RCDS, Rundfunk und Presse vereint gegen den „Meinungsterror" und „den Fanatismus der Linken" (aus RCDS-Flugblatt) zu Felde.

Die Jusos, die bislang nur zugeguckt hatten, stimmten mit in den Chor ein: „der KSV hat Schlägereien provoziert", doch auch der KBW/KSB blieb von diesen Positionen nicht allzu weit entfernt: Hatte er schon vorher lieber mit den Reaktionären diskutieren wollen, so warf er hinterher dem KSV „Verhinderung der Diskussion" vor; die Studenten „hätten schließlich Argumente" (war früher mal ein RCDS-Motto gegen den SDS), zu guter letzt distanzierten sich der KBW Ortssekretär im Kapitalisten-Anzeiger „spot" von den Linken, die gegen die vorherige Klein-Hetze auf der CDU-Veranstaltung protestiert hatten. •

KAG Göttingen

Braune Schmierereien!

Ermuntert durch die laufenden rechten Provokationen wurden am 1. Mai die Schaufenster des „Buchladens Rote Straße" mit den Worten „Scheiße" und „Linke Schweine raus" besprüht. Ebenso hatten die braunen Schmierfinken die Wände der Pädagogischen Hochschule mit Sprüchen wie „Vietnam – Heuchelei der Linken" und „Linke raus" beschmiert.

Vor gar nicht langer Zeit war schon einmal ein Brandanschlag auf den linken Buchladen „polibula" in Göttingen verübt worden. Auch diese Anzeichen faschistischen Terrors sind keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen.

Weitere Parteisäuberungen in der SPD

Die verschärften Disziplinarmaßnahmen der SPD-Führung gegen die „Linken" in der Partei – insbesondere gegen die Jusos – werden fortgeführt. Vor allem vor dem Juso-Bundeskongreß im Februar 1975 setzte die Ausschluß- und Disziplinarwelle ein. Auf dem Kongreß selber drohten die Strasser/Zeul-Vorstandsmitglieder den Linken mit offener Abspaltung und vollzogen einen weiteren Schritt zur Anbiederung an die SPD-Parteiführung. Ihnen blüht dabei dieselbe Karriere, die vor ihnen schon solche Juso-Führer machten wie Karsten Voigt (heute im Bundesvorstand), Norbert Gansel (heute Polit-Clown im Bundestag) und Wolfgang Roth (heute im Bundesvorstand) – gegen den die Hamburger SPD-Führung übrigens 1971 wegen „Zusammenarbeit mit Kommunisten" erfolglos ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet hatte.

Unter der Überschrift: *„Es geht um die Existenz des Jungsozialistenverbandes!"* warnt nun Heidemarie Wieczorek-Zeul die im „Münsteraner Kreis" zusammengefaßten Stamokap-Jusos, endlich von ihren Theorien abzurücken, da sonst die *„offene Spaltung"* drohe (sprich: Ausschluß der „Linken" aus der Partei) (nach: Juso-Informationsdienst).

Ganz offensichtlich planen die SPD-Führer und die ihnen treu ergebene Juso-Führung, die weitere stramme antikommunistische Ausrichtung der Partei durch eine Säuberung auf dem „linken" Flügel zu forcieren. Im folgenden einige Beispiele für die Ausschluß- und Disziplinierungspraxis der SPD in den letzten Monaten:

Dezember 1974:

- der frühere Vizepräsident der West-Berliner „Freien Universität", Professor Uwe Wesel wird wegen eines Artikels im Berliner „Extra-Dienst" ausgeschlossen;

Februar 1975:

- der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Dr. Richard Bünnemann wird wegen „Zusammenarbeit mit (DKP-)Kommunisten" im Komitee „Weg mit den Berufsverboten" ausgeschlossen;

nach dem Juso-Kongreß:

März 1975:

- Der Vorsitzende des Juso-Unterbezirks Dortmund, Harald Hudy, wird ausgeschlossen, da er in einem Artikel der DKP-nahen „Blätter für deutsche und internationale Politik" die antikommunistische Haltung der SPD-Führung kritisierte;
- aus dem gleichen Grund wird der Mitverfasser des Artikels, der Dortmunder Juso Christoph Butterwegge, ausgeschlossen;
- der Münchener Juso und SPD-Stadtrat Siegmar Geiselberger kommt einem Parteiausschluß wegen seiner Forderung nach „Enteignung von Grund und Boden" durch den Parteiaustritt zuvor;
- auf Veranlassung von Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Kubel wird der Politologe, SPD-Mitglied und Gutachter des SPD-Langzeitprogramms, Narr, nicht an die juristische Fakultät der Universität Hannover berufen, da er den „technisch perfektionierten Ausbau des Gewaltapparats" kritisierte und ein Flugblatt für die „Freiheit für politische Gefangene" unterschrieben hat;

April 1975:

- gegen mehrere Jusos in Hannover (die Zahl ist uns leider nicht bekannt) ist ein Parteiausschlußverfahren unter anderem von dem „linken" SPD-Vorstandsmitglied von Oertzen eingeleitet worden, da sie sich an der „Aktion roter Punkt" beteiligten. *„Es sei ein Verstoß gegen die Grundsätze der Partei, wenn in einem Flugblatt offiziell dazu aufgefordert werde, sich an der Demonstration der Aktion ‚Roter Punkt' zu beteiligen. Außerdem werde in tendenziöser Weise gegen die Polizei Stellung bezogen (!!!)"* („FAZ", 16.4.) lautet die Begründung;

Mai 1975:

- Sieben Jusos in Ratingen wurden ausgeschlossen, da sie im nordrhein-westfälischen Wahlkampf Wahlvorschläge der DKP unterschrieben haben. Ein achter wird zu drei Jahren „Ruhen der Mitgliedschaft" verdonnert;
- das SPD-Mitglied Dr. Heinz Düx erhält vom SPD-Parteivorstand Redeverbot für eine Veranstaltung der DKP-nahen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus. Düx wurden „Disziplinarmaßnahmen" angedroht. ●

KB/Gruppe Bremen

2 Hamburg 13 Rutschbahn 35

FDP, Hamburg:

Presseerklärung

Auf der am 3.5.75 in der Landesgeschäftsstelle der F.D.P. stattfinden- Landesvollversammlung der Jungdemokraten Hamburg wird Peter Hopfe, Mitglied des erst im Februar 1975 neugewählten Vertretungskollektivs, mit folgender Begründung seinen Rücktritt erklärren:

Hiermit erkläre ich, Peter Hopfe, Mitglied des Vertretungskollektivs der Jungdemokraten Hamburgs, zuständig für den Bereich Bündnisse, meinen Rücktritt aus dem Vertretungskollektiv. Begründung dafür ist die Majorisierung dieses Landesverbandes und der Aufbau eines Informationsmonopols durch eine Gruppe von karrierelüsternen, auf die F.D.P. fixierten Jungdemokraten, die die momentane knappe Mehrheit innerhalb des Verbandes zur Unterdrückung Andersdenkender und zur anhaltenden Behinderung der Arbeit von Minderheiten nutzen.

Dieser Stil der Bevorzugung Gleichgesinnter, der Ausdruck findet z.B. in der Gewährung materieller Vorteile (Einrichtung eines privaten Telefonanschlusses), der Weitergabe manipulativer, einseitiger Informationen und der Untergrabung bestehender Beschlußlagen verhindert eine solidarische Zusammenarbeit.

Ich gebe mein Amt als Mitglied des Vertretungskollektivs ab, weil ich die auf diesem Boden gefaßten Entscheidungen nicht mehr vor den Jungdemokraten oder anderen Verbänden mit vertreten kann. ●

Peter Hopfe,
2 Hamburg 19, Eichenstr. 29

Peter Hopfe,
2 Hamburg 19, Eichenstr. 29

Gewandt & Co. sind „nicht bestochen" . . .

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse gegen Ende April hat sich der „Bestechungsverdacht" gegen den CDU-Abgeordneten Gewandt „nicht erhärtet". Inzwischen hat die Koblenzer Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren ganz eingestellt!

Gewandt hatte der französischen Triebwerksfirma SNECMA über seine guten Verbindungen fette Aufträge verschafft – gegen bar, versteht sich. Mehrere Abgeordnete und Mitglieder von Ausschüssen des Bundestages waren beteiligt. Aber nicht nur die!

Als die Koblenzer Staatsanwaltschaft die Arbeitsräume von Gewandt am 4.12.74 nach belastendem Material durchsuchen wollte, war Gewandt bereits durch CDU-Fraktionsführer Carstens informiert. Ein Protokoll über das Gespräch ist auf Anordnung von Carstens noch rechtzeitig vor der Durchsuchung bei Gewandt vernichtet worden, inclusive Durchschlag, Kohlepapier und Farbband der Schreibmaschine (nach „Spiegel", 4/75) (Das ist „konspiratives Arbeiten" bürgerlicher Politiker!)

Carstens wiederum hatte seine Informationen direkt aus dem Mainzer Justizministerium; und schon vor Ruchbarwerden der ganzen „Affäre" soll Rheinland-Pfalz Ministerpräsident und Bundeskanzleramts-Anwärter CDU-Kohl über Verdachtsmomente gegen Gewandt geplaudert haben.

Zusammengenommen ergibt sich eine interessante Kette: Die Koblenzer Staatsanwaltschaft durchsucht Gewandt's Räume. Gewandt ist von Carstens gewarnt. Quelle: Das Mainzer Justizministerium. Und Rheinland-Pfalz Ministerpräsident Kohl weiß seit langem, daß etwas im Busch ist. Nun liegen Koblenz und Mainz in Rheinland-Pfalz, und der Landeschef ist CDU-Kohl !!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat das Einstellen des Ermittlungsverfahrens gegen Gewandt „begrüßt" und wartet pro forma noch Berichte ab, um dann Gewandt wieder in Ämter und Würden zu heben (er war Vorsitzender des „Diskussionskreises Mittelstand" der CDU). Dann kann er, im Sinne seiner Partei- und Geschäftsfreunde, ganz offiziell z. B. seine guten Kontakte zu Pinochet in Chile pflegen.

N a c h w e i s b a r – jedenfalls laut „Vorwärts" vom 20.2.75 – sind der CDU und einzelnen Bundestagsabgeordneten etwa 235.000 Mark über Gewandt durch die „Rüstungsgeschäfte" zugeflossen!

Aber diese Bestechung wird nicht geahndet – sie gehört eben zur Auftragsvergabe der Großkonzerne und zum parlamentarischen Alltag.

In seinem Buch ‚Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus" schrieb Lenin zum Charakter des Imperialismus: **„Politische Reaktion auf der g a n z e n Linie ist eine Eigenschaft des Imperialismus. Korruption, Bestechung im Riesenausmaß ...".** ●

Bezirkszelle St. Pauli des KB / Gruppe Hamburg

„4. Partei" auf Bundesebene in Vorbereitung

Am 8. Mai – ausgerechnet am 30. Jahrestag der Niederlage des Nazi-Faschismus – trafen sich Vertreter des „Bund Freies Deutschland" (BFD), der „Deutschen Sozialen Union" (DSU) und der „Deutschen Union" (DU) im Taunus, um die Gründung einer „4. Partei" im Sommer dieses Jahres auf Bundesebene vorzubereiten. Ziel dieses Zusammenschlusses in einer „Arbeitsgemeinschaft freies Deutschland", dem außerdem noch die FSU in Hamburg, die „Liberale Soziale Union" (LSU) in Niedersachsen und andere rechtsextreme Gruppen angehören sollen, ist eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen 1976.

Es ist wahrscheinlich, daß der BFD, der mit 3,4 % der Stimmen bei den Berliner Wahlen im Frühjahr einen „beachtlichen" (Strauß) Erfolg vorzuweisen hat, im wesentlichen das Programm des Zusammenschlusses bestimmen wird. Für die Bedeutung des BFD in diesem Zusammenschluß spricht auch, daß dieser nach einer längeren finanziellen Durststrecke nun offenbar wieder über größere Geldquellen verfügt: Anfang Mai trat er in Westberlin mit einer umfangreichen Anzeigenkampagne gegen den neuen Senat an die Öffentlichkeit.

Über die geplante „4. Partei", über die daran beteiligten Gruppen und Figuren, über die dahinter stehenden Interessen wollen wir im nächsten AK eingehender berichten. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

○ **Teil 2**
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage; Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der

Bücher und Broschüren

Anzahl

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau' aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM,6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat DM 8,–

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

⊗ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,–
Zur Zeit vergriffen – wird neu aufgelegt

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

Lieder des Hamburger Straßentheaters

○ Sie haben den Präsidenten....
17 cm DM 5,–

○ Wir führen den Kampf weltweit
17 cm DM 5,–

Kataloge

○ **„Das politische Lied"** DM -,5o
Platten-Katalog
Dieser Katalog stellt die wichtigsten im ARBEITERBUCH lieferbaren Schallplatten (jeweils mit kurzer Beschreibung) vor.

○ **Verlags-Katalog** kostenlos
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.
bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,40
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 16,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 10,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 20,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 8,–

(61)

Anschrift: ______________________

____

____

____

(Datum) (Unterschrift)

Julius Kardinal Döpfner Glaubensbekenntnis zur Reaktion und zum BRD-Imperialismus

Kürzlich hat Julius Kardinal Döpfner, Spitzenvertreter der katholischen Kirche, vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie einen Vortrag unter dem Titel *„Ethische Grundsätze einer Wirtschaftsführung aus der Sicht der katholischen Kirche"* gehalten. In diesem Referat fordert Döpfner u.a. *„regelmäßige Kontakte... zwischen Kirche und Wirtschaft, Kirche und Unternehmerschaft"*. Begründet wird diese Forderung an die Kapitalisten mit *„ideologischen Angriffen auf die soziale Marktwirtschaft"*, im Rahmen einer *„Gesamttendenz, die nicht nur die Unternehmerschaft, sondern auch die Kirche und die gesamte freiheitliche Gesellschaft bedroht"*.
Für Döpfner und damit für die katholische Kirche ist dies Grund genug, die Waffenbrüderschaft mit den Kapitalisten zu festigen.

Angesichts der größten Wirtschaftskrise der BRD nach dem 2. Weltkrieg mit einem Höchststand an Arbeitslosen, sprach Döpfner in wahrer christlicher Nächstenliebe den Kapitalisten für diese Leistung seinen Dank aus: *„Die unternehmerische Leistung muß in gebührender Weise anerkannt werden, was ja leider längst nicht überall geschieht."*

Andererseits verlor Döpfner in dem ganzen Referat nicht ein einziges Wort über die Lebenslage der Arbeiterklasse gerade heute. In seinen *„Ethischen Grundsätzen einer Wirtschaftsführung aus der Sicht der katholischen Kirche"* blieb eben für die Nöte der Arbeiterklasse kein Platz. Stattdessen wandte er sich umso mehr den „Nöten" der Kapitalisten zu. In exakter Kapitalistenlogik führte Döpfner aus: *„Man kann nicht eine gebremste industrielle Produktionssteigerung fordern und zugleich eine stabilitätskonforme Preisentwicklung bei ebenfalls steigenden Kostenbelastungen, z.B. Energie-, Personal-, Sozial- und Umweltkosten, Zinsen und öffentlichen Ausgaben."*

Damit sagte Döpfner, daß man die Kapitalisten wegen ihrer Preistreiberei nicht verurteilen darf, daß ihm die Sparpolitik bei öffentlichen Ausgaben und die Lohnraubabschlüsse der letzten Zeit noch viel zu milde sind. Mit dieser „christlichen Ethik" rannte Julius Kardinal vor den versammelten Kapitalisten offene Türen ein, da er ihnen das Wort für eine
sammelten Kapitalisten offene Türen ein, da er ihnen das Wort für eine
noch ungehemmtere Ausbeutung der Arbeiterklasse redete. Seiner Meinung nach hat selbstverständlich die Arbeiterklasse die Sanierung der Kapitalisten zu tragen.

Er kam so der Rede von Franz Josef Strauß in Sonthofen zumindest in diesen Punkten ziemlich nahe.

Jede liberale Tendenz wird bekämpft

In enger Verbundenheit mit den Kapitalisten bezog Döpfner dann Position gegen die *„Herausforderung"* durch einen *„Gegner, der sich anschickt, alle auf die Person des einzelnen bezogenen Freiheitsräume zugunsten sogenannter ‚gesellschaftlicher': sprich staatlicher, etatistischer Lösungen zu beseitigen, weil angeblich erst dadurch der Mensch wirklich frei wird"*.

Dagegen müßten Kirche und Kapitalisten gemeinsam kämpfen, da *„dieser ideologische Angriff ... die Kirche und unsere gesamte freiheitliche Gesellschaft bedroht"*. Damit wandte sich Döpfner nicht nur gegen jede Form von Sozialismus (*„gesellschaftliche Lösung"*), sondern bezeichnete schon das SPD/FDP-Reformgerede als „radikaldemokratischen Angriff". Sucht man nun nach derlei „Angriffen" insbesondere auf die katholische Kirche, stößt man bestenfalls auf den Versuch der Liberalisierung des § 218 oder des Ehegesetzes.

Bei beiden Reformversuchen handelte es sich um Minimalveränderungen. Die Gesetzesvorlage zur Änderung des § 218 enthielt weiterhin eine Reihe von Diskriminierungen für die Frauen. Das neue Ehegesetz sollte den Frauen lediglich das Recht einräumen, nach der Eheschließung den eigenen Namen weiterzuführen. Also bestimmt keine umwerfenden „Jahrhundertwerke".

Trotzdem gehen schon diese geringen Liberalisierungsversuche, obwohl sie ja allesamt im engen Zusammenspiel von Klerus, CDU/CSU, Bundesverfassungsgericht und anderer reaktionärer Kräfte vereitelt wurden, Döpfner zu weit. Das beweist nachdrücklich, daß es der katholischen Kirche einzig um die Aufrechterhaltung ihres reaktionären Einflusses auf die Menschen geht. Diesen sieht sie selbst bei geringen Liberalisierungsversuchen gefährdet und strebt daher politische Verhältnisse an, in denen z.B. schon das päpstliche Pillenverbot nicht mehr unterlaufen und aufgeweicht wird. Mit welchen Kräften die katholische Kirche sich in ihrer Politik verbündet, hat sich zuletzt anläßlich des Ehescheidungsreferendums in Italien gezeigt: Eine breite Front mit Faschisten, Rassisten und anderen Reaktionären, die allesamt der Frau die Gleichberechtigung absprechen.

Mitbestimmung – oder gemeinsames Gebet?

Was auf diesem Mist katholischer „Ethik" noch alles wächst, zeigte sich, als Döpfner sich über die von der Sozialdemokratie propagierte „Demokratisierung aller Lebensbereiche" ausließ. Zu den Universitäten sagte er: *„Die Erfolge sind dort, wie sie wissen, wo solche Art von Demokratisierung bereits zum Zuge gekommen ist, z.T. durchschlagend. Einige unserer Universitäten sind in Tollhäuser umfunktioniert worden"*. Zur Frage der Mitbestimmung führte Döpfner ein Zitat aus der Sozialenzyklika Papst Johannes XXIII „Mater et Magistra" von 1961 an: *„Wie schon unsere Vorgänger sind auch wir der Meinung, daß die Arbeiter mit Recht aktive Teilnahme am Leben (!) des sie beschäftigenden Unternehmens fordern. Wie diese Teilnahme näher bestimmt werden soll, ist wohl nicht ein für allemale auszumachen. Das ergibt sich vielmehr aus der konkreten Lage des einzelnen Unternehmens."*

Die Formulierung der „aktiven Teilnahme am Leben" weist deutlich in Richtung geselligem Beisam-

18.1.1934
Der Reichsbischof richtet das
18.1.1934
Der Reichsbischof richtet das
Christentum aus



„He der Mann da, das Kruzifix etwas weiter nach rechts!"

mensein – möglichst ein gemeinsames Gebet von Kapitalisten und Arbeitern. Weiter sagte Döpfner, daß die katholische Kirche zwar zur „Paritätischen Mitbestimmung" nicht direkt Stellung nehmen könne, aber die DGB-Mitbestimmungspläne lehne er ausdrücklich ab: *„Es gibt eine etwas präzisere Aussage Papst Pius XII vom Juni 1950, wo der Papst solche Mitbestimmungslösungen ablehnt, bei denen ein Unternehmen unter maßgeblichen Einfluß von – wie er sagt – anonymen Kräften gerät, die von außerhalb ihre Weisungen erhalten"*.

Da Döpfner selbstredend „Räteähnliche Lösungen" und „Basisdemokratie" ablehnt, geschweige denn eine selbständige Arbeiterbewegung im Auge hat, ist damit die gemeinsame Linie von CDU/CSU bis zu Faschisten hergestellt, die allesamt bei den Mitbestimmungsplänen des DGB von Funktionärsstaat, Gewerkschaftsstaat bzw. von Bonzenherrschaft sprechen. Auch in dieser Frage fand er zweifellos den ungeteilten Beifall der Kapitalisten. Zumal Döpfner stolz auf die katholische Arbeitnehmer-Bewegung verweisen konnte, die mit den Kapitalisten „von Christ zu Christ" spricht.

Spalten und verdummen wo man nur kann

Diese gelbe Bewegung schöpft ihre politischen Ansichten aus der katholischen Soziallehre. Dort wird z.B. eine „Forderung" erhoben, *„daß alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten in angemessener Weise am Wirtschaftsertrag profitieren müssen ... , ferner, daß alle, jeder an seinem Platz und gemäß seiner Funktion, aktiv an der Wirtschaftsgestaltung und am Leben des sie beschäftigenden Unternehmens beteiligt werden müssen"*. Dies kann man schon nicht mehr als „klassenversöhnlerisch" wie die sozialdemokratische „Partnerschaft" bezeichnen.

Parallelen findet man eher in der faschistischen „Betriebsgemeinschaft" der Nazis, die ebenfalls unter der Parole „Jeder an seinme Platz" paradisische Verhältnisse – für die Kapitalisten – geschaffen haben. Daß diese Zustände heute nicht bzw. noch nicht herrschen, klagte Döpfner die Kapitalisten an, da sie *„das bedeutsame Potential, das in der katholischen Soziallehre für eine Erhaltung und Weiterentwicklung der freiheitlichen Gesellschaft zu finden ist, offensichtlich nicht zu nutzen wissen oder es nicht nutzen wollen."*

Dieses Angebot Döpfners an die Kapitalisten-Verbände, gemeinsam mit ihnen intensiver als bisher gegen den Reformismus und fortschrittliche Menschen zu kämpfen, ist gleichzeitig ein Beitrag der Kirche zur beschleunigten Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

BRD-Imperialismus

BRD-Imperialismus aus Pfaffensicht

Daß dieser Pfaffe auch das ehrgeizige Machtstreben des BRD-Imperialismus begrüßte, kann kaum noch verwundern: *„Gerade in jüngster Zeit haben wir wieder alle erfahren, wie stark heute eine nationale Wirtschaft abhängig ist von der Weltwirtschaft. Sie wissen besser als ich, wie sehr sich Störungen (!) im Bereich der Weltwirtschaft auf das einzelne Unternehmen auswirken. Dies vor allem in einer Welt, die noch immer so voller Ungerechtigkeiten, Gegensätze und ungelöster Probleme ist ... Darum tragen Sie* (die Unternehmer, AK) *eine große Verantwortung für die Verwirklichung menschenwürdiger Verhältnisse in der gegenwärtigen und zukünftigen Welt. ... Die hier angedeuteten Aufgaben erhalten noch eine besondere Brisanz durch die Probleme ... einer möglichen Erschöpfung der Rohstoff- und Energiequellen ... Ich habe den Eindruck, daß das in Ihren Bereichen nicht immer in ausreichendem Maße geschieht."*

Döpfner forderte also die Kapitalisten regelrecht auf, endlich „Störungen" wie z.B. die angebliche Rohstoffkanppheit zu beseitigen. „Störfaktoren" sind aber selbständige Rohstoffländer. Wenn Döpfner deren Selbständigkeit zu beseitigen aufforderte, sprach er zweifellos ganz nach dem Herzen des aggressiven BRD-Imperialismus. Dieser saubere Christ kritisierte noch, daß die Imperialisten in dieser Hinsicht bisher zu wenig getan hätten! Julius Kardinal Döpfner scheint schon auf den Tag zu warten, an dem er Kanonen, Panzern usw. seinen priesterlichen Segen – wie eh gehabt – auf den Weg gibt. ●

Bezirksgruppe Eimsbüttel Süd
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg, 8. Mai:

2.500 feiern den Sieg über den Nazi-Faschismus vor 30 Jahren



Antifaschistische Veranstaltung der Hamburger KB-Gruppe am 8. Mai

Dem Aufruf des KB zum 30. Jahrestag der Niederschlagung des Nazi-Faschismus und der Beendigung des mörderischen 2. Weltkrieges folgten in Hamburg fast 3.000 Antifaschisten am 8. Mai. Das „Audi-Max" der Hamburger Uni war gerammelt voll, obwohl wir einige Schwierigkeiten zu überwinden hatten: Der revisionistisch geführte AStA sperrte uns – nach direkter Intervention des Hamburger SPD/FDP-Senats – den für den 9. Mai angemieteten Saal und vergab ihn stattdessen anderweitig. So mußten wir plötzlich – nur drei Tage vor dem geplanten Termin – unsere Veranstaltung vorverlegen auf den Feiertag („Himmelfahrt"), an dem zahlreiche Freunde und Kollegen gar nicht in Hamburg waren.

Dieser Sabotage-Versuch am antifaschistischen Kampf durch den Hamburger Senat und dem ihm weitgehend hörigen MSB/SHB-AStA mißlang dennoch: Die Veranstaltung wurde in jeder Hinsicht ein großartiger Erfolg im antifaschistischen Kampf. Dazu wesentlich beigetragen hatten auch unsere Gäste aus Italien: zwei führende Mitglieder der revolutionären italienischen Organisation Lotta Continua, darunter Franco Platania (Fiat-Arbeiter und Teilnehmer am bewaffneten Widerstandskampf in Italien gegen den Mussolini- und Nazi-Faschismus).

Genosse Franco Platania berichtete recht ausführlich vom antifaschistischen Kampf der italienischen Arbeiter gegen den Mussolini- und später den Nazi-Faschismus, der in Italien – sowohl in den Bergen, als auch in den großen Städten des Nordens – teilweise bewaffnet geführt wurde, sowie vom antifaschistischen Kampf nach dem Krieg bis heute und seinen Stellenwert im italienischen Klassenkampf.

Der große Chor des BDJ (Bund demokratischer Jugend), der Mit-Veranstalter war, sang Lieder des antifaschistischen Widerstandes aus Italien, Spanien, Deutschland, Lateinamerika und Griechenland. – Sowohl in den Reden der italienischen Genossen, als auch des KB und des BDJ wurde die aktuelle Bedeutung des Kampfes gegen die Faschisierung des Staates und seiner Institutionen, des Kampfes gegen faschistische Gruppen und Parteien, sowie des Kampfes gegen die erneute Kriegsgefahr herausgearbeitet. – Wir wollen hier nachstehend die Rede unserer Organisation abdrucken:

Kollegen, Freunde, Genossen!
Heute vor 30 Jahren – am 8. Mai 1945 – mußte der deutsche Faschismus seine bedingungslose Kapitulation unterzeichnen und damit zum zweiten Male in der Geschichte das Eingeständnis machen, bei dem wahnwitzigen Versuch gescheitert zu sein, die Völker der Welt seiner Terrorherrschaft und schrankenlosen Ausbeutung zu unterwerfen.

Über 50 Millionen Menschen allein in Europa mußten im 2. Weltkrieg ihr Leben lassen. 35 Millionen blieben kriegsversehrt. Allein die Völker der Sowjetunion, die die Hauptlast des antifaschistischen Krieges trugen, hatten 20 Millionen Tote zu beklagen. Mit sechs Millionen Toten zahlte das deutsche Volk für die wahnwitzigen Eroberungspläne Hitlers und des hinter ihm stehenden Großkapitals.

In vielen Ländern wird die Niederlage der faschistischen Bestien, die so unermeßliches Unheil und Leid über die Völker brachten, als ein Festtag gefeiert. Das gilt in Westeuropa vor allem für Länder wie Frankreich und Italien, deren Völker im bewaffneten Widerstandskampf einen aktiven Beitrag zur Niederlage des Faschismus leisteten. In der Bundesrepublik dagegen wird in Presse, Fernsehen und Regierungserklärungen dieser Tag eher mit peinlicher Betretenheit kommentiert.

Die Imperialisten, Faschisten und Reaktionäre aller Schattierungen erinnern sich des 8. Mai 1945 als eines Tage der „Niederlage", des „Zusammenbruchs", der „nationalen Katastrophe" usw.usf.

Als „Tag der Scham, Trauer (!) und Besinnung(?)" hat der CDU-Vorsitzende Kohl den 8. Mai gewertet. Der westdeutsche Bundespräsident Walter Scheel gedachte in seiner jüngsten Rede des 8. Mai „mit Schmerz" und er sagte wörtlich: „Nein, wir Deutschen haben heute keinen Anlaß zu feiern".

Die amtliche Haltung der westdeutschen Regierung dokumentiert das Auswärtige Amt in Bonn in einem Schreiben „an alle diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland", in dem es heißt: „Es besteht kein Anlaß (!), am 30. Jahrestag der Kapitulation (!!!) von der bisherigen Übung abzuweichen, die darin bestand, an Totenehrungen und religiösen Feiern teilzunehmen, Siegesfeiern (!) aus diesem Anlaß jedoch fernzubleiben".

Was Wunder, daß – aus Anlaß des 8. Mai 1945 – die revanchistischen Vertriebenenverbände bundesweite Treffen unter provokatorischen Losungen wie „30 Jahre Vertreibung" und Forderungen nach einem „Deutschland in den Grenzen von 1937" veranstalten – und daß sich die faschistischen „Traditionsverbände" wie die Waffen-SS (HIAG) erdreisten, regionale und bundesweite Zusammenrottungen für ihre verbrecherischen Ziele zu organisieren.

Kollegen, Freunde, Genossen!
Diejenigen, die heute – 30 Jahre nach Kriegsende! – immer noch von „Niederlage" reden und sich „besiegt" fühlen, zeigen nur, daß sie sich noch immer mit dem faschistischen System identifizieren, dessen Liquidierung am 8. Mai 1945 besiegelt wurde!

Dieselben Leute möchten die blutige Spur des deutschen Imperialismus verwischen, indem sie den Krieg als angeblich „schicksalhaftes" Ereignis hinstellen.

Der Bundespräsident selbst gibt dafür das beste Beispiel: Auf die von ihm selbst formulierten Fragen: „Warum geschah das alles? Warum diese furchbaren Opfer" antwortet er: „Hitler (!) wollte den Krieg, s e i n Leben hatte keinen anderen Zweck als den Krieg. E r verwandelte unser Land in eine riesige Kriegsmaschinerie ..." und schließlich: „Hitler wurde unser Schicksal, weil wir (!) ... die Freiheit, weil wir die Idee des Rechts nicht hoch genug achteten ..."

Verschwiegen werden soll so, daß es Herren wie Krupp, Thyssen, Flick, Siemens und Konsorten waren, die Hitler an die Macht brachten, um jeden Widerstand in der Bevölkerung zu zerschlagen und das Fundament für ihren imperialistischen Eroberungszug zu legen.

Gerade diese historischen Tatsachen sollen vernebelt werden, wenn die Repräsentanten des westdeutschen Staates des 8. Mai 1945 mit „Scham" und „Trauer" gedenken.

Sie tun dies, weil dieselben Monopolkapitalisten, die den Faschismus in Deutschland an die Macht brachten und dessen sämtliche Verbrechen an den Völkern der Welt und nicht zuletzt auch die Verbrechen am deutschen Volk zu verantworten haben, hier in der Bundesrepublik wiederum die Macht in Händen halten – weil dieselben Generäle, die schon an den Eroberungskriegen der Nazi-Armeen führend beteiligt waren, heute in führenden Funktionen der Bundeswehr sitzen und schließlich, weil zigtausende Politiker, Staatsbeamte und Journalisten, die schon zu Nazi-Zeit mehr oder weniger an der Unterdrückung und Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung beteiligt waren, heute wiederum „obenauf" sind.

Heute gehört der westdeutsche Imperialismus erneut zu den reaktionärsten Kräften der Welt, die den Frieden bedrohen und den Fortschritt der Menschheit auf's heftigste bekämpfen. Mit Hilfe der Alliierten und vor allem des US-Imperialismus konnten die deutschen Kapitalisten in den westlichen Besatzungszonen nach 1945 ihre Herrschaft wieder aufrichten.

Ihnen war die Rolle eines antikommunistischen Vorpostens in Europa und eines „Juniorpartners" des US-Imperialismus zugedacht.

Der US-Imperialismus trat nach dem Krieg weltweit die Nachfolge des Hitlerfaschismus als Hauptfeind der Menschheit an. Zur Absicherung seines weltweiten Herrschaftssystems hat er überall aggressive Militärbündnisse geschaffen, worunter als gefährlichster imperialistischer Pakt besonders die Nato zu nennen ist.

Selbst Springers „Welt" gibt zu, daß der US-Imperialismus allein rund 300, wie es heißt, „bedeutsame" (!) Militärstützpunkte in anderen Ländern unterhält. Dabei messen die US-Imperialisten dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten besondere Bedeutung zu.

Je mehr die Völker nach nationaler Unabhängigkeit, Freiheit und Sozialismus streben, desto gewaltigere militärische Anstrengungen unternimmt der US-Imperialismus, desto mehr verschärft er die Gefahr eines weltweiten Krieges unter Einschluß nuklearer Atomwaffen. Daher geht von ihm als imperialistischer Füh-



Die italienischen Genossen von Lotta Continua

FORTSETZUNG SEITE 40

Fortsetzung von Seite 39

rungsmacht nach wie vor die größte Gefahr für den Frieden aus.

Aber auch der US-Imperialismus stößt mit seiner Militärmaschine, die die größte aller Zeiten ist, mehr und mehr an seine Grenzen. Der großartige Sieg der Völker Kambodschas und Vietnams hat der ganzen Welt gezeigt, daß Imperialismus und Faschismus unausweichlich ihrem Ende entgegengehen.

Es ist bezeichnend, wie die Imperialisten gerade in unserem Land auf die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina reagieren. Durch die unglaubliche Hetze gegen die angebliche „Aggression" der Demokratischen Republik Vietnam klingt unüberhörbar die Forderung der BRD-Imperialisten hindurch, das vietnamesische Volk erneut militärisch zu überfallen. Während der westdeutsche Imperialismus den „Verlust an Glaubwürdigkeit der USA" beklagt, drängt er selbst immer stärker danach, den US-Imperialismus bei der Niederhaltung der Völker zu „entlasten".

Als Ford und Kissinger zu Beginn dieses Jahres die erdölerzeugenden Länder unverhüllt mit Krieg bedrohten, waren die BRD-Imperialisten sogleich mit ihrem ganzen braunen Herzen dabei. In Westeuropa sind sie es, die bei weitem die größte Armee unterhalten und die die anderen Länder der Europäischen Gemeinschaft zu verstärkten Rüstungsaufwendungen drängen.

In den bürgerlichen Massenmedien der BRD – allen voran der Springer-Konzern – wird heute mit der Verherrlichung des Soldatentums und insbesondere der faschistischen Wehrmacht, mit einer „nostalgischen" Verbrämung der Zeit von 1933 bis 45, mit der Hetze gegen alle antiimperialistischen Bestrebungen, mit Rassismus und Chauvinismus wieder die Kriegstrommel gerührt.

Besonders seit Mitte der 60-er Jahre verstärken die westdeutschen Imperialisten ihre Anstrengungen, wieder einen Platz unter den Großmächten einzunehmen. Sie maßen sich das „Recht" an, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Unverschämt beharren sie auf einem „Alleinvertretungsanspruch" gegenüber der DDR, erpressen sie Italien und andere Länder mit wirtschaftlichen Sanktionen.

In Portugal arbeiten die BRD-Imperialisten mit allen Mitteln gegen den Demokratisierungsprozeß und unterstützen faschistische Putschvorbereitungen. Zu den reaktionärsten Regimes der Welt unterhalten sie dagegen die herzlichsten Beziehungen: ob Spanien, Persien, Südafrika oder Brasilien ... Ihr Ziel ist es, mit Hilfe einer von ihnen beherrschten westeuropäischen Supermacht die Ergebnisse des 2. Weltkriegs zu ändern und sich erneut „Weltgeltung" zu verschaffen.

Auf dem Weg zu diesem Ziel verschärft sich die Gefahr militärischer Abenteuer der Imperialisten und eines neuen weltweiten imperialistischen Krieges, dessen Folgen noch weit furchtbarer wären, als die des 2. Weltkrieges. Deshalb muß der BRD-Imperialismus neben den USA als besonders gefährliche und gefräßige Macht eingeschätzt werden. Damit aber unterwirft er sich ebenso wie die USA immer stärker der Logik aller Imperialisten: „Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern usw. bis zu ihrem Untergang!"

Es gibt aber auch Leute – aus der super„linken" Ecke kommend – die es seit einiger Zeit für ihre vornehmste Pflicht halten, unter dem Motto „Einheitsfront gegen die Supermächte" angebliche „Verteidigungsbestrebungen" der westdeutschen Imperialisten zu unterstützen. Diese Leute ordnen sich der imperialistischen Kriegspropaganda unter und haben unter Antifaschisten und Antiimperialisten nichts mehr zu suchen!

Wenn sie jetzt eine „Einheitsfront" mit faschistischen Gruppen anstreben, dann sagen wir diesen Leuten: a n d e r e Verbündete werdet ihr für eure Politik auch kaum noch finden!!

Um ihre ehrgeizigen Pläne verwirklichen zu können, schreiten die Imperialisten im Innern zu einer Intensivierung der Ausbeutung der Werktätigen und zu einer beschleunigten Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

Dabei erweist sich die Sozialdemokratie – wie schon in der Weimarer Republik – als willfähriger Helfer. Daß es aber noch schlimmer kommen soll, wird vor allem in der Politik der braunen Kreise um Franz Josef Strauß deutlich, der den Machtanspruch des westdeutschen Imperialismus am brutalsten verkörpert. Wenn wir der berüchtigten Sonthofener Rede von Strauß ganz klar entnehmen müssen, daß sich die Imperialsiten wieder auf eine faschistische Diktatur vorbereiten, dann sind wir gerade am heutigen Tag dazu verpflichtet, alle Demokraten und Antifaschisten aufzurufen, rechtzeitig diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Heute mehr denn je gilt für uns Ernst Thälmanns Vermächtnis: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Nur der selbständige antifaschistische Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist in der Lage, die Gefahr von Krieg und Faschismus zu bannen. Und nur die revolutionäre Errichtung der Arbeitermacht bringt die Garantie der Befreiung von diesen Geißeln der Menschheit.

Kollegen, Freunde, Genossen!

Die Zeit drängt! Vor allen fortschrittlichen Menschen steht die Aufgabe, eine wirksame Abwehrfront gegen Kriegsgefahr und Faschisierung zu errichten. Der Weg dorthin kann nur über die Aktionseinheit aller friedliebenden und antifaschistischen Menschen führen.

Gegen die beschleunige Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft!

Gegen Krieg und Imperialismus. Für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

Wo die Arbeiterklasse zusammensteht, kommt der Faschismus nicht durch! ●

„Sie dachten sich das schön ..."

Deckblatt der Einladung zum ins Wasser gefallenen HIAG-Bundestreffen vom 9. - 11. Mai. In der Einladung wird darauf hingewiesen, daß es Hamburg war, wo 1950 die erste HIAG im Bundesgebiet gebildet wurde.

„Von Hamburg aus nahm dann die HIAG ihren Weg durch ganz (? ? ?) Deutschland (? !) und löste entsprechende Impulse auch in anderen europäischen Gebieten (!!) aus ... Die ersten großen Zusammenkünfte fanden im ‚Winterhuder Fährhaus' statt, wo u.a. auch der jetzige Bundeskanzler Schmidt (!!!) zur HIAG-Hamburg sprach ...". ●

EINLADUNG

zum Fest der Kameradschaft



Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS

Landesverband Hamburg e.V.

Antifaschistische Massendemonstration in Frankfurt

Für den 10. Mai hatte eine bundesweite Bürgerinitiative von über 150 Personen und Organisationen (vor allem aus dem politischen Spektrum von DKP, VVN, Falken, linken Sozialdemokraten, Jungdemokraten, Naturfreundejugend usw.) zu einer Demonstration und Kundgebung nach Frankfurt aufgerufen: zur Feier des 30. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus. Mit rund 20 bis 25.000 Teilnehmern (nach Presse-Zählung; die Veranstalter nannten die allerdings übertriebene Zahl von 40.000) wurde dies *„die größte Demonstration, die es in der Stadt seit Kriegsende gegeben hat".* (Frankfurter Rundschau) In dem kilometerlangen Demonstrationszug marschierten vor allem auch viele ältere Menschen mit, die selbst Verfolgte des Hitler-Regimes gewesen sind, sowie auch starke Blöcke von Ausländern: Chilenen, Italiener, Griechen, Spanier, Türken usw.



Das beherrschende Motto dieser Demonstration und Kundgebung war ein Antifaschismus, der sich gleichzeitig der trügerischen Hoffnung auf „Friedenssicherung und Entspannung" in der heutigen Welt hingab. *„Der Enkel und der Opa – wollen Frieden in Europa"*, war eine der häufig gerufenen Parolen; und: *„Demokraten, Sozialisten – dürfen nicht auf Abschußlisten".* Daneben gab es aber auch vereinzelt mehr kämpferische Transparente und Parolen wie etwa die von italienischen Genossen erhobene Forderung *(„MSI fuorilegge"* (Verbot der neofaschistischen MSI) und die begeisterten Rufe eines kleinen chilenischen Jungen *„Allende, Guevara – el pueblo se prepara"* (Allende, Guevara – das Volk bereitet sich vor). Auch Parolen wie *„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"* und *„Hoch die internationale Solidarität!"* gehörten zum kämpferischen Teil dieser Manifestation.

Nach einem musikalischen Vorprogramm auf dem Römerberg mit der chilenischen Gruppe Quilapayun, Franz Josef Degenhardt und Fasia Jansen, begann die Kundgebung, auf der der Schriftsteller Bernt Engelmann, der hessische DGB-Jugendsekretär Dieter Hooge, das VVN-Präsidiumsmitglied Kurt Bachmann, der ehemalige sowjetische KZ-Häftling Dr. Illarion Potapow, Luis Figueroa (Präsident der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT z. Zt. der Allende-Regierung) und Mario Bruxelas (Zivilgouverneur der Provinz Lissabon) sprachen.

Neben einer Anklage des Nazi-Faschismus und einer Erinnerung an seine unzähligen Opfer wurde hier auch in verschiedenen Beiträgen darauf hingewiesen, daß *„der Geist des Hitler-Faschismus noch wach"* (Hooge) ist und der Faschismus *„als latente Gefahr weiter vorhanden"* ist (Engelmann). In diesem Zusammenhang wurden mehrfach die von der CDU/CSU ausgehenden reaktionären Tendenzen angesprochen; die SPD, die gegenwärtig die Regierungsgeschäfte des westdeutschen Kapitals ausführt und momentan staatlicher Organisator allerlei reaktionärer und die faschistischer Gefahr beschleunigender Maßnahmen ist (Berufsverbote, gigantische Aufrüstung des Polizeiapparats usw. usf.), blieb dabei allerdings weitgehend verschont.

Und was die Perspektive des Kampfs gegen die faschistische Gefahr anbetrifft, versackte diese auch in den von der DKP bekannten reformistischen Illusionen und der Beteuerung der angeblich friedenssichernden Bedeutung der „friedlichen Koexistenz" der Sowjetunion. Besonders Schriftsteller Engelmann nutzte die Gelegenheit auch dazu, um (unter großem Beifall leider!) ins Horn der antikommunistischen Propaganda von der „Gleichheit des Links- und Rechtsextremismus" zu blasen: auf die Frage eingehend, wie man sich denn nun gegen die nach wie vor bestehende faschistische Gefahr wehren könne (Engelmann benutzte dazu den reichlich seltsamen Ausdruck des *„smarten Faschismus"* gegenüber dem *„gestiefelten Faschismus"* der Nazis), grenzte er sich *„zunächst mal"* dagegen ab, *„wie man nicht gegen den Faschismus kämpfen darf"*, nämlich *„mit anarchistischem Terror".* Diese *„Terroristen"* seien nämlich die *„Gehilfen des Faschismus"*, und zwar *„nicht anders (!!) als Springer".* Nach diesem rechten Kraftakt war dann allerdings auch Ebbe bei seinen „positiven" Vorschlägen zum Kampf gegen den Faschismus.

Insgesamt ist zu sagen, daß dies eben eine Manifestation des Reformismus und linken Sozialdemokratismus war, daß dies andererseits aber auch zu dem Boden gehört, aus dem mit der weiteren Entwicklung der Klassenkämpfe in unserem Land tatsächlich r e v o l u t i o n ä r e Strömungen im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus herauswachsen werden.

Angesichts der herrschenden Windstille zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Nazi-Faschismus in unserem Land (bzw. genauer: angesichts der noch sehr einflußreichen bürgerlichen Propaganda, die die Greuel des Faschismus heute hinwegzulügen und gar zu beschönigen versucht), ist selbst eine solche reformistisch beherrschte Demonstration gegen den Faschismus immerhin ein gewisser „Lichtblick".

Zu sagen ist noch, daß einige Kräfte aus der super„linken" Ecke („KPD", F„ML") diese Demonstration mit den r e c h t e n Sprüchen zu umranken versuchten: an mehreren Stellen in der Nähe des Römerbergs und an der Uni prangten die Latrinenparolen ihrer Linie der „Vaterlandsverteidigung", wie *„Die Hitler von heute heißen Breschnew und Ford"* (bald wird ihnen sicher nur noch Breschnew zum Vergleich genügen), und *„Sowjetunion 1945: Friedensmacht – Sowjetunion 1975: Kriegstreiber".* Das ist eine andere „Tragik" der aktuellen Situation in unserem Land: daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Linken dem stumpfen Schwert des Reformismus mit dem Selbstmord-Strick des „Sozial"chauvinismus gegenübertritt. ●

KB/Gruppe Frankfurt



Dr. Illarion Potapow, ehemaliger KZ-Häftling, spricht zu den antifaschistischen Demonstranten am 10. Mai in Frankfurt

Solidarität mit dem chilenischen Widerstand

A los companeros del Komunistischer Bund:

A nombre del Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR) y de la Resistencia chilena, agradezco la jornada de solidaridad combativa y militante que ustedes realizaron con nosotros el 4 de abril, en Hamburgo, así como la importante ayuda material que nos entregaron.

El internacionalismo proletario no puede ser jamás para los revolucionarios un tema abstracto, bueno tan sólo para declamaciones intrascendentes. Todo lo contrario, se constituye en una verdadera política, es decir, se expresa en hechos concretos, que refuerzan la lucha contra la explotación y la opresión que libran los pueblos a escala mundial y en cada país en particular. En este sentido, la jornada de solidaridad del 4 de abril es un ejemplo para todas las fuerzas revolucionarias y progresistas de la República Federal Alemana.

En la certeza de que el KB y el MIR sabrán llevar adelante el internacionalismo proletario, tal como lo entienden y practican los marxistas-leninistas, les envío un fraternal saludo.

El 5 de abril de 1975.

Luis Cerda
Miembro del Comité Exterior del MIR

Am 4. April 1975 führten der KB und der chilenische MIR in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung zugunsten des chilenischen Widerstandes, insbesondere des MIRs, durch, die von über 3.000 Menschen besucht wurde und auf der über 50.000 DM für den MIR gespendet wurden, die seinem Vertreter, Luis Cerda, übergeben wurden. Luis Cerda schickte uns tags darauf eine Dank-Adresse im Namen seiner Organisation zur Veröffentlichung in unserer Presse:

„An die Genossen des Kommunistischen Bundes
Im Namen des Movimiento des Izquierda Revolucionario (MIR) und des chilenischen Widerstandes danke ich für die kämpferische und militante Solidaritätsveranstaltung, die Ihr am 4. April mit uns in Hamburg durchgeführt habt, sowie für die bedeutende materielle Hilfe, die Ihr uns übergeben habt.

Der proletarische Internationalismus kann für die Revolutionäre nie ein abstraktes Thema sein, geeignet für nichtssagende Erklärungen. Im Gegenteil besteht er in einer wirklichen Politik, d.h. er kommt in konkreten Taten zum Ausdruck, die den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung verstärken, den die Völker weltweit und in jedem Land im besonderen führen. In diesem Sinne ist die Solidaritätsveranstaltung vom 4. April beispielhaft für alle revolutionären und progressiven Kräfte in der Bundesrepublik.

In der Gewißheit, daß der KB und der MIR den proletarischen Internationalismus voranbringen werden, wie es die Marxisten-Leninisten verstehen und tun, grüße ich Euch herzlich
5. April 1975
Luis Cerda
Mitglied des Auslands-Komitees des MIR



Die Propaganda-Gruppe des chilenischen MIR — Karaxu — auf der Solidaritäts-Veranstaltung in Hamburg



Hoch die internationale Solidarität: Über 2.500 Freunde und Genossen der Hamburger KB-Gruppe drücken ihre Solidarität mit dem Widerstandskampf des chilenischen MIR aus (hier ein kleinerer Ausschnitt der Veranstaltung).

durchgeführt habt, sowie für die bedeutende materielle Hilfe, die Ihr uns übergeben habt.
Luis Cerda
Mitglied des Auslands-Komitees des MIR

Hoch die internationale Solidarität: Über 2.500 Freunde und Genossen der Hamburger KB-Gruppe drücken ihre Solidarität mit dem Widerstandskampf des chilenischen MIR aus (hier ein kleinerer Ausschnitt der Veranstaltung).

Erneuter Polizeiterror der Bremer Bullen gegen kommunistische Propaganda

Wir haben im ARBEITERKAMPF wiederholt über die ständigen Übergriffe der Bremer Polizei gegen die kommunistische Agitation und Propaganda berichtet. Unter Berufung auf eine „Bremer Wege- und Straßenordnung" versuchen die Behörden, den Verkauf von Zeitungen, neuerdings sogar das Verteilen von Flugblättern, zu verhindern. Schon jetzt muß für jeden Verkaufstisch eine Genehmigung beantragt werden, die willkürlich ausgestellt wird, oder auch nicht. Für den allgemeinen Straßenverkauf soll angeblich auch eine Genehmigung erforderlich sein. Wenn man sie beantragt, wird sie nicht erteilt. Regelmäßig werden Genossen von den Bullen angemacht, ständig werden Personalien überprüft und Leute mit zur Wache geschleppt. Ziel dieses Bullenterrors gegen die freie Meinungsäußerung ist die Einschüchterung der Verkäufer, das Behindern des Verkaufs und die Verhetzung der Bevölkerung gegen die Kommunisten. So ganz „nebenbei" vervollständigt man noch die Karteien des Verfassungsschutzes mit der Aufnahme der Personalien. Folgende Vorfälle der letzten Zeit (dies ist nur ein kleiner, uns bekannter Teil) verdeutlichen die Übergriffe der Bullen:

- Ende April: Drei Personen werden angeblich beim Kleben von KB-Plakaten zu einer Veranstaltung mit dem MIR von „Zivilen" erwischt. Sie werden auf der Wache mehrere Stunden festgehalten und erkennungsdienstlich (Fingerabdrücke, Bild) behandelt;
- Zwei KB-Verteilern wird in der Sögestraße das Verteilen von Vietnam-Flugblättern unter Berufung auf die „Wegeordnung" untersagt. Die beiden verteilen dennoch weiter;
- einem ARBEITERKAMPF-Verkäufer am Hauptbahnhof wird das Verkaufen verboten, seine Personalien werden aufgenommen, er verkauft trotzdem weiter;
- kurz vor dem 1. Mai: einem ARBEITERKAMPF-Verkäufer wird im Brill-Tunnel das Verkaufen verboten, seine Personalien werden aufgenommen, er verkauft weiter;
- am Hauptbahnhof verteilen und verkaufen Genossen des KB, KBW und Mitglieder der „Roten Fahne". Mehrfach wird ihnen von Bullen das Verkaufen untersagt. Kurze Zeit später fahren zwei Streifenwagen mit sechs Mann Besatzung auf den Bahnhofsplatz. Ein Genosse des KB, der Mai-Flugblätter verteilt, wird von vier Bullen umstellt, das Verteilen der Flugblätter wird ihm verboten: *„Wenn Sie noch ein Flugblatt aus der Hand geben, nehmen wir Sie sofort mit".* Die Verkäufer der „Roten Fahne" werden mittlerweile von den anderen Bullen angegriffen, eine von ihnen wehrt sich. Im Nu sind die Bullen da und schleppen insgesamt drei Genossen in ihre Streifenwagen. Unter dem Protesten einer großen Menge von Leuten verschwinden die Bullen blitzschnell.
- 10. Mai: mit zwei Mannschaftswagen fuhren die Bullen in die Fußgängerstraße Obernstraße und beschlagnahmten zwei Stellschilder des KBW;
- am Hauptbahnhof nahmen sie einen Verkäufer der „KVZ" zur Personalienfeststellung fest; ein Agitationsstand der NPD aus Iserlohn blieb unbehelligt (!!!);
- am Blumenmarkt behinderten die Bullen etwa eine Stunde lang ARBEITERKAMPF-Verkäufer. Anschließend nahmen sie von einem die Personalien auf und beschlagnahmten seinen Verkaufsständer und Materialien. Das ganze wurde von zwei Bullen und einem Polizeihund abgesichert;
- zur selben Zeit wurde ein „KVZ"-Verkäufer ein Stück weiter im Streifenwagen mitgenommen.

Dies sind nur einige uns bekannte Beispiele der letzten Zeit fortwährender Übergriffe der Bremer Bullen gegen den Zeitungsverkauf und neuerdings sogar gegen das Flugblattverteilen: Der KBW hat mittlerweile eine Klage gegen die Verkaufsbehinderungen eingereicht. Neben der Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten ist die Agitation in der Bevölkerung, das sofortige Öffentlichmachen auf der Straße des Bullenterrors ein wesentlicher Schutz gegen derartige Übergriffe, die darauf zielen, das Recht der freien Meinungsäußerung exemplarisch durch die Unterdrükkung der kommunistischen Propaganda einzuschränken. ●

Leitung
KB/Gruppe Bremen

Spenden-Bestätigung

Inzwischen erhielten wir die Spenden-Bestätigung der MIR-Genossen über die Sammlung auf der Hamburger Veranstaltung vom 4. April, die wir hier dokumentieren und übersetzt haben:

„An die Genossen des Kommunistischen Bund

Geschätzte Genossen,
Wir wollen Euch unseren Dank für die Unterstützung aussprechen, die Ihr unserer Organisation anläßlich der letzten Veranstaltungen in Westdeutschland gegeben habt.

In Hamburg ganz besonders, kam die finanzielle Unterstützung, die der MIR erhielt, auf ganze 52 603 DM. Dieses Geld, das wir für unseren Untergrundkampf in Chile heute ziemlich nötig haben, ist zugleich ein unwiderleglicher Beweis, daß die Fahnen des proletarischen Internationalismus mit dem Kampf des chilenischen Volkes weiterhin hochgehalten werden. Das bestärkt uns in unserem Entschluß weiterzukämpfen.

Mit dem Volkswiderstand in Chile und mit dem Rückhalt weltweiter Solidarität, VENCEREMOS. ●

Mit brüderlichen Grüßen,
Manuel Fonseca
Beauftragter des MIR in der BRD"

Kiel

Der Schuß ging nach hinten los!

Im Rahmen eines antifaschistischen Propagandaeinsatzes des KB's anläßlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 10.5. in mehreren Städten Schleswig-Holsteins und Stadtteilen Kiels kam es im Kieler Arbeiterviertel Dietrichsdorf zu einem Zwischenfall mit der Polizei.

Eine Stellwand, die die Greueltaten der Faschisten damals und heute anprangerte, wurde vor einem Weska-Superladen aufgestellt. Der Weska-„Betriebsführerin" war diese Stellwand ein solcher Dorn im Auge, daß sie die Polizei zum Einsatz herbei zitierte. Der Bulleneinsatz lief folgendermaßen ab: Feststellung der Personalien des AK-Verkäufers, Beschlagnahmung des Flugblattes und der Genehmigung der Stadt Kiel zum Errichten eines Standes.

Um die Echtheit dieser Genehmigung zu überprüfen(?), wollten die Bullen zum Ordnungsamt fahren und in einer halben Stunde wieder auftauchen.

Pünktlich waren sie wieder zur Stelle, um uns folgende dumm-dreiste Version anzubieten: Trotz Gebürenmarke und Unterschrift ist die Genehmigung ungültig, da der Dienststempel der Stadt Kiel fehle. „In 5 Minuten ist der Stand abgebaut, andernfalls räume ich ihn persönlich ab", mit dieser Drohung verabschiedete sich der Bulle und ließ sich auch im weiteren Verlauf unserer Aktion nicht mehr blicken.

Wir nutzen diesen Vorfall, um mit den Passanten am konkreten Beispiel über den Abbau der demokratischen Rechte und den Einsatz der Polizei gegen Antifaschisten zu diskutieren.

Ein großer Teil der angesprochenen Kollegen und Kolleginnen quittierte diese Provokation der Polizei mit dem Kauf des Arbeiterkampfes. Damit haben die Bullen das Gegenteil ihrer Absicht erreicht. ●

1 AK-Verkäufer aus Kiel

Faschistische Polizeiprovokationen bei den Fahrpreisaktionen in Hannover

Den Schwerpunkt der Berichterstattung über die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen legte die KB/ Gruppe Hannover im letzten AK auf die Auseinandersetzung mit Politik und Taktik der linken Gruppen. M.E. ist im Verhältnis dazu das Aufzeigen des Polizeiterrors gegenüber den Demonstranten, und die Enthüllung faschistischer Polizeimethoden bisher zu dürftig gewesen.

Das Vorgehen der Polizei war nicht nur darauf gerichtet, die Demonstranten brutal niederzuknüppeln (die Bullen „leiteten" wiederholt die Demontration auf Straßenbahnschienen, um sie dann mit der „Begründung" hier würden Schienen blokkiert, die öffentliche Sicherheit gefährdet etc. auseinander zu schlagen) und von einem aktiven Protest gegen drastische Fahrpreiserhöhungen durch Einschüchterungen, Provokationen und Gewalt abzubringen. Vielmehr sollte von Anfang an eine Solidarisierung der Bevölkerung mit den Demonstranten, wie es sie insbesondere 1969 gegeben hatte, unterbunden werden. Polizeipräsident Boge:

„Wir haben nicht mehr allein die zwei Hauptaufgaben, Gefahren abzuwehren und Straftaten aufzuklären, sondern wir haben heutzutage auch Öffentlichkeitsarbeit (!) zu leisten"

(„FR", 9.4.75), d.h. zu versuchen die Bevölkerung faschistisch gegen die Demonstranten aufzuhetzen.

„Als ein Wasserwerfer vorfuhr und die Demonstranten davor zurückwichen, erschallte folgender Kommentar der Polizei (über Lautsprecherwagen, d. Red.):

„Hannoveraner, seht Euch diese Demonstranten an. Sie gehen zurück – wie die Krebse".

Als die Polizei begann, die „Chemiekeule" zu betätigen, die neben anderen Wirkungen erhebliche Atembeschwerden auslöst (diese „anderen Wirkungen" gehen bis zu lebensgefährlichen Verletzungen ! d. Re.), *zogen viele Demonstranten ihre Schals vor Mund und Nase. Der Kommentar aus dem Polizeilautsprecher lautete: „Hannoveraner, sehen Sie sich diese Demonstranten an: Sie tragen Gesichtstücher. Wer ein ehrliches Anliegen hat, braucht sein Gesicht nicht zu verstecken.... Der Kabarettist Dietrich Kittner als Demonstrationsleiter wollte*(bei einer Stockung, d. Red.) *nach dem Rechten sehen, wurde aber in diesem Moment von einem Strahl Flüssiggas aus der „Chemiekeule" getroffen und stürzte zu Boden(!). Die Polizei..: „Wir sind hier nicht im Kabarett, Herr Kittner."*

(„FR", 9.4.75)

„Öffentlichkeitsarbeit" der Polizei ist in der jüngsten Zeit noch im Frankfurter Westend betrieben worden, die die Bevölkerung per Flugblättern über ihre Maßnahmen gegen Hausbesetzer „informierte". Diese Beispiele zeigen, daß wir uns insbesondere bei größeren Demonstrationen und Aktionen auf eine stark faschisierte Polizei vorbereiten müssen. ●

Ein Genosse der Bezirkszelle St.Pauli, KB/Gruppe Hamburg

Verteidiger-Ausschlüsse Ersatz für fehlende Beweise

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Ausschluß von Rechtsanwalt Dr. Croissant

Dem Rechtsanwalt Dr. Croissant wurde mit Beschluß vom 22.4.75 die Verteidigung von Andreas Baader verboten. Angeblich soll Croissant eine „kriminelle Vereinigung" unterstützt haben.

Es lohnt sich, aus diesem Beschluß einmal etwas ausführlicher zu zitieren, um die Infamie der „Begründung" zu zeigen: „... *Gleiches* (Unterstützung einer ‚kriminellen Vereinigung', Anm. AK) *gilt für das Auftreten des Verteidigers am 8. November 1974 auf einem Gesprächsabend der ‚Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg'. Rechtsanwalt Dr. Croissant forderte die Anwesenden auf, durch einen dreitägigen ‚Sympathiehungerstreik' die Forderungen der RAF-Gefangenen zu unterstützen. Bezeichnend für die Einstellung des Verteidigers ist es, daß er bei dieser Gelegenheit von Vernichtungsmaschinerie, Isolationsfolter, Vernichtungshaft und Vernichtungsinteresse der Bundesanwaltschaft und der Staatsschutzbehörden sprach. Er hat sich in Form und Inhalt seiner Äußerungen (Vorwurf des Mordes am Bandenmitglied Meins gegenüber dem Vorsitzenden des 2. Strafsenats und dem Generalbundesanwalt) der Ausdrucksweise der Mitglieder der kriminellen Vereinigung angeglichen* (!!), *die er mit ‚Du' und dem Vornamen anzuschreiben pflegt* (!!)".

Ausschluß von Rechtsanwalt Groenewold

14 Tage später, am 6. Mai 1975, wurde dann der zweite Wahlverteidiger von Andreas Baader, Rechtsanwalt Groenewold aus Hamburg, ebenfalls von der Verteidigung ausgeschlossen.

Auch Rechtsanwalt Groenewold wird „Unterstützung einer kriminel-

falls von der Verteidigung ausgeschlossen.

Auch Rechtsanwalt Groenewold wird „Unterstützung einer kriminel-len Vereinigung" vorgeworfen:

Er soll den Zusammenhalt der „kriminellen Vereinigung" durch Verschicken von „Informationsmaterial" (Verteidigerpost) gestärkt haben.

Es wird ihm als Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" ausgelegt, daß er einen Sympathiehungerstreik gegen die Haftbedingungen der RAF vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe mitgetragen hat. Ferner sei er, so die „FAZ" vom 7.5.75, als Verteidiger gegenüber dem Angeklagten Baader nicht mehr unabhängig, sondern an Weisungen gebunden gewesen und habe sich „in das kollektive Unterordnungsgefüge der kriminellen Vereinigung" einbauen lassen (!!).

Ausschluß von Haag und Ströbele

Zur Vervollständigung der Liquidierung der Verteidigung wurde am 9. Mai Rechtsanwalt Haag festgenommen, sein Heidelberger Büro „durchsucht". Haag mußte wieder freigelassen werden und zog die Konsequenz, es zu einer weiteren Festnahme nicht mehr kommen zu lassen: Er ging in den „Untergrund".

Am 16. Mai wurde schließlich auch Rechtsanwalt Ströbele aus Westberlin, der letzte verbliebene Wahlverteidiger, ausgeschlossen; gegen ihn war schon seit längerem ein Ausschlußverfahren in Gang.

Liquidierung der Verteidigung in politischen Prozessen

Die juristische „Rechtfertigung" für diese Maßnahmen bildet die am 1.1.75 in Kraft getretene „Reform" der Strafprozeßordnung. Eines ihrer Kernstücke sind die §§ 138 - 138 d, durch die eigens im Hinblick auf den BM-Prozeß die Möglichkeit des Verteidigerausschlusses geschaffen wurde. Außerdem wurde durch diese „Reform" die Höchstzahl der Wahlverteidiger auf drei begrenzt (damit's nachher leichter mit den Ausschlüssen geht ...).

Richter und Staatsanwalt, eine kriminelle Vereinigung begründend



Richter und Staatsanwälte – auf die Demokratie scheißend

Nach den neuen Bestimmungen kann ein Rechtsanwalt von der Verteidigung ausgeschlossen werden, wenn gegen ihn der „dringende Verdacht" (Gummi-Formulierung!!) besteht, er könnte sich an einer Tat, die in dem Prozeß abgeurteilt werden soll, beteiligt oder einen der Angeklagten begünstigt haben.

Dem Rechtsanwalt Croissant z. B. wurde vorgeworfen, daß er sich für menschlichere Haftbedingungen seiner Mandanten eingesetzt hat und daß er in einem freundschaftlichen Ton mit ihnen verkehrte. Es liegt auf der Hand, daß zwischen Linken Solidarität und freundschaftliche Umgangsformen und auch politische Übereinstimmung normal sind, daß also der Schluß auf Sympathie und „Begünstigung" des Rechtsanwalts für die Angeklagten der Justiz in der Regel leicht fallen wird. Dies z. B. auch in Prozessen gegen Kommunisten. Es sei denn, wir würden uns in kommenden Prozessen von vornherein Antikommunisten als Verteidiger nehmen, denn selbst bei einem fortschrittlichen Demokraten wäre wohl noch der Vorwurf der „Begünstigung" allzu leicht zu konstruieren. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Kinder-Konzentrationslager

Ein junger Sozialarbeiter hat im März bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld Anzeige wegen „grober Verletzung der ärztlichen Betreuungs-, Aufsichts- und Sorgfaltspflicht bei körper- und geistig behinderten Kindern" gegen den Inhaber des Heimes für behinderte Kinder in Rietberg bei Paderborn, Dr. med. Josef Hauphoff, gestellt.

Der Sozialarbeiter Schink berichtet über die Zustände in dem Heim: *„Wie in der modernen Kälbermast stehen 87 Betten dicht an dicht auf 215 Quadratmetern. Die Kinder liegen so nahe beieinander, daß eins seine Füße durch die Gitterstäbe stecken und auf dem Kopf seines kleinen Nachbarn herumtrommeln konnte. Überhaupt waren viele Kinder für die Betten viel zu groß. Das ist Kindesmißhandlung"* (lt. „Stern" vom 20.3.75).

Schinks Hauptvorwurf gegen den Arzt und Inhaber des Heimes:

„Dr. Hauphoff hat in seinem Heim schwerstbehinderte Kinder aufgenommen, ohne gleichzeitig geeignetes Fachpersonal einzustellen. Es gibt keinen Sozialarbeiter, keinen Kindertherapeuten, keinen Facharzt. Die Kinder werden zwar gefüttert, gewaschen und gewickelt. Aber niemand kümmert sich um die Spezialbehandlung der Behinderten."

Eine Angestellte des Heimes:

„Es gibt keine Schwimmtherapie, oder Massagen für Krampfkinder. Als sich einmal ein Mädchen an einer kaputten Scheibe verletzte, nähte der Chef (Hauphoff) *die Platzwunde am Kopf ohne Betäubung! Niemand glaubt, was hier manchmal im Kinderheim läuft."*

Trotz der zum Himmel schreienden Zustände kann mit Abhilfe kaum gerechnet werden.

- **Der Verwaltungsleiter des Heimes, Bloch;**

„Mit denen kann man nichts machen, die reagieren doch gar nicht."

- **Das zuständige Landesjugendamt in Münster:**

„Wir sind auf diese Einrichtung angewiesen."

- **Die reaktionäre „Ärztekammer":**

„Eine Vernachlässigung der ärztlichen Aufsichts- und Sorgfaltspflicht kann in keinem Punkt festgestellt werden."

Und lt. „Stern" treibt die Staatsanwaltschaft seit zwei Monaten die Ermittlungen auch nur noch mit „mäßigem Tempo" voran.

Sozialarbeiter und Ankläger Schink: *„Wenn die Behörden ein Heim wie das in Rietberg dulden – nur, weil angeblich anderswo kein Platz ist, haben wir bald Kinder-Konzentrationslager."* ●

Chemiekomitee/ KB Gruppe Hamburg

Bremen: Polizeiprovokation gegen Straßenverkauf kommunistischer Zeitung hat noch ein Nachspiel

Wie im letzten AK berichtet wurde, nahmen am 8. 3. Bereitschafts- und Schutzpolizisten mit Hunden insgesamt 10 Zeitungsverkäufer linker Organisationen in der Fußgängerzone Sögestraße fest. Dieser Bulleneinsatz war der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Belästigungen gegen linke Zeitungsverkäufer (vorläufige Festnahmen, „erkennungsdienstliche Behandlungen" etc.). Unter anderem wurde der Zeitungsverkauf generell als genehmigungspflichtig erklärt.

Gegen, unseres Wissens, drei Verkäufer des „Arbeiterkampf" liegen inzwischen drei Bußgeldbescheide über 28,– DM vor. Die Verkäufer hatten schon vor einigen Wochen schriftlich erklärt, sie hätten die Verkaufsgenehmigung gehabt, wären aber nicht mehr dazu gekommen, sie vorzuzeigen, da man sie sofort, ohne viel zu fragen, in Polizeigriff genommen und abgeführt habe. Auch der Fakt, daß man die Genehmigung erst nach der Festnahme vorzeigen konnte, scheint für den Staatsapparat nicht weiter ins Gewicht zu fallen.

In dem Bußgeldbescheid heißt es nun: *„Ihre Einlassung, Sie seien im Besitz einer gültigen Gebrauchserlaubnis gewesen, kann nur als Schutzbehauptung gewertet werden."*

Hier zeigt sich doch, daß es den Bullen bei ihrem Einsatz nicht um die korrekte Genehmigung ging („Damit könnt ihr euch den Arsch mit abwischen!", so ein Bulle), sondern daß es sich hier um einen mit massiver Einschüchterung verbundenen Übungsgroßeinsatz handelte. ●

Ein „Arbeiterkampf"-Verkäufer

Kritik darf ruhig „abwertend" und „übersteigert" sein.

Zur Urteilsbegründung im Prozeß Böll gegen Walden.

Heinrich Böll hat Mathias Walden verklagt, weil dieser in einem ARD-Kommentar am 21.11.74 nach der Trauerfeier für von Drenkmann gesagt hatte, Böll habe „den Boden der Gewalt ... durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt".

Laut Gerichtsurteil darf Mathias Walden das weiter behaupten. Begründung: *„Zu befinden sei nicht, ob die Meinung ‚richtig' oder ‚falsch' sei, sondern nur darüber, ob der betroffene durch sein eigenes Verhalten Anlaß zur Kritik gegeben und diese herausgefordert hat, sowie darüber, ob die Meinung nicht ‚offensichtlich abwegig und schlechthin unvertretbar' ist".*

Weiter heißt es in der Urteilsbegründung: *„Wer selbst Meinungsfreiheit beansprucht und in deren Rahmen schwerwiegende Vorwürfe erhebt, der muß dieses Recht grundsätzlich auch anderen zubilligen und die Kritik der Meinungsgegner auf sich nehmen, und zwar unter Umständen (?) auch eine scharfe, abwertende, schonungslose und übersteigerte Kritik"* (alle Zitate nach „Welt" vom 14.4.75).

Dieses Gerichtsurteil gibt den Faschisten freie Hand für ihre Hetze gegen fortschrittliche und demokratische Kräfte. Denn ein Wesensmerkmal faschistischer Hetze ist es gerade, den Gegner „abzuwerten", „zu übertreiben", nur darf die Hetze nicht „offensichtlich abwegig" oder „schlechthin unvertretbar" sein. Das heißt wohl, sie soll dem „gesunden Volksempfinden", das eben durch diese Hetze geschaffen wird, entsprechen.

Ganz anders dagegen sehen Gerichtsurteile aus, wenn die Kritik von links kommt. So ist es beispielsweise laut Gerichtsurteil verboten, Strauß einen Faschisten zu nennen, obwohl das in keiner Weise eine „übersteigerte Kritik", sondern eine sachliche und belegbare Feststellung ist. Ebenso wurde selbst Willi Brandt untersagt zu behaupten, Strauß habe die BRD als einen „Saustall" bezeichnet, obwohl Strauß wörtlich folgendes gesagt hatte: *„Die eigene politische Leistung wurde im Bewußtsein breiter Schichten der Wähler eindrucksvoll ergänzt durch das eklatante Versagen derer, die ausgezogen waren, Deutschland zu reformieren und einen Saustall ohnegleichen hinterlassen haben."*

Merke: Kritik von rechts darf ruhig „abwertend" und „übersteigert" sein. Kritik von links wird selbst dann nicht geduldet, wenn sie sachlich und belegbar ist. ●

KB/Gruppe Westberlin

Mannheimer Gefängnis: Prozeß soll die Zustände im Knast verschleiern

Im April/Mai wurde der Prozeß gegen zwei Knastbeamte aus Mannheim geführt, die vor eineinhalb Jahren den Häftling Hans-Peter Vast ermordet hatten. Der Prozeß hatte auch zum Ziel, die wahren Schuldigen wieder mal im Dunkeln zu lassen und die tatsächlichen Zustände in den Strafanstalten zu verschleiern.

Hans-Peter Vast, 25-jähriger Untersuchungshäftling (angeblich Autodiebstahl) im Mannheimer Gefängnis „Landes", wurde im Dezember 73 von drei Knastbullen ermordet.

Vast hatte abends mehrere Male nach einer Schmerztablette verlangt, gegen Schmerzen wegen einer frischen Operationsnarbe. Der Wärter hatte sie immer wieder „vergessen". Nachdem Vast „provokativ" („FAZ") nach der Tablette verlangte, wurde er vom Knastbullen Meisch ins Gesicht geschlagen. Vast hat später einen Stuhl zertrümmert und mit dem Bein gegen die Zellentür geschlagen, da er die Tabletten unbedingt benötigte. Der Knastbulle Meisch bekam daraufhin schnelle Hilfe. Zu dritt schlug man mit dem Stuhlbein, einem Schlagstock und einem Schlüsselbund solange auf den Häftling ein, bis dieser bewußtlos am Boden lag.

Im Prozeß hieß es später: die Wärter standen unter Alkoholeinfluß. Dies beeinflußte später auch das Strafmaß. Die Knastbullen waren jedoch nach ihrer viehischen Prügelei auf Vast noch so nüchtern, daß sie die blutverschmierte Zelle reinigten und auch daran dachten, einen neuen Stuhl hereinzustellen. Hans-Peter Vast wurde unter das Bett geschoben, damit er nicht beim nächsten Rundgang eines Aufsehers entdeckt würde. Anschließend erbrach Vast und erstickte.

Jetzt, im April 75, waren zwei der Wärter angeklagt: Der 31-jährige Hauptwachtmeister Jürgen Otto und der 38-jährige Hauptwachtmeister Walter Deis. (Der 43-jährige Oberverwalter Oswalt Meisch hatte in der Untersuchungshaft Selbstmord begangen.) Beide bekamen 15 Jahre Haft wegen gemeinsam versuchten Mordes und gemeinsamen Totschlags.

Damit soll die Welt nach Willen des Gerichts wieder in Ordnung sein. Aber sogar die „FAZ" vom 15.5.75 mußte vermelden: *„Die allgemeine Situation im Mannheimer Gefängnis ist in diesem immerhin schon sechsten Prozeß im Zusammenhang mit dem ‚Mannheimer Skandal' nur gelegentlich gestreift worden."* Diese Situation bemühten sich die Verantwortlichen schon von Anbeginn des Mannheimer Gefängnisskandals Mitte letzten Jahres zu vertuschen, ebenso wie den Fall Vast. So stellte z.B. der Knastarzt E. Reith im Dezember 73 einen zweideutigen Obduktionsbefund aus: „Tod durch äußere Einwirkungen". Obwohl klar sichtbar war, was geschehen war, sogar an der Zellenaußentür war noch Blut. Den „äußeren Einwirkungen" – worunter man auch Verletzungen durch Fallen etc. verstehen kann – wurde dann möglichst wenig nachgegangen. Den Eltern von Vast teilte die Behörde mit, ihr Sohn sei in der Zelle „umgefallen" und mit dem Kopf auf die Bettkante aufgeschlagen.



Im Mannheimer „Landes" ermordet: Hans Peter Vast

Am 24.6.74 wollte man das Ermittlungsverfahren trotz Mordverdacht einstellen! Nur aufgrund dessen, daß der Frankfurter Gefangenenrat, eine Organisation früherer Häftlinge, ständig intervenierte, u.a. Briefe an das Justizministerium und an die Anstaltsleitung schrieb und vor allem mit seiner Zeitung diese Zustände enthüllte, mußte unter diesem Druck am 24.7.74 das Verfahren wieder aufgenommen werden. Justizminister Bender aus Baden-Württemberg erklärte jedoch immer noch: es sei nicht ausgeschlossen, daß sich Vast die Verletzungen selbst zugezogen hätte, also Selbstmord! Den Erhalt von Briefen des Gefangenenrates gab das Justizministerium erst zu, nachdem dieser eindeutige Beweise vorlegte.

Durch den Fall Vast sind allerdings erstmals die Zustände im Mannheimer „Landes" aufgestoßen. Inzwischen hat der „Gefangenenrat" Korruption, Folter und auch in einigen Fällen Mord aufgedeckt und an die Öffentlichkeit gebracht. (Wir berichteten darüber ausführlich in AK 48 - 55, d. Red.)

Nachdem es anschließend nicht mehr möglich war, die Zustände im Mannheimer Knast zu verschleiern (auch nicht dadurch, daß man den die psychiatrische Anstalt Hohenasperg einlieferte!) ließ Bender die Knastbullen, die er vorher so sorgsam gedeckt hatte, fallen. Sie wurden verhaftet und abgeurteilt.

Der Gefangenenrat schreibt zum Prozeß in seinen Informationsblättern: *„Der erste Verhandlungstag erwies mehr als deutlich, daß es dem Richter Schmidt nicht auf die wahren Schuldigen ankommt, sondern daß er nur unter den Mannheimer Gefängnisskandal, der die Bevölkerung aufgerüttelt hat, einen Schlußstrich machen will."*

Auf Flugblättern, die am Prozeßtag verteilt wurden, bezeichneten Genossen des Gefangenenrates Justizminister Bender als den wahren Verantwortlichen und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift: *„Bender und Recher* (Gefängnisdirektor macht jetzt Urlaub auf Staatskosten, weil vorerst vom Dienst suspendiert) *auf die Anklagebank!"* Daraufhin fand der weitere Prozeß unter starkem Polizei„schutz" statt. Einem Pressephotographen wurde ein Film, den er während des Prozesses gemacht hatte, abgenommen. Der Vorsitzende monierte, daß ein Rundfunkreporter mit Tonband anwesend war. Jugendliche, die sich z.B. dagegen wehrten, daß ihnen Broschüren abgenommen wurden, wurden rausgeworfen. Das gleiche wurde einem früheren Häftling des Mannheimer Gefangenen Otto Worm, der einer der Informanten des Gefangenenrates war, für verrückt erklärte und in Knastes angedroht, der im Saal anwesend war und sich bereit erklärte, auszusagen. Die Justiz wollte und sollte nur d e n Fall behandeln, als E i n z e l f a l l.

Der Gefangenenrat schreibt dazu richtig: *„Die Herren im Ministerium haben einen Gefängnisskandal hervorgerufen, damit der Fall Vast einen Schuldigen hat und damit erledigt werden kann – für sie, für ihren Anstand und ihre Pensionen natürlich... Der sogenannte Haupttäter ist tot. Er hat die Schuld auf sich genommen ‚und sich so letztlich als anständiger Beamter trotz seines Versagens erwiesen', wie der Staatsanwalt Klass der Witwe versichert hat. Als anständiger Beamter, weil er noch mit seinem Tod dafür gesorgt hat, daß die höheren Figuren des Regimes ihre Hände in Unschuld waschen können. Ihm sind die Nerven durchgegangen. Den anderen, den Herrn hinterm Schreibtisch, denen gehen nicht so leicht die Nerven durch. Ihre Hände fassen nur Papier, nicht nen Knüppel, den Pistolenabzug. Es ist keiner da, der sie zur Rechenschaft ziehen kann – einen deutschen Minister, Ministerialbeamten, Anstaltsdirektor nennt keiner einen Verbrecher, selbst wenn er, wie der Herr Filbinger – im Naziregime Kriegsgerichten vorgesessen hat."* ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Kronzeuge für die Klassenjustiz

„Wie beseitigt man die Schwierigkeit, Kronzeugen aus dem Terroristen-Milieu zu finden?" – Diese Frage wurde von „Bild" bis „Spiegel" in der bürgerlichen Presse nach der Lorenz-Entführung gestellt. Der nordrhein-westfälische Justizminister Posser hatte einen Vorschlag zur Hand, der jetzt mit der gleichen Schnelligkeit durchgezogen wird, wie zuvor das Verteidigerausschlußgesetz.

Am 25.4. wurde dem Bundestag eine Gesetzesinitiative zugeleitet, wonach Mitglieder von „kriminellen Vereinigungen" straffrei ausgehen, wenn sie sich als „Kronzeuge" zur Verfügung stellen. Straffreiheit solle dem Kronzeugen allerdings nur dann gewährt werden, wenn er über seine Mittäterschaft hinausgehende Tatbestände aufklären helfe und dabei die Haupttäter ergriffen werden könnten („FAZ", 26.4.75).

Diese Strafrechtsänderung soll der verbesserten Subversion und Infiltration gegen anarchistische und linke Gruppen dienen. Schon 1972 erläuterte der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Nollau, in einem „Spiegel"-Interview, daß seine „Verfassungsschützer" angehalten seien, in gegnerische Organisationen einzudringen („Spiegel" 19/72).

Diesen VS-Leuten könne man dann gegebenenfalls durch Straffreiheit aus der Misere helfen. (Über andere Methoden, ausgediente V-Männer und Provokateure zum Schweigen zu bringen, redet Herr Nollau wohlweislich nicht öffentlich!)

In dem ideologischen Wirrwarr der APO-Szene und in kleinbürgerlich-anarchistischen Gruppen wie der „RAF" konnten sich Provokateure relativ leicht einnisten. Der bekannteste Fall ist der des VS-Spitzels Urbach, durch dessen Provokationen einige Genossen hinter Gitter kamen. (Der Urbach-Fall ist ausführlich dargestellt in UNSER WEG: Wem nützen die Bomben bei Springer?, Mai 1972).

Auch im Gefängnis versucht der VS, die Genossen weichzuklopfen. Und bei einigen erzielen die lange Isolierhaft, Erpressungen, Falschinformationen, Besuchsverbote, strengste Zensur und ähnliche Schikanen auch die gewünschte Wirkung. Nach so einer Behandlung wurden z.B. Ulrich Schmücker und Rolf-Jürgen Mauer wieder freigelassen, um den Verfassungsschutz mit internen Informationen zu beliefern. Die meisten „Überläufer" (etwa zehn laut „Spiegel" vom 10.3.75) werden dazu gebraucht, um die fadenscheinigen Anklagepunkte gegen die Gefangenen aus der „RAF" im Sinne des VS zu „beweisen". Zu diesem Zweck wird z.B. Karl-Heinz Ruhland schon seit Jahren vom VS hochgepäppelt und von Prozeß zu Prozeß geschickt. Im Augenblick soll Gerhard Müller als Hauptbelastungszeuge für den Baader-Meinhof-Prozeß aufgebaut werden. Mit dem Lockmittel der Straffreiheit soll er gegen seine früheren Genossen aussagen, um sie so – möglichst lebenslänglich – hinter Gitter zu bringen. Wohlpräparierte Kronzeugen waren in vielen politischen Prozessen (Kunzelmann, Mahler u.a.) die einzigen „Beweismittel", die die Justiz hatte.

Mit dem Verteidigerausschlußgesetz und der gesetzlichen Verankerung des Kronzeugen werden politische Prozesse zunehmend zu einer Farce. Das Urteil steht sowieso schon fest, allein ihre antikapitalistische Einstellung macht die Genossen schuldig.

Aus Baden-Württemberg und Bayern kamen inzwischen weitere Vorstöße für eine Verschärfung des Strafrechts. Künftig soll schon verhaftet werden können, wer der Bildung und Unterstützung „krimineller Vereinigungen" verdächtig ist („FR", 9.5.75). Und verdächtig ist jeder, der z.B. über die Haftbedingungen der „RAF"-Gefangenen berichtet oder gar zur Solidarität mit ihnen aufruft. Und auch die Vorbeuge- und Gesinnungshaft wie zu Adolfs Zeiten sieht Filbingers Gesetzentwurf vor: Die Strafprozeßordnung soll demnach so geändert werden, daß *„auch diejenigen als Mitglieder oder Helfer (!) krimineller Vereinigungen Verdächtigen in Untersuchungshaft genommen werden können, die in geordneten bürgerlichen Verhältnissen leben und bei denen Fluchtgefahr nicht angenommen werden kann"* („FR", 9.5.75). ●



der Kronzeuge

IKAH (Arbeiterhilfe)

Chemiekonzern benutzt Gefangene als Versuchskaninchen

Der Chemiekonzern Hoffmann-La-Roche will seine Milliardenprofite durch ein neues Kreislaufmittel aufstocken. Es befindet sich allerdings noch in der Experimentierphase, seine Unschädlichkeit steht also überhaupt noch nicht fest. Mit wem also experimentieren?

Im Knast Thorberg in der Schweiz (Ort und Personen könnten ebensogut in die BRD verlegt werden), lockt man Gefangene mit 500 Franken. Da Knastarbeit für acht Stunden mit ca. DM 2,50 bezahlt wird, ist es nicht verwunderlich, daß viele zustimmen. Zumal in einem mündlichen Gespräch vor dem Experiment den Gefangenen mit Nachdruck erklärt wird, daß man in jeder Hinsicht abgesichert sei und es ausgeschlossen sei, daß irgendetwas passieren würde. Jedoch, dann mußte jeder eine schriftliche Erklärung unterschreiben, daß er auf **jegliche Ansprüche verzichtet**, wenn ihm aus den Versuchen Nachteile erwachsen sollten.

Der Chemiekonzern macht also nicht nur skrupellose Versuche mit Menschen, sondern sichert sich dabei auch noch ab, daß er finanziell für nichts aufkommen muß.

Eventuelle Schäden, die die Gefangenen durch diese Experimente davontragen, gehen dann allein zu Lasten des Versuchskaninchens und werden wahrscheinlich noch vertuscht und auf andere Ursachen zurückgeführt werden.

Ein Gefangener aus Thorberg schreibt: „Was Direktor Werren (aus Thorberg) an den anstaltseigenen Kühen und Schweinen mit Sicherheit nie zulassen würde, läßt er ohne Wimpernzucken an seinem ‚Menschenmaterial' vornehmen!"

Publik wurde dieses menschenverachtende Treiben nur durch den Brief eines Gefangenen an die „Aktion Gefangenenhilfe".

(Nach: „Nachrichtendienst" Nr. 8, Zeitung des Gefangenenrats Frankfurt) ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

„He lücht" — Wenn der „Kronzeuge" erzählt ...

Eine der kaputten Figuren aus dem Kreis der „Baader-Meinhof"-Gruppe, die sich eine Belohnung als „Kronzeuge" verdienen wollen, ist Gerhard Müller (26), zur Zeit in Hamburg im Knast; er war der Kofferträger von Ulrike Meinhof bei deren Verhaftung 1972.

Rechtzeitig vor seinem Prozeß, der im Juni beginnen soll (u.a. wegen angeblichem Mord an einem Polizeibeamten!) hat Müller sich zur „Kooperation" mit Justiz und Polizei entschlossen, die er seither mit seinen Lügengeschichten versorgt. So „untermauerte" er z.B. die Behauptung, die Verteidiger der BM-Gruppe würden mit den Angeklagten „kriminell" zusammenarbeiten.

Ein wahres „Münchhausen"-Stück jedoch leistete sich Müller mit seiner Grusel-Story über „die abtrünnige Terroristin" Ingeborg Barz (27). Angeblich hatte diese nach einem Banküberfall im Februar 1972 „abspringen" wollen. Daraufhin sei sie von Andreas Baader „in eine Falle gelockt" und „durch Genickschuß ermordet" worden. *„Dabei ist der halbe Kopf weggeflogen"* (Müller laut „Bild" vom 29.4.75).

Der phantasiebegabte Müller führte sogar Kripo-Leute zu der Stelle, wo Ingeborg Barz angeblich „verscharrt" worden sein sollte: Ein Wäldchen bei Landau am Rhein. Hundertschaften der Polizei durchkämmten mehrmals das Gelände. Ein 400 Quadratmeter großes Stück an der von Müller angegebenen Stelle wurde mit Baggern, Schaufeln etc. bis zum Grundwasserspiegel umgepflügt. Freilich ohne das gewünschte Ergebnis.

Am 3. Mai kam „Bild" dann mit einer neuen Story auf den Markt. Ingeborg Barz sei wahrscheinlich gar nicht in Südwestdeutschland am Rhein, sondern b e i M ü n c h e n „ermordet" worden. Dort sei vor zwei Jahren das Skelett einer unbekannten Frau gefunden worden, und das könnte vielleicht Ingeborg Barz gewesen sein ...

Dabei wußte man es eigentlich im Hause Springer bereits am 29. April (als „Bild" mit der Überschrift erschien: **„Baader richtete Mädchen durch Genickschuß hin"**!) besser: **„Die Anarchistin, die tot sei sollte, schlief im Hotel"** berichtete Springers „Welt" am 29.4.75. Ein Sprecher der „Sicherheitsbehörden" habe gegenüber der „Welt" geäußert, daß Ingeborg Barz wahrscheinlich noch am Leben und führend in einer „Terroristen-Gruppe" sei. Ingeborg Barz habe sich nach einem *„vertraulichen Bericht aus Nordirland"* Ende 1973 (also mehr als ein Jahr nach ihrer angeblichen „Ermordung", als Andreas Baader schon längst im Knast saß!!) in einem Hotel in Belfast aufgehalten ...

An diesem Beispiel wird wieder einmal deutlich, wie bewußt und dreist vor allem in der bürgerlichen Massenpresse gelogen wird, um Stimmung gegen die „Terroristen" zu schüren. Die ganze Institution des „Kronzeugen" ist vor diesem Hintergrund zu sehen, und nicht jede Lüge ist so offensichtlich und widerlegbar wie Müllers und Springers „Barz-Story". Man darf z.B. annehmen, daß Müller trotz seiner geplatzten Geschichte über die „Ermordung" von Ingeborg Barz weiter als wichtiger „Zeuge" gegen die Verteidiger der BM-Gruppe präsentiert werden wird.

Taktik der Bourgeoisie ist es dabei, den einmal zum Verräter gewordenen politischen Gefangenen (siehe z.B. auch Ruhland) jeden Rückzug abzuschneiden, so daß ihnen kaum eine andere Möglichkeit bleibt, als die weitere und immer engere „Kooperation" mit Polizei und Justiz.

So wurde zunächst einmal breit in der Presse ausposaunt, daß Gerhard Müller „gesungen" hatte, so daß er gegenüber den Mitgefangenen und den „BM-Nachfolge-Gruppen" ausserhalb des Knasts isoliert war. Auf Grund dieser Denunzierung des Verräters konnte „Bild" z.B. dann frohlockend melden: *„Hamburger Terrorist zittert um sein Leben"* und einen anonymen Kripo-Mann zitieren: *„Jetzt steht Gerhard Müller ganz oben auf der Racheliste der BM-Nachfolger"* („Bild", 30.4.75). – Das wäre also glücklich geschafft; und nun kann man Müller – „zu seiner eigenen Sicherheit", versteht sich!! – aus dem Untersuchungsgefängnis in einen **„besonders gesicherten"** Flügel des Gefängnisses Fuhlsbüttel verlegen ... In eine *„ständig verschlossene Einzelzelle"* mit einem winzigen Fensterchen, das so hoch angebracht ist, daß er nicht einmal rausgucken kann. Es könnte ja sonst auf ihn geschossen werden ... Seine „Freistunde" (Spaziergang im Hof) muß Müller natürlich allein absolvieren, nur von Wächtern begleitet und **„hautnah abgeschirmt"**. So isoliert soll Müller der Justiz und Polizei noch willfähriger und rettungsloser ausgeliefert sein. – Man sieht wieder einmal: Die Bourgeoisie liebt den Verrat, aber nicht den Verräter! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Siegfried Hausner — Durch „Sicherheit" zum Tod verurteilt

Am 4.5.75 starb Siegfried Hausner im extra für die RAF gebauten Gefängnis Stuttgart-Stammheim.
Bei der Aktion gegen die deutsche Botschaft in Stockholm am 24.4. war er schwerverletzt worden. Die „Sicherheits"-Interessen der schwedischen und der westdeutschen Bourgeoisie galten mehr als das Leben von Siegfried Hausner.

Die schwedischen und die deutschen Behörden wußten um das Risiko, das für das Leben von Siegfried Hausner im Falle seines Transports von Stockholm in die BRD bestand.

Hausner hatte schwere Brandverletzungen, 40 % seiner Haut waren verbrannt. Solch schwere Brandverletzungen sind äußerst schwierig zu behandeln und führen oft zum Tode, bedürfen also einer **ständigen** Behandlung. Zudem hatte Hausner schwere Schädelbrüche, was z.T. später von den deutschen Behörden geleugnet wurde.

Die schwedische Regierung gibt an, sie habe drei Fachärzte vor ihrer Entscheidung befragt, die für eine Verlegung eingetreten seien. Dagegen hat ein schwedischer **Brandwundenspezialist** in einem Brief an die schwedische Zeitung „Expressen" erklärt:

„Siegfried Hausner trotz seiner 40%igen Verbrennungen in ein gewähnliches Gefängniskrankenhaus zu bringen, war das reine Todesurteil für ihn."

Diese Ansicht muß den schwedischen und den deutschen Behörden bekannt gewesen sein, insbesondere, weil Schweden auf dem Gebiet der Brandwundenbehandlung führend ist: *„Wir haben fünf Spezialkliniken für solche Schäden – die Bundesrepublik dagegen nicht eine, die unseren Standard erreicht"* – erklärte derselbe Arzt in „Expressen".

Ein anderer schwedischer Brandwundenspezialist sagte dazu: *„Ein Transport nach zwei Tagen ist zu verantworten – wenn der Verletzte direkt in eine andere Spezialklinik überführt wird."* (Alles zitiert nach „Welt" v. 6.5.75).

Siegfried Hausner wurde aber erst nach **fünf** Tagen überführt. Man brachte ihn in vier Stunden nach Köln. Wie lange er allerdings auf dem Weg nach Stuttgart-Stammheim gebraucht hat, verschweigt die bürgerliche Presse. Zudem ist in Stammheim lediglich eine „Intensivstation" vorhanden, also noch geringere Behandlungsmöglichkeiten, als in den sowieso für solche Fälle schon schlecht genug ausgerüsteten allgemeinen Kliniken.

Siegfried Hausner wurde bei dieser „Reise in den Tod" wie ein Stück Vieh behandelt. Die „Welt" berichtet genüßlich-zynisch, wie er im Flugzeug mit „dicken Lippen", vollgepumpt mit Schmerzmitteln, transportiert wurde. Nach vorher 90 Stunden Bewußtlosigkeit war seine „Befragung" vor der Ausweisung, nach schwedischem Gesetz erforderlich, ein reiner Hohn.

In der BRD ließ die Klassenjustiz keinen Anwalt und keinen Vertrauten an Siegfried Hausner heran. „Bild" weiß über den im Sterben liegenden zu berichten, er habe als letztes nach seinem Anwalt verlangt. Was die Schweinepresse höhnisch als Hilflosigkeit vorzeigt, muß uns eine Aufforderung sein, die Verteidigung elementarer demokratischer Rechte noch ernster zu nehmen.

Todesstrafe auf Raten

Neben inzwischen zahlreichen **legalen Hinrichtungen** bei Polizeieinsätzen, besonders durch MEKs, haben wir leider auch schon eine Reihe von Toten und Invaliden zu beklagen, die auf die gleiche Art wie S. Hausner zugrunde gerichtet wurden bzw. zu werden drohen.

Man denke an die Zwangsernährungen durch Schlauchschlucken, bei der jedesmal innere Verletzungen und Ersticken in Kauf genommen werden (z.B. A. Baader);

- man denke an unzureichende Kalorienmengen bei H. Meins, durch die unter dem Deckmantel der „künstlichen Ernährung" das sichere Verhungern vorprogrammiert wurde;
- man denke an Astrid Proll, die gesund inhaftiert und nach knapp drei Jahren als gesundheitliches Wrack entlassen werden mußte, sowie an Brigitte Heinrich und Katharina Hammerschmidt, denen man erst nach massivem Protest die Behandlung ihrer Krebsleiden erlaubte.

Man denke aber nicht, dies komme alles nur bei inhaftierten Anarchisten vor und sei durch die BM-Hetze der Reaktion erklärbar. Gerade der Mannheimer Gefängnisskandal (siehe dazu auch AK 48 - AK 51) **brachte wiedermal an den Tag, daß derartige Sonderbehandlungen alltäglich sind und sich keineswegs nur gegen politische (d.h. linke) Gefangene richten. Es wurde auch klar, daß diese Vorfälle nur die Spitze eines Eisbergs sind!** ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg

Militarismus

Militarismus

Wer die Wahl hat, hat die Qual — Der Streit um ein neues Kampfflugzeug für die Nato —

Die Nato-Luftwaffe soll auf ein neues Kampfflugzeug umgerüstet werden, der „veraltete" Starfighter hat seine Schuldigkeit getan (172 Abstürze allein in der BRD!).
Im Gegensatz zu früheren Aufrüstungen und Modernisierungen der imperialistischen Luftwaffe geben die USA nicht mehr so eindeutig den Ton an. Das ist ein deutliches Zeichen, daß die westeuropäische Luftfahrtindustrie einen ziemlichen Satz nach vorn gemacht hat, um von den USA auch auf diesem Gebiet unabhängiger zu werden.
Zur „Auswahl" standen insgesamt sechs Kampfflugzeug-Typen, wobei einige erst auf dem Reißbrett bzw. bei ersten Eroberungen existieren:

- **die vom US-Rüstungskonzern Northrop konzipierte „YF-16";**
- **die von dem US-Konzern Douglas modernisierte „Phantom" – eine neue Ausgabe des Starfighter;**
- **das unter Führung des BRD-Imperialismus in Zusammenarbeit mit England und Italien gebaute MRCA;**
- **die neue französische „Mirage";**
- **die schwedische Saab-Viggen,**
- **und das britisch-französische Kampfflugzeug „Jaguar".**

Nach den bisher vereinbarten Verträgen ergibt sich das folgende Bild:
1. Die BRD, Großbritannien und Italien kaufen das von ihnen entwickelte Kampfflugzeug MRCA zu rund 50 Mio. Mark das Stück; damit ist das MRCA das mit Abstand kostspieligste Flugzeug; es wurde vor allem deshalb gebaut, um im Zuge der westeuropäischen Einigung den Konzentrationsprozeß einer westeuropäischen Luftfahrtindustrie zu beschleunigen und von den USA unabhängiger zu werden. Dabei ging es dem BRD-Imperialismus besonders um die Vorherrschaft auch auf diesem Sektor. Diese drei Staaten ergänzten ihren Kauf noch durch den Erwerb neuer Phantom-Jäger aus den USA.
2. Frankreich rüstet seine Luftwaffe ausschließlich mit seinen eigenen Flugzeugen, der neuen Mirage, aus, die zu einem Exportschlager geworden ist: an Ägypten sollen z.B. rund 50 Maschinen dieses Typs geliefert worden sein.
3. Belgien, Holland, Dänemark und Norwegen hatten sich noch nicht für ein Flugzeug entschieden. Um diese vier Staaten begann dann auch ein heftiges Werben seitens der verschiedenen imperialistischen Staaten.

Zunächst wollten die vier letztgenannten Staaten sich für den gemeinsamen Kauf eines Flugzeugs entscheiden. Es schien so, daß sie die neue „YF-16" aus den USA kaufen wollten. Doch dann gings drunter und drüber: die holländische Sozialistische Partei beschloß auf ihrem Kongreß, daß auf den Kauf eines Atomwaffenflugzeugs verzichtet werden sollte. Damit trug die Sozialistische Partei einer breiten pazifistischen und antimilitaristischen Bewegung innerhalb der holländischen Bevölkerung Rechnung.

Der holländische Verteidigungsminister de Vredeling (ebenfalls Mitglied der Sozialistischen Partei) drohte mit Rücktritt, falls der Ankauf der „YF-16" blockiert werden würde. Eine Entscheidung ist bis jetzt noch nicht gefallen. Hier wittern England und Frankreich mit ihrer Gemeinschaftsproduktion „Jaguar" Morgenluft: der „Jaguar" ist ein relativ kleines und billiges Flugzeug, das sich vornehmlich für die Unterstützung des Heeres eignet. Die westdeutsch-italienisch-britische Dachorganisation „Panavia 200" will inzwischen Holland eine billigere Ausgabe des MRCA liefern, sofern Wünsche an die „Panavia" geäußert werden würden. Es scheint allerdings, daß die „Panavia 200" schon zu spät kommt . . . Die belgische Regierung schwankt noch zwischen der „YF-16" und der französischen Mirage; die „YF-16" wäre zwar billiger, jedoch gibt es eine engere Kooperation zwischen der belgischen und französischen Rüstungsindustrie.

Norwegen hat sich bisher als einziges Nato-Land für die „YF-16" entschieden, während Dänemark nach einigem Hin und Her eher an der englisch-französischen „Jaguar" interessiert ist.

Dennoch ist es denkbar, daß Dänemark sich auf Druck der USA doch noch für die „YF-16" entschließt. (Die „YF-16" hat sich im übrigen schon sehr als Nachfolger für den Starfighter empfohlen; bei einem ersten Probeflug des Prototyps der „YF-16" versagte das Triebwerk, und das neue Kampfflugzeug mußte zu einer Bauchlandung ansetzen, wobei die „YF-16" stark beschädigt wurde.)

Reden die imperialistischen Vertreter immer wieder von einer „Standardisierung der Waffensysteme", so hindert die schärfer werdende innerimperialistische Konkurrenz und die deutlicher zutage tretenden Widersprüche der EG zu den USA sie doch stark daran. Hatten die USA Ende der 60iger Jahre noch sämtliche EG-Staaten (mit Ausnahme Frankreichs) mit dem Starfighter versorgt, so sind sie ihre Neuentwicklung, die „YF-16", nur noch bei kleineren Nato-Ländern losgeworden, obwohl die USA größere Zugeständnisse an die EG-Länder machten, wie z.B. Bau auf Lizenz in westeuropäischen Firmen, Beteiligung am Profit u.a.m.

Innerhalb des EG-Imperialismus ist der Kampf um die Vorherrschaft über eine westeuropäische Luftfahrtindustrie in eine neue Phase getreten: der BRD-Imperialismus hat mit dem MRCA-Projekt die Grundlage für die Eroberung auch dieses Marktes unter seiner Führung geschaffen. Selbst der französische Imperialismus ist – nach neuesten Meldungen – bereit, sich an der „Panavia 200" zu beteiligen und die Entwicklung seines eigenen Rüstungsprojekts ACF (Avion de combat future = neues Kampfflugzeug) fallen zu lassen. ●

Antimilitarismus-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

BRD-Imperialismus: Das bisher größte Exportgeschäft der BRD bahnt sich an!

Auf dem Gebiet der Atomenergie steht die BRD kurz vor dem Abschluß ihres bisher größten Exportgeschäftes: Es handelt sich dabei um ein Regierungsabkommen mit Brasilien auf dem Gebiet der „friedlichen Nutzung von Kernenergie" und sieht im einzelnen den Bau von acht (!) Kernkraftwerken, einer Brennelementenfabrik (zur Aufbereitung des Urans) und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet eines Urananreichungsverfahrens nach dem westdeutschen Trenndüsenverfahren vor. Das Auftragsvolumen für die westdeutschen Kapitalisten dürfte in den nächsten 15 Jahren ca. 10 Milliarden (!) DM erreichen.

Das Regierungsabkommen sieht ausserdem vor, daß Brasilien an die BRD angereichertes Uran liefert.

„Die Bundesrepublik muß angesichts der sich anfang der achtziger Jahre abzeichnenden Verknappung von Naturan und der Möglichkeit einer Bildung internationaler Natururankartelle an der Erschließung zusätzlicher Versorgungsquellen das größte Interesse haben" kommentierte die FAZ dieses einträgliche Geschäft.

Bisher ist es so, daß die BRD das Uran hauptsächlich aus den USA bezieht, in geringem Maße auch aus Kanada und Südafrika. Die „Rheinisch Westphälischen Elektrizitätswerke" (RWE) schlossen im letzten Jahr ein Abkommen mit der Sowjetunion ab, wonach die SU angereichertes Uran für die Kernkraftwerke Biblis und Mülheim-Kärlich liefert. Insgesamt sind die Staaten der EG auch hier bestrebt, von den USA unabhängiger zu werden.

Frankreich, Italien und Spanien haben den Bau von Trennanlagen zur Anreicherung von spaltbarem Uran beschlossen, und zwar nach dem Diffusionsverfahren, einem amerikanischen Verfahren.

Die BRD, Holland und Großbritannien bauen Urantrennanlagen nach dem Ultrazentrifugenverfahren das im Atomforschungsinstitut Karlsruhe maßgeblich entwickelt wurde. Dieses Verfahren ist etwas billiger, kostet aber immerhin noch über eine Milliarde DM!

Der Bau solcher Trennanlagen soll den imperialistischen Ländern eine größere Unabhängigkeit verschaffen, da das angereicherte Uran teurer ist als das Natururan. Nach Schätzung der Bundesregierung beträgt der Uranbedarf bis 1985 ca. 60.000 Tonnen Uran für eine Energieleistung von 40 000 Megawatt. Diese große Pläne des BRD-Imperialismus stoßen auf Widerstand in der westdeutschen Bevölkerung, denn die Kernkraftwerke ruinieren die Umwelt, das warme Kühlwasser der Reaktoren fließt in die Flüsse, vernichtet tierisches Leben, und die Sicherheitsvorkehrungen der Reaktoren sind geradezu katastrophal. ●

Antimilitarismus-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Imperialisten im Rüstungsfieber: Die Kriegsgefahr wächst – der Waffenhandel blüht!

„Exportaufschwung in der amerikanischen Rüstungsindustrie" („FAZ", 15.4.75) – „Das Waffengeschäft Frankreichs floriert" („FAZ", 26.4.75) – „Dem Ölrausch folgt das Rüstungsfieber" („Welt", 5.2.75) – „Ölmilliarden fließen in Kriegsausrüstungen" („Welt", 24.12.74) – das sind Schlagzeilen der bürgerlichen Presse, die davon zeugen, daß der Waffenhandel der Imperialisten Hochkonjunktur hat. Das Hauptliefergebiet der Imperialisten ist der Mittelmeerraum und besonders der Nahe und Mittlere Osten mit seinen reichen Ölvorkommen.

Den Rüstungskonzernen stehen mit diesem Aufschwung des internationalen Rüstungshandels, der Dimensionen wie zu Zeiten des 2. Weltkriegs erreicht, märchenhafte Profite ins Haus.

Für die Völker muß diese bedrohliche Entwicklung Signal für neue bevorstehende imperialistische Raubzüge sein. Offen von den Imperialisten ausgesprochene Kriegsdrohungen gegen die Ölstaaten schweben schon seit längerem wie ein Damoklesschwert über den nationalistischen arabischen Staaten und besonders über der antiimperialistischen Volksbewegung in diesen Ländern. „Die Energiekrise und die zunehmende Abhängigkeit des Westens vom Nahostöl könnte zu einem militärischen Einschreiten der USA oder seiner Helfer, Iran oder Israel, führen, um die Ölgebiete zu besetzen" (US-Senator Fulbright, „FR", 30.5.73).

Die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten waren schon immer von einer fieberhaften Rüstungsproduktion, einer gesteigerten Aufrüstung und blühendem Waffenhandel begleitet und waren deutliche Vorboten bevorstehender imperialistischer Kriege zur Aufteilung der Welt und Unterjochung der um Befreiung ringenden Völker.

Bei der strategischen Bedeutung des arabischen Raumes für alle imperialistischen Staaten und Großmächte besteht die große Gefahr, daß die Imperialisten hier den Funken für einen neuen Weltbrand legen, der auch die Industriestaaten zum Schlachtfeld werden läßt.

In diesem Artikel soll die Aufrüstung des Nahen Osten zu einem Pulverfaß dokumentiert werden.

Aufschwung ohnegleichen für die imperialistischen Waffenschmieden

Aufschwung ohnegleichen für die imperialistischen Waffenschmieden

Der Anstieg des Rüstungsexports der Imperialisten, vor allem an reaktionäre Regimes in der 3. Welt und der imperialistischen Staaten untereinander, wird an folgenden Zahlen deutlich: Die amerikanische Zeitung „Time" beziffert den nichtnuklearen Waffenhandel auf jährlich 18 Mrd. Dollar, verglichen mit „nur" 300 Mio. im Jahre 1952. Seit 1964 stieg der Export um 550 % (! – nach „SZ", 26.2.75).

Der „große Aufschwung" kam für die Imperialisten allerdings erst in den letzten Jahren. Der Rüstungsexport der USA, die einen Anteil von über 50 % auf diesem internationalen Markt halten, hat sich seit Ende der sechziger Jahre bis zum letzten Geschäftsjahr 1973/74 verachtfacht (!) und sich allein gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. *„Im amerikanischen Verteidigungsministerium ... wird angenommen, daß der Exportaufschwung der Rüstungsindustrie noch mindestens einige Jahre anhalten wird"* („FAZ", 15.4.75).

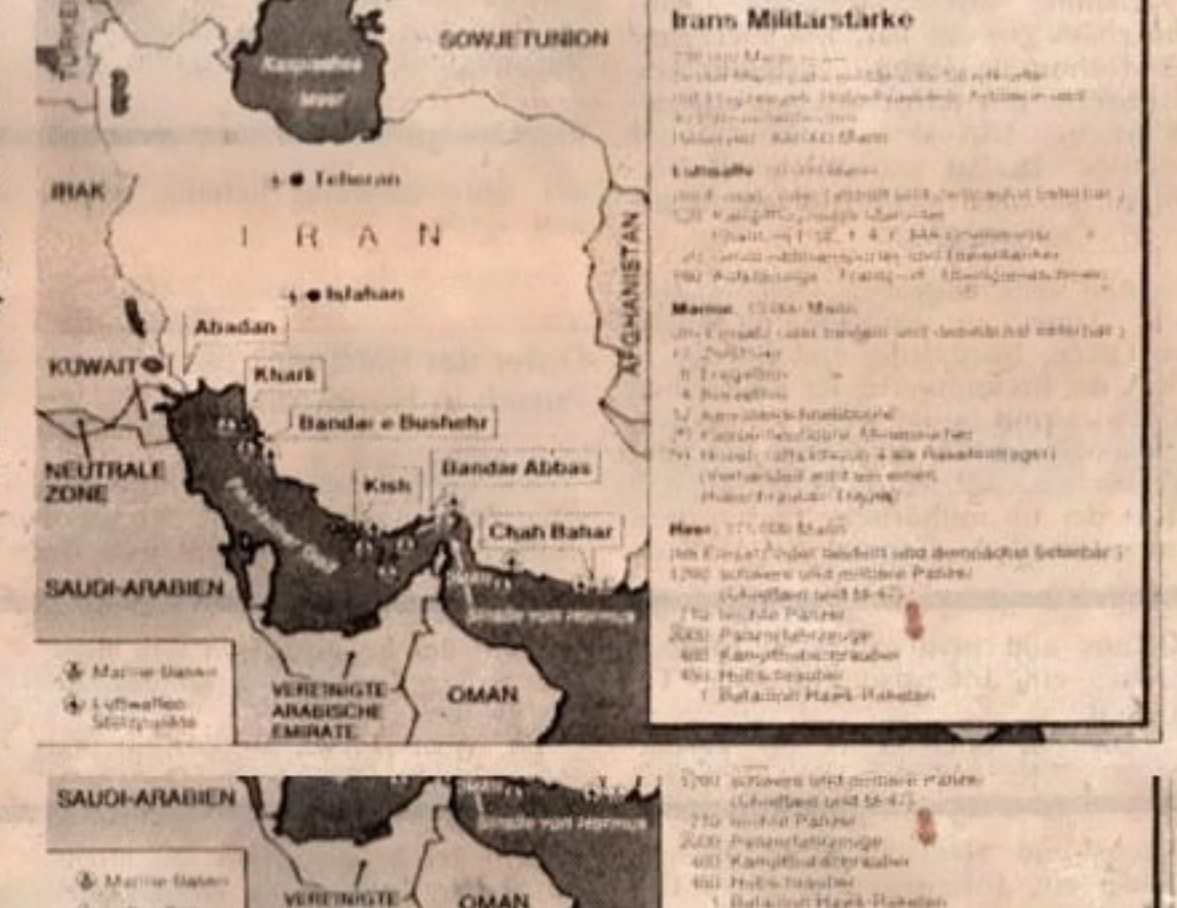
Der US-Imperialismus hat 1973/74 für insgesamt 8,3 Mrd. Dollar (!) Waffen ins Ausland geliefert. Davon gingen allein 6,5 Mrd. Dollar (!) in den Nahen und Mittleren Osten, vor allem an den Iran, Israel und Saudi-Arabien.

Die USA sind bei ihren jüngsten Waffenlieferungen auch von dem bisherigen Prinzip abgerückt, keine hochmodernen, gerade entwickelten Waffen an Nicht-NATO-Mitglieder auszuliefern. Der *„Waffenhandel des Jahrhunderts"* („SZ", 3.2.75) bahnt sich mit dem Verkauf der modernen, erst jetzt durch die US-Luftwaffe in Betrieb genommenen Kampfflugzeuge „General Dynamics YF-16" und „Northrop YF-17" an. Es wird für die nächsten Jahre mit einem Markt von 20 Mrd. Dollar (!!) gerechnet.

Für mehr als 20 Mrd. Franc (das sind rund 10 Mrd. DM) hat **Frankreich** im vergangenen Jahr ausgeführt und seinen Rüstungsexport damit im Vergleich zu 1966 vervierfacht. Laut „FAZ" betrug der Export noch ein Jahr zuvor „nur" 7 Mrd. Franc, was bedeuten würde, daß er sich allein innerhalb eines Jahres verdreifacht hat. Schwerpunkte der Waffenlieferungen sind (obwohl Frankreich fast an jedes Land liefert) die südamerikanischen Länder, die arabischen Staaten, wo insbesondere in der letzten Zeit große Erfolge der französischen Rüstungsindustrie zu verzeichnen waren, und das Rassisten-Regime in Südafrika.

Auch **Großbritannien** konnte bei den reaktionären arabischen Staaten erhebliche Waffenmengen „losschlagen". U. a. wurde eine große Anzahl „Chieftain-Panzer" an den Iran geliefert. 1974 folgte ein Vertrag mit Saudi-Arabien, der die Lieferung von Luftabwehranlagen und Hubschraubern für 1,5 Mrd. Mark vorsieht. Außerdem finanziert Saudi-Arabien künftig in Ägypten die Produktion britischer Hubschrauber („SZ", 23.4.75). Mit dem Besuch des englischen „Verteidigungs"ministers Mason in Riad, bei dem über weitere umfangreiche Waffenlieferungen verhandelt wurde, bahnen sich weitere Geschäfte für die englischen Imperialisten an.

Diese wenigen Zahlen mögen genügen, um zu beweisen, daß der internationale Rüstungshandel, besonders mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, in den letzten Jahren außerordentlich stark angestiegen ist.



Persiens Streitmacht am Golf

Luftwaffe und Marinestreitkräfte des Iran stehen heute vornehmlich am Persischen Golf, der vom Iran bereits beherrscht wird. Zwei Drittel der Infanterie steht an der Grenze zum Irak. In diesem Jahr erweitern die Iraner ihren Verteidigungsradius auf 2500 Kilometer



Statt „Verteidigungsradus" lies: Angriffsradius; aus „Stern", 6.3.75

Die arabische Konterrevolution – waffenstarrend

Die Exporte der modernsten Waffenerzeugnisse imperialistischer Kriegstechnik in der Höhe mehrerer Milliarden Dollar gingen vorwiegend an die reaktionären Staaten und Despoten der kleineren Scheichtümer, die dem Imperialismus eng verbunden sind.

Im Mittleren Osten wird der **Iran** *„zu einer militärischen Weltmacht ersten Ranges"* („FAZ", 27.1.75) aufgerüstet. In welchem Ausmaß insbesondere die US-Imperialisten die Aufrüstung des faschistischen Schah-Regimes unterstützen, zeigt die (sicherlich übertriebene) Sorge einer dem US-Kongreß unterstehenden Untersuchungsbehörde, der zu Folge durch die Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe die *„eigene Verteidigungsbereitschaft* (der USA – d. Red.) *gefährdet ist"* („Welt"), 3.1.75).

In den letzten 2 Jahren haben sich die USA zu Waffenlieferungen im Wert von 6 Mrd. Dollar verpflichter. Die Zahl der amerikanischen Militär„berater" hat sich in den letzten Jahren vervielfacht; heute sind es nach offiziellen Angaben des US-Kriegsministeriums 1.207 („SZ", 21.2.75).

Insgesamt unterhalten die USA nach derselben Quelle in 34 Ländern 132 „Berater"gruppen mit zusammen 9.535 Personen, davon 8.753 „Zivilisten". Für den hohen Anteil der „Zivilisten" gibt es zwei Erklärungen: Zum einen vergibt das Kriegsministerium die „Berater"aufgaben in Unterauftrag nur noch an Privatfirmen; die Konzerne profitieren also doppelt; am Verkauf der Waffen und an der notwendigen Ausbildung. Zweitens läßt die Anzahl der „Zivilisten" auf eine rege Beteiligung von CIA-Agenten schließen.

Neben dem Erwerb von fast 200 „Phantom"-Bombern kaufte die iranische Luftwaffe kürzlich 80 der modernsten F 14-Schwenkflügelbomber, sowie sechs riesige Lufttanker, *„mit denen der Aktionsradius der Luftwaffe weit über den Persischen Golf hinausgetragen werden soll (!)"* („Welt", 24.12.74).

„Eine der größten Hubschrauberflotten der Welt" wurde mit amerikanischer Unterstützung aufgebaut. Der Iran erwarb mindestens 650 Kampfhubschrauber aus den USA.

Die größte „Hovercraft"-Kriegsflottille (Luftkissenboote) der Welt besitzt der Iran bereits heute! Die Boote sind mit Raketen ausgerüstet und können *„hervorragend an den seichten Küsten des Golfs operieren"* (a. a. O.).

Die Schlagkraft der Landtruppen wurde ebenfalls erheblich gesteigert:

Zu rund 900 älteren M-60 und M-47 Panzern kaufte der Iran jetzt 800 moderne englische „Chieftain"-Panzer, 250 „Scorpion"-Spähpanzer usw.

Die militärische Infrastruktus des Iran wird in einem außerordentlichen Tempo ausgebaut. *„Milliarden Dollar werden in neue Stützpunkte gesteckt: Flugplätze, Kasernenkomplexe, Ausbildungszentren und Häfen"*.

Nahe der pakistanischen Grenze entsteht in Tschabahar ein Großstützpunkt für Heer, Luftwaffe und Marine, *„der größte, den irgendein Staat im Indischen Ozean zur Bewachung des Vorfeldes des Persischen Golfes haben wird"* (ebenda).

Es gehören bei weitem keine großen militärischen Kenntnisse dazu, um aus dem Tempo der Aufrüstung und der Art der Bewaffnung des Irans zu schließen, daß hier keine Armee für die Verteidigung aufgebaut wird. Der Imperialismus schafft sich mit seinen gigantischen Waffenlieferungen eine schlagkräftige Aggressionsarmee gegen die Ölstaaten und insbesondere gegen die Befreiungsbewegungen in diesen Ländern.

Einigen Wirbel lösten Meldungen in der bürgerlichen Presse aus, nach denen die „Vinell Corporation" im Auftrag des US-Kriegsministeriums 1.000 erfahrene Vietnam-„Veteranen" für die Ausbildung der Streitkräfte **Saudi-Arabiens** anheuert. Tatsächlich waren zu diesem Zeitpunkt bereits 2.249 US-„Berater" in diesem Land stationiert („FAZ", 22.2.75).



US-Transporter (hier im israelischen Lod) schaffen das Kriegsgerät in die „Krisengebiete"

Erst kürzlich erwarb Saudi-Arabien 60 amerikanische F 5e-Bomber (nachdem es vor 2 Jahren 50 F 5s-Bomber gekauft hatte), erhielt aus Frankreich 38 Mirage-Jäger, sowie 200 AMX-30 Panzer, *„da die USA mit der Lieferung des neuesten Panzers nicht mehr nachkommen können (!)"* („Welt", 5.2.75), 250 Schützenpanzer, Hubschrauber, Raketen usw. Allein in den ersten Monaten des Jahres 1975 bestellte Saudi-Arabien in den USA (3,2 Mrd.), in Frankreich (2 Mrd.) und Großbritannien (1,5 Mrd.) für über 6,7 Mrd. Mark (!) Waffen.

Zusätzlich wurde eine saudiarabische-amerikanische Militärkommission gebildet, die in einem Zehnjahresprogramm für mehrere Milliarden Dollar (!) die Armee modernisieren soll. Unter anderem ist die Aufstellung von 4 mechanisierten Brigaden, einer Luftlandebrigade, mehreren mit rund 440 Hubschraubern ausgerüsteten Luftkavallerie-Bataillonen, von Panzereinheiten, der Kauf von weiteren Flugzeugen, Raketenschnellbooten und Torpedobooten vorgesehen. Auch hier ist die besondere Mobilität der Truppen, wie sie für Aggressionskriege und die Bekämpfung von Befreiungsbewegungen erforderlich ist, kennzeichnend.

Eine besondere Unterstützung durch den Imperialismus erhält auch das Scheichtum **Kuwait**. Auch hier sind amerikanische „Berater" im Land und bilden die Streitkräfte aus.

Kuwait erwarb kürzlich für seine Luftwaffe je 38 französische Mirage und amerikanische A 4-„Skyhawks", daneben Radaranlagen und Raketen. Mit jugoslawischer Unterstützung werden im Land zwei Luftwaffenstützpunkte errichtet („Welt", 5.2.75). Allein die US-Lieferungen betrugen 1974/75 rund 500 Mio. Dollar, für

daneben Radaranlagen und Raketen. Mit jugoslawischer Unterstützung werden im Land zwei Luftwaffenstützpunkte errichtet („Welt", 5.2.75). Allein die US-Lieferungen betrugen 1974/75 rund 500 Mio. Dollar, für

1976 und 1977 sind weitere Lieferungen von Panzern und Luftabwehrraketen des Typs „Tow" und „Hawk" vereinbart.

Die **Zionisten** werden weiterhin zur Durchsetzung ihrer militärischen Okkupationen und Raubkriege gegen das palästinensische Volk und die arabischen Staaten vom Imperialismus unterstützt. 1973/74 erhielt Israel für 2,1 Mrd. Dollar Waffen aus den USA („FAZ", 15.4.75), für das am 1. Juli beginnende neue Haushaltsjahr sind weitere 2,5 Mrd. an Militär- und „Wirtschafts"hilfe angesetzt.

Eine besondere Bedeutung kommt der amerikanischen Lieferung von 200 „Lance"-Raketen zu, die sowohl einen atomaren (!!) als auch einen „gewöhnlichen" Sprengkopf tragen können. **(In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß die Zionisten nach eigenen Aussagen in der Lage sind, Atomsprengköpfe herzustellen!).**

In Israel selbst wurden ein neues Kampfflugzeug, eine 280 Meilen weit tragende (!) Rakete und weitreichende Artillerie in der jüngsten Zeit entwickelt.

Verstärkte Abhängigkeit und imperialistische Rivalität

Die Imperialisten verfolgen mit der Aufrüstung der proimperialistischen Regimes am Persischen Golf vor allem das Ziel, ihre Kontrolle über die Erdölstaaten zu sichern und auszubauen. 1972 äußerte dazu der stellvertretende US-Außenminister vor dem Kongreß: *„Unsere Politik verfolgt das Ziel, durch eine intensive Zusammenarbeit mit dem Iran, Saudi-Arabien, Kuwait und den kleineren Staaten am Persischen Golf, die Ruhe und Ordnung in der Region aufrechtzuerhalten ... Diesen Ländern (soll) die Möglichkeit gegeben werden, selbständig (!) in diesen Ländern und in den Golfgebieten für Sicherheit und Ordnung zu sorgen"*.

Das faschistische Schah-Regime hat sich in den letzten Jahren bereits seinen imperialistischen Geldgebern erkenntlich gezeigt: Nachdem die englischen Imperialisten ihre militärische Präsenz im Golf 1971 weitgehend beendeten, eroberten die iranischen Truppen drei strategisch wichtige Inseln in der „Straße von Hormuz", dem engen Zugang zum Golf. Gegen den Irak und die DRV Jemen unternimmt der Iran ständige Subversionen. Im Oman sind, neben jordanischen und britischen Soldaten, mehrere Tausend iranische Soldaten im Kampf gegen die Befreiungsbewegung PFLOAG eingesetzt. Ähnlich wie Hitler den spanischen Bürgerkrieg, nutzt der Schah offensichtlich den Einsatz seiner Armee gegen das Volk von Oman als Generalprobe für weitere militärische Aggressionen.

„Für die Armee des Schahs ist der Einsatz in Oman eine Gelegenheit, Kampferfahrung zu sammeln. Das persische Kontingent ... wird häufig ausgewechselt" („Welt", 18.12.74). Eine ähnliche Rotation wurde auch beim Einsatz der faschistischen deutschen Truppen in Spanien praktiziert.

Die Aufrüstung der faschistischen und reaktionären Regimes am Golf ist der militärische Aufmarsch der Konterrevolution und zielt gegen die nationalistischen arabischen Staaten, die dem Imperialismus die alleinige Verfügungsgewalt über die Bodenschätze ihrer Länder streitig machen wollen und ist insbesondere gegen die arabische Revolution gerichtet.

Zugleich eröffnen die umfangreichen Waffenlieferungen den Imperialisten weitere Möglichkeiten der politischen Einflußnahme und stärkerer Bindung dieser Regimes an das imperialistische System, indem die militärtechnische Abhängigkeit der belieferten Staaten ausgenutzt wird.

Das US-Kriegsministerium weist in Zusammenhang mit den Exporten darauf hin, daß sie *„den politischen Einfluß Amerikas in den Abnehmer-*
technische Abhängigkeit der belieferten Staaten ausgenutzt wird.

Das US-Kriegsministerium weist in Zusammenhang mit den Exporten darauf hin, daß sie *„den politischen Einfluß Amerikas in den Abnehmerländern untermauern"* („FAZ", 16.4.75). *„Amerika, England, Frankreich und nicht zuletzt der Sowjetunion ist damit die Möglichkeit gegeben, über Waffenverkäufe neuen Einfluß auf diese Weltregion zu gewinnen"* („Welt", 5.2.75).

Denn: *„Mit seinen massiven Lieferungen unterstützt Amerika die gemäßigten Regierungen am Golf und hofft auf langfristigen Einfluß in diesem für den Westen lebenswichtigen Gebiet. Die Installation hochkomplizierter Waffensysteme bedingt nicht nur die Ausbildung durch Amerikaner oder in Amerika, sie macht auch die neuen Kunden von der Lieferung amerikanischer Ersatzteile abhängig (!) und erfordert die Anwesenheit (!) amerikanischer Militärberater auf lange Jahre hinaus (!)"* (ebenda).

Wie der Imperialismus über die Rüstungsexporte seinen Einfluß über die arabischen Staaten zu erhöhen versucht, zeigt sich auch an den französischen Mirage-Verkäufen an Ägypten zu Anfang dieses Jahres. Die „FAZ", ein erklärter Feind auch der arabischen Nationalstaaten und entschiedener Freund des Zionismus, begrüßte die Lieferungen mit dem Argument: *„Auch hiermit wird westlichen (!) Interessen gedient. Denn nur dann, wenn Ägypten genug (!) Waffen vom Westen (!) bezieht, kann es sich schrittweise von der bisherigen Abhängigkeit von sowjetischen Rüstungslieferungen befreien ... Daß da endlich ein Anfang gemacht wird, sollte auch Israel (!) nicht den Franzosen verargen"* (29.1.75).

Sind sich die Imperialisten einig in ihrer Stoßrichtung gegen die arabischen Völker und die nationalistischen Staaten, so kann das doch auf der anderen Seite nicht die bestehenden innerimperialistischen Widersprüche verwischen.

FORTSETZUNG SEITE 46

US-Konzerne: Bestechung gehört zum Alltag

Anfang Mai berichteten das „Wall Street Journal" und die „New York Times" über die Bestechungspraktiken amerikanischer Multikonzerne im Ausland. Diese Praktiken waren durch Hearings vor der US-Börsenaufsichtsbehörde bekannt geworden.
Obwohl solche Meldungen nur ein Bruchteil der tatsächlichen finanziellen „Einflußnahme" der US-Konzerne auf Regierungen, einzelne Beamte und Militärs anderer Länder ans Tageslicht gekommen sein dürfte, bestätigt sich wieder einmal mehr, daß der US-Imperialismus in aller Welt seine Vorherrschaft durch subversive Tätigkeit sichert. Da gehört es zum Alltag, daß Millionen Dollar für schmutzige Geschäfte investiert werden, meistens erfolgreich.



Hauptadressat dieser Gelder sind politische Parteien in zahlreichen Ländern (man erinnere sich auch der Aussage des CIA-Direktors Colby, nach denen Chile-Putsch-Gelder des CIA über europäische Christdemokraten in die Taschen von Pinochet und seinen Helfershelfern flossen), ausländische Regierungsvertreter und vor allem Militärs, die für Rüstungsaufträge zuständig sind.

Bei den Hearings wurde natürlich versucht, die Bedeutung dieser Bestechungspraktiken herunter zu spielen. Dementsprechend betonten „New York Times" und „Wall Street Journal" eher, dieser oder jener „Zollbeamte" sei „für besondere Dienstleistungen" bestochen worden, Ehefrauen prominenter Politiker hätten Geschenke erhalten ... Zweck ist es, die Angelegenheit zu bagatellisieren, als ein „Kavaliersdelikt" hinzustellen, wenn völliges Vertuschen schon nicht möglich ist.

Was die Einflußnahme auf Parteien anderer Länder anbelangt, so werden in dem Bericht namentlich Italien angeführt, obwohl klar ist, daß weitaus mehr Parteien in vielen Ländern von US-Organisationen und einzelnen Konzernen geschmiert werden. Wörtlich schreibt die „New York Times" dazu, daß „*Spenden an politische Parteien in Italien nicht ungewöhnlich*" seien. Dabei kann man davon ausgehen, daß nicht nur reaktionäre Parteien, in Italien z. B. DC (Christdemokratie) bis MSI (Neofaschisten) geschmiert werden, sondern ebenso liberale und sozialdemokratische.

Berichtet wurde weiter, daß ein Teil der Bestechungssummen von der US-Regierung offiziell genehmigt wurde. Dabei wird es sich wohl um die Millionen von Dollar handeln, mit denen Putschversuche und erfolgreiche Putsche (z. B. Chile 1973) finanziert worden sind. Andererseits kann man aber auch davon ausgehen, daß die US-Regierung über „wirtschaftliche Einflußnahme" einzelner US-Konzerne auf Regierungsbeamte im Ausland, Verbände, Gewerkschaften usw. durchaus gewußt hat, wie überhaupt Bestechungskationen einzelner US-Konzerne mit terroristischen und militärischen CIA-Aktionen koordiniert werden. Das ist schließlich seit Veröffentlichung der ITT-Dokumente betreffs Chile bekannt.

Als stark infizierte Gebiete gibt die „Times" an: der Nahe und Mittlere Osten, Nordafrika und Europa – also die Brennpunkte der politischen Entwicklung in der Welt. Von einem nicht namentlich genannten Land am Persischen Golf wurde berichtet, daß dort der für militärische Lieferungen verantwortliche General mit 15 % an der Auftragssumme beteiligt wurde und werde.

Bericht eines seefahrenden Genossen:

US-Bananenkonzerne pressen die Transportarbeiter bis zum letzten Schweißtropfen aus

Das Ernten und Verladen von Bananen in Honduras spielt sich in einem unheimlichen Tempo ab, das nur noch mit faschistischer Zwangsarbeit verglichen werden kann. In den frühen Morgenstunden ziehen Hunderte von Plantagenarbeitern auf die Felder, um die schnittreifen grünen Bananen zu schlagen, die Stauden zu zerteilen, zu waschen und dann in Kartons zu verpacken. Diese Bananenkartons werden auf Eisenbahnwaggons verladen und zu den kilometerweit entfernten Hafenanlagen transportiert. Auf diese Art werden täglich 60.000 Kartons zum Schiff gebracht.

An der Pier wird in vier Gruppen gearbeitet, an jeder Ladeluke mit einem Gang. Auf Rollschienen gleiten die Kartons von den Waggons, in denen sie von sechs bis zehn Arbeitern im Laufschritt auf die Rollbahn geworfen werden, zum Elevator (eine Art „Paternoster" für die Kartons). Zwei Waggons werden immer gleichzeitig entladen, der Elevator also über zwei Rollbänder „gefüttert". Die Kartons werden an jedem Rollband von einem Arbeiter in den Elevator geschoben, wobei ihm aufgrund der Geschwindigkeit keine Zeit verbleibt, die Lage eines Kartons noch einmal zu berichtigen, damit er nicht aus dem Elevator fällt.

Im Schiff wird wiederum in mehreren Gruppen gearbeitet, da eine einzelne Gruppe gar nicht in der Lage wäre, die Flut von Kartons im Raum zu stapeln. Es wird darum ohne längere Pause in drei bis vier Decks (Etagen) zugleich geladen, wobei jede Gruppe „nur" jedes 3. bzw. 4. Fach des Elevators zu entleeren hat, in dem jeweils Platz für zwei Kartons ist.

Für kurze Verschnaufpausen wird ein besonderer Springergang von Luke zu Luke geschickt, um die Kollegen einmal kurz abzulösen. Um eine Vorstellung von der mörderischen Arbeitshetze zu geben, hier ein Vergleich mit dem Hamburger Hafen, der als „schneller Hafen" für seine Antreiberei berüchtigt ist: Während in Hamburg für das Ausladen eines Bananenschiffes mit 120.000 Kartons zu 40 Pfd., also 2.400 t Bananen, 20 Stunden benötigt werden, beladen die Kollegen in Honduras das Schiff mit der gleichen Menge in der H ä l f t e der Zeit, also in zehn Stunden!

Auf diese Weise werden die tagsüber in den Plantagen geschnittenen Bananen innerhalb von 5 Stunden bei drückender Schwüle und Abendtemperaturen von 30 Grad verladen, um hinterher sofort gekühlt zu werden, damit sie ja nicht zu früh gelb werden, denn gelbe Bananen müssen ja sofort verkauft werden und drücken in Europa, wegen des kurzfristigen Überangebotes, den Bananenpreis. Wenn trotzdem einmal ein Schiff gelbe Bananen anbringt, werden diese meist jedoch nicht verkauft, sondern lieber vernichtet, um den Preis hochgetrieben zu halten!

Anders sieht eine Beladung in Ecuador aus, wo es noch keine technischen „Hilfs"mittel gibt. Dort wird über Laufplanken jeder einzelne Bananenkarton von den Hafenarbeitern in das Schiff hineingetragen. Und damit es auch ordentlich schnell geht, alles im L a u f s c h r i t t und nicht nur mit einem Karton, sondern mit mindestens zwei bis drei, teilweise sogar mit vier bis fünf Kartons, d. h. 80 bis 200 Pfund auf den Schultern!

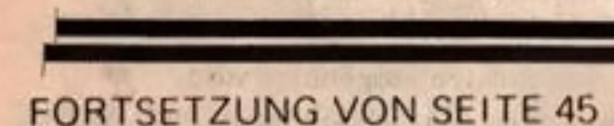
Eine regelmäßige Arbeitszeit von acht Stunden wird den Arbeitern nicht zugestanden, sondern sie werden jeweils immer nur für ein Schiff angeheuert und bekommen, egal, wie lange sie nun an dem Schiff arbeiten, einen Festbetrag von augenblicklich 10 US-Dollar (DM 23). Zusätzlich bekommen sie eine kräftige Verpflegung, damit sie auch ja nicht schlappmachen.

Wer aufmuckt oder diese Sklavenarbeit nicht durchhält, fliegt raus, denn vor dem Tor zum Hafen stehen zahllose Arbeitslose, die darauf warten, irgendeine Arbeit zu bekommen, damit ihre Familien nicht verhungern.

Auf diese Weise dauert die Beladung 36 Stunden: für 36 Stunden Knüppelarbeit lächerliche 10 Dollar „Lohn"! ●

Opfer des Bananentrust: Putsch in Honduras

Wie die US-Konzerne für ihre wirtschaftliche und politische Monopolstellung arbeiten, zeigt sich an der Tätigkeit der „United Brands" (früher „United Fruit Company") in Honduras: Chef dieses Bananenkonzerns war bis vor wenigen Wochen Mr. Präsident Eli M. Black, der bekanntlich anderen Imperialisten mit gutem Beispiel voranging und sich aus dem 44. Stock des Panam Building stürzte. „United Brands" besitzt in Honduras über hunderttausend Hektar Land, eine eigene Eisenbahn (Tela Railroad Comp.) und ein Fernmelde-



FORTSETZUNG VON SEITE 45

Der aus den imperialistischen Staaten sich ergießende Waffenstrom in den Nahen und Mittleren Osten, das Wettrennen um die größten und profitträchtigsten Aufträge für ihre Rüstungskonzerne, ist zugleich auch Ausdruck einer verstärkten Konkurrenz der Imperialisten u n t e r e i n a n d e r um den größten Einfluß in diesem Raum. „*Die amtliche Begründung für die Zunahme an amerikanischen Waffenlieferungen ins Ausland lautet, daß Washington die drohende Konkurrenz* (! – und eben nicht nur auf dem Rüstungsmarkt – die Red.) *anderer Staaten wie der Sowjetunion, Frankreich oder England zu bekämpfen habe*" („FAZ", 27.1.75). Denn die Rüstungsexporte sind für die Imperialisten zumeist mit langfristigen Öllieferungen, der Errichtung ganzer Industriekomplexe und anderer Projekte, die einen politischen und wirtschaftlichen Einfluß in diesen Ländern garantieren, verbunden.

So wurde anläßlich des Besuches des ägyptischen Präsidenten Sadat in Frankreich zu Anfang des Jahres neben Rüstungsexporten über die Lieferung eines Atomkraftwerkes, Telefonzentralen, Eisenbahnausrüstungen, eines Aluminiumwalzwerkes, einer Düngemittelfabrik und den Bau einer Untergrundbahn in Kairo verhandelt. Gegenstand dieser gekoppelten Verhandlungen waren ebenso sog. „Joint-venture"-Unternehmen unter Beteiligung ägyptischen, französischen, und arabischen Kapitals auf dem Gebiet der Petrochemie, der Erdölprospektion, der pharmazeutischen Industrie, der Automobil- und Lastwagenproduktion sowie des Tourismus („FAZ", 29.1.75).

Auch in anderen Ländern ist es den französischen Imperialisten derart gelungen, ihren Einfluß auszubauen. Die US-Imperialisten schlossen im März ein Handelsabkommen über 30 Mrd. Dollar (!) mit dem Iran ab, was noch einmal ihre vorherrschende Rolle in diesem Land unterstreicht. „*In dem Abkommen werden Öllieferungen der Perser mit Käufen – insbesondere von Waffen (!) – und mit der Lieferung von 8 Atomkraftwerken in den Iran gekoppelt*" („SZ", 8.3.75).

BRD-Imperialismus: Das ist nur der Anfang!

Wenn auch gegenwärtig noch im Vergleich zu den amerikanischen, französischen und englischen Imperialisten „zurückhaltend", so beteiligt sich der BRD-Imperialismus zunehmend an der Aufrüstung und Militarisierung des Nahen und Mittleren Ostens und plant auch auf diesem Gebiet eine Intensivierung seiner Tätigkeit.

Die im Staatsbesitz (!) befindliche „Fritz-Werner-Industrieausrüstungen GmbH" unterhält im Iran eine Waffenfabrik, im Iran werden außerdem Maschinengewehre und Karabiner in Lizenz hergestellt.

„Zwischen Bonn und Teheran bahnt sich das größte Rüstungsgeschäft der deutschen Nachkriegsgeschichte an" („Spiegel" 7/74). BRD-Konzerne werden im Iran Rüstungsfabriken für Panzerketten, -motoren und -geschütze aufbauen. Damit ist gleichzeitig dem Lizenz-Nachbau des westdeutschen Leopard-Panzers, an dem der Schah schon seit längerem großes Interesse bekundet, der Weg geebnet.

Im April '74 wurde bekannt, daß 118 iranische Offiziere und Soldaten eine elfwöchige Ausbildung in der BRD absolvierten. Anlaß war die Lieferung von zwei Flottenversorgern an die persische Marine („antimilitarismus-informationen, 7/74). Im Bonner Außenministerium heißt es zu den Rüstungsexporten: „*Wenn wir ein Interesse haben an der Industrialisierung, am reibungslosen Fluß von Öl und Gas, dann haben wir auch ein außenpolitisches Interesse an Stabilität in diesem Raum*" („FR", 5.6.75).

Das unterstreicht noch einmal unsere Einschätzung über die militärische Rolle des BRD-Imperialismus in AK Nr. 55: „**Mit seinen Ansprüchen an die Völker und an die anderen imperialistischen Mächte nach einem 'Platz an der Sonne' nach festen Einflußgebieten und Märkten, tritt der BRD-Imperialismus auch immer stärker als direkter Organisator der brutalen, militärischen Unterdrückung und Konterrevolution den USA, Frankreich und Großbritannien an die Seite".**

An die Türkei, die in den vergangenen zehn Jahren für rund 700 Mio. DM westdeutsche Waffen erhielt, sollen jetzt erneut militärische Güter im Wert von 100 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden („UZ", 20.2.75). Über Frankreich soll Ägypten mit dem gemeinsam in französischer und westdeutscher Produktion hergestellten Düsentrainer „Alpha-Jet" beliefert werden („FAZ", 29.1.75).

Die BRD-Imperialisten sind allerdings momentan noch daran gehalten, nicht allzu offensichtlich die Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes, das Ausfuhren in Länder außerhalb der Nato untersagt, zu brechen (gehalten haben sie sich allerdings nie daran, siehe dazu AK Nr. 55: BRD-Rüstungsexport).

Dieses Gesetz stößt auch immer stärker auf den Widerstand der westdeutschen Imperialisten, die seine Beseitigung fordern. Als einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziel sehen die Rüstungskonzerne offensichtlich die Durchsetzung einer staatlichen Exportfinanzierung für die Waffenausfuhr an: „*Wenn diese Hürde* (Exportfinanzierung – die Red.) *erst einmal genommen ist, dürfte auch die zweite – das Kriegswaffenkontrollgesetz – für den Export in Länder außerhalb der Nato fallen*" („Die Zeit", 22.3.75).

Die BRD-Imperialisten stehen also auf diesem Gebiet erst am Anfang. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Imperialistische Waffenschmiede

FORTSETZUNG VON SEITE 46

unternehmen. Zusammen mit dem US-Konzern „Standard Fruit Company" sind die „United Brands" wichtigster Exporteur des Landes und repräsentieren zwei Drittel aller ausländischen Investitionen.

Honduras gehört also zu den vielen lateinamerikanischen Ländern, die zum größten Teil bzw. völlig vom US-Imperialismus ausgeplündert werden.

Um dieser Ausplünderung etwas entgegenzuwirken, hatte Honduras vor ca. einem halben Jahr mit anderen Bananen exportierenden Ländern, u. a. Panama, ein Kartell (UPEB) gegründet. Eine der ersten Maßnahmen dieses Kartells war es, auf jedes Kilo exportierter Bananen aus den Mitgliedsländern eine – relativ geringe – Ausfuhrsteuer von 5 cent (ca. 12 Pfg.) zu erheben. Bei einem täglichen Export von 60.000 Kartons zu je 20 Kg. wären allein in Honduras aber immerhin pro Jahr 50 Mio. DM umgerechnet an Ausfuhrsteuer zusammen gekommen.

Die US-Monopole konterten sogleich. Die „FR" vom 30. 4. 75 berichtete, daß dadurch das Kartell schon nach wenigen Monaten zu zerbröckeln begann und die Regierung von Honduras z. B. die neue Ausfuhrsteuer wieder um 70 % reduzierte. Durch die Hearings der US-Börsenaufsichtskommission wurde jetzt der Preis bekannt: Danach hat „United Brands" einen „hohen Regierungsbeamten" in Honduras, wahrscheinlich Regierungschef Lopez Arellano selbst, mit umgerechnet ca. 3 Mio. DM geschmiert.

Zu dem Zeitpunkt als diese Bestechungsaffairen vor der US-Börsenaufsichtskommission bekannt wurden, putschte in Honduras Oberst Juan Melgar erfolgreich gegen den bisherigen Regierungschef General Arellano, der selbst 1963 mit Hilfe des US-Imperialismus den ersten frei gewählten und liberalen Präsidenten Villeda gestürzt hatte. Im Hintergrund standen natürlich wieder die allmächtigen „United Brands", und das zeigt noch einmal, wie wenig sich die US-Monopole um derartige Hearings scheren müssen.

Der Putsch-Grund liegt darin, daß „United Brands" und damit auch die US-Regierung in Honduras einen 100 %igen Büttel ihrer Interessen sitzen haben möchten. Die vorherige Regierung unter General Arellano, obwohl korrupt und nach Zahlung einer entsprechend hohen Summe durchaus fügsam, war mit der Teilnahme am Exportkartell schon zu weit gegangen.

Putsch-Oberst Melgar dagegen scheint zu gewähren, daß sich unter seiner Diktatur so etwas nicht wiederholt. So hatte sich Melgar zuvor u. a. durch die Entführung von 30 Exilchilenen in Honduras schon einen reaktionären Namen gemacht. Im übrigen besitzt die „United Brands" eine mehr als 20jährige Erfahrung darin, ihr unliebsame Regierungen in „ihren" Ländern zu beseitigen: 1954 z. B. war dieser Konzern für den blutigen Sturz der Regierung Jacobo Arbenz in Guatemala verantwortlich.

Gulf Oil: Bestechung, Bestechung

Nach den Untersuchungen der Börsenaufsichtskommission soll Gulf Oil, einer der größten Mineralölkonzerne der Welt, allein 10 Mio. DM umgerechnet an ein. lateinamerikanisches Land gezahlt haben. Konzernchef Dorsey nach hätte diese Summe angeblich dazu gedient, *„Investitionen in diesem Land in Höhe von 700 Mio. Dollar* (1,75 Mrd. DM) *zu schützen"* („FR", vom 14. 5. 75).

Wohlweislich wurde der Name des Landes vor der Kommission verschwiegen.

Die Regierungen von Bolivien, Venezuela, Ecuador, in denen sämtlichst Gulf Oil investiert, meldeten nach Bekanntwerden der Korruption Protest an und forderten Aufklärung.

Die venezuelanische Regierung drohte sogar mit der Schließung der Gulf-Gesellschaften im Lande, wenn die Vorwürfe nicht binnen 48 Stunden geklärt wären. Als allerdings Gulf-Big-Boss Dorsey erklärte, diese Länder seien von der Schmiergeldaktion nicht betroffen, gaben sich die Regierungen von Venezuela und Ecuador zufrieden. Lediglich Bolivien beharrte vorerst auf dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses.

Tatsächlichen Protest brachte die peruanische Regierung zum Ausdruck: Wegen *„Verletzung der öffentlichen Moral"* („FR", vom 15. 5. 75) enteignete sie (hoffentlich entschädigungslos) sämtliche Gulf-Betriebe in Peru. ●

Chemie-Komitee und Seeleute Genossen
KB/ Gruppe Hamburg

Flugzeugabsturz in Vechta:

Der Militarismus fordert seine Opfer – im Krieg und im Frieden!

Am späten Nachmittag des 2. Mai stürzte über einer Wohnsiedlung der südoldenburgischen Stadt Vechta ein Kampfflugzeug der belgischen Luftwaffe vom Typ „Mirrage V" ab und explodierte. Acht Menschen kamen dabei ums Leben. Es befanden sich fünf Kinder darunter – eines davon im Säuglingsalter. Mindestens neun weitere Menschen mußten mit zum Teil schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei Häuser wurden völlig zerstört und etwa 40 Häuser im Umkreis beschädigt. Ein Triebwerk und andere Flugzeugteile durchschossen die Wohnungen eines ca. 100 Meter entfernten Mehrfamilienhauses teilweise in voller Länge. Die Zahl der Opfer hätte unter unglücklicheren Umständen leicht erheblich höher sein können.

Die Nato führt fast täglich solche Tief-Ziel-Flüge über Vechta durch, und ein Sprecher des Bonner „Verteidigungs"ministeriums erklärte nach dem Unglück, daß man „auch in Zukunft nicht darauf verzichten" könne, allerdings soll die Flughöhe heraufgesetzt werden. Aus einem Leserbrief an die „Oldenburger Volkszeitung" vom 5.5.75. wird deutlich, wie sehr die Bevölkerung darunter zu leiden hat:

„Bei allem Verständnis für die Erfordernisse einer flugtechnischen Ausbildung des fliegenden Personals, was sich manchmal über unseren Köpfen ereignet, das scheint mir des Guten zuviel zu sein. Mit ohrenbetäubendem Lärm gleich Haubitzen schießen einzelne Maschinen aus dem Himmelsraum auf einzelne Objekte der Stadt nieder, daß man meint, die ‚seligen' Zeiten des Bombenterrors wären wieder zurückgekehrt. Ein Knall peitscht durch die Luft, Fensterscheiben zittern, Kinder schreien, alles horcht auf wie beim Gewitter, ob der Blitz irgendwo eingeschlagen hätte... Wie lange läßt sich die Bevölkerung das noch gefallen".

Welche Menschenverachtung steckt da hinter der Aussage der NATO, man könne auf diese Tiefflüge nicht verzichten! Die Militaristen nehmen ohne mit der Wimper zu zucken in Kauf, daß auch zukünftig die Menschen unter ihrem Luftterror zu leiden haben (das ist „nicht ihr Problem"!) und kalkulieren auch weitere solcher Unglückfälle ein, die unter anderen Bedingungen weit grausamere Folgen hätten!

Als eine besondere Provokation und Dreistigkeit ist zu vermerken, daß bereits einen Tag nach dem Unglück (!) und in den darauffolgenden Tagen wieder Tiefflüge über Vechta unternommen wurden, während die Bevölkerung und die Familienangehörigen um die Opfer trauern (u.a. um drei Kinder, die inmitten einer Geburtstagsfeier aus dem Leben gerissen wurden)! Die berufsmäßigen Menschenschinder bringen nicht einmal das von bürgerlichen Politikern in Vechta geforderte „Fingerspitzengefühl" auf, nämlich: wenn schon nichts grundsätzlich zu ändern, so doch wenigstens eine „Anstandspause" einzulegen.

Mit mehreren großen Bulldozern und anderen Fahrzeugen der Bundeswehr wurde innerhalb weniger Tage das etwa 3000 Quadratmeter umfassende Trümmerfeld eingeebnet. Dieser Einsatz (wo die Bundeswehr ihren gewissermaßen selbst angerichteten Schaden wegräumt) wurde in der bürgerlichen Presse gleich lobend hervorgehoben. Ansonsten wird von einem „Schicksal", das die betroffenen Familien ereilt habe, gesprochen (sozusagen „gottgewollt"!); Verantwortliche gibt es nicht, „Unglücksursache noch ungeklärt". Das ist nicht neu: bei jedem Manöver finden Soldaten den Tod, wird erheblicher Flurschaden angerichtet, usw., worüber man in den Zeitungen höchstens eine Randnotiz findet.

Das Fazit ist jedenfalls, daß die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten schon in „Friedenszeiten" mit Todesopfern bezahlt werden müssen.

Das ist ein Grund mehr, diesen Brandstiftern zweier Weltkriege endgültig das Handwerk zu legen! Aber allein schon im Kampf gegen Lärmbelästigung und Unfallgefahr durch derartige Tiefflüge darf k e i n „Verständnis für die Erfordernisse einer flugtechnischen Ausbildung des fliegenden Personals" aufgebracht werden. So ist es doch gerade charakteristisch für die imperialistische Kriegsführung (wie sie auch über Vechta eingeübt wird), daß gerade die Zivilbevölkerung von der Kriegsmaschinerie mörderisch überzogen wird. Das haben die Imperialisten immer wieder unter Beweis gestellt: zum Beispiel mit der Bombardierung von Dresden und anderen Großstädten durch die englische und amerikanische Luftwaffe im zweiten Weltkrieg; mit dem Beschuß Londons und der Zerstörung Stalingrads usw. durch die Hitlerwehrmacht; mit der Bombardierung von lebensnotwendigen Deichen, von Schulen und Krankenhäusern in Vietnam und der Bombardierung Hanois durch die US-Imperialisten ,.. Solche Tief-Ziel-Flüge wie in Vechta gehören eben zur „flugtechnischen Ausbildung", wie sie die Imperialisten brauchen. Allein das „soziale" Problem der Lärmbelästigung und Unfallgefahr etc. durch solche Manöver werden wir insgesamt nur durch den antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampf aus der Welt schaffen können. ●

Genossin der Oldenburger Bezirksgruppe des KB

Umweltschutz / Umweltschmutz

Umweltschutz / Umweltschmutz

Braunschweig:

Der Kampf gegen die Umweltverschmutzer geht weiter

Wie in AK 58/59 berichtet, versucht die Bärlocher GmbH das am Widerstand der Bevölkerung in Marckolsheim gescheiterte Bleichemiewerk jetzt in Braunschweig anzusiedeln. Nachdem sich auch in Braunschweig der Widerstand gegen das Projekt der Bärlocher GmbH regt, versuchen diese Umweltverschmutzer mit demagogischen Tricks die Braunschweiger Bevölkerung von der angeblichen Unbedenklichkeit des Bleichemiewerks zu überzeugen.

Am 4.4. erschien in der „Braunschweiger Zeitung" eine halbseitige Anzeige der Bärlocher GmbH, die als Anzeige allerdings kaum zu erkennen war. Der Text glich in der Aufmachung dem redaktionellen Teil der „BZ" und war nur durch den kleinen Zusatz „Anzeige" gekennzeichnet. Der Text wird frech als sachlicher Beitrag zur objektiven Meinungsbildung der Braunschweiger Bevölkerung dargestellt.

Die Bärlocher GmbH wehrt sich darin gegen „Emotionen und Propaganda". Bei genauer Durchsicht der Anzeige wird jedoch klar, daß dies selbst ein großes Propagandamanöver ist, das allerdings einer sachlichen Überprüfung nicht standhält. Die TU-Initiative Umwelt veröffentlichte noch am gleichen Tag eine Gegenerklärung zu der Anzeige.

Die Behauptung der Bärlocher GmbH, sie sei kein Blei- bzw. Bleichemiewerk wird durch die Tatsache widerlegt, daß das Werk Calcium- und Bleisalze produziert, wobei der Anteil der Bleisalze an der Produktion etwa 81% (!) beträgt.

Die weitere Behauptung der Anzeige, das *„Chemiewerk bietet Chance für 400 Beschäftigte"* soll den Braunschweigern angesichts der hohen Arbeitslosenquote das Werk so recht schmackhaft machen. Daß allerdings in der ersten Ausbaustufe im geplanten Werk nur 120 Arbeitskräfte benötigt werden, von denen 100 ungelernte Kräfte wären, erwähnt die Bärlocher GmbH in ihrer Anzeige nicht. Auch die vielen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, die durch das Bleichemiewerk gefährdet wären, läßt die Bärlocher GmbH natürlich unter den Tisch fallen. **Daß die neuen Arbeitsplätze auch noch höchst menschenfeindlich sind, zeigt sich an der arbeitsmedizinischen Empfehlung, die Arbeiter sollten möglichst nur zehn Jahre in einem bleiverarbeitenden Betrieb arbeiten. Diese „Empfehlung" hat ihren guten Grund, denn nach zehn Jahren beginnen die chronischen Schädigungen sich stärker bemerkbar zu machen und der Betrieb hat mit Arbeitsausfall zu rechnen.**

Weiterhin hat die Bärlocher GmbH behauptet, die Umweltgesetze in der BRD brauchen keinen internationalen Vergleich zu scheuen. Wie erklären diese Herren es sich dann, daß zum Beispiel in der Sowjetunion die maximal zulässige Arbeitsplatz-Konzentration 0,01 mg Bleistaub/Kubikmeter Luft beträgt, in der BRD jedoch 0,2 mg/Kubikmeter, also das zwanzigfache (!) zulässig ist; daß außerdem bei dem Zwischenfall in Nordenham, wo wegen schadhafter Filter bis zu 800 mg Bleistaub/Kubikmeter an die Luft abgegeben wurden und daraufhin über hundert Rinder auf den umliegenden Wiesen starben, ist Beweis genug für die unzureichenden Bestimmungen.

Auf die Anzeige der Bärlocher GmbH erreichten viele empörte Leserbriefe die „Braunschweiger Zeitung", von denen allerdings keiner veröffentlicht wurde. Dafür erhielten die Schreiber einen Antwortbrief von der Bärlocher GmbH! Die „BZ" hatte also nichts eiligeres zu tun, als die Leserbriefe gleich nach München weiterzuleiten!!!



800 Braunschweiger demonstrieren gegen das geplante Bleiwerk

Inzwischen wurde bekannt, daß der Stadtrat es abgelehnt hat, der Bärlocher GmbH schon jetzt eine Zusage zum Verkauf des vorgesehenen Grundstücks zu geben. In der „Braunschweiger Zeitung" wurde geschildert, wie Bärlocher wieder nach neuen Standorten sucht. Mit Salzgitter wurde verhandelt, allerdings forderten die Luftverpester, sie seien nur bereit zu kommen, *„wenn die Stadt uns garantieren kann, daß in jeder Hinsicht keine Schwierigkeiten auftreten"* und *„die Stadt möge auch skizzieren, wie sie das bewerkstelligen wolle.* („BZ", 16.4.) Diese Garantie mochte und konnte die Stadtverwaltung von Salzgitter offensichtlich nicht geben, denn eine Antwort darauf hat Bärlocher nicht erhalten.

Die Darstellung der augenblicklich scheinbar geringen Chancen für die Bärlocher GmbH in der „BZ" darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß Bärlocher sich die außerordentlich günstigen und profitablen Bedingungen in Braunschweig (optimale Standortlage in Bezug auf die Verkehrsanbindung, Schleuderpreis für das Grundstück und vor allem die „günstige" Arbeitsmarktsituation in Braunschweig) nicht so leicht durch die Lappen gehen läßt.

Die „Bürgerinitiative Bleichemiewerk Braunschweig" (BBB) repräsentiert inzwischen nach Aussage ihres Sprechers, Barde, etwa 75.000 Bürger aus den zahlreichen Interessengemeinschaften, Arbeitsgemeinschaften und Bürgervereinen der am stärksten betroffenen Stadtteile und Gemeinden.

Am 11.4. rief die BBB in der „BZ" in einer Anzeige zu einer Demonstration am nächsten Tag auf. Allerdings scheint die Angst der BBB-Führer vor der Ansiedlung eines Bleichemiewerks geringer zu sein als die Befürchtung, fortschrittliche Leute in die BBB zu bekommen – denn der Protest gegen das Bleichemiewerk erscheint in der Anzeige in kleiner Schrift, fett gedruckt und dreimal so groß dagegen der Satz: *„Die Bürgerinitiative Bleichemiewerk Braunschweig ist politisch unabhängig!"* An der Demonstration am folgenden Tag nahmen dann etwa 800 Leute teil (die Zahl von 1.600 in der „BZ" erscheint uns reichlich übertrieben).

Am 22.4. wird eine gemeinsame Veranstaltung der Asten der Technischen Universität und der Pädagogischen Hochschule gegen das Bleichemiewerk im Audimax der TU stattfinden. Die Asten der Kunsthochschule und der Fachhochschule haben es abgelehnt, sich an der Veranstaltung zu beteiligen. Beide Asten werden mehrheitlich vom MSB gestellt, der die Forderung stellte, die BBB solle als Mitveranstalter auftreten. Außerdem solle keine Resolution vorgelegt werden, die nicht von der BBB die volle Zustimmung hat. Diese Forderungen sind ziemlich schwachsinnig, da die BBB das selbst nicht einmal fordert und es sowieso schon Schwierigkeiten gibt, überhaupt erst einmal einen Redner der BBB für die Veranstaltung zu gewinnen.

Die BBB scheint es sowieso nicht nötig zu haben, nach weiterer Unterstützung für ihre Arbeit zu suchen. Wenn man einen Antrag zur Mitarbeit mit etlichen gesammelten Unterschriften an die Initiative schickt, haben diese Führer es noch nicht einmal nötig, darauf zu antworten. ●

Quellen: „Braunschweiger Zeitung", Broschüren 1 und 2 der TU-Initiative Umwelt

KB/Gruppe Braunschweig

Wyhl/Fessenheim/Kaiseraugst:

„Bombenanschlag" auf das KKW Fessenheim – eine Provokation?

Am Samstag, dem 3. Mai, fand auf dem Bauplatz in Wyhl die erste öffentliche Sitzung der Bürgerinitiativen statt. Dies geschah auf Forderung der Besetzer.

Eine Stunde vor Beginn der Versammlung wurde folgende Meldung bekannt:

Von deutschen und spanischen (!) Anarchisten sei ein Bombenanschlag auf das Kern-Kraftwerk (KKW) Fessenheim (Elsaß) gemacht worden. (Das KKW Fessenheim befindet sich bereits im Bau und soll das größte der Region werden. Am Sonntag, dem 25. Mai, findet dort eine Großkundgebung der KKW-Gegner statt.)

Das „Terroristen-Kommando" hätte vorher angerufen, so daß der Bauplatz von den Bauarbeitern rechtzeitig geräumt werden konnte. Zwei der drei Bomben seien hochgegangen, dabei sei ein Brand entstanden, der nach 20 Minuten gelöscht werden konnte.

Bezeichnend ist, daß die beiden Bomben nicht etwa in einem Gebäudeteil, sondern auf „vorgesehenem Reaktorgelände" – also auf freiem Gelände! – explodiert sind, wo diese dem KKW-Bau überhaupt keinen Schaden zufügen konnten. Ist das nicht ein bißchen merkwürdig für einen Anschlag von „Anarchisten"? So spricht auch die Presse zwar von „hohem Sachschaden" (vielleicht haben die da den Arbeitsausfall angerechnet), aber der Bau des KKW werde um keinen einzigen Tag verzögert ...

Offensichtlich handelt es sich hier also um eine Provokation, mit dem Ziel, die KKW-Gegner in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Ein Bauer vom Kaiserstuhl hat dann auch auf der Versammlung den „Bombenanschlag" mit dem Reichstagsbrand verglichen. Mit diesem Anschlag solle wohl das politische Klima für den anstehenden Gerichtsentscheid in Mannheim geschaffen werden. (Das Mannheimer Gericht entscheidet über den Einspruch des Badenwerks als Bauherr des KKW gegen die vom Freiburger Verwaltungsgericht verfügte vorläufige Aussetzung der Bauarbeiten in Wyhl). Die Elsässer unter den Besetzern meinten, Urheber des Anschlags sei sicher die französische Elektrizitätsgesellschaft selbst gewesen.

Von den ständigen Besetzern wurde diese Einschätzung geteilt, aber in den Bürgerinitiativen (BI) gab es unterschiedliche Standpunkte.

Die Reaktionäre in den BI – vor allem Pfarrer Göpper – wollten sich in einer Resolution „entschiedenst distanzieren" und ihrer „Bestürzung" über die Terroristen Ausdruck verleihen. Als in der Versammlung Protest gegen eine derartige Haltung laut wurde, hielten diese Leute eine üble Hetzrede gegen die Linken und drohten zu gehen, und zwar als Vertreter „ihrer" BI zu gehen. Leider wurde die Auseinandersetzung um die Einschätzung dieses Anschlags von den Linken auf der Versammlung nicht weiter zugespitzt, sondern ein Kompromiß ausgehandelt: Eine kurze Stellungnahme zum Bombenanschlag, in der die anwesenden BI-Vertreter und Besetzer erklärten, daß sie im Kampf gegen das KKW nicht zu solchen Mitteln greifen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung berichtete ein Lehrer-Student von der Propagandaflut, mit der das Badenwerk und die Landesregierung die Lehrer-Studenten und die Lehrer überschüttet. (Nach dem Motto: KKW's sind das umweltfreundlichste, was es überhaupt gibt). **Lehrer an der Schule werden, zum Teil sogar per Unterschrift, erpreßt, entweder im Unterricht gar nichts über Wyhl zu sagen, oder das KKW zu propagieren.**

Kaiseraugst:

Nachdem seit einigen Wochen der KKW-Bauplatz in Kaiseraugst (Schweiz, bei Basel) besetzt gehalten wurde, sollte er am Pfingstmontag freiwillig geräumt werden.

Diese „freiwillige" Räumung ist das Ergebnis längerer Auseinandersetzungen, vor allem zwischen der GAK („Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst") und den ständigen Besetzern.

Die GAK hatte schon mehrmals zur bedingungslosen (!) Räumung des Platzes aufgefordert. Dem hatten sich aber damals die Besetzer entgegengestellt, und beschlossen, auf dem Platz zu bleiben. Inzwischen hat der Schweizer Bundesrat eine mündliche (!) Zusage zu Verhandlungen gegeben. Gleichzeitig hat die Baugesellschaft „Motor Columbus" die schriftliche Zusage erteilt für einen „vorläufigen Baustopp" bis Anfang Juni.

Die KKW-Gegner in der Schweiz versprechen sich von der Räumung bessere Bedingungen für die Verhandlungen mit dem Bundesrat. Dabei haben die Erfahrungen in Wyhl doch gezeigt, daß die Kapitalisten nicht bereit sind, von ihren Plänen, aus dem Oberrheingebiet ein 2. Ruhrgebiet zu machen, freiwillig irgendwelche Abstriche zu machen.

Erfolge können nur dann erzielt werden, wenn sich die Bewegung gegen die KKW's auf die eigenen Kräfte stützt. Das gilt auch für solche Verhandlungen, wie sie jetzt mit dem Schweizer Bundesrat geführt werden: Die KKW-Gegner können auf diesem Weg nur dann etwas erreichen, wenn sich der Bundesrat aufgrund eigenständiger Kämpfe der Betroffenen dazu gezwungen sieht, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Selbst dann haben diese „Zugeständnisse" in erster Linie die Funktion, eigenständige Aktivitäten der betroffenen Bevölkerung zu unterlaufen.

Mit der „freiwilligen" Räumung geben die KKW-Gegner um Kaiseraugst somit ihr wichtigstes Kampfmittel aus der Hand, ohne die Gewähr dafür zu haben, daß sie nicht bereits Anfang Juni (denn bis dahin geht der Baustopp) eine erneute Besetzung versuchen müssen. •

KB/Gruppe Pforzheim

Anläßlich des Erscheinens der Schallplatte „Marckolsheim – Lieder im Freundschafts-Huss" (mit zum Teil bei der Besetzung des Marckolsheimer Bleiwerk-Bauplatzes entstandenen Liedern elsässischer und badischer Sänger) findet am 24. Mai in Wyhl eine Feier statt.

INHALT

allen großen Städten 20
Betrieb und Gewerkschaft
DGB:

Neuer Putschversuch rechtzeitig aufgedeckt 1
Wahlen in Portugal: Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion 9

alistischen Kriegspropaganda 34
„ML"-Frankfurt – Die ultrarechten Treiber im Lager der „Vaterlandsverteidigung" 34